Dienstag, 18. März 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

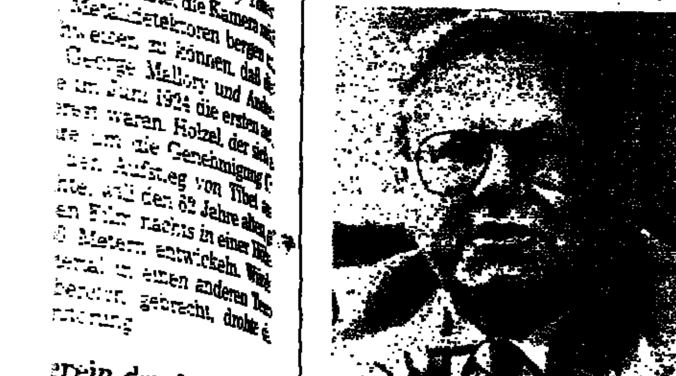
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 65 - 12. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Warschau: Der sowjetische Außenminister Schewardnadse ist zu einem „Freundschaftsbesuch" in Polen *eingetroffen;* außerdem ist noch in dieser Woche ein Außenministertreffen des Warschauer Paktes in Warschau geplant.





Messe: *Äußerst zufrieden hat sich* Bundeswirtschaftsminister Bangemann (Foto) über den Stand der innerdeutschen Beziehungen geäußert: „Ich *glaube, daß wir auf* gutem Wege sind." Er sprach auf der Leipziger Messe mit SED-Politbüro-Mitglied Mittag und „DDR"-Außenhandelsminister Sölle. (S. 10 und 11)

Tarife: In sieben Tarifgebieten der Metallindustrie wurden die Verhandlungen über höhere Löhne und Gehälter eröffnet. Die IG Metall verlangt Einkommensverbesserungen zwischen sechs und 7,1 Prozent.

Deutschlandlied: Weil eine Lehrerin in Baden-Württemberg ihre Schüler alle drei Strophen der Hymne hatte lernen lassen, gibt es eine Auseinandersetzung zwischen SPD und Kultusminister Mayer-Vorfelder. Der Minister: Die Lehrerin handelte korrekt; die beiden ersten Strophen müssen im Unterricht in den richtigen historischen Rahmen gestellt werden. (S. 4)

Entwicklungshilfe: Die Industrienationen sollten ihre entwicklungspolitischen Kooperationen mit den Ländern der Dritten Welt fortsetzen, dabei aber unproduktive Investitionen vor allem auf sozialem Sektor vermeiden. Das ist ein Fazit einer Experten-Anhörung im Bundestag.

Sieveking tot: Der frühere Hamburger Bürgermeister – *„ein Mann* des Ausgleichs" – ist im Alter von 89 Jahren gestorben. (S. 4)

***Abgesetzt:** Zum zweiten Mal* binnen 14 Tagen haben sich zehn Teilnehmer einer Reisegruppe aus der CSSR während eines Besuchs in München von ihrer Gruppe abgesetzt. Drei von ihnen beantragten bislang politisches Asyl.

Albanien: Die Schweizer Fluggesellschaft Swissair will im April die albanische Hauptstadt Tirana anfliegen. Ein Luftverkehrsabkommen ist unterzeichnet, aller*dings noch nicht ratifiziert.*

HEUTE IN DER WELT

Frankreich nach der Wahl

Nach fünf Jahren Sozialismus wählte Frankreich den Wechsel. Die bürgerlichen Parteien erhielten die Mehrheit. Die WELT beleuchtet in Reportagen und Analysen den Ausgang und die Auswirkungen der Wahlen. Seite 3

Afghanisches Tagebuch

Mehrere Monate lang leistete im vergangenen Jahr die Bonner Krankenschwester Maria Müller in Afghanistan Widerstandskämpfern medizinische Hilfe. Die WELT veröffentlicht Auszüge *aus ihrem Tagebuch.* Seite 5

WIRTSCHAFT

Zwangsversteigerungen: *Die* Hypothekenbanken registrieren eine zunehmende Zahl von Zwangsversteigerungen. Man befürchtet, daß sich die Zahl der unter den Hammer kommenden Häuser und Wohnungen auf dem derzeitigen Niveau halten wird. Ehescheidungen und Arbeitslosigkeit werden als Hauptgründe genannt. (S. 13)

Schufa: Bankkunden müssen vom 1. Juli an darüber informiert werden, welche Daten zu welchem Zweck von *Kreditinstituten* an die Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) weitergegeben werden. (S. 11)

Börse: Gut behauptet starteten die Aktienmärkte in die neue Woche. Am Rentenmarkt war die Tendenz freundlich. WELT-Aktienindex 294,39 (293,08). BHF-Rentenindex 107,233 (107,166). BHF-Performance Index 103,433 (103,350). Dollar-Mittelkurs 2,2468 (2,2598) Mark. Goldpreis je Feinunze 349,90 (348,00) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
290
280
270
10. 11. 12. 13. 14. 17. 18. 19. 20. 21.
März '86

KULTUR

Heyme: Seine *erste* neugeschaffene Inszenierungsarbeit in Essen ist ein zweiteiliges „Antikenprojekt" – „Iphigenie in Aulis" von Schiller („übersetzt aus dem Euripides") und „Die Troierinnen" von Euripides. (S. 20)

Fresken: Pop-Farben statt Patina; die Restaurierung der Fresken von Michelangelo in der Sixtinischen Kapelle von Rom schreitet voran. Der erste Eindruck ist überwältigend. Doch: War Patina des Künstlers Absicht? (S. 21)

SPORT

Fußball: Das Rückspiel im Europapokal der Pokalsieger zwischen Bayer Uerdingen und Dynamo Dresden (Hinspiel 0:2) wird morgen von 20.15 Uhr an im ZDF übertragen; um 22.15 Ausschnitte des Spiels Anderlecht – München.

Eiskunstlauf: Bei der Weltmeisterschaft führt nach der Pflicht Alexander Fadejew (0,6 Punkte) aus der UdSSR vor dem Tschechoslowaken Jozef Sabovcik (1,2) und dem Stuttgarter Heiko Fischer mit 1,8 Punkten. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Surfen: Was Wimbledon für die Tennisfans ist, das ist die berühmte „North Shore" von Oahu um diese Jahreszeit für die Welt des Surfing. Wenn sich die von den Winterstürmen im Nordpazifik aufgeworfene Dünung an dieser ungeschützten Küste bricht, wird der vier Kilometer lange Abschnitt zwischen Waimea Bay und Sunset Beach zum Mekka der Surfer. (S. 22)



Attentat? Bei einer Explosion in einem Höchstgeschwindigkeits*zug vom Typ TGV* südlich von Paris sind gestern am späten Nachmittag nach ersten Berichten zwei Personen schwer und weitere sieben leicht verletzt worden. Die Polizei schloß nicht aus, daß es sich um ein Attentat gehandelt *haben könnte.* Details wurden zunächst nicht bekannt.

Mitterrand muß entscheiden. Bürgerliche fordern den Sieg ein

Fabius bietet Rücktritt an / Moskau spricht von Kampagne gegen die KPF

DW. Paris

Das Bündnis von Giscardisten (UDF) und Gaullisten (RPR) beansprucht nach seinem Wahlsieg – mit Hilfe einiger Abgeordneter kleinerer konservativer Parteien erreichte es die absolute Mehrheit – das Amt des Premierministers. Im Anschluß an ein gemeinsames Treffen veröffent*lichten* die Führer von UDF und RPR, Jean Lecanuet und Jacques *Chirac, gestern ein Kommuniqué,* in dem sie ihren Regierungsanspruch betonen. Die Franzosen hätten sich für eine neue Parlamentsmehrheit ausgesprochen und damit eine neue Politik befürwortet, die nur von einem Premierminister und einer Regierung durchgesetzt werden könne, die ohne Kompromisse oder Konzessionen die Ziele der gemeinsamen Wahlplattform von UDF und RPR verwirklichten.

Bereits am Morgen hatte der amtierende Premierminister Laurent Fabius nach einem Treffen mit Präsident Mitterrand seinen Rücktritt an*geboten. In einer Erklärung heißt es:* „Ich stehe zu Ihrer Verfügung, um den Rücktritt meiner Regierung in dem Moment einzureichen, den Sie für opportun halten."

Einen deutlicheren Sieg des bürgerlichen Lagers hat möglicherweise auch die ultrarechte Nationale Front von Jean-Marie Le Pen vereitelt, die auf 9,7 Prozent kam und damit ebenso wie die Kommunisten 34 Sitze erreichte.

Die Sozialisten bleiben trotz des Verlustes der 1981 errungenen absoluten Mehrheit mit über 30 Prozent der Stimmen stärkste Fraktion in der Nationalversammlung. Dies wurde auch von dem zur UDF gehörenden früheren Premierminister Raymond Barre als „unzweifelhafter Sieg der Sozialisten" anerkannt.

François Mitterrand wird der erste Präsident in der 1958 von General Charles de Gaulle gegründeten V. Republik sein, der mit einem Premierminister aus den Reihen der Opposition zusammenarbeiten muß. Wen er als neuen *Premier* benennen wird, ist allerdings weiterhin offen. *Obwohl sich* Barre vor den Wahlen gegen die „Kohabitation" eines rechten Premiers mit dem sozialistischen Präsidenten ausgesprochen hatte, versprach er gestern, nichts zu unternehmen, was in irgendeiner Weise der neuen Mehrheit schaden könnte.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wertete das Wahlergebnis als „klare Absage" an den Sozialismus. Dieser habe sich als unfähig erwiesen, „die Probleme unserer Zeit zu begreifen oder gar zu lösen", schrieb Strauß an Jacques Chirac.

Auch nach der Niederlage der französischen Sozialisten erwartet die SPD nach Ansicht ihres Geschäftsführers Peter Glotz eine Fortsetzung der bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik des Landes. Glotz verwies dabei auf die Richtlinienkompetenz des Präsidenten.

Die sowjetischen Medien haben das schlechte Abschneiden der Kommunistischen Partei Frankreichs – sie erreichte nur 9,8 Prozent – als Folge einer von allen Seiten entfesselten Kampagne eingestuft. Für die KPF ist das Ergebnis das schlechteste seit 50 Jahren. Sie erlitt auch starke Verluste in ihren Hochburgen.

DER KOMMENTAR

Gute Nachbarn

PETER GILLIES

Der ungehinderte Informationsfluß über Grenzen hinweg ist unbestritten ein wichtiger Teil entspannter Politik. Die Steigerungsform ist die drahtlose, wie sie jetzt der östliche Staatssicherheitsdienst erfolgreich praktizierte: Telefonzellen in Berlin-West wurden heimlich mit elektronischen Wanzen bestückt. Wer dem Arbeiter- und Bauernparadies *entronnen war und flugs zur näch*sten westlichen Telefonzelle eilte, um endlich frei von der Leber weg zu sprechen, wurde von den Grenzern belauscht – eine wahrhaft unübertroffene Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki (Korb drei).

Sicher waren die Gespräche aufschlußreich für die Lauscher an der Mauer, dürften sie doch *mit* manchen peinlichen Wahrheiten konfrontiert worden sein. Andererseits fielen dabei sicherlich viele Kontakte, Adressen und Details an, die dem östlichen Überwachungssystem sehr nützlich waren – und das über Jahre hinweg. Eine perfekte Richtfunk*strecke aus dem demokratischen* Rechtsstaat – was kann ein „Kundschafter des Friedens" mehr wollen?

Im freien Teil Deutschlands wird unterdes in herzbewegender Weise über die Gefahren des „Überwachungsstaates" debattiert, vor allgegenwärtiger Ausspähung und vor dem gläsernen Menschen gewarnt. Gegenüber den Profis von drüben han*delt es sich hierorts um schieren* Dilettantismus. Unterdes ver*nimmt man aus Leipzig, daß* das deutsch-deutsche Verhältnis auf gute Nachbarschaft angelegt sei. Daß Nachbarn damit rechnen müssen, daß andere „Nachbarn" auf sie schießen, gehört fast zur Normalität, die Belauschung von der Telefonzelle nunmehr auch.

So nimmt denn die „Entspan*nungspolitik"* merkwürdige Umwege. Der Werbespruch der Deutschen Bundespost „Damit wir in Verbindung bleiben" erhält eine neue Deutung. Sollte uns in diesem Jahr ein wichtiger Besucher ins Haus stehen, ist sie gut beraten, die Telefonzellen vorher wanzenrein zu fegen – jene in Wiebelskirchen *ausdrücklich* eingeschlossen.

Empörung über „DDR"-Lauschangriff

Spionagesender in Telefonzelle an der Mauer / Kontrollpunkte werden jetzt überprüft

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Nach einer perfekten Lausch-Aktion des „DDR"-Geheimdienstes an der Berliner Sektorengrenze warnte der Staatsschutz jetzt alle Bundesländer: Sie sollen sämtliche Telefonzellen nahe den Kontrollpunkten auf westlicher Seite überprüfen. In Berlin fanden sich in zwei Zellen ausgeklügelte Mini-Sender, die Gespräche und die angewählten Telefonnummern – in West und Ost – aufzeichneten.

Die „DDR" wollte auf diese Weise offenbar auch versuchen, mitunter von grenznahen Zellen geführte Gespräche von Mitarbeitern der Ständigen Vertretung Bonns und ihrer Angehörigen „aufzufangen".

Die alarmierende Aktion, die dem erwärmten deutsch-deutschen Verhältnis zuwiderläuft, flog am Freitag bei Wartungsarbeiten an einer Zelle am Übergang Bornholmer Straße im *Bezirk Wedding auf: Post-Trupps* entdeckten zwischen Apparat und Außenwand einen kompletten Mini-Sender: „Das Ding bestand aus westlichen Bauteilen und war von Experten vorzüglich zusammengebaut worden. Es handelt sich dabei um Maßarbeit, nicht um ein Serienprodukt. Die *Qualität der* Gesprächsaufzeichnungen war optimal – als ob der andere nur um *die Ecke stünde", schilderte* Innensenator Heinrich Lummers Sprecher Hans Birkenbeul der WELT mehrere Details.

Die „DDR"-Lauscher sendeten auf der Frequenz 73,1 Megahertz, ergab sich im Labor des Verfassungsschutzamtes. „Die Sender sind eindeutig von DDR-Seite installiert worden", stellte Lummers Sprecher *fest. Die* Geräte besaßen eine Strahlkraft von rund *3000 Metern* – nach *Ost-Berlin* hinein. „Beide Zellen, in denen wir Sender fanden, stehen direkt im Blickfeld der Wachtürme drüben", ergänzte Lummers Sprecher.

Vermutlich legte es der Staatssicherheitsdienst bei seiner Operation *vor allem darauf an, Gespräche* privaten oder sogar dienstlichen Inhalts von *Mitarbeitern* der Bonner Vertretung mitschneiden zu können. Vor allem der Übergang *Invalidenstraße* liegt verführerisch nahe an dem vom Stasi elektronisch voll „angezapften" Dienstgebäude an der Hannoverschen Straße.

Aber die Bonner Vertreter waren sich der Gefahr offenbar stets bewußt. „Schon zur Zeit von Günter Gaus sagte der Staatssekretär bei eiligen Anrufen immer zu uns: ‚Aber seid nicht so blöd, von der ersten Zelle hinter der Grenze aus zu telefonieren", berichtete ein früherer Bediensteter der WELT.

Nach den überraschenden Funden observierte der Staatsschutz 48 Stunden lang beide Zellen – vergebens. Die Sender sprangen an, sobald der Hörer abgenommen wurde: „Durch die Wählimpulse, die notiert wurden, kannte die DDR-Seite jede angewählte Nummer im Westen oder Osten und konnte daraus ihre Schlüsse über Kontakte ziehen", sagte der Sprecher. Inzwischen ermittelt der Staatsschutz wegen „geheimdienstlicher Agenten*tätigkeit". Denn die Installateure* müssen sich als West-Postler verkleidet haben.

Blüm: Preise für Arzneimittel senken

Frühjahrssitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen / ÖTV gegen Bettenabbau

HEINZ HECK, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat an die pharmazeutische Industrie appelliert, Preisdisziplin zu üben. Auf der Frühjahrssitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen erklärte Blüm gestern in Bonn, entscheidend für den Erfolg dieser Veranstaltung werde die weitere Entwicklung bei den Arzneimittel-, Krankenhaus- sowie Heil- und Hilfs*mittelkosten sein.*

„Ich erwarte von der pharmazeutischen Industrie jetzt eine strikte Preisdisziplin", betonte Blüm. „Firmen, die ihre Arzneimittelpreise in den vergangenen Monaten erhöht haben, müssen ihr Preisverhalten korrigieren. Sie sollten dem Beispiel anderer Wirtschaftsbereiche folgen, in denen Preissenkungen durchaus an der Tagesordnung sind."

Seit Oktober 1985 seien die Erzeugerpreise insgesamt um 0,7 Prozent *gesunken, die Arzneimittelpreise* dagegen um 0,9 Prozent gestiegen. Firmen, die *diese* Entwicklung zu verantworten hätten, erwiesen der pharmazeutischen *Industrie insgesamt* und der Glaubwürdigkeit ihres Bundesverbandes einen „Bärendienst". Blüm hatte zuvor daran erinnert, daß der Bundesverband seine Mitglieder im Oktober 1985 aufgefordert hatte, die Preise „ab sofort für die Dauer von zwei Jahren festzuschreiben".

Die Spitzenverbände der gesetzli*chen Krankenkassen hatten bereits* am vergangenen Donnerstag die Gefahr weiterer *Beitragssatzerhöhungen* beschworen. 1985 verbuchten sie ein Defizit von rund 2,4 Milliarden Mark, obwohl ihre Einnahmen aufgrund erhöhter Beitragssätze um 6,4 Milliarden Mark gestiegen waren.

Die Leistungsträger im Gesundheitswesen – Vertreter der Ärzte, Krankenhäuser, Apotheker und der pharmazeutischen Industrie – forderten auf der gestrigen Sitzung den Ge*setzgeber auf, dafür Sorge zu tragen,* daß der gesetzlichen Krankenversi*cherung nicht ständig neue* versicherungsfremde Belastungen auferlegt würden, von denen eine *erneute* Steigerung der Beitragssätze drohe.

Sie betonten, *„daß sich die* Gesundheitspolitik nicht weiterhin nahezu ausschließlich an wirtschaftlichen und finanzpolitischen Daten orientieren kann". Vielmehr müsse sie sich, wie in der Reichsversicherungsordnung festgelegt, „an den in ständiger Entwicklung befindlichen medizinischen und demographischen Gegebenheiten ausrichten". Die Konzertierte Aktion müsse es als ihre „be*sondere Aufgabe ansehen,* endlich diesem Auftrag gerecht zu werden".

Die Länder forderte Blüm auf, den *nötigen* Bettenabbau in den Krankenhäusern zu betreiben. Hier sieht der Minister eine „entscheidende Bewährungsprobe". Die Selbstverwaltung müsse die Instrumente nutzen, die sie mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz und der Bundespflegesatzverordnung erhalten habe. Gegen den Bettenabbau hat sich die ÖTV gewandt. Sparaktionen und Leistungseinschränkungen verbesserten *die Kostensituation* im Gesundheitswesen nicht.

Reagan kämpft um „Contra"-Hilfe

DW. Washington

Vier Tage vor der Abstimmung des Repräsentantenhauses über die 100-Millionen-Dollar Hilfe für die Antisandinisten in Nicaragua hat US-Präsident Reagan sich mit seinem Anliegen *direkt* an das amerikanische Volk gewandt. Reagan: Die Hilfe für die *„Contras" solle verhindern, daß die* „Sowjetunion einen Brückenkopf in *Nordamerika"* errichten *könne. Die* USA würden nicht nur von Nicaragua bedroht, sondern auch von jenen, die Nicaragua als Platz für ihren Kampf gegen die USA benutzten.

Anklage im Mordfall Palme

DW. Stockholm

Die schwedische Polizei hat gestern Anklage gegen einen 32jährigen Mann erhoben, der im Verdacht steht, an der Ermordung des Ministerpräsidenten Olof Palme beteiligt gewesen zu sein. Der Verdächtigte, der seit Mittwoch in Polizeigewahrsam ist, *hat für den Abend, an dem der Mord* geschah, kein lückenloses Alibi. Die Rechtsanwälte des Festgenommenen, vermutlich ein Lehrer, haben ihren Mandanten als einen Gegner der Politik Palmes geschildert, der Angst vor dem Kommunismus habe.

Biedenkopf trägt Kompromiß mit

DW. Bonn

Vier Tage vor der Verabschiedung im Bundestag steht fest, daß der Koalitionskompromiß zur Änderung des Paragraphen 116 AFG nicht mehr geändert werden wird. Die FDP sperrte sich erfolgreich gegen alle Versuche, doch noch Änderungen an der Neufassung vorzunehmen. Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf, der am Wochenende *noch eine Abänderung gefordert* hatte, signalisierte inzwischen seine Zu*stimmung zu dem Gesetzentwurf.*

SDI-Gespräche unter Zeitdruck

DW. Bonn

Die Gesprächsserie über eine Beteiligung deutscher Unternehmen am US-Forschungsprogramm für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum (SDI) und über die deutsch-amerikanische technologische Zusammenarbeit geht weiter. Regierungssprecher Ost ließ gestern offen, ob die Verhandlungen mit den USA noch vor Ostern abgeschlossen werden können. *Ursprünglich war vorgesehen,* die Verhandlungen bis zu diesem Ter*min zum Abschluß zu bringen.*

Sowjets bauen neue Raumschiffe

DW. Moskau

Für die bemannte sowjetische Raumfahrt ist eine *neue* Raumschiff-Generation entwickelt worden. Die *Parteizeitung „Prawda" meldete* gestern, ein neues Raumschiff werde das Modell Sojus ablösen. *Dieses* wird unter ständiger Weiterentwicklung seit *1967* in der sowjetischen Weltraumfahrt verwendet. Ohne nähere Einzelheiten zu nennen heißt es, für das neue Weltraumlabor „Mir" werde jetzt auch eine neue Generation von Transportern gebraucht.

Papst besucht erstmals Synagoge

DW. Rom

Papst Johannes Paul II. wird am *13. April die Synagoge von Rom* besuchen. Es handelt sich um den ersten Besuch eines Oberhauptes der katholischen Kirche in einem jüdischen *Gotteshaus, obwohl Papst Johannes* Paul und seine Vorgänger zahlreiche Kontakte *mit jüdischen* Gemeinden gehabt haben. Der Vatikan hat den Staat Israel anerkannt, unterhält aber vor allem wegen des Jerusalem-Problems keine diplomatischen Beziehungen zu Israel.

Unmut in Polen über Preiserhöhung

DW. Warschau

In Danzig (Gdansk) ist es zu Protestdemonstrationen gegen die am Samstag bekanntgegebene Erhöhung der Lebensmittelpreise in Polen gekommen. Nach Augenzeugenberichten riefen die Menschen „Nieder mit den Preisen" und sangen ein Lied zu Ehren von Arbeiterführer Lech Walesa. Die Anzahl der Teilnehmer wurde sehr unterschiedlich mit 1000 bis 3000 angegeben. Zu Gewalttätigkeiten kam es nicht.

In Podkowa Lesna bei Warschau haben am Sonntag sechs Frauen in einer Kirche einen einwöchigen Hungerstreik begonnen. Sie wollen damit gegen die Inhaftierung von mindestens sechs Anhängern der Pazifistenbewegung „Frieden und Freiheit" *protestieren,* die sich weigern, den Eid auf die Volksrepublik und die Treue zur Sowjetunion zu schwören.

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Budapest: Polizei gegen Studenten

cgs. Wien

Eine nicht genehmigte Demonstration von etwa 700 Menschen ist durch die ungarische Polizei in Budapest aufgelöst worden. Studenten und andere junge Leute marschierten nach dem Ende einer offiziellen Gedenkfeier anläßlich des 15. März – des Jahrestages der ungarischen Revolution von 1848 – vom Nationalmuseum *zum Donaukorso. Mit rot-weiß-grü*nen ungarischen Nationalfahnen, patriotischen Liedern und mit dem Rezitieren des berühmten Gedichts von Sandor Petöfi „Ungarn, steht auf!" zogen die Studenten zum Petöfi-Denkmal, von dem aus 1956 der Volksaufstand *begann.* Als zwei Personen von der Polizei festgenommen wurden, kam es zu Protesten und zu einem Sitzstreik.

Zahlreichen Ungarn, die auf der Kettenbrücke an der Donau demonstrierten, wurden von der Polizei die Personalausweise weggenommen.

SPD-Abgrenzung zu Kommunisten

DW. Bonn

Der *SPD-Vorsitzende Willy Brandt* hat auf einer Veranstaltung seiner Partei *zum 40. Jahrestag der Zwangs*vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetzone die Unvereinbarkeit von Sozialdemokratie und Kommunismus unterstrichen. Gleichzeitig betonte er, daß Sozialdemokraten nicht aus Betriebsräten oder Initiativen der Friedensbewegung und des Umweltschutzes davonlaufen sollten, weil dort Kommunisten beteiligt seien. Für ihn sei die Sicherung des Friedens wichtiger *als* der Streit um Theorien. Er empfehle aber seiner Partei, sich nur an Aktionen zu beteiligen, bei denen die Auffassungen der Sozialdemokraten zur Geltung kämen. Brandt wandte sich gleichzeitig gegen eine deklamatorische Men*schenrechtsdebatte: Die Oppositio*nellen in Osteuropa müßten darauf hingewiesen werden, „daß wir unsere Politik in ihrer voraussichtlichen Wirkung auszurichten haben".

In der Cherut-Partei droht Shamir die Entmachtung

Mehrheit der Mitglieder steht hinter Levy und Sharon

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Ariel Sharon und David Levy, die zwei starken Männer in der Cherut-Bewegung, wollen Vizepremier Yitzhak Shamir nominell die Führung der Partei belassen, ihn aber faktisch entmachten. Dies zeichnet sich in den Diskussionen über eine mögliche Fortsetzung des Parteitags ab, der in der vergangenen Woche nach einem Eklat abgebrochen wurde.

Shamir möchte an der derzeitigen Situation nichts ändern und eine neue Sitzung erst Anfang nächsten Jahres abhalten. Bis dahin, meint er, sollten alle Parteigremien wie Sekretariat und Zentralkomitee weiter bestehen und er selbst Chef der Bewegung bleiben (mit Menachem Begin als nominellem Vorsitzenden).

Dieser Ansicht widersetzen sich David Levy und Ariel Sharon. Zusammen können beide ohne weiteres eine Stimmenmehrheit erzielen. Sha*ron hat nun einen Schlichtungsplan* entworfen, der ein Triumvirat zur Führung der Partei vorsieht. Nach diesem Plan soll Shamir die freiwerdende Stelle Begins als Vorsitzender der Bewegung übernehmen. Er würde auch, wie schon früher bestimmt, Shimon Peres als Premierminister in der Regierung nach der im Koalitionsabkommen vergesehenen Rotation ablösen.

In der Bewegung selbst würde Shamir allerdings eine bloße Repräsentationsfigur sein. Denn David Levy soll dann den Vorsitz der Parteileitung übernehmen und Sharon selbst den Vorsitz des Zentralkomitees.

Letzteres ist von großer Bedeu*tung, denn es bestimmt die* Kandidatenliste für die nächsten Knessetwahlen (in der zweiten Hälfte 1988) und auch den Kandidaten für das Amt des Premierministers für den Fall, daß die Partei die Wahlen gewinnt.

Levy zeigt sich von diesem Plan nicht sehr beeindruckt, weil er ihm zu wenig Einfluß bringt. Sharon hat daher noch einige Variationen entwor*fen.* Allen gemeinsamen ist die Entmachtung Shamirs. Sollte sich Shamir dagegen sperren, drohen Sharon und Levy mit der sofortigen Wiedereinberufung des Parteitags. (SAD)



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Afghanische Erfahrung

Von Herbert Kremp

Die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses über „Sechs Jahre Krieg und Besetzung in Afghanistan" ist die erste Veranstaltung dieser Art in einem westlichen Parlament. Der Ausschußvorsitzende Stercken (CDU) hat sich um kompetente Zeugen und Kenner der afghanischen Tragödie bemüht, die Hunderttausende von Menschen das Leben und Millionen die Existenz in der angestammten Heimat gekostet hat. Der Krieg geht weiter. Die Sowjets können ihn bei dem entstandenen Kräfteverhältnis nicht gewinnen. Das Scheitern des 1979 begonnenen Feldzugs einzugestehen, bringen sie offenbar nicht über sich. Sie reiten einen Tiger.

Afghanistan und das Geiseldrama in Teheran haben die Weltpolitik stark beeinflußt. Beide Ereignisse fielen in die Zeit der schwachen Präsidentschaft Jimmy Carters und wurden zur Ursache für die Schwenkung der amerikanischen Politik. Die Periode der Entspannung ging 1979 offiziell zu Ende. Hinter ihrem Schein hatte Leonid Breschnew seit Jahren den Einfluß der sowjetischen Macht in Asien und Afrika ausgedehnt, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. In Afghanistan durchbrach er die Bannmeile des Imperiums, er griff mit Waffengewalt nach einem neutralen Land. Damit überschritt er die dehnbaren Grenzen westlicher Toleranz. Die Vorstellung der damaligen Bundesregierung, die Entspannung für teilbar zu erklären, den Begriff also für Europa zu retten, konnte den Wandel des Weltklimas nicht aufhalten.

Kommunistische Kriege wie in Afghanistan und in Indochina geraten leicht in Vergessenheit, weil sie einem Mord ohne Zeugen und ohne Verfahren gleichen. Umso verdienstvoller ist die Bonner Initiative, der sich drei gerade aus Südasien zurückgekehrte sozialdemokratische Abgeordnete demonstrativ angeschlossen haben. Sie forderten die internationale Anerkennung des afghanischen Widerstands, einer von ihnen sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Quisling-Regime der Sowjets in Kabul. Damit werden sie in ihrer Partei auf wenig Gegenliebe stoßen. Sie sorgen immerhin für Diskussionsstoff. Er reicht vielleicht aus, um Konsens darüber zu erzielen, daß die Sowjetunion sich in Afghanistan des Völkermordes schuldig macht.

Unruhe in Polen

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn Jaruzelski als Gast auf dem sowjetischen Parteikongreß in Moskau noch bemüht war, die Zustände in seinem Land als normal oder zumindest „normalisiert" darzustellen, so wurde er jetzt von der heimischen Realität eingeholt. In Danzig demonstrierten Tausende von Anhängern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" gegen die von der Regierung verhängten Preiserhöhungen. Sie ließen den Arbeiterführer Lech Walesa hoch leben.

Der Zufall will's, daß die polnischen Demonstrationen eine Art Willkommensgruß für den sowjetischen Außenminister Schewardnadse darstellen, der gestern in Warschau eintraf. Er wird sich an Ort und Stelle davon überzeugen wollen, in welchem Maße Polen noch oder wieder ein stabiler Partner (oder Vasall) der Sowjetunion ist. Ob er sich mit bloßen Beteuerungen seiner Gastgeber zufriedengibt oder ob er, der selber aus einer anderen „schwierigen" Gegend des Sowjet-Imperiums (Georgien) stammt, nicht doch schärfer hinter die Kulissen blickt, als den polnischen Kommunisten lieb sein kann, wird man sehen.

Gorbatschow möchte die unter seinen Vorgängern ein wenig ins Schleifen geratenen Zügel wieder fester anziehen. Hier spielt Polen eine besondere Rolle, denn solange es sich als „kranker Mann" des Imperiums erweist, politisch wie ökonomisch, ist die sowjetische Position in Ostmitteleuropa nicht ganz gefestigt. Das Jaruzelski-Regime hofft seinerseits, gewisse Widersprüche zwischen der amerikanischen und der westeuropäischen Polen-Politik für sich ausnutzen und neue Kredite im Westen flottzumachen, die es für sein Überleben dringend braucht. Aber auch die Westeuropäer müssen sich überlegen, ob das polnische Problem durch immer neue Kredite und Bürgschaften überhaupt gelöst werden kann, solange die Frage nach dem Charakter des Systems umgangen wird.

Das östliche Europa am Ende des 20. Jahrhunderts ist kein einfaches Pflaster. Auch in Budapest haben jetzt siebenhundert Studenten für nationale Unabhängigkeit demonstriert. Auf Harmonie kann Gorbatschow in diesem Raum nicht unbedingt zählen.

Anbiedermann als Spender

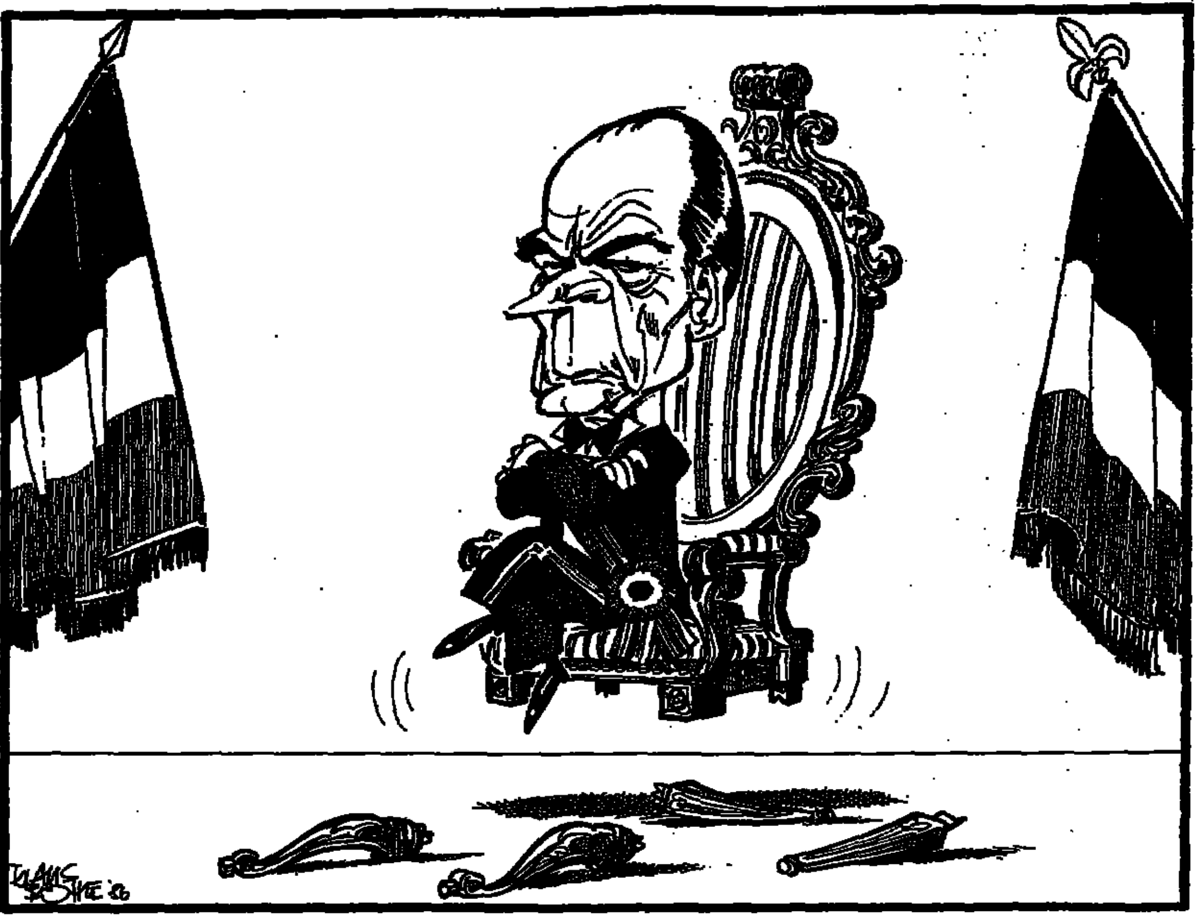
Von Günter Zehm

Die Funktionäre bleiben bei der Kasse", wußte schon der alte Bebel. Deshalb wird es mit dem Verband Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier vielleicht auch nach der katastrophalen Bundesversammlung in Berlin noch eine Weile weitergehen. Zumindest ein Kern von Funktionären wird erhalten bleiben. Denn die Kassen sind recht gut gefüllt.

Das liegt freilich nicht an der IG Druck und Papier, die zwar die ihr ergebenen Führungskräfte, wie etwa den alten und neuen Vorsitzenden Hans Peter Bleuel, nicht verkommen läßt, sich ansonsten aber finanziell sehr zurückhält. Es liegt auch nicht an den „Errungenschaften", die man sich „erkämpft" zu haben einbildet. Vielmehr ist es die Bonner Bundesregierung mit ihren diversen punktuellen Subventionsmöglichkeiten (für Kongresse, Reisen und dergleichen), die in Richtung VS die Spendierhosen anhat.

Das Verhalten der Bonner war im Grunde der einzige Trost, den die Besucher der Berliner Konferenz aus dem sonst so desaströsen Rechenschaftsbericht schöpfen konnten. Wie Vorstandsmitglied Gert von Paczensky mitteilte, hat beispielsweise das Bonner Auswärtige Amt seine Zahlungen an den VS seit Bleuels Amtsantritt mehr als verdoppelt (von etwa dreißigtausend auf über siebzigtausend Mark). Und auch im Innenministerium säßen, wie es hieß, potentiell sehr spendenwillige Amtsträger. Die Genossen sollten in Zukunft aber endlich ordentlich abrechnen, denn eine ordentliche Abrechnung sei nun einmal das für Bonn notwendige „Sesam, öffne dich!"

Überall, wo irgendwelche staatlichen Subventionstöpfe bereitstehen, sind die VS-Leute die ersten, die sich fordernd melden. Bei den rivalisierenden Verbänden gibt es dagegen oft so etwas wie eine psychologische Hemmschwelle, die freilich nur zum Teil auf die altmodische „Wir betteln nicht"-Mentalität zurückzuführen ist. Vielmehr sagt man sich dort inzwischen resignierend: Die Bonner akzeptieren eh nur den VS. Und tatsächlich ist es auch so. Es sollte aber nicht so bleiben. Auch in Bezug auf Autorenverbände hat Bonn neutral zu bleiben und darf nicht einseitig die linken Vereine bevorzugen.



KLAUS BÖHLE

Absage an eine Ideologie

Von Peter Ruge

Eigenartiges hat sich in Frankreich zugetragen. Nach fünf Jahren Sozialismus mehrten sich die Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs, einer Preisstabilisierung – ähnlich wie in der immer wieder als Vorbild hingestellten Bundesrepublik Deutschland wuchs auch das Vertrauen wieder in die V. Republik. Und doch wählte Frankreich den Wechsel, die bürgerlichen Parteien erhielten die Mehrheit.

Um Gründe sind die Franzosen nicht verlegen, jeder hatte so seine Erlebnisse mit dem Sozialismus. Es genügt, sich die Themen des Wahlkampfes noch einmal vor Augen zu führen: Arbeitslosigkeit, der Mangel an Sicherheit, die ungehemmte Einwanderungswelle, die vielen Widersprüchlichkeiten der sozialistischen Staatsführung, deren Pannenliste jeden Tag länger wurde: Neu-Kaledonien, Tschad, Libyen, Greenpeace-Affäre, Jaruzelski-Empfang, Waffen nach Iran, Oppositionelle nach Irak, das Geiseldrama von Beirut. Die Ungereimtheiten, die Verschleierungen, die Inkompetenzen – das hatte das Maß des Erträglichen überschritten. Und doch wären am Wahltag den Sozialisten alle diese Fehler verziehen gewesen, die Franzosen hätten wie 1981 *abgestimmt*, wenn nicht etwas anderes den Sinneswandel *herbeigeführt hätte*: Abgewählt wurde eine Ideologie.

Nach Großbritannien, nach der Bundesrepublik ist Frankreich nun das dritte große Land in Europa, das den Sozialisten eine Absage erteilt. Den Vorgang begleiten gleichartige Merkmale. Die Linken scheinen einem historischen Prozeß in zwei Stufen ausgesetzt, vom Moment an, da sie in westlichen Demokratien an die Macht kommen, bis zu ihrem Niedergang.

Erste Stufe: Die umfassende Volksbeglückung. Mit einhundertzehn Versprechungen traten Sozialisten und Kommunisten in Frankreich an, das Geld wurde mit vollen Händen ausgegeben – zwei Jahre lang, bis die Staatskassen leer waren, das Wachstum bei Null herumdümpelte und von einer internationalen Reputation nicht mehr die Rede sein konnte.

Zweite Stufe: Die Krisenbewältigung. Sie setzt auch in Frankreich innerparteilich an. Planungstheo*retiker wie Chévenement und Jospin wird der Einfluß entzogen*, Realpolitiker wie Rocard oder Bé*régovoy dürfen* eine „Liberalisierung" einleiten, was wiederum in den Augen der Kommunisten „Verrat an der Arbeiterklasse" bedeutet. Sie vollziehen den Bruch, denn das ist nicht mehr die Partei, mit der sie einst koaliert haben: Je erfolgreicher sich nämlich der neue Kurs der wirtschaftlichen Konsolidisierung abzeichnet, desto mehr schrumpft das Häuflein derer, die am sozialistischen Gedankengut in letzter Reinheit festhalten wollen. Die Umorientierung der Basis geht schrittweise einher mit der inneren Auszehrung roter Ideologie.

Unterschiede zu den bürgerlichen Parteien beginnen zu verwischen. Diese Demokratisierung aber entzieht den Sozialisten das Vertrauen in dem Maße, wie sie ihre intellektuelle Glaubwürdigkeit einbüßen – sie führt in Frankreich aber auch gleichzeitig zu einer Identitätskrise: Die Überlegung Mitterrands, durch die Öffnung des Mutterlandes für afrikanische und arabische Einwanderer das Proletariat zu vermehren, also das klassische Becken der Linken zu erweitern, löst Gegenwehr aus. Eine landesweite Restaurierung nationaler Werte ist die Folge. Pro*fitiert haben davon die* bürgerlichen Parteien, vor allem aber der *Rechtsaußen Le Pen mit seiner* Nationalen Front.

Ist also der Sozialismus als eine Zeiterscheinung einzustufen, die sich zu überleben beginnt? Predigt er doch immer noch einem Proletariat, aus dem der Arbeiter längst herausgewachsen ist; er setzt weiter Normen für eine industrielle Gesellschaft, die bereits in einem computerisierten weltumspannenden Kommunikationsgeflecht zu leben beginnt, er fordert fortgesetzt die Unterordnung unter einen Gemeinschaftswillen, dessen Ziele er allein vorgibt.



Erst Krise, dann Reparatur: Gescheiterter Premier Fabius
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Die Illusion, im Klassenkampf zu stehen, verfängt nicht mehr bei einer Mittelschicht in Europa, die sich als neuer Träger der modernen Gesellschaft versteht. Dies wird auch durch das Phänomen belegt, daß in Frankreich den Gewerkschaften die Anhänger weglaufen. Man kann dieser neuen Mittelschicht Orientierungslosigkeit vorwerfen; man kann ihr aber auch den durchaus gesunden Willen unterstellen, eine passende, zeitgerechte Ordnung oder eben Orientierung zu finden. Das erklärt, warum sie zwischen links und rechts zu pendeln scheint, auch in Frankreich. Die Frage ist, ob sie die modernen Politiker, Parteien, Programme findet, die sie *sucht, auf* die sie Anspruch hat.

Mag sein, daß der Umbruch in der modernen Gesellschaft so *rasch abläuft, daß er von den Par*teien nicht voll erfaßt wird – die *Reaktionen* sind eher tagesaktuell bestimmt, wo eine Antwort visionärer Ideen nötig wäre. 1981 jedenfalls waren die Sozialisten einen Versuch wert nach fünfunddreißig Jahren Gaullismus-Giscardismus. Das Experiment soll nicht fortgesetzt werden; aber was ist die Alternative? Giscard d'Estaing, Chaban-Delmas, Barre und Chirac sind die Männer von damals, die auch heute wieder unter den Gewählten sind und die Gewählten führen. Tödlich wäre der Rückfall in die alten Gewohnheiten, denn erwartet werden Rahmenbedingungen, die dem einzelnen das Gefühl wiedergeben sollen, auf festem Boden zu stehen, keiner Bedrohung mehr ausgesetzt zu sein, sich frei entfalten zu können.

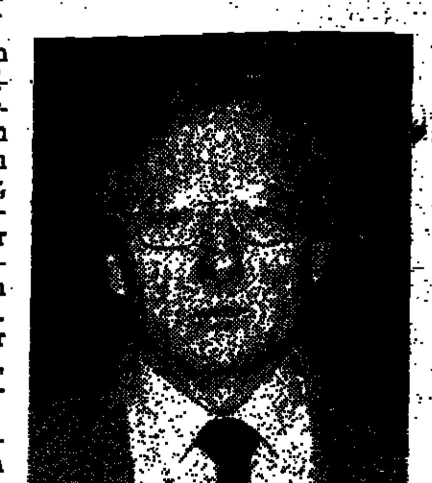
Den Bürgerlichen in Frankreich ist zwar die Mehrheit gegeben, aber ihnen wurde eine Warnung an die Seite gestellt: Le Pen und seine *Nationale Front. Insofern haben* die Franzosen einen offenen Wechsel auf die Zukunft gezogen.

IM GESPRÄCH Hans Dieter Müller

Der Arbeits-Akademiker

Von Winfried Wessendorf

An soviel Vertrauen muß er sich erst gewöhnen: Hans Dieter Müller (58), mit überwältigender Mehrheit (160 von 188 Stimmen) zum neuen Parteichef der SPD in Bremen gewählt. Der *Historiker*, Lektor, Buchautor, Übersetzer, Wissenschaftsmanager und Parteifunktionär hat Denkanstöße gegeben, Kontroversen heraufbeschworen und sich oft genug in der Schußlinie gefunden. „Ich habe einen gewissen Weg hinter mir", sagt Müller, seit 1960 Genosse, „aber ich habe auch eine klare Position."



Menschliche Gesellschaft und Kampf dem 116: Neuer Bremer SPD-Chef Müller FOTO: WOLTEMATH

Er kämpfte vehement gegen atomare Aufrüstung, brachte auf den Bundesparteitagen Leitanträge durch und versichert, daß die Friedensunfähigkeit im Innern mit der *Friedensunfähigkeit nach außen* wachse. Das Wettrüsten auf Kosten des sozialen Friedens sei eine Krankheit zum Tode.

Der begeisterte Hobby-Segler, in Wolfenbüttel als Sohn eines Baurates geboren, Familienvater, drei Kinder, evangelisch-lutherisch aufgewachsen, Internatszögling, wollte Seeoffizier werden. Er wandte sich jedoch dem Schöngeistigen zu: Verlagslehre, Studium der Geschichte, Lektor, Filmemacher mit Alexander Kluge und *Edgar Reitz, Herausgeber („Die Wasserstoffbombe")*, heute Direktor der *Akademie für Arbeit und* Politik an Bremens Universität, deren Gründung er als persönlicher Referent des Rektors und Leiter der Informationsabteilung mit prägte.

Aus einer linken Mitte heraus will der Parteilinke und Mitbegründer des Diskussionskreises Bremer Linker im „Bürgerhof" künftig die Partei führen, die konstruktiven Seiten stärken und nach Kontroversen wieder für das Aufeinanderzugehen sorgen.

In einer Grundsatzrede vor der Wahl zum Parteichef hat er dargestellt, wie er das Vertrauen der Mitbürger und Wähler gewinnen will: durch *die Verbindung der Vision einer* menschlichen Gesellschaft mit der *Unerschrockenheit der Analyse.*

Er wehrt sich vehement gegen einen Raumfahrtlehrstuhl in Bremen, weil es keine klare Abgrenzung zum SDI-Programm gebe, und wird doch gleichzeitig angesichts bremischer Schwierigkeiten moderat: Er wolle die Ideologie zurückdrängen, weil Raumfahrt für die Bremer Wirtschaft dringend notwendig sei.

Sechs *Jahre lang war „HDM"* Vorsitzender des quirligen und starken *SPD-Unterbezirks* Bremen-Ost, nicht unumstritten, auch nicht sonderlich beliebt. Deshalb sein Erstaunen über das Wahlergebnis und sein Credo: „Wir können nicht für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, wenn wir sie nicht bei uns selber verwirklichen, wenn wir nicht trotz unterschiedlicher Positionen aufmerksam und solidarisch miteinander umgehen."

Den Landesvorsitz übernahm er nicht gerade in Schönwetterzeiten. Seine Kampfansage lautet: Mit der Änderung des Paragraphen 116 und mit den Sicherheitsgesetzen habe die Bundesregierung einen fundamentalen Angriff auf die beiden Grundpfeiler der Demokratie, Solidarität und Liberalität, unternommen; beides *ziele darauf, Protest und Widerstand der* Bürger auf die Dauer unwirksam zu *machen.*

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DEISTER- UND WESERZEITUNG

Zum Vorwurf der politischen Einflußnahme auf die Bonner Staatsanwaltschaft meint das Hamelner Blatt:

Es ist merkwürdig, wie jene, die den Kanzler der Öffentlichkeit so selbstverständlich als dringend Tatverdächtigen präsentieren, nun in moralisierendes Entsetzen geraten, wenn ein anderer Verdacht zur Sprache kommt: *nämlich der, daß die* Entscheidung der Bonner Staatsan*waltschaft, gegen Kohl zu ermitteln*, politisch veranlaßt worden sei. Weshalb *sollte es ein Sakrileg sein*, öffentliche Ankläger eines Unrechts zu verdächtigen, wenn der Träger des höchsten politischen Exekutivamtes der Republik – der Kanzler eben – schon wochenlang Spießruten läuft? Allzuweit herangeholt sind die Anhaltspunkte für politische Einflußnahmen ja gerade nicht.

Die Presse

Die Entscheidung der Schweizer gegen einen UN-Beitritt überrascht die Wiener Zeitung nicht:

Die Realität in einer der ältesten Demokratien der Welt spricht nämlich eine klarere, viel undiplomatischere Sprache. Da sind die massiven Einwände der Schweizer gegen auch nur die geringste Liberalisierung der Flüchtlings- und Asylpolitik; da ist die isolationistische Finanz- und Steuerpolitik; da ist letztlich auch die ambivalente Haltung der Eidgenossen gegenüber *den „Ausländern"* in den UN-Gebäuden in Genf, die man *als Geldquelle* freilich keineswegs verachtet.

Münchner Merkur

„Kohl-Verfahren":

Die drei Staatsanwälte in der Bundeshauptstadt, die direkt vor Ort recherchiert haben, sind von der Unschuld des Kanzlers überzeugt. Sie haben keinen Beweis dafür gefunden, daß Kohl vor dem Flick-Ausschuß *falsch ausgesagt hat. Trotzdem* erzwingt der Generalstaatsanwalt in der *Domstadt am Rhein die Einleitung* eines Ermittlungsverfahrens. Warum? Der Fall, so scheint es, erhält eine neue, ungeahnte Dimension.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er verweist auf die Probleme der bürgerlichen Wahlsieger:

Die Linke, das sozialistische Experiment, die Politik Mitterrands sind von einer großen Mehrheit der Franzosen abgelehnt worden. Aber deshalb hat die *liberale* Rechte nicht triumphiert. Sie hat gewonnen, aber der *Sieg ist schwierig*... Wenn die neue Mehrheit rechnerisch sicher ist, so ist sie politisch zerbrechlich. *In diesem* Maße war Mitterrand erfolgreich.

LE MATIN

Diese Pariser Zeitung glaubt an die Zukunft Mitterrands:

Die Sozialistische Partei kann mit dieser Basis ihre Anhängerschaft noch vergrößern und zum wirksamen Sprungbrett ihres Kandidaten für die nächste *Präsidentschaftswahl* werden. Denn nach diesem Resultat bei einer schwierigen Wahl ist klar, daß die Linke die nächste Präsidentenwahl gewinnen *kann.*

Ein vernichtender Beliebtheitstest für die UNO

Nicht nur die Mieten in Genf spielten eine Rolle / Von Alfred Zänker

Das Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung – nicht weniger als 75,5 Prozent der Stimmbürger haben den von Regierung und *Parlament* unterstützten Vorschlag, der UNO als Vollmitglied beizutreten, *abgelehnt – ist um so* eindrucksvoller, als die Wahlbeteiligung mit 50,2 Prozent ungewöhnlich hoch war, verglichen mit den sonst üblichen Beteiligungen von nur etwas mehr als 40 Prozent. Zudem lehnten sämtliche 26 Kantone den Beitritt ab, mit Nein-Stimmen zwischen 60 Prozent im Jura und 80 bis 90 Prozent in den ländlichen Kantonen der Innerschweiz und im Osten des Landes, Appenzell, Schwyz, Nid- und Obwalden, auch St. Gallen, Luzern und im Wallis.

In Bern, wo die Bundesregierung für die UNO Stimmung gemacht hatte, waren 77 Prozent, in Zürich 71 Prozent, sogar in Genf, dem Sitz vieler UNO-Behörden, rund 70 Prozent dagegen. Zwar hatten Rundfragen schon seit Monaten eine wachsende Ablehnung erkennen lassen, aber nicht einmal die eifrigsten Gegner des UNO-Beitritts hatten mit einem derartigen Ergebnis gerechnet.

Dabei hatten die Regierungsparteien – mit Ausnahme der Schweizerischen Volkspartei – sowie auch Gewerkschaften, kirchliche Organisationen und *namhafte* Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens *mit großem Aufwand* für den Beitritt geworben. Ihr Hauptargument war, daß die Schweiz ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen in der Welt nur als Mitglied der UNO in vollem Umfang wahrnehmen könne und daß dies auch nicht im Widerspruch zur „dauernden bewaffneten Neutralität" des Landes zu stehen brauche. Die Schweiz gerate sonst in die Isolierung. Schwedens und Österreichs „Neutralität" wurden als Beispiele dafür zitiert.

In Genf ging es den Befürwortern vor allem auch darum, die Stellung der Stadt als Sitz von UNO-Organisationen und Tagungsort großer internationaler Konferenzen zu befestigen, zumal sich Wien in steigendem Maße als internationales Zentrum anbietet.

Alle diese Argumente haben die große Mehrheit des Schweizer Volkes, bezeichnenderweise auch die jüngere Generation, nicht beeindruckt. Ihnen erschien die Meinung der Gegner viel realistischer, *daß die Schweiz von einem UNO*-Beitritt kaum etwas zu gewinnen habe und außerdem nur riskiere, in Konflikte hineingezogen zu werden. Plausibler schien die Parole: „Neutralität ja – UNO nein". Man hörte viele Schweizer fragen, was ihr Land eigentlich als Mitglied Nr. 160 der UNO bewirken könnte.

Dazu kommt, daß die UNO aus der Sicht der nüchternen Eidgenossen nach mehr als vierzig Jahren weder als Friedensstifter noch als gestaltende weltpolitische Kraft große Leistungen aufweisen kann. Man steht der UNO-Bürokratie mit Skepsis gegenüber, fürchtet auch den zunehmenden Einfluß der Dritten Welt und der Sowjetunion.

Wahrscheinlich hat nicht zuletzt der wachsende Widerstand der Schweizer Bevölkerung gegen den Zustrom von Flüchtlingen aus der Dritten Welt, besonders in der unpopulären Frage der Tamilen aus Sri Lanka, mitgespielt. Die kritische Schwelle der Internationalisierung des Landes und besonders der Stadt Genf ist nach verbreiteter Ansicht erreicht. In Genf werden *viele der größten* Ärgernisse, besonders der Wohnungsmangel und die extrem *hohen Mieten*, der Anwesenheit von mehr als zwanzigtausend wohlbezahlten und steuerbefreiten Diplomaten und Angestellten internationaler *Behörden* zugeschrieben. Die rechtsorientierte Partei der „Vigilants", die sich gegen den Zuzug weiterer internationaler Bürokraten und Flüchtlinge stemmt, hatte bei den jüngsten kantonalen und lokalen Wahlen einen erdrutschartigen Stimmengewinn zu verzeichnen und ist in Genf erstmals zu einer politischen Kraft geworden.

Noch sind die Konsequenzen des Schweizer UNO-Votums schwer zu überblicken. Der sozialdemokratische Außenminister Pierre Aubert, ein besonders entschiedener Beitritts-Befürworter, sieht keinen Grund zum Rücktritt: „Ich betrachte den Ausgang der Abstimmung nicht als persönliches Mißtrauensvotum, außerdem haben die Grundlagen unserer neutralen Außenpolitik gar nicht zur Debatte gestanden." Dennoch wird seine Position als Vertreter schweizerischer Außenpolitik schwieriger. Als sicher gilt in Bern, daß die Frage des UNO-Beitritts in diesem Jahrhundert nicht mehr zur Debatte stehen wird. Man möchte die *ganze* Angelegenheit am liebsten bald vergessen.

UNO-Kreise *reagieren auf das* Schweizer Votum mit Zurückhaltung *und Unbehagen. Diese* Abstimmung war schließlich doch auch ein *Popularitätstest für die* Vereinten Nationen. Auch in der Schweiz wäre *der* UNO-Beitritt kein Problem gewesen, hätte die Entscheidung *nur* bei Regierung und Parlament gelegen. Die Frage liegt nahe, ob *nicht* auch die schweigende Mehrheit in anderen Ländern ihre Skepsis gegenüber der UNO sehr deutlich ausdrücken würde, könnte sie wie die Schweizer ihre Meinung sagen.

Gespannt blickt Frankreich auf den Präsidenten: Kommt Mitterrand an einem Regierungschef Chirac vorbei?

„Der Präsident hat gute Chancen, das Spiel zu beherrschen“

Von KIM BÜNTEMEYER

Alfred Grosser, *Professor für Politikwissenschaft und Publizist in Paris, sieht Chancen für eine künftige* Zusammenarbeit zwischen sozialistischem Präsidenten und bürgerlicher Parlaments-Mehrheit. Wir fragten nach Konsequenzen des Wahlergebnisses vom Sonntag.

WELT: Die Union der rechten Parteien hat jetzt die absolute Mehrheit im Parlament. Bedeutet die Konfrontation dieser rechten Parlamentsmehrheit mit dem sozialistischen Präsidenten das Ende der V. Republik und den Beginn eines neuen politischen Systems?

Grosser: Wir hatten bisher einen Verfassungstext und eine Verfassungswirklichkeit, die sich widersprachen. Nun muß es einen Kompromiß zwischen beiden geben. Zwischen der Macht des Präsidenten und der Macht einer durch die parlamentarische Mehrheit bestimmten Regierung, eine Mehrheit, die nicht die des Präsidenten ist. Wie sich das einspielt (und ob es sich einspielt), läßt sich kaum voraussagen. Allerdings gibt die *ganz knappe absolute Mehrheit* der bisherigen Opposition dem Präsidenten *gute Chancen, das Spiel* weitgehend zu beherrschen.

WELT: *Wird Präsident Mitterrand* dabei zusehen, wie die rechte Mehrheit ihr politisches Programm realisiert?

Grosser: Die Programmfrage scheint mir nicht das Wichtigste zu sein. Das Wesentliche ist die Grundeinstellung der *siegreichen* Rechten. *Sie hat die*selbe Versuchung wie die Sozialisten 1981, das heißt, die Wirtschaft ideologisch zu betrachten. Seit 1981 sind die Sozialisten nüchtern geworden. Wenn RPR und UDF mit ihrer eigenen ultraliberalen Rechten widerstehen und auch nüchtern handeln wollen, gibt es für Kompromisse ein weites Feld. *Um nur ein Beispiel zu geben:* Mitterrand ist keineswegs gegen jede Privatisierung der Wirtschaft. Und die Wirtschaftsexperten der bisherigen Opposition haben es gar nicht mehr so eilig, die Liquidität der Börse mit Privatisierungs-Aktien auszutrocknen.

WELT: Welche Folgen wird der Erfolg der Front National für die Politik haben?

Grosser: *Hätte die FN weniger als 30* Sitze bekommen und somit keine Fraktion bilden können, wären viele ihrer Abgeordneten wahrscheinlich zu den *gemäßigten Parteien* übergegangen. Nun wird es schwieriger sein, eine straff organisierte Fraktion zu verlassen. Zwei Modelle sind möglich: erstens, das Modell Pierre Poujade. Der Rechtsextremist Poujade gewann im Jahre 1956 52 Sitze im Parlament, wurde aber schon bald vom parlamentarischen System aufgesogen. Zweitens, die Cohabitation macht es für Le Pen ständig leichter, alles zu kritisieren, weil es ja fast nur Kompromisse geben wird. Die anhaltende Arbeitslosigkeit wird mit unlogischen, aber leidenschaftlichen Begründungen dann das Problem Ausländer noch akuter machen. Hier muß eine vergleichende Bemerkung gemacht werden. Bisher hieß es immer, Frankreich würde im Gegensatz zu Deutschland durch Krise und Arbeitslosigkeit nach extrem links getrieben. Diesmal ist es nach extrem rechts.

WELT: Trotzdem haben die Sozialisten bedeutend mehr Stimmen errungen als vor fünf Jahren.

Grosser: Die Sozialisten sind endgültig Sieger über die Kommunisten geblieben. Es muß daran erinnert werden, daß *1973* die Sozialisten zum ersten Mal mehr Stimmen bekamen als die KP. *Heute* bekommen sie mehr als dreimal soviel. Das ist erstens François Mitterrand zuzuschreiben; zweitens der Unfähigkeit der KPF, sich zu verjüngen, und drittens der industriellen Entwicklung Frankreichs. Kohle, Stahl, Werften, die Sektoren, wo die KPF stark war, brechen zusammen, während es in der Mikroelektronik nie viel kommunistischen Einfluß gegeben hat.



Alfred Grosser
FOTO: P. PEITSCH



Vom Gegeneinander zum Miteinander? – Der Gaullist Jacques Chirac ist Anwärter auf das Amt des Premiers. Doch der sozialistische Präsident Mitterrand ist in seiner Entscheidung frei
FOTOS: AP

Die Würfel sind gefallen – aber keiner weiß, wie

Von PETER RUGE

Frankreich ging nach dieser Wahl schlafen. Es legte sich wie ein Fieberkranker zu Bett, in dem Bewußtsein, daß zwar die rechte Medizin *bereitgestellt* wurde, aber der Prozeß der Gesundung von den Umständen *der nächsten* Tage abhängen werde.

Also, keine Nelken auf den Champs-Elysées wie vor fünf Jahren, *als die Sozialisten an die Macht* kamen – kein Valse musette in den Straßen *von Paris und auch die* Champagner-Pfropfen knallten in den Parteizentralen *nicht* mehr wie Böllerschüsse, um ein neues Zeitalter anzukündigen.

Giscard, Chaban-Delmas, Chirac – *die altbekannten Männer der neuen* Lage ließen sich viel Zeit. Ihr Auftritt *erst kurz vor Mitternacht im staatli*chen Fernsehen entbehrte der Gloire – es war eher der sachliche Rückzug auf die Formel: Wir sind bereit, die Regierung zu übernehmen. Das klang so, als ob sie sich tatsächlich untereinander bisher nicht darüber einigen können, wer nun den Gang zum Elysée-Palast antreten solle. Auch Frau Veil hält sich inzwischen dafür bereit: Die ehemalige Präsidentin des Europa-Parlaments sieht sich nun ebenfalls als Premierminister-Anwärter. Wollen *sie wirklich Mitterrand den* Triumph einräumen, eine Auswahl zu *treffen? Viele Franzosen*, die am Sonntag mit ihrer Entscheidung einen Jacques Chirac auf den Schild heben wollten, packt der Schauder vor dieser Aussicht.

Über dem Elysée-Palast ist die Fahne wieder aufgezogen, der Präsident also wieder anwesend. Gewählt hatte er außerhalb, in Château-Chinon, wo er Journalisten erklärte: „Ich gehe zeitig schlafen, mein Tag beginnt um neun Uhr früh, dann bin ich wieder zu sprechen.“ Er erwähnte nicht mal mehr den Mann mit dem Regenschirm, Laurent Fabius, seinen alten Premier, der sich auch bei ihm einzufinden hätte, um zu demissionieren. Ein Federstrich wird dazu reichen.

Die Hinterlassenschaft der Sozialisten wird den bürgerlichen Erben nicht eben wohlgeordnet übergeben werden. Noch in letzter Minute gewissermaßen wurden Männer um Mitterrand und verläßliche Freunde der Sozialisten für ihren Einsatz belohnt. So wurde der Leibarzt des Präsidenten zum Oberaufseher im Medizinalbereich ernannt, es gab Botschafterposten, Beförderungen in Staatsämter, über andere ergoß sich ein Ordenssegen. Die Zeitungen der französischen Hauptstadt füllten mit den Namen ganze Seiten.

Für Stunden ist auch das Geiseldrama von Beirut aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt. Daß sich die französischen Emissäre im Nahen Osten in die Haare gerieten, daß über einen Kompetenzwirrwarr Menschenschicksale in Beirut aufs Spiel gesetzt werden, das alles schien die Nation nicht mehr wahrzunehmen. Es tat so gut, den Alptraum der letzten Tage zu vergessen.

Doch die Lösung der Probleme steht weiter an: Wem wird jetzt Mitterrand die Verantwortung zuschieben? Eine unbelastete bürgerliche Regierung könnte einen Neuanfang bei den Verhandlungen mit den Terroristen herbeiführen, das aber würde *eine Änderung der Nahost-Politik* Frankreichs beinhalten – die Außenpolitik aber, das hat bisher jeder Präsident betont, sei ausschließlich die „Domaine Reservé“ des Staatschefs.

Viel ist zur Zeit von de Gaulle die Rede. Er wäre nach einem solchen Wahlergebnis als Präsident zurückgetreten, sagen die einen. Andere erinnern an einen Vorgang, als er Debré, seinen ersten Premierminister, zu sich bestellte. Da ließ sich de Gaulle erst mal das Regierungsprogramm vorlegen, ehe er ihn zum Ministerpräsidenten ernannte, denn jeder Präsident der V. Republik ist zugleich Vorsitzender des Ministerrats, trägt nach der Verfassung die *Politik mit*. Für Mitterrand genügt es daher nicht, nur *eben mal die rosarote Brille* zu wechseln, da wird ein Kopfstand nötig: rein in die Nationalisierung *vor fünf* Jahren, raus aus der Verstaatlichung – vielleicht schon morgen, wenn es die Bürgerlichen wollen.

Was immer François Mitterrand im Sinn hat: Niemand kann ihn zur Rechenschaft ziehen, das Parlament nicht, das Volk nicht. Ein Staatschef Frankreichs trägt *monarchische* Züge. Mitterrand ist bis 1988 gewählt.

Nichts hat diese Wahl zur Nationalversammlung scheinbar für den Präsidenten verändert. Die Wache der Nationalgarde am Eingang der Rue du Faubourg St. Honoré ist wie immer höflich korrekt. Der Begleitoffizier weist *lediglich darauf hin*, beim Zugang zum Palais nicht die frisch*gekehrten Fliesen im Hof zu betreten*, sondern auf den Platten am Rande entlangzugehen. Im Palast vornehme Stille, keine Hektik, Mitterrands Berater haben jetzt viel Zeit für Besucher.

Der Präsident kann doch abwarten in aller Gelassenheit, heißt es im Elysée, und dann kommt eine Anspie*lung auf den heimlichen Verbünde*ten in den Reihen der Bürgerlichen: Raymond Barre. Der dickliche Professor aus Lyon war Premierminister unter Giscard d'Estaing. Er konnte sich leider nicht wehren, als ihm eine glühende Sozialistin im Fernsehen für seine Maulwurfsarbeit im bürgerlichen Lager dankte. Das ist der Mann, der jede „Kooperation eines bürgerlichen Premiers“ mit einem „sozialistischen Präsidenten“ ablehnt – das gehe schief, prophezeite er, das hat er oft genug gesagt, dafür haben ihm die staatlichen Medien fast jeden Abend Sendezeit *eingeräumt* – solange, bis es schließlich Wähler und *Kandidaten zu glauben begannen*. Und die Sozialisten bestätigten ihm, eine „Cohabitation“ – das ergebe ein Hauen und Stechen.

Ein Professor will natürlich recht behalten, obwohl er gestern erklärte, er wolle sich der Entwicklung nicht in den Weg stellen. Barres Überle*gung ist: Ein starker* Premier der neuen Mehrheit würde die Macht aus dem Elysée-Palast hinüberzuziehen versuchen in das Hotel Matignon, seinen Amtssitz. Legt sich der Präsident quer, dann klatscht Raymond Barre in die Hände, denn so weit voraussehende Leute braucht das Land, wenn die Wahl des nächsten Präsidenten ansteht, dafür hält er sich bereit.

Ein schwacher Premier dagegen, der *mit Mitterrand auszukommen* versuchen würde, müßte sich bei so *viel Kompromißbereitschaft vor* Barre im Parlament in acht nehmen: *etwa 30 Abgeordnete der UDF*, dieses Konglomerats aus Liberalen, christlichen Demokraten und Radikalen, stehen auf Barres Seite. Damit geriete die Mehrheit der Bürgerlichen in Gefahr – auf ein Fingerschnippen des Professors.

Das Parlament im Palais Bourbon wird geputzt. Für den 2. April ist die feierliche Eröffnung der neuen Nationalversammlung vorgesehen. So lange könnten sich alle Beteiligten Zeit lassen mit der Regierungsbildung. Die Wahlplakate am Seine-Ufer *werden von Arbeiterkolonnen* abgekratzt, auf den Place de la Concorde *fallen die ersten Sonnenstrahlen* eines herannahenden Frühlings. Doch die Pariser raffen die Mäntel enger. Das Wahlfieber hat sich zwar gelegt, doch *spürt* jeder: Es geht stürmischen Zeiten entgegen.

Die Lage in den Regionen

Die Trends der Parlamentswahl *in Frankreich haben sich* bei der Wahl der Regionalräte *verstärkt*. Die Kommunisten verloren in ihren Hochburgen, die Sozialisten konnten den Erdrutsch verhindern, die Bürgerlichen machten große Fortschritte, die Nationale Front einen großen Sprung. Sie wird mit 130 Vertretern in den Regionalräten eine Schlüsselrolle spielen.

In neun der 22 Regionen (ohne *Überseegebiete) ist die Wahl* eines rechten Vorsitzenden des Regionalrats ohne die Nationale Front nicht möglich. Hier werden sich die Bürgerlichen (Liberale, Giscardisten, Zentristen, Neo-Gaullisten), anders als im Parlament, mit Le Pen einigen müssen. Es handelt sich um die Regionen Aquitaine, Korsika, Franche-Comté, Languedoc-Roussillon, Haute-Normandie, *Ile-de-France, Midi-Pyrénées*, Picardie und Provence-Alpes-Cote-d'Azur. In anderen Regionen zeichnet sich eine Verschiebung von den Liberalen zugunsten der Gaullisten ab.

Die Sozialisten sind in zwei Regionen auf die Unterstützung durch die Kommunisten angewiesen. Sollten die Bürgerlichen und *die Nationale Front gemeinsame* Sache machen, verlieren die Sozialisten in vier von sechs Regionalräten den Vorsitz. Im Elsaß konnten die Sozialisten die Zahl ihrer Vertreter im Regionalrat von zwei auf zehn der insgesamt 47 Regionalräte erhöhen. Erstmals wurden dort auch die Grünen mit zwei Mandaten betraut. Die 1840 Regionalvertreter wurden erstmals nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. lim

Die Extreme halten sich nun die Waage



Verlierer links: Georges Marchais
FOTO: AP

Die Entstehung der politischen Linken und Rechten in Frankreich *läßt sich auf den Tag genau* datieren. Am 11. September 1789 setz*ten sich in der französischen* Nationalversammlung einige Liberale zur Linken des Parlamentspräsidenten, um auf diese Weise ihre ideologischen Unterschiede zum Ausdruck zu bringen. Die anderen blieben sitzen. Von den rechts wie links sitzenden Herren des Hohen Hauses überlebten nicht viele die revolutionären Jahre. Die Sitzordnung überlebte.

Freilich sind die Linken und Rechten von heute mit denen der *Revolutionszeit ideologisch nicht zu vergleichen. Schon 1848* waren die Linken von 1789 auf dem rechten Flügel des *politischen Spektrums zu finden*, ohne ihre Einstellung aufgegeben zu haben. Aber immer gab es Berührungspunkte zwischen Frankreichs Extremen. Die Kommunisten sammelten noch 1978 gut zwanzig Prozent der französischen Wähler hinter der roten Fahne. Die Hälfte dieser *Wähler ist ihnen in den letzten* acht Jahren davongelaufen, und nicht wenige hat der Weg *direkt* nach rechtsaußen zu Jean-Marie Le Pen geführt.

Der Wandel der Industriegesellschaft mit ihren Arbeitermassen zur bürgerlich geprägten Informations-Gesellschaft mag der Hauptgrund für den spektakulären Niedergang der Kommunisten, die Furcht vor einer Entfremdung des eigenen Landes wegen des wachsenden Anteils der Ausländer an der Bevölkerung der Grund *für den Aufstieg der Nationalen Front* sein. Beide Parteien liegen nun bei zehn Prozent, beide widmen sich nur einigen Aspekten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. *Insofern* formen sie Randfraktionen, die zwar am politischen Geschehen des Landes teilhaben, dieses aber nicht mehr oder vorerst nur vom Rande her mitentscheiden. J. LIMINSKI



Sieger rechts: Jean-Marie Le Pen
FOTO: AP

Dürfen Schüler nur die dritte Strophe lernen?

Streit in Baden-Württemberg um Nationalhymne / SPD-Vorstoß

HANS KRUMP, Stuttgart

Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) und die SPD-Landtagsabgeordnete Helga Solinger beharken sich seit einigen Wochen um den richtigen Gebrauch des Deutschland-Lieds in der Schule. Zuerst tauschten beide Briefe und Erklärungen aus. Jetzt hat Frau Solinger mit 33 anderen Genossen im Landtag beantragt, in Grundschulen dürfe nur die dritte Strophe der Hymne gelernt werden, nicht aber die beiden ersten.

Hintergrund des Streits: Als die Musiklehrerin einer vierten Klasse in einer Stuttgarter Grundschule den Kleinen lehrplangemäß Melodie und Text des „Einigkeit und Recht und Freiheit ..." beibrachte, fragten Schüler nach den beiden ersten Strophen. Die Pädagogin griff dies auf und ließ die Klasse dann auch „Deutschland, Deutschland, über alles ..." singen. Helga Solinger erhob den Vorgang zur Affäre und schrieb dem Minister, daß von „einem zehnjährigen Kind nicht erwartet werden kann, den recht verwirrenden Kompromiß zu verstehen, nach dem die drei Strophen des Deutschlandliedes die Nationalhymne darstellen, bei staatlichen Anlässen aber nur die dritte Strophe zu singen ist". Bei Mayer-Vorfelder, einem unermüdlichen Förderer gesamtdeutscher Gedanken in der Schule, biß die Sozialarbeiterin da auf Granit.

Demokratische Tradition

Der Kultusminister bescheinigte der Grundschul-Lehrerin nämlich korrekt gehandelt zu haben: „Das Erlernen der Nationalhymne ist in Grundschulklasse vier verbindlicher Lerninhalt. Das Deutschlandlied umfaßt dabei alle drei Strophen. Bei der Erarbeitung der Textstrophen eins und zwei ist es selbstverständlich, die Wortwahl aus der Entstehungszeit der Hymne heraus zu begründen und das notwendige historische Bewußtsein zu vermitteln." Die SPD-Abgeordnete, bei der Landtagswahl 1984 im gleichen Stuttgarter Wahlkreis (sie erhielt 32 Prozent der Stimmen) angetreten wie ihr Widersacher Mayer-Vorfelder (42 Prozent), erkannte darauf beim Minister eine „ewig gestrige Geisteshaltung" und einen „Mangel an politischer Sensibilität". Offenbar habe er vergessen, daß deutsche Truppen „unter Absingen dieses Liedes andere Länder überfallen" hätten. Der Kultusminister schlug wieder zurück, erinnerte an die demokratische Tradition des von Hoffmann von Fallersleben 1841 aus Verzweiflung über die deutsche Zersplitterung geschriebenen Gedichts und an die hervorragende Rolle von Sozialdemokraten (Ebert, Schumacher) bei dessen Einführung als Nationalhymne. Mayer-Vorfelder: „Es ist ein besonders mieser und unerträglicher politischer Stil, wenn in Deutschland 34 Jahre nach der Anerkennung des Deutschlandliedes als Nationalhymne unseres Landes jeder als ewig Gestriger verunglimpft wird, der sich zu dieser Nationalhymne bekennt."

„Lebendige Nation"

Im Stuttgarter Kultusministerium vermutet man hinter der SPD-Initiative einen Zusammenhang mit Bestrebungen in Teilen der Partei, das Wiedervereinigungs-Gebot des Grundgesetzes abzuschaffen. Tatsächlich wird in dem SPD-Antrag zum Deutschlandlied von einem „im 19. Jahrhundert entstandenen Begriff der Nation" gesprochen, der „heute hoffentlich endgültig überholt" sei. Historiker denken darüber anders. Der Kölner Geschichts-Professor Andreas Hillgruber zur WELT: „Ganz Europa besteht heute aus Nationen und wird auch weiter aus ihnen bestehen. Gerade im Ostblock, bei Polen oder Rumänen, ist der Nationsgedanke sehr lebendig. Wer anderes behauptet, hat keine Kenntnis von europäischer Geschichte."

Beim Nachbarn Frankreich würden derartige Debatten über die Nationalhymne wohl Kopfschütteln auslösen. Dort hat der sozialistische Schulminister Chevènement im Vorjahr angeordnet, an den Grundschulen alle sieben Strophen der „Marseillaise" zu lernen. Mögliche verletzte Gefühle von Nachbarvölkern, wie von der Stuttgarter Abgeordneten gegen das Deutschlandlied ins Feld geführt, spielen da keine Rolle. In der ersten Strophe wird die französische Revolutionsarmee zum Kampf gegen die deutschen Fürsten aufgemuntert: „Verruchtes Blut der Acker sauf".

SPD-Programm heißt Dohnanyi

CDU will Wahlaussagen im Frühsommer verabschieden / Welche Chancen hat die FDP?

Von HERBERT SCHÜTTE

„Schafft es die FDP?" – *keine andere Frage wird in Hamburg so häufig gestellt wie die Überlegung, ob am 9. November die Liberalen nach achteinhalbjähriger Verbannung wieder im Plenarsaal der Bürgerschaft Platz nehmen dürfen. Überall in den Hamburger Parteibüros werden in diesen Tagen Programm-Entwürfe, Werbelinien, zugkräftige Slogans diskutiert, die Wahlkämpfer scharren in ihren Startlöchern.

Wer liest überhaupt ein Wahlprogramm? Im Kurt Schumacher-Haus, Zentrale der regierenden SPD, spricht man von „höchstens fünf Prozent". Die Genossen haben – unter Schmerzen – ihre Kandidatenliste verabschiedet, wobei zwei Vertreter des linken Flügels vom Mitte/Rechts-Lager gekippt wurden. Die Wahlaussage soll am 31. Mai von einem Sonderparteitag verabschiedet werden. Doch es gibt ein 80-Seiten-Papier des Spitzenkandidaten.

Klaus von Dohnanyi verströmt darin Selbstsicherheit. Tenor: „Wir sind viel besser, als wir uns selber eingeschätzt haben – doch es gibt noch viel zu tun". Anpacken will es der Herr des Rathauses mit dem zentralen Thema Wirtschaft. Erklärtes Ziel: Hamburgs Wettbewerbsfähigkeit muß gesichert bleiben. Doch als gleichwertig wird die Bedeutung des sozialen Friedens betont. Die Hervorhebung der Wirtschaft ist für die Linken problematisch. Willkommen muß ihr dann wenigstens die Absicht Dohnanyis sein, im Wahlprogramm die Plätze für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) glatt zu verdoppeln, statt 5000 sollen nach einem Wahlerfolg 10 000 ABM-Stellen für Arbeitslose angeboten werden.

Der Hamburger Bürgermeister hat sich hier vom schwedischen Beispiel bei einer kürzlichen Stockholm-Reise beeindrucken lassen. Mit der Folge, daß er in der Hansestadt die ABM-Plätze auch qualitativ anheben will.

Landesbericht Hamburg

Das alles geht jedoch nicht ohne Zustimmung des Hauptgeldgebers – der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit.

Auch in Sachen Wahlkampfstrategie blickt man in der SPD-Zentrale nach Süden: „Wir wollen einen Oberbürgermeister-Wahlkampf führen wie es Georg Kronawitter in München vormachte", erklärte ein Mitglied des Landesvorstandes. Klaus von Dohnanyi wird also im Zentrum stehen, die Plakate beherrschen, sein Kopf im Stadtbild dominieren. Mit Sicherheit wird Helmut Schmidt für seine hanseatischen Genossen in die Bütt gehen, vermutlich bei de Eröffnungs-Kundgebung unmittelbar nach der Sommerpause.

Die CDU hat ihre Kandidaten-Kür noch vor sich, der Bürgermeister-Kandidat steht jedoch seit Herbst offiziell fest: Hartmut Perschau führt die Mannschaft an, die das Rathaus erobern will. Mit einem Programm, das Ende Mai/Anfang Juni beschlossen werden soll, und mit einem „Schatten-Senat", dem auch Parteilose angehören sollen.

Der 43jährige ehemalige Major, der seit fünf Jahren einfallsreich und energisch die Oppositions-Fraktion führt, kann sich auf ein Wahlprogramm von besonderer Breite stützen. *Grundelement dieser Aussage* ist das Programm „Hamburg 1990", das die CDU in zweijähriger Beratungszeit mit Hilfe auch von Bürgern und Gremien außerhalb der Union erarbeitet hat.

Bei den Grün-Alternativen denkt man über Inhalte und Mandats-Bewerber noch nach. Die Gruppe „Freche Frauen" verlangt eine Frauen-Riege pur. Kommt dieser Vorschlag nicht durch, ist – so GAL-Fraktionsgeschäftsführer Herbert Schalthoff – „mit Sicherheit eine Parität oder sogar Überparität der Frauen" zu erwarten. Eine Frau hat ihre Bewerbung schon abgegeben: Thea Bock. Die Spitzenkandidatin von 1982 will von Bonn, wo sie Fraktionshilfsdienste in Sachen Umweltschutz leistet, wieder heim ins Hamburger Parlament.

Kurt Sieveking – Er war ein Herr in Hamburg

Der frühere Hamburger Bürgermeister Kurt Sieveking (CDU) ist am Sonntag *nachmittag* im 90. Lebensjahr in der Hansestadt verstorben. Er war in den vier Jahren von 1953 bis 1957, in denen die im „Hamburg-Block" vereinten bürgerlichen Parteien CDU, FDP, DP und BHE die Landesregierung stellten, Präsident des Senats. Sieveking hat dieses Amt mit der für ihn typischen Gelassenheit und ausgeprägten Neigung zum hanseatischen Understatement, aber auch mit dem Mut zu unpopulären politischen Wahrheiten geführt.

Er war der eigentliche Schöpfer jener „Politik der Elbe", in deren Verlauf sich der Senat auch unter seinen sozialdemokratischen Amtsnachfolgern von Max Brauer bis zu Klaus von Dohanyi intensiv um eine Öffnung nach Osten bemüht hat.

Im Frühjahr 1957 erregte Sieveking mit einem Aufsatz in der Zeitschrift „Außenpolitik", in dem er eine Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse im Osten als unmöglich bezeichnete und sich für eine Regelung der deutsch-polnischen Fragen im europäischen Zusammenhang aussprach, über die Bundesrepublik *hinaus Aufsehen*.

Kurt Sieveking †

Der Sohn eines Arztes entstammte einer alten Hamburger Patrizierfamilie. Nach dem Abitur am traditionsreichen Johanneum leistete er von 1914 bis 1918 als Kriegsfreiwilliger Wehrdienst und studierte anschließend Rechtswissenschaften. Seine Karriere begann der junge Jurist im Amerikareferat des Auswärtigen Amtes in Berlin. 1938 wurde er Generalbevollmächtigter des Bankhauses Brinkmann, Wirtz & Co. in der Hansestadt.

Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft wurde er von dem ersten Nachkriegsbürgermeister Rudolf Petersen am 1. Oktober 1945 zum Senatssyndikus und Leiter der Senatskanzlei berufen.

Als wenig später der Sozialdemokrat Max Brauer Erster Bürgermeister wurde, bot Sieveking seinen Rücktritt an, den Brauer jedoch ablehnte, weil er überzeugt war, daß der integre Hanseat Berater des Senats bleiben müsse, obwohl er nicht der Regierungspartei SPD angehörte. Nach sechsjähriger Tätigkeit an der Schaltstelle der Landesregierung wechselte Sieveking 1951 wieder in den Diplomatischen Dienst. 1953 rief ihn der Hamburg-Block – der CDU war er erst kurz zuvor beigetreten – als Bürgermeisterkandidaten wieder in die Hansestadt zurück.

Kurt Sieveking, die Verkörperung des freien hamburgischen Bürgertums, genoß auch in den Reihen der Sozialdemokraten eine ungewöhnliche Wertschätzung. Bei der Verleihung der Bürgermeister-Stolten-Medaille charakterisierte sein Nachfolger Herbert Weichmann Sievekings Tätigkeit als Erster Bürgermeister mit den Worten: „Sie waren in diesem Amt geprägt von Sachlichkeit, von einem Instinkt der Fairneß, von charakterlicher Entschiedenheit, und Sie waren ein Herr." Sieveking selbst hat seine noble Auffassung von der Politik in einer Haushaltsdebatte der Bürgerschaft einmal mit den Worten charakterisierte: „Bei uns herrscht ein temperiertes, unserem gesunden Menschenverstand und unserer guten politischen Erziehung angemessenes Klima. Ich will damit nicht sagen, daß dazu nicht auch hier gelegentlich eine kräftige Bö und selbst ein kleines Gewitter gehören. Aber im Ergebnis sind wir darüber einig, daß eine gesunde Innenpolitik einer der vielen Vorzüge Hamburgs ist, den wir uns erhalten wollen ..."

UWE BAHNSEN

Kommunen für schärferes Asylrecht

dpa, Bonn

Die Städte und Gemeinden haben sich bei einer Anhörung im Innenausschuß des Bundestages gestern für Gesetzesänderungen im Asylrecht ausgesprochen. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßten den Vorschlag der CDU/CSU-regierten Bundesländer, politischen Flüchtlingen, die länger als drei Monate in einem Durchgangsland vor Verfolgung sicher waren, kein Asyl mehr zu gewähren. Vertreter der Kirchen machten bei der Anhörung Bedenken gegen die Vorschläge der Bundesländer geltend. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hielten sich in der Bundesrepublik Ende September 1985 605 000 Asylbewerber und Flüchtlinge auf.

Unionsfragen zu Kohl-Verfahren

AP, Bonn

Die Unionsparteien zweifeln daran, daß das Ermittlungsverfahren der Bonner Staatsanwaltschaft gegen Bundeskanzler Helmut Kohl ohne Einschaltung der SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen beschlossen worden sein soll. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bohl, erklärte, es müsse geklärt werden, wie oft Gespräche zwischen dem Kölner Generalstaatsanwalt Schmitz und dem Düsseldorfer Justizminister Krumsiek (SPD) stattgefunden hätten. Geklärt werden müsse auch, ob solche Gespräche unter Teilnahme von Strafrechtsexperten des Düsseldorfer Justizministeriums stattgefunden hätten.

SPD bereit zu Untersuchung

rtr, Köln

Die nordrhein-westfälische SPD ist bereit, in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Frage der Einflußnahme auf das Ermittlungsverfahren der Bonner Staatsanwaltschaft gegen Bundeskanzler Kohl zu erörtern. Ihr Fraktionsvorsitzender Landtag, Farthmann, wies gleichzeitig die Vermutung zurück, daß Düsseldorf auf die Einleitung des Verfahrens Einfluß genommen habe. Daß der Kölner Generalstaatsanwalt Schmitz gegen das ursprüngliche Votum der Staatsanwaltschaft die Einleitung des Verfahrens angeordnet habe und es in dieser Frage zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Behörde gekommen sei, bezeichnete Farthmann als tägliche Praxis.

Mit Spanien ist für die Allianz vieles einfacher

Militärstrategische Vor- und Nachteile des NATO-Votums

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Entscheidung der Spanier, nur unter einschränkenden Bedingungen die Mitgliedschaft ihres Landes in der NATO *aufrechtzuerhalten*, schafft eine Reihe von Hindernissen für die militärische Kooperation innerhalb des Bündnisses. Das Referendum blockiert nun auf lange Sicht vor allem die Eingliederung *der spanischen* Streitkräfte in die alliierte Befehls- und Kommandostruktur der NATO.

Dies ist ein Nachteil, der im Verhältnis zu dem politischen Gewinn für das Bündnis, daß die Iberische Halbinsel als Ganzes „NATO-Territorium" ist und bleibt *und das Bündnis* als Zusammenschluß von sechzehn Staaten *Gewicht* behält, für die absehbare Zeit ertragen werden muß.

Vor militärischen Nachteilen *aber* gilt es, weitere *politische Vorteile zu* beachten. Sie sind zweifacher Natur: Die Völker Zentral- und Südamerikas rücken schlagartig wegen der vielfältigen historisch gewachsenen Bindungen zwischen Spanien einerseits, und Portugal andererseits sowie der Sprachen beider Länder, an die „Schicksalsgemeinschaft" NATO *heran. Außerdem kann Spanien nun* künftig seine guten Beziehungen in die arabische Welt zugunsten der westlichen Interessen nutzen. Auf indirekte Weise könnte es dem Bündnis somit auch eher möglich sein, die Sicherung des Friedens über die Grenzen des *NATO*-Vertrages *hinaus zu* verfolgen.

„Freundliche Küsten"

Ein positiver Aspekt der See-Strategie rückt in den Vordergrund, nämlich *die Mahansche Vorstellung von* der Gegenküste. Der Atlantik, jedenfalls sein nördlicher Teil, ist nun endgültig von für die freie Welt „freundlichen Küsten" begrenzt. Damit sind die Voraussetzungen *dafür* verbessert, trotz der wachsenden maritimen Präsenz der Sowjetunion im „Binnenmeer der NATO" die Seeherrschaft im Krisenfall zu sichern, im Frieden aber durch „Flaggezeigen" die politischen Kraftlinien zugunsten westlicher Interessen freizuhalten. Derartige Vorteile lassen sich fürs erste schwer konkret messen. Nur allmählich oder in Krisenzeiten wird ihr politischer Nutzen deutlich erkennbar *und somit bewußt werden.*

Militärisch kann die Zusammenarbeit der anderen NATO-Staaten mit Spanien nach dem Referendum vorerst *nur auf der Basis jeweils zweiseitiger* Beziehungen weiterentwickelt werden. In den Kommandobehörden müssen die für spanische Offiziere bereits vorgesehenen Stühle vorerst leer bleiben. Das ist besonders nachteilig für das NATO-Kommando *„Iberlant" in Lissabon, das für die* Operationsführung im atlantischen Seegebiet zwischen Iberischer Halbinsel, nordafrikanischer Küste und den Azoren verantwortlich ist. Denn gerade in diesem Teil des Atlantiks und am Zugang zum Mittelmeer soll sich die *Präsenz spanischer Streitkräfte* zu Wasser und in der Luft *stabilisiernd auswirken.*

Bewußtseinswandel

Die Einsatzplanung für sie kann nun nicht bei „Iberlant" unter direkter Einflußnahme spanischer Admirale und Generale koordiniert werden. *Dies muß auf dem Wege über ein* Verbindungskommando des spanischen *Militärs* bei „Iberlant" geschehen. Das ist zwar umständlich , genügt aber, um das Ziel einer harmonischen Kooperation der militärischen NATO-Kräfte in dieser Region *zu erreichen.*

Militärisch *stärker* ins *Gewicht* fällt, daß ohne die Integration der *spanischen Geschwader* und *Divisionen* in die Befehls- und Kommandostruktur der NATO das Bewußtsein von der Isolation nach Dekaden der Franco-Diktatur bei den Soldaten, vor allem aber den *Offizieren*, sich nur allmählich wird ändern lassen. Vor dem *Referendum* registrierten Regierungstellen in Madrid besorgt Anzeichen in den Kasernen, aus denen sich eine gewisse Protestbereitschaft bestimmter Befehlshaber gegen eine weitere Annäherung des Militärs an die politischen Normen herauslesen lässt, denen die Streitkräfte in den anderen NATO-Staaten gehorchen. In Spanien müssen die Militärs zwar *nicht mehr lernen, daß in einem* pluralistisch-demokratisch verfaßten Staat die Armee eine ausschließlich dienende Funktion hat. Das gehört seit dem mißlungenen Putschversuch *vom 23.Februar 1981 zum* Allgemeingut. Entpolitisiert sind die spanischen Offiziere deshalb aber bei weitem noch nicht.

Polens Polizei im Kreuzfeuer der Opposition

DW. Warschau

Fast genau fünf Jahre nach dem außerordentlichen Parteitag während der innenpolitischen Unruhen nach der Gründung der Gewerkschaft „Solidarität" hat die Warschauer Führung *jetzt für den 29. Juni* einen neuen Parteitag einberufen. Er findet unter völlig anderen Vorzeichen statt. Kriegsrecht und „Normalisierung" haben die Lage total verändert.

Die schwierige Wirtschaftssituation und der Mangel an Devisen zur Erhaltung vorhandener Anlagen und *für Rohstoffe* haben die Polen den Sowjets in die Arme getrieben. Die erzwungene Annäherung wird von der UdSSR mit vielen Gesten der Bevorzugung unterstrichen. Polen soll offenbar wieder den zweiten Platz unter den Ostblockländern einnehmen, den es zu Anfang der achtziger Jahre an die inzwischen selbstsicher gewordene *„DDR" abgetreten hatte.*

Hat sich auch innenpolitisch in Polen die Lage „beruhigt", so zeigen doch spektakuläre Vorfälle, daß die polnische Führung ihren Kampf gegen die Opposition unerbittlich fortsetzt. So wurde der Sohn des Fahrers des von polnischen Geheimpolizisten *ermordeten katholischen Geistlichen* Jerzy Popieluszko in der Nacht zum Sonntag in Warschau von Polizisten schwer mißhandelt. Der Fahrer Waldemar Chrostowski war im Prozeß gegen die Popieluszko-Mörder als Hauptbelastungszeuge aufgetreten.

Zudem verschwinden in Polen immer mehr *Menschen. Die polnische* Polizei habe 1985 insgesamt 1603 Vermißtenanzeigen nachgehen müssen, berichtet die KP-Wochenzeitung „Polityka". Von den Vermißten wurden 22 ermordet, acht entführt, 128 verübten Selbstmord und 304 hatten einen „tödlichen Unfall".

Polens Untergrundpresse weist jedoch darauf hin, daß seit Dezember 1981, also der Verhängung des Kriegsrechtes, 21 Personen aus den Reihen der Opposition, darunter Priester und *Studenten, zuerst als vermißt* galten und später tot aufgefunden wurden. Als Todesursache wurde jeweils „Unfall" oder „Selbstmord" von der Polizei angegeben, die Staatsanwaltschaften stellten die Ermittlungsverfahren ein. Die Untergrundpresse spricht von „mörderischer Willkür der Polizei".

„Amputiert wird mit Dolch und Säge"

Von MARIA MÜLLER

9. April: Mit dem Auto von Peshawar bis zur Grenze gefahren. In den Bergen unsere letzte Übernachtung in Pakistan. Wir saßen auf dem Boden. Unseren Knochen ist diese Sitzart fremd, mir schlafen die Füße ein. Gestern hat hier ein Mann seinen Bruder erschossen. Der war rauschgiftsüchtig und hat immer Streit angefangen. Damit keine Fehde entsteht, hat der Bruder so gehandelt.

10. April: Der *Grenzort ist ein* Sammelbecken für alles und jeden, auch viele vom KGB. Der Paß mit bis zu 40 Prozent Steigung liegt vor uns. Ab da heißt es „Gott befohlen". Meinen Turban konnte ich dann ausziehen. Das Ding war unheimlich heiß. Wir kamen an zerschossenen Panzern und zerstörten Camps vorbei. Keine *Menschenseele wohnt* hier. Dann mit Pferden in die Berge.

11. April: An diesem Tag sind wir 16 Stunden gelaufen oder geritten. Durch Flüsse mit und ohne Wasser. Berg runter war am schlimmsten. Abends bin ich vom Pferd gefallen. *Platzwunde am linken Ellenbogen.* Gehirnerschütterung mit Erbrechen und Wirbelsäulen-Prellung.

12. April: Zu Fuß wieder weiter. Wir mußten in kleinen Gruppen gehen, da die Strecke baumfrei *war* und wir ein Flugzeug hörten.

16. April: Heute wieder über Berge und durch Täler gelaufen. Ca. 50 Patienten gesehen. Als wir uns ausruhen wollten, kamen Hubschrauber. Alle Müdigkeit war weg und wir *sind gerannt und haben uns versteckt.* Heute ist wieder ein Tag, wo ich vor Dreck und Flöhen davonlaufen möchte. Aber wohin?

18. April: Es fehlen Medikamente gegen Würmer, gegen Tb, außerdem elastische Binden, Desinfektionsmittel. *Gestern hatten wir unsere* zweite Inzision (Aufschneiden eines Abzesses). Ohne Narkose. Hier gibt es keine Schulen. Wenn die Russen merken, daß die Kinder immer in ein Haus *gehen*, wird es beschossen. Schwerkranke Jungens, egal wie klein, können nicht in die Städte gehen. Denn dort werden sie kassiert und nach Rußland geschickt. Die sehen nie *mehr*, oder als Soldaten, ihr Land. Das wird langsam aber sicher entvölkert. *Erst* wird ein Ort beschossen, dann flüchten die Leute.

21. April: Wir sitzen in dem kleinen Baumhain. Frank versorgt im nächsten Ort Patienten. Ludger gibt den *afghanischen* Krankenpflegern Unterricht. In den nahen Ortschaften haben Frank und ich die Patienten versorgt. In den entfernten Orten Karl und Ludger. Die Frau hat hier keine Rechte. Vielleicht im Haus. Aber an mich hat man sich hier schon gewöhnt. Auch daß ich ohne Schleier rumlaufe. Auch daß ich meine Ärmel umgeschlagen habe. Für unsere Begleiter ist es auch nicht immer leicht, eine Frau in ihrer Runde zu haben. Der viele Dreck ist nicht angenehm. Es gibt hier keine saubere Stelle. Die Flöhe fressen mich fast auf. Ewig muß man darauf achten, ob ein Hubschrauber kommt. Wer nicht Nerven aus Drahtseil *hat und das Gemüt eines* Schafes, der geht hier vor die Hunde.

Die Bonner Krankenschwester Maria Müller leistete 1985 Widerstandskämpfern in Afghanistan zusammen mit den Ärzten Karl-Viktor Freigang, Frank Paulin und Ludger Bernd medizinische Hilfe. Heute sagt sie als einzige weibliche Sachverständige in einem Afghanistan-Hearing des Bundestags aus. Sie hat das Grauen des Krieges in ihrem Tagebuch festgehalten.

23. April: Gestern war in der Luft Ruhe. Die Russen hatten Feiertag. Lenins Geburtstag.

24. April: Heute waren wir in unserem kleinen Hospital. Bis jetzt ein kleines Haus mit zwei Räumen, 3 x 3 Meter und Fenster. Das sollen Patientenzimmer und Ambulanz werden. Gestern haben sie einen *alten* Mann gebracht, den haben sie vor seiner Haustür zusammengeschlagen. Vermutlich Schädelbruch. Heute habe ich ihn gewaschen, das heißt nur das Gesicht. Mehr darf man hier nicht tun.

26. April: Die Russen haben alle Dorfältesten informiert, daß ihr Dorf zerstört wird, wenn sie nicht mit der Regierung arbeiten. In einem Bezirk haben die Russen und die Karmal-Soldaten 400 Menschen erschossen. Das war vorgestern. Die Mudschahedin haben sie nicht bekommen. Wir *sitzen fest.* Der *Bote, an dem* alles hängt, bleibt aus. Heute ist mehr Betrieb in der Luft.

27. April: Wir hatten eine große Inzision in Narkose. Mit so primitiven Mitteln habe ich noch *nie* gearbeitet. Der Patient hatte sich vor 25 Tagen in den Fuß geschossen. Der Fuß ist massiv angeschwollen. Kurz vor der Operation mußten wir uns vor Hubschraubern verstecken.

29. April: Wir haben die Medika*menten-Sendung verstaut. Morgen* gehen wir auf eine Tour. Nur so können wir das Gebiet versorgen. Das Land hat es bitter nötig.

***30. April:** Wie ich wieder nach* Hause komme, weiß ich nicht.

3. Mai: Wir haben einem jungen Mann in Narkose den linken Unterschenkel amputiert. Er saß dem Tod *schon* auf der *Schippe.* Die Säge stammte aus einer zerstörten Schreinerei, ein Dolch war das Amputationsmesser. Der Patient war in seinem Garten auf eine Mine getreten.

***6. Mai:** Heute haben wir eine 14* Tage alte Schußverletzung behandelt. Ein Freund hatte dem Patienten aus Versehen in die Hand geschossen. Sie ist vereitert und gebrochen. *Heute* ist wieder viel Betrieb *in* der Luft. Zwei Jets kamen ganz nah. Wir haben bis jetzt etwa 1400 Patienten gesehen. Wenn unser kleines Hospital fertig ist, geht es besser. Nach Aussagen unseres Führers haben wir bis jetzt etwa 600 km zurückgelegt, den größten Teil zu Fuß.

9. Mai: Wir können nicht nach K. zurück. Die Russen planen einen Angriff. Sie haben *erfahren, daß wir* dort unseren Standort haben. Unser Hospital in K. wird nicht gebaut. Die Bewohner haben vor der Rache der Russen Angst.

10. Mai: Ich habe so den Durchfall, daß wir nicht weitergehen können. Abends mußte ich doch noch anderthalb Stunden laufen. Einer der üblichen Standortwechsel. Wir haben er*fahren, daß die alten Männer aus den* Dörfern nach Kabul transportiert werden, wo man ihnen ein Angebot machen will. Außerdem werden sie über uns ausgefragt. Die große Nation der Russen hat Angst vor drei deutschen Ärzten und einer deut*schen Krankenschwester.*

14. Mai: Wir besitzen keinen einzigen sterilen Verband mehr. Unser Penizillin ist auch alle. Kreislaufmedikamente, Adrupin, Narkosemittel usw. fehlen. Wenn wir nochmal operieren müßten, sähen wir traurig aus.

15. *Mai:* Wir haben erfahren, daß unser Hospital in K. doch gebaut werden soll. Die ewigen Vertröstungen muß man erst schlucken. Aber man kann ein Volk nicht ändern. Sie träumen vom großen Sieg, aber sie tun fast nichts dafür. Die Mudschahedin arbeiten nicht und liegen der Dorfgemeinde auf der Tasche. Sie putzen ihre Waffen und wenn der Russe kommt, dann laufen sie. Die Dorfbewohner, vor allem die alten Leute und die Frauen mit den Kleinkindern, kommen aber nicht so schnell *fort und* werden *von den* Karmal-Soldaten und den Russen niedergemacht.

22. Mai: In dem Tal, wo wir unser Hospital bauen wollten, haben die Russen 28 Bomben geworfen. Ein alter Mann wurde getötet. Wir haben auch erfahren, *daß* die Russen Bodentruppen schicken wollen, um uns zu kassieren. Es wird Zeit, daß wir hier herauskommen.

24. Mai: Im Stockdunkeln über *schmale Pfade. Die freien Felder* mußten wir schnell überwinden. Kurz vor der Grenze kamen nochmals die Jets. Da dachte ich, jetzt haben sie uns doch noch erwischt. Das war eine *fürchterliche* Knallerei. Der Patient, der auf eine Mine getreten war, hat gut durchgehalten. Ich bin glücklich, daß er überlebt hat. Noch glücklicher bin ich, daß ich auch überlebt habe. Abends haben wir ihn im Krankenhaus in Peshawar abgeliefert.

Peres gegen Status-Änderung

dpa, Jerusalem

Israels Ministerpräsident Shimon Peres hat sich gestern gegen jegliche Änderung des Status in den besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza-Streifen ausgesprochen. Vor den Delegierten eines Juristenkongresses in Jerusalem *sagte der Regierungschef:* „Jede Änderung des rechtlichen Status in den *Gebieten* muß hinausgeschoben werden, bis der Friedensprozeß abgeschlossen ist."

Peres reagierte damit nach Beobachtermeinung auf Forderungen rechtsstehender Politiker wie Industrieminister *Ariel* Sharon (Likud-Block), der eine „Einführung des israelischen *Rechts*" in den *Gebieten* fördern will. Ein ensprechender Antrag der kleinen nationalistischen „Tehjia"-Fraktion wurde vor rund zwei Wochen in der Knesset in Jerusalem zurückgewiesen. *West-Jordanien* und den Gaza-Streifen *hält* Israel seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 besetzt.

Unita-Gefangene jetzt in Zaire

dpa, Genf

Die Anfang März im Nordosten Angolas von der westlich orientierten Unita-Widerstandsbewegung gefangen genommenen Entwicklungshelfer aus acht Ländern befinden sich seit gestern auf dem Gebiet des Nachbarstaats Zaire. Sie wurden nach der Entlassung aus dem Gewahrsam der Unita in die Stadt Kapanga in der Nähe der angolanischen Grenze gebracht.

Das aus Schweizern bestehende Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bemüht sich jetzt, die Entwicklungshelfer in seine Obhut zu nehmen und weiterzuleiten, hieß es in einer Erklärung am Sitz der Organisation in Genf. Eine Delegation hält sich zur Zeit an Ort und Stelle auf. Die Angehörigen der Hilfsorganisation bemühen sich laut Genfer Anga*ben um die „bestmögliche Lösung"*, doch gebe es noch Unklarheiten. Weitere Einzelheiten waren aus Genf nicht zu erfahren.

Weniger Geld aus dem „Peterspfennig'

DW. Vatikanstadt

Der Skandal um die Vatikan-Bank *hat offenbar negative Auswirkungen* auf die Finanzen des Heiligen Stuhls gehabt. 1984 hatte die Vatikan-Bank an die Gläubiger der zusammengebrochenen italienischen Privatbank „Banco Ambrosiano" 241 Millionen Dollar gezahlt – ohne eine Schuldanerkenntnis abzulegen.

Wie der Präsident der Präfektur für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des *Vatikan, Kardinal Giuseppe* Caprio, jetzt mitteilte, hat es im gleichen Jahre erstmals seit vielen Jahren einen Einnahmerückgang aus dem „Peterspfennig" gegeben. Diese jährliche *Kollekte ist eine freiwillige* Spende der Katholiken für den Papst. Sie betrug vor zwei Jahren 25 Millionen Dollar. Nach Angaben Caprios arbeitet der Vatikan derzeit an einer Haushalts-Bilanz, mit der der Kritik entgegengewirkt werden soll, der *Heilige Stuhl lege seine Einnahmen* und Ausgaben nicht offen.

Die Not zwingt zum Kurswechsel

ACHIM REMDE, Conakry

Unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der *Weltbank hat die* Regierung in Conakry die nationale Währung „Syli" massiv abgewertet und *gleichzeitig* durch den „Guinea-Franc" ersetzt. Dieser entspricht im Wert dem cfa-Franc, der Währung der meisten ehemaligen französischen Kolonien in Afrika, *der durch eine feste Parität* (1 cfa = 0,02 französische Franc) mit dem französischen Franc verbunden ist. Es ist denn auch offensichtlich, daß die Regierung des Generals Lansana Conté beabsichtigt, in einem späteren Stadium dem Franc-Währungsverbund beizutreten. Damit reiht sich Guinea in die Schlange der Länder ein, die durch stärkere Orientierung an Europa ihre Wirtschaftsprobleme zu bewältigen hoffen.

Wie allen französischen Kolonien in Afrika hatte de Gaulle Guinea bei der Unabhängigkeit im Jahre 1958 dieses Angebot unterbreitet. Er war jedoch von Präsident Sekou Touré, der bis zu seinem Tode Anfang 1984 das Land 26 Jahre lang beherrscht hatte, mit einem kalten „Nein" abgewiesen worden.

Touré, ein brillanter Rhetoriker, wollte sich damit als Vorkämpfer „echter" afrikanischer *Unabhängigkeit* profilieren. Politisch wandte er sich der Sowjetunion zu, die zur Entwicklungshilfe aber weder willens noch fähig war. So trat das fruchtbare und mit Bodenschätzen aller Art reichlich gesegnete Land den Weg des wirtschaftlichen Niedergangs an, der von Sekou Touré *durch blutige politische Repression noch* beschleunigt wurde. Die Zahl seiner Opfer, darunter auch Deutsche, wird auf 20 000 geschätzt. Ein Großteil der Bevölkerung ging ins Exil.

Kurz *nach Tourés Tod* entrissen Armeeangehörige in einem Staatsstreich seinen politischen Erben – größtenteils Mitglieder seines Familienclans – die Macht. Als ihr Führer trat General Lansana Conté hervor, der ein Ende der politischen Repression und *Achtung* der *Menschenrechte* proklamierte. Es zeigte sich



jedoch schon bald, daß die neue Regierung ebenso korrupt wie die alte war und politisch und wirtschaftlich kein Konzept hatte.

Vor allem hat sich Lansana Conté offensichtlich bei der Niederschlagung eines Putschversuchs aus seiner Umgebung auch wieder den repressiven Methoden der Sekou-Touré-Zeit zugewandt. Alles deutet darauf hin, daß ein Großteil der Putschisten ohne Gerichtsverfahren heimlich hingerichtet wurde. Als die WELT den Informationsminister mit entsprechenden Berichten von Exilguineern konfrontierte, verweigerte dieser jegliche Auskunft.

Um sich von Regierungsmitgliedern, deren *Korruption* zu offensichtlich geworden war, zu trennen, hat Lansana Conté im Dezember ein großes Kabinettsrevirement durchge*führt und dabei zum ersten Mal* auch einige Exilguineer in seine Regierung aufgenommen. Die Währungsreform dürfte dazu beitragen, daß die Korruption zumindest eingedämmt wird.

Da der Syli in keiner Weise seinem offiziellen Wert entsprach, hatten zahlreiche Regierungsmitglieder sich durch ihren Zugang zu ausländischen Devisen, vor allem Entwicklungshilfegeldern, in maßloser Weise bereichert. Ein Mercedes-Händler in Conakry – ein Libanese – hat auf diese Weise 1985 einen nie dagewesenen Geschäftsboom erlebt. „Und zwar nicht mit billigen 190ern, – ab 300er aufwärts", sagt ein in Conakry lebender Deutscher. Selbst von der Polizei am Flughafen Ausländern abverlangtes Schmiergeld *mußte* in ausländischer Währung entrichtet werden. In den Beziehungen mit ausländischen Geschäftsleuten lief nichts ohne Schmiergelder.

Das vom IWF *geforderte* Austerity-Programm stieß lange Zeit auf den Widerstand der Regierung. Einerseits war abzusehen, daß es diese Verdienstmöglichkeiten einschränken würde, andererseits war es eine ungute Konstellation, daß Weltbank und IWF in Conakry durch Franzosen repräsentiert waren, *denen es zudem* an politischer Erfahrung und diplomatischem Geschick mangelte.

Obwohl ihnen aufgrund ihrer politischen Schwäche und der wirtschaftlichen *Zerrüttung* letztlich keine andere Wahl blieb, als die IWF-Konditionen zu akzeptieren, dürfte die Zukunft der *regierenden Militärs* in Conakry weiterhin ungewiß sein.

Staffelung bei Kindergeld nicht verfassungswidrig

AP, Kassel

Die vom Einkommen der Eltern abhängige Staffelung des Kindergeldes vom zweiten Kind an ist nicht verfassungswidrig. Dies hat jetzt das Bundessozialgericht in Kassel in einem Musterprozeß entschieden. Zur Begründung des Urteils erklärten die Richter, die Regelung verstoße nicht gegen das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes. Dieses Prinzip gebiete eine soziale Ordnung, die den Bürgern einen Anspruch auf staatliche Leistungen gibt, wenn das Existenzminimum nicht gewährleistet sei. Ein Abbau von Sozialleistungen, der eine allgemeinen Einkommensminderung zur Folge hat, sei deshalb bis zur Grenze des Existenzminimums zulässig. Ansprüche auf bestimmte soziale Leistungen in bestimmter Höhe oder das Unterlassen bestimmter finanzieller Eingriffe seien deswegen aus dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes nicht herzuleiten.

Damit blieb in letzter Instanz die Klage eines Vaters aus Hamburg erfolglos, der ein durchschnittliches *Monatseinkommen von 8000 Mark* hat. Die Kindergeldkasse hatte das Kindergeld des Mannes für sein zweites *und drittes Kind wegen des hohen* Einkommens auf den allgemeinen Sockelbetrag gekürzt; gleichzeitig *wurde das in der Vergangenheit zu*viel überwiesene Kindergeld zurückgefordert. Die dagegen gerichtete *Klage des Vaters, der die Kürzung* verfassungswidrig nannte, wurde in allen Instanzen zurückgewiesen. Das *Bundessozialgericht* verwarf nunmehr auch die Revision des Klägers. Die Kasseler Richter bestätigten auch die Forderung der *Kindergeldkasse* nach Rückzahlung des zuviel erhaltenen Kindergeldes.(AZ.: Bundessozialgericht 10 RKg 24/84)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster, send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Streichungen in dem Bericht über die Grünen politisch motiviert?

Verfassungsschutz-Vizepräsident Pelny (SPD) tilgte brisante Passagen / Aus der Originalversion

Von GÜNTHER BADING

Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer hat auf seine Frage an die Bundesregierung nach linksextremistischem Einfluß auf die Partei der Grünen nicht die Originalversion des im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erstellten Berichts erhalten. Der vom Parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger beim BfV angeforderte Bericht war im Spionage-Untersuchungsausschuß *des Bundestags* Gegenstand intensiver Anhörungen gewesen. Die SPD hatte Spranger danach vorgeworfen, *nicht sachgerecht, sondern* aus parteipolitischer Motivation gehandelt zu haben. Vergleicht man aber den *Originalbericht des zuständigen* Beamten im BfV vom 20. Dezember 1984 mit dem, was am 14. Februar *1985 dem* Abgeordneten Todenhöfer als „Non-Paper" übersandt worden ist, so wird deutlich, daß umfang*reiche Streichungen vorgenommen* worden sind, die parteipolitisch motiviert sein könnten. Diese Streichungen sind *vom Vizepräsidenten* des BfV, Stefan Pelny, in der vom 8. Januar 1985 *datierten* Version vor*genommen worden. Pelny, unter* der SPD-geführten Bundesregierung seit 1970 im Bundeskanzleramt tätig, ist seit 1965 Mitglied der SPD. *Vizepräsi*dent im Bundesamt für Verfassungsschutz wurde er am 16. Mai 1983.

Kompetenzen-Streit

Bei einer politischen Bewertung der von Pelny vorgenommenen Streichungen fällt auf, daß aus dem Origi*nalbericht des zuständigen Experten* im BfV alles herausgenommen wurde, was in der Diskussion über ein *rot-grünes Bündnis für die SPD nach*teilig wäre. So fiel schon die Vorbemerkung dem Rotstift Pelnys zum *Opfer: „Die Grünen wollen keine* demokratische Partei in herkömmlichem Sinne sein – und sie sind es auch nicht." *Statt dessen* fügte Pelny ein: „Linksextremisten haben keinen bestimmenden Einfluß auf die Gesamtpartei die Grünen gewinnen können."

Anhand der Veränderungen werden auch unterschiedliche Auffassungen von der Aufgabenstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei Vizepräsident und Präsident deutlich. Im Entwurf vom Dezember 1984 hatte der zuständige Experte des BfV geschrieben: „Zweifellos haben jedoch ehemalige und aktive Linksextremisten die 'Linkstendenz' der Gesamtpartei erheblich gefördert; nunmehr bescheinigen sogar orthodoxe Kommunisten: Die Grünen ‚wenden sich heute, wenn auch zögernd, in ihrer Mehrheit der Arbeiterbewegung' zu ..."

Vizepräsident Pelny strich diesen Absatz auf Seite vier des Textentwurfes ersatzlos und notierte handschriftlich am Rande: „Die Feststellung von Linkstendenzen ist nicht Aufgabe des BfV." Hier allerdings war Verfassungsschutzpräsident Heribert Hellenbroich später anderer Meinung. Zwar nahm er das Wort „Linkstendenz" heraus, ließ aber die Kernaussage stehen, so daß es in der Schlußversion heißt: „Zweifellos haben jedoch *ehemalige* und *aktive* Linksextremisten die Ausrichtung der Gesamtpartei in ihrem Sinne zu fördern versucht. Sogar nach Auffassung *orthodoxer* Kommunisten ‚wenden sich heute' die Grünen ‚wenn auch zö*gernd in ihrer Mehrheit der Arbeiter*bewegung' zu."

Auf sechs Schreibmaschinenseiten befaßt sich die Originalversion des Berichts über die Grünen mit dem Verhältnis dieser Partei zur SPD. Dieser gesamte Teil des Berichtsentwurfes ist für das Verständnis der inneren Vorgänge bei den Grünen und des Einflusses der aus linksextremistischen Gruppierungen kommenden führenden Mitglieder von Bedeutung. Allerdings enthält er Aussagen, die der Selbstdarstellung der SPD zuwiderlaufen, sie strebe keine Koalition mit den Grünen an. Der gesamte Berichtsteil wurde von Pelny ersatz*los gestrichen. Nachfolgend die poli*tisch bedeutsamsten Aussagen im Wortlautauszug:

● „Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen steht gegenwärtig die Frage nach einer parlamentarischen Zusammenarbeit mit der SPD."

● „Zwei Lager stehen sich gegenüber:

– Die „Realpolitiker" („Realos"), von Kritikern auch als „Reformisten" und „Neopragmatiker" charakterisiert, die eine engere Zusammenarbeit mit der SPD befürworten und dabei zu Kompromissen und zu einer Koalition bereit sind.

„Linker Reformismus"

– die „Fundamentalisten" („Fundis"), die eine Koalition mit der SPD ablehnen; von denen die Mehrheit aber zu einer zeitweisen „Tolerierung" einer SPD-Regierung bereit ist, sofern dabei wesentliche (unterstrichen) „grüne" Anliegen durchgesetzt werden."

● „Größere Resonanz finden dagegen – nach Ansicht ihrer Kritiker – die „Linksreformisten", zu deren Exponenten die Bundestagsabgeordneten Schily und Fischer (heute hessischer Umweltminister, Anm. d. Red.) gerechnet werden. Dieser „linke Reformismus" sei zur Koalition mit der SPD bis hin zu einer Regie*rungsbeteiligung* bereit. Er wolle die bessere „sozialdemokratische Variante" oder nur „Reparatureinrichtung" für die SPD sein. Er bejahe letztlich den Parlamentarismus, den Staat, so wie er gegenwärtig ist, und stelle das staatliche Gewaltmonopol nicht in Frage. Bisher seien jedoch alle Spielarten des „Reformismus" gescheitert."

● „Dabei gehen Ebermann (GAL-*Vorstand, Hamburg, Anm. d. Red.*) und Genossen davon aus, daß die SPD als wachstumsorientierte und in *das System eingebundene Partei* keine einschneidenden Änderungen vornehmen könne ... Er und Trampert (Vorstandssprecher der Grünen, Anm. d. Red.) wollen daher Massen mobilisieren, vor allem die Arbeiterschaft dem SPD-Einfluß entreißen, denn es gibt nach ihrer Ansicht keine ‚historischen Umwälzungen', die nicht gewaltige gesellschaftliche Auseinandersetzungen zur Voraussetzung gehabt hätten."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Teilung Europas

„Kassandras Warnungen oder Die Teilung Europas beginnt"; WELT vom 8. März

Sehr verehrter, lieber Herr Kremp,

da auch mich die Kriegszielpolitik der westlichen Alliierten seit vielen Jahren beschäftigt, darf ich Ihnen zur Problematik der im Schlußteil Ihres Essays angesprochenen Konferenzen von Teheran bis Potsdam ergänzend *zu bedenken geben, daß der* „Eintritt" Stalins in Mitteleuropa – von Hitler bereits durch den Pakt mit Moskau vom 23. August 1939 in die Wege geleitet – von den angelsächsischen Spitzenpolitikern schon in Teheran (Ende November *1943*) ausdrücklich gestattet worden ist. Dies nicht nur aus rationalen Gründen der *Allianzpolitik, sondern* in Würdigung der Leistungen der Roten Armee gegen die deutsche Wehrmacht im Jahre *1943* – von Stalingrad über Kursk bis zur Rückeroberung von Kiew.

Der eigentliche, später in den Kalten Krieg auslaufende Gegensatz zwischen Amerikanern und Briten einerseits und den Sowjets andererseits zeigte sich sehr bald nach der Krim-Konferenz von Jalta, die äußerlich betrachtet den Höhepunkt in der Einigkeit der Anti-Hitler-Koalition demonstrierte. Interessanterweise widersetzte sich in diesen Wochen nicht nur der Europäer Churchill, sondern auch sein stärkerer Freund und Verbündeter, der (wie Sie zutreffend schreiben) über lange Zeit der „Einsicht" entbehrende Roosevelt den allzu auffallend expansiven Intentionen Stalins. Am 1. April 1945, zwölf Tage vor seinem plötzlichen Tode, sprach der *Präsident in einer persönlichen* Botschaft dem roten Diktator seine Enttäuschung aus, „angesichts der *mangelhaften Verwirklichung aller in* Jalta erzielten Übereinkünfte." Mehrfach hatte Roosevelt den Kreml an das gegebene Versprechen erinnert, freie Wahlen in Polen zulassen zu wollen.

Dieses Dokument veranlaßte den in Ihrem Beitrag ebenfalls erwähnten ersten Außenminister Harry S. Trumans, James F. Byrnes, seinerzeit zu der Äußerung: „Die Ereignisse widerlegen die Behauptung, daß die Beziehungen mit der Sowjetunion sich erst in dem Augenblick verschlechtert hätten, als Roosevelt die Augen schloß."

Mit ergebenen, besten Grüßen
Dr. Gerd Ressing,
Düsseldorf

*

Gemäß dem Artikel sah Churchill enttäuscht „die Hälfte Europas dem Zugriff Stalins ausgeliefert". Dabei war er es doch, der Stalin in die Hände arbeitete.

Am 26. 8. 1944 wehrte sich der polnische General Anders gegen die Westverschiebung Polens: „... Die Bolschewisten wollen unsere östlichen Provinzen, damit sie ... weiter nach Europa vordringen können, um es zu bolschewisieren", nachdem ihm Churchill Stalins Angebot schmackhaft gemacht hatte: „Sie werden im Westen Gebiete erhalten, die viel besser sind als die Pripet-Sümpfe."

Nach Mikolajczyk versuchte es Churchill mit dessen Nachfolger Arciszewski, der ebenso Churchills Pläne ablehnte: „Aber wir wollen unsere Grenzen im Westen nicht so weit ausdehnen, daß sie acht bis zehn Millionen Deutsche umschließen."

Ich würde eher vorschlagen, diesen wahren Europäern (polnischer Zunge) ein ehrendes Andenken zu bewahren, als einen zwielichtigen Politiker zu idealisieren.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Krail,
Bad Reichenhall

Computer in der UdSSR

„Am ‚Komputer' scheiden sich die Geister"; WELT vom 11. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

man sollte nicht davon ausgehen, daß nur die westliche Überfluß-Gesellschaft einen Maßstab für den Computer-Einsatz in einem Land bildet. Ich bin schon öfters in Rechenzentren in der Sowjetunion gewesen *und glaube* manchmal schon zu verstehen, daß auch andere Gesichtspunkte beachtenswert erscheinen. *In jedem Fall erscheint mir* die Folgerung unschlüssig, daß es sich aufgrund einer gleichen Systemantwort (in *diesem* Beispiel „system error") um das gleiche Software-Produkt (MS-DOS) handeln muß.

Der Schluß, daß mit Personal Computern in der SU im Kollektiv zu arbeiten sei, erscheint mir ebenfalls etwas vereinfacht dargestellt. Seit vielen Jahren gibt es die Rechenzentren der kollektiven Nutzung und meint hiermit den Time-Sharing-Betrieb (das heißt Dialogbetrieb).

Ich kenne jetzt den genauen Wortlaut nicht, auf den Graf Brockdorff Bezug nimmt, vermute aber, daß es darum geht, auf dem PC die Dialogarbeitsweise zu üben. Was den Verbund der PCs betrifft, so ist die Auffassung in Ost und West hier sehr vergleichbar, daß nämlich PCs im Verbund arbeiten sollten ohne den Hintergedanken einer Überwachung. Als Norm braucht man nicht die mehr in USA als in Deutschland bekannten RS-232-Schnittstellen zu zitieren. Bei den Lesern ist sicher V 24 viel geläufiger.

Was die Verfügbarkeit der Hardware betrifft, so ist der Plattenengpaß bestimmt beachtlich. Deswegen muß die Situation aber nicht linear auf die anderen Bereiche auch extrapoliert werden.

Insgesamt erscheint mir der Artikel sehr dazu angetan, die westliche Welt in Sicherheit lullen zu wollen, weil sie ja in den Computern viel viel weiter sei.

Mit freundlichem Gruß
Professor Dr. Martin-A. Graef,
Zentrum für Datenverarbeitung,
Universität Tübingen

Elektroauto

„Neues Elektroauto: Endlich flink und ausdauernd"; WELT vom 8. März

In den zwanziger Jahren verfügte die Post in meiner Heimatstadt Stettin (wie auch in anderen Großstädten) über einen stattlichen Park von Elektroautos für den Zustelldienst, die frisch geladen morgens sogar die zwanzig Meter Höhenunterschied zwischen der Alt- und Neustadt überwanden. Sie wurden mit billigerem Nachtstrom aufgeladen und erzeugten keine Abgase. Spielte letzteres Argument bei der damaligen Kraftfahrzeug-„Dichte" keine Rolle, so bedeutet es heute nicht nur Steuerfreiheit. So könnten E-Fahrzeugen gesetzlich auch weitere Vergünstigungen eingeräumt werden: Wenn sie zum Beispiel Fußgängerzonen auch während der Sperrzeiten befahren dürften, würden sie nicht nur für Zulieferer, sondern auch für Firmenvertreter und Behinderte *interessant*.

Horst Lahmann,
Krefeld 11

Keine Weisung

„Wie Düsseldorf Staatsanwälten in Bonn 1983 Weisungen erteilte"; WELT vom 17. März

Im Hinblick auf ein Gespräch vom 13. 10. 1983 ziehen Sie zu Unrecht die Erklärung in Zweifel, daß es hinsichtlich der sogenannten Verschärfung der Anklage gegen Dr. Friderichs u. a. keine Weisungen aus dem Düsseldorfer Justizministerium gegeben habe. Richtig ist vielmehr nach wie vor, daß weder die damalige Justizministerin Donnepp noch ich, noch sonst jemand aus dem Justizministerium jemals eine Weisung gegeben haben. Auch hat weiterhin Gültigkeit, was ich am 17. 10. 1985 im übrigen erklärt habe: Als zwischen den Staatsanwaltschaften in Köln und Bonn kontrovers diskutiert wurde, ob wegen Vorteilsnahme oder Bestechlichkeit angeklagt werden solle, sind Frau Donnepp und ich nie um unsere Meinung gefragt worden und haben auch nie eine Rechtsmeinung geäußert.

Wenn Sie das Gegenteil aus einem Gespräch herleiten wollen, das am 13. 10. 1983 der damalige Generalstaats*anwalt Steffens – nicht,* wie Sie schreiben, Dr. Schmitz – mit mir im Beisein des zuständigen Abteilungsleiters geführt hat, *so geht* dieser Versuch fehl:

Am 13. 10. 1983 war die rechtliche Bewertung des Sachverhalts zwischen den beiden staatsanwaltschaftlichen Behörden überhaupt noch nicht kontrovers. Sie wurde es erst, nachdem die Bonner Staatsanwaltschaft am 31. 10. 1983 ihren schriftlichen Anklageentwurf bei dem Kölner Generalstaatsanwalt eingereicht und dieser die Meinung gewonnen hatte, die rechtliche Bewertung der Bonner Staatsanwaltschaft sei unrichtig.

Ihr weitergehender Vorwurf, Minister Dr. Krumsiek, der Abteilungsleiter Dr. Kunert und ich hätten das Gespräch am 13. 10. 1983 „verschwiegen", ist schon deshalb abwegig, weil alle von uns abgegebenen Erklärungen *sich – ausgelöst durch den* Artikel in der „WELT am SONNTAG" vom 29. 9. 1985 – ausschließlich und erklärtermaßen *auf den Zeitraum* nach dem 31. 10. 1983 bezogen, in dem die Kontroverse erstmalig aufgetreten war.

Die übrigen Vorwürfe in Ihrem Artikel hat Minister Dr. Krumsiek in der Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags NRW vom 17. 10. 1985 bereits widerlegt.

Mit verbindlicher Begrüßung
Dr. Röwer
Staatssekretär
im Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

„Fortschritt"

„Die Penne wehrt sich gegen ihren Tod"; WELT vom 11. März

Es ist schon bedenklich und beachtenswert, mit welcher Geschwindigkeit, Zielstrebigkeit und vermeintlicher Fortschrittlichkeit die Gymnasien in den Gesamtschulen aufgehen und untergehen.

Nach Bremen, Niedersachsen und Hessen schreitet nun auch das Saarland auf demselben Weg voran. Zwar sind in Niedersachsen gewisse Zeichen einer Rückbesinnung erkennbar geworden. Ich frage mich aber dennoch, wie es mit Deutschlands Schulen wohl weitergehen wird.

Jürgen Göring,
Breuberg

Wort des Tages

„Wer sich nicht zuviel dünkt, ist viel mehr, als er glaubt."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Personalien

GEBURTSTAG

Mit einem Empfang im „Maternus-Haus" wurde am Montag der 65. Geburtstag des Herausgebers der „Kölnischen Rundschau", **Heinrich Heinen**, gefeiert. Als Landwirtssohn in Niederzier bei Düren/Eifel geboren, ist Heinen seit 1950 Journalist und seit 1969 nach dem Tod des Zeitungsgründers **Reinhold Heinen** alleiniger Herausgeber der „Kölnischen Rundschau". Er ist auch Stellvertretender der Vorsitzender des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger und Mitglied der Delegiertenversammlung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger. Zwei Tage nach dem Geburtstag des Herausgebers hat auch die „Kölnische Rundschau" Grund zu feiern: Das von Reinhold Heinen begründete Blatt besteht am kommenden Mittwoch seit 40 Jahren. In dem Unternehmen sind über 1900 Mitarbeiter, darunter 120 Redakteure, beschäftigt. Die „Kölnische Rundschau", die fünf Schwesterblätter hat, erscheint mit einer verkauften Auflage von 158 680 Exemplaren.

EHRUNGEN

Der Schriftsteller **Hans Werner Richter**, Begründer der inzwischen legendären Autorenvereinigung „Gruppe 47", erhält den in diesem Jahr erstmals mit 30 000 Mark dotierten Großen Literaturpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München. Die Auszeichnung der Akademie an ihr Mitglied Richter gilt vor allem dem Spätwerk. Die Wilhelm-Hausenstein-Ehrung der Akademie für Verdienste um kulturelle Vermittlung wurde Professor **Herbert Göpfert** zugesprochen. Er war nach dem Krieg der erste und langjährige Lektor des Münchner Verlages Hanser.

*

Die Stadt Frankfurt hat den ehemaligen IG-Metall-Chef **Eugen Loderer**, der von 1972 bis 1983 an der Spitze der größten deutschen Gewerkschaft stand, mit ihrer Ehrenplakette ausgezeichnet. In seiner Laudatio würdigte Frankfurts Oberbürgermeister **Walter Wallmann** das Engagement Loderers für die Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik und für seinen großen Beitrag, „den er zum sozialen Frieden geleistet hat".

*

Leopold Guggenberger, Bürgermeister von Klagenfurt, wurde Ehrenbürger der Stadt Dachau. Der Hofrat hatte sich 1974 für eine Partnerschaft mit der Stadt Dachau eingesetzt. Aus der Verbindung wurde eine „Partnerschaft der Bürger und nicht der Funktionäre". Der Klagenfurter Bürgermeister hatte seinerzeit erklärt, mit seiner Beziehung zu Dachau wolle er dazu beigetragen, die Stadt „aus der geistigen Isolation und der Haftbarmachung für allgemeines Unrecht" herauszulösen. Die Ereignisse im früheren Konzentrationslager könnten zwar nicht vergessen werden, sollten jedoch nicht „zu einer Sippenhaft" für die Stadt und ihre heutigen Bürger werden.

*

Margret Laarmann, seit langen Jahren Mitglied im Zentralvorstand des Sozialdienstes Katholischer Frauen, erhielt von Papst **Johannes Paul II.** die Auszeichnung „Pro Ecclesia et Pontifice". Domkapitular **Karl Zurnieden** überreichte in Essen Urkunde und Insignien. 1964 wurde sie Diözesansprecherin des Diözesanvorstandes. Besondere Verdienste hat sich Frau Laarmann, die heute 81 Jahre alt ist, mit der Einrichtung des Theresien-Heimes für Mutter und Kind in Essen erworben.

WAHL

Zum neuen Vorstandsvorsitzenden des Internationalen Design-Zentrums in Berlin wurde **Rudolf Stilcken** (Hamburg) gewählt. Er folgt **Arend Oetker**, der den Vorstand seit 1980 leitete.

Erfolgsrezept gegen verstopfte Venen

Ein neues Kombinationsmedikament senkt das Thromboserisiko nach Operationen

Von THOMAS KUNCZIK

Vor einer Operation hat fast jeder Angst – die meisten, weil sie fürchten, nicht wieder aus der Narkose aufzuwachen. Die Narkose- und Operationstechniken haben heute einen hohen Stand erreicht. Kopfzerbrechen bereiten den Ärzten jedoch Komplikationen, die nach der Operation auftreten. Besonders gefürchtet ist die Entstehung von Blutgerinnseln.

In der Regel bildet sich ein Gerinnsel im weit verzweigten Gefäßsystem der Beinvenen. So eine Thrombose kann je nach Größe schwere Auswirkungen auf die Blutversorgung der unteren Extremitäten haben. Sei es „nur" als Krampfader (Varize) oder in Form des sogenannten postthrombotischen Syndroms, einem chronischen Blut- und Lymphstau, der bis hin zum Absterben des Gewebes (Ulcus cruris) führen kann.

In den ersten zwei bis drei Wochen nach der Operation kann eine Beinvenen-Thrombose auch tödliche Folgen haben. Nämlich dann, wenn sich der Thrombus von der Gefäßwand ablöst, als Embolus mit dem Blutstrom herzwärts weiterwandert und in die Lunge gelangt. Dort verstopft er schließlich die immer enger werdenden Gefäße – es kommt zur Lungenembolie. Handelt es sich um ein großes Blutgerinnsel (sie können mehrere Zentimeter lang werden), so kommt meist jede Hilfe zu spät. Das Herz kann gegen den entstandenen Blutrückstau nicht mehr arbeiten, und der Patient verstirbt innerhalb weniger Minuten an Herzversagen.

Hohe Zahl an Todesfällen

Experten gehen davon aus, daß in unserem Land mehr Menschen an Lungenembolien als im Straßenverkehr sterben. Schätzungen sprechen von 15 000 bis 25 000 Todesfällen pro Jahr in der Bundesrepublik. Wunschtraum der Mediziner ist ein einfaches Verfahren zur Früherkennung der Risikopatienten – doch das gibt es noch nicht. Nach den heutigen Erkenntnissen kann praktisch jeder Erwachsene postoperativ eine Thrombose bekommen. Allerdings sind Frauen, besonders wenn sie die Pille nehmen, eher gefährdet. Außerdem steigt das Risiko mit zunehmendem Lebensalter. Wird etwa am Hüftgelenk operiert – ein recht häufiger Eingriff bei über Sechzigjährigen – so ist die Gefahr extrem groß: Ohne Prophylaxe tritt bei der Hälfte aller Patienten eine Thrombose auf.

Bei diesen Zahlen ist es verständlich, daß sich die medizinische Forschung schon länger mit dem Problem der Thromboseprophylaxe beschäftigt. Die Ursachen für die Entstehung der Thrombosen sind schon lange bekannt:

1. die Verletzung von Gefäßen bei der Operation (Endothelläsion),
2. die Veränderung der Blutzusammensetzung, so daß das Blut leichter gerinnt (Hyperkoagulabilität), und
3. der durch das Liegen während und nach der Operation verlangsamte Blutfluß (venöse Stase).

Die Verletzung von Gefäßen im Verlauf einer Operation ist nicht zu verhindern – beeinflussen lassen sich jedoch die Hyperkoagulabilität und die venöse Stase. Genau dort setzt die Thromboseprophylaxe an. Der große Durchbruch gelang Anfang der siebziger Jahre mit dem breiten Einsatz des Heparins in den Kliniken. Mit ihm hatten die Ärzte erstmals ein Präparat zur physiologischen Beeinflussung der Blutgerinnung in der Hand, da Heparin auch im menschlichen Körper vorkommt. Angriffspunkte dieser Substanz sind im Zusammenspiel mit dem Antithrombin III – einem körpereigenen Enzymhemmer – der Faktor Xa und das Thrombin. Entscheidend ist dabei die Inaktivierung des Faktors Xa, einem Eiweiß, das zusammen mit anderen die Thrombokinase bildet. Dieser Biokatalysator hat im Mechanismus der Blutgerinnung eine zentrale Stellung, da es das Thrombin bildet. Dieses Enzym setzt bei der Gerinnung den „körpereigenen Klebstoff", das Fibrin, frei.

Der Erfolg gab dem Konzept recht, Thrombosen und Lungenembolien nahmen ab. Allerdings hatten die Chirurgen jetzt mit einem anderen Problem zu kämpfen, denn es kann bei Verwendung der Heparine, abhängig von der Dosis, während und nach der Operation vermehrt zu Blutungen kommen. Einen Ausweg aus dem Dilemma sehen die Experten jetzt im sogenannten niedermolekularen Heparin.

Das Heparin ist keine einheitliche Substanz. Es handelt sich vielmehr um ein Gemisch unterschiedlich schwerer Mucopolysaccharide – langkettiger Zuckermoleküle, die mit Schwefelsäuregruppen verknüpft und deshalb stark geladen sind. Der englische Wissenschaftler Edward Johnson stellte 1976 fest, daß das Gemisch weiter auftrennbar ist. Die niedermolekularen Anteile mit einem mittleren Molekulargewicht von etwa 7500 Dalton zeigen dabei eine ganz besondere Eigenschaft: Sie haben eine starke Affinität zum Faktor Xa und damit ein hohes antithrombotisches Potential.

Das Blutungsrisiko sinkt

Weitere Studien bestätigten Johnsons Ergebnisse und ließen erkennen, daß die Substanz bei richtiger Dosierung weniger Blutungen verursacht. Als Maßstab für die allgemeine Blutungsneigung wurde die aktivierte partielle Thromboplastinzeit (aPTT) gewählt. Ihr Verhältnis zur Anti-Xa-Aktivität – als Maß der antithrombotischen Wirkung – erlaubt eine Abschätzung zwischen dem Nutzen bei der Prophylaxe und dem Blutungsrisiko. Beim „normalen" Heparin ist das Verhältnis 1:1, beim niedermolekularen dagegen besser als 4:1. Damit ist das antithrombotische Potential viermal größer als das Blutungsrisiko.

Vor kurzem hat das Bundesgesundheitsamt in Berlin erstmals ein Präparat, in dem niedermolekulares Heparin enthalten ist, zur Thromboseprophylaxe zugelassen. Das von der Nürnberger Sandoz AG entwickelte Medikament enthält als weiteren Wirkstoff das Dihydroergotamin, ein chemisch modifiziertes Mutterkornalkaloid. Mit dieser Substanz soll auf den zweiten thrombogenetischen Faktor, die venöse Stase, eingewirkt werden. Der Vorgänger des neuen Medikamentes – es enthielt normales Heparin – hat gezeigt, daß dieser doppelte Angriff auf die Thromboseverursacher tatsächlich einen besseren Schutz bringt.

In den Kliniken wird dem verminderten Blutfluß seit langem Rechnung getragen, etwa durch Stützstrümpfe oder eine frühzeitige Bewegungstherapie. Das Dihydroergotamin wird dabei zur Unterstützung, gleichsam als „pharmakologischer Stützstrumpf" verwendet. Die Substanz ist übrigens schon seit einigen Jahrzehnten bekannt und wird Menschen mit niedrigem Blutdruck gegeben. Sie steigert die Gefäßspannung der Venen, erhöht damit den Blutrückfluß zum Herzen und somit letztlich auch den Blutdruck.

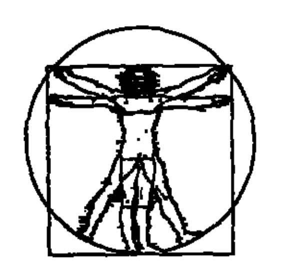
NOTIZEN

„Erlebter Frühling"

Meißendorf (DW.) – Zum dritten Mal führt in diesem Jahr die Jugendorganisation des Deutschen Bundes für Vogelschutz (DBV) die Aktion „Erlebter Frühling" durch. In den letzten Jahren haben sich über 10 000 Kinder und Jugendliche daran beteiligt. Auch in diesem Jahr wurden vier Arten ausgewählt, deren erstes Erscheinen im Frühjahr gemeldet werden soll. Es sind der Huflattich, die Feldlerche, der Igel und die Weinbergschnecke. Auf einer Postkarte sollen Angaben über Funddatum und -ort, Lebensraum, Wetter und Zahl der Tiere bzw. Pflanzen an die Aktion gemeldet werden. (Adresse: Gut Sunder, 3108 Meißendorf).

Physiker-Kongreß

Heidelberg (dpa) – Gestern begann in Heidelberg die 50. Haupttagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, an der über 1200 Wissenschaftler teilnehmen. In



zahlreichen Vorträgen und Ausschüssen beraten sie bis zum Freitag über den neuesten Forschungsstand in der Physik. Morgen wird auf der Festsitzung auch der Nobelpreisträger Klaus von Klitzing sprechen.

Schwerhörigkeit

Oldenburg (DW.) – Dank der Lärmforschung ist die Schwerhörigkeit heute nicht mehr Spitzenreiter bei den Berufskrankheiten. Darauf hat kürzlich der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Akustik, Prof. Gerhard Sessler (Darmstadt) hingewiesen. Lärm sei jedoch immer noch ein bedeutender Streßfaktor und vor allem für Großstadtmenschen eine starke Belastung. Politisch werde die Lärmbelästigung völlig unterbewertet.



Am Freitag, den 14. März, etwa sechs Minuten nach Mitternacht, nahm die Kamera an Bord von „Giotto" dieses Bild des Halleyschen Kometen aus einer Entfernung von 18 000 Kilometern auf. Am linken oberen Bildrand ist der dunkle Kern zu erkennen, dessen Form einer Erdnuß ähnelt. Breite Staubfontänen gehen von der Oberfläche ab. Sie weisen in Richtung Sonne, die von schräg rechts unten scheint (siehe Pfeil oben rechts).
FOTO: MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR AERONOMIE

Die Erdnuß ist „schwärzer als Kohle"

Erste überraschende Ergebnisse des Vorbeiflugs von „Giotto" am Kometen Halley

Von LUDWIG KÜRTEN

Die erste Auswertung der Ergebnisse, die von der Raumsonde „Giotto" während ihres Vorbeiflugs am Halleyschen Kometen zur Erde gefunkt wurden, hat alle beteiligten Wissenschaftler in Erstaunen versetzt. Die Sonde hatte in der Nacht zum Freitag den Kern des Kometen in einer Entfernung von 605 Kilometern passiert und dabei unter anderem mehr als 2000 Farbbilder aufgenommen.

Sie zeigen, daß der Kern größer ist, als man bislang angenommen hatte: Er besitzt eine Länge von mindestens 15 und eine Breite von mindestens vier Kilometern. Seine Form ist sehr unregelmäßig, sie ähnelt in etwa einer „Erdnuß". An der Spitze des Kerns befindet sich eine Art „Nase". Der Kern stößt an der von der Sonne beschienenen Seite mehrere Gas- und Staubfontänen aus, unter anderem auch an der „Nasenspitze".

Erstaunlich ist nach Angaben der Wissenschaftler auch die extrem dunkle Oberfläche des Kerns. Dr. Horst-Uwe Keller, der Leiter der Arbeitsgruppe, die für die Kamera verantwortlich ist, bezeichnete Halley als eines der dunkelsten Objekte, die je in unserem Sonnensystem beobachtet worden sind. „Die Oberfläche ist schärzer als Kohle", so Keller. Zudem ist die Temperatur des Kerns höher als vermutet. Dies deutet darauf hin, daß er von einer festen Kruste überzogen ist, die einen Kern aus Eis umhüllt. Fred Whipple, der vor dreißig Jahren erstmals eine Theorie über die Zusammensetzung von Kometen aufstellte, äußerte inzwischen die Vermutung, daß die Kruste möglicherweise aus Staub mit einem hohen Anteil aus Kohle und organischen Stoffen bestehe.

Der Anteil des Staubs an dem Material des Kometenkerns scheint wesentlich höher zu sein, als man bisher annahm. Von manchen Stellen der Oberfläche gehen offenbar regelrechte Staubfontänen („Jets") aus. Andere Stellen sind dagegen nur wenig aktiv. Innerhalb des Schweifes ist daher die Verteilung der Staubpartikel nicht homogen, sondern sehr unregelmäßig.

Besonders viele Daten haben jene Instrumente an Bord von „Giotto" übermittelt, die die chemische Zusammensetzung des Schweifes gemessen haben. Einige von ihnen waren nicht von dem vorübergehenden Ausfall des Funkkontaktes betroffen, sondern konnten vor, während und nach der Begegnung laufend Informationen senden.

Erstaunlich ist dabei der hohe Anteil an extrem kleinen Partikeln (bis zu 10^{-17} Gramm) in dem Staub. Andererseits wurden aber auch Teilchen von bis zu einem Gramm Gewicht gefunden. So ist es nicht verwunderlich, daß einige Meßgeräte der Sonde kurz vor dem Moment der größten Annäherung durch die Kollision mit solchen Partikeln beschädigt wurden. Auch die Kamera war etwa 20 Sekunden vorher ausgefallen. Sie ist aber offenbar nicht endgültig zerstört. Man versucht inzwischen, sie wieder funktionstüchtig zu machen.

Da noch mindestens fünf der 10 Meßgeräte an Bord einsatzbereit sind, hat die Europäische Raumfahrtorganisation (ESA) beschlossen, daß „Giotto" für eine weitere Begegnung mit einem Kometen oder einem Asteroiden verwendet werden soll. Die Sonde soll auf eine Bahn gebracht werden, die sie bis Anfang der 90er Jahre zurück zur Erde führt. Dort soll sie in einer Höhe von etwa 20 000 Kilometer auf einer Wartebahn kreisen, bis ein geeignetes neues Ziel gefunden sein wird.

STAND ● PUNKT

Nie vorne – aber Sieger

Im Grunde führen die beiden die ganze Branche an der Nase herum: Helmut und Marc Girardelli. Der letztere schickt sich gerade an, nun endgültig den alpinen Gesamt-Weltcup zu gewinnen – ohne sonst viel gewonnen zu haben. 48 Mal wurden in diesem Winter in den fünf Disziplinen Slalom, Riesentorlauf, Super-G, Abfahrt und Kombination Weltcup-Punkte vergeben. Marc Girardelli war fast stets dabei, aber er war es höchst selten, wenn es um den Sieg ging.

Der kompletteste, der erfolgreichste, der beste Skirennläufer des Winters ist demnach jemand, der gar nicht gewinnen kann, oder?

Natürlich ist es ein klein wenig anders. *Marc Girardelli, der Nachfahre* venezianischer Zuckerbäcker vom *Arlberg*, der Mann, der seine österreichischen Landsleute vergrätzt, weil er immerfort für Luxemburg startet, hätte durchaus öfters gewinnen können. Doch dann hätte er am Ende den Weltcup nicht gewonnen.

Denn merke: Der Luxemburgische Skiverband besteht aus Girardelli senior und Girardelli junior. Der eine denkt, der andere lenkt – die Ski. Bei anderen Verbänden denken stattdessen ganze Mannschaften für die *fahrenden Mannschaften*. Der Konkurrenzkampf ist also demnach etwas ungleich, und mitunter bekommen das die Girardellis auch zu spüren.

Zum Beispiel so: Jene Trainer, die sich um den deutschen Weltcup-Sieger Markus Wasmeier scharten, überprüften kurz vor dem Start schnell noch ihre Sprechfunkgeräte, auf daß man sich die Zustandsberichte der einzelnen Streckenpassagen störungsfrei mitteilen konnte. Denn das *erleichtert die alpine Hangraserei.*

Girardelli senior wollte also auch wie ein richtiger Ski-Verband arbeiten. *Er ging in ein Geschäft und ließ* sich Preisangebote über Sprechfunkgeräte unterbreiten. Stolz erzählte er seinem Sohn davon, dem Rennläufer. Der fragte den Vater: „Wenn wir die Geräte haben, mit wem sprechen wir dann?" Ja, mit wem ...

Also ließ man es weiterhin darauf ankommen. Forschungsergebnisse hatten die anderen, Gleittest-Ergebnisse *auch. Man mußte also aus dem* hohlen Bauch heraus tüfteln. Erfolgreicher als die gesamte Branche war man damit allemal. Nur eben auf sehr eigentümliche Art. K. Bl.

EISKUNSTLAUF / Beginn der Weltmeisterschaft in Genf – Heiko Fischer nach der Pflicht auf Platz drei, Zander ist Sechster

WM in der Statistik: Fernsehen, Programm und Stars

Gestern begannen in einer Nebenhalle des Genfer Sportkomplexes *Les Vernets mit dem Pflicht*programm der Herren die diesjährigen Weltmeisterschaften im Eiskunstlaufen. Es führt Alexander Fadejew (UdSSR) mit 0,6 Punkten vor Jozef Sabovcik 1,2 aus der CSSR. Heiko Fischer aus Stuttgart ist Dritter (1,8), *Richard Zander aus Wiehl* liegt auf dem sechsten Platz (3,6). Der Amerikaner Brian Boitano (2,4) und der Kanadier Brian Orser (3,0) nehmen die Plätze vier und fünf ein.

Alles, was Sie über die Titelkämpfe in der Schweiz wissen sollten, hat die WELT zusammengestellt.

Die Titelverteidiger: *Damen:* Katarina Witt (Foto) aus der „DDR"; Herren: Alexander Fadejew; Paare: Elena Walowa/Oleg Wassiliew (UdSSR); Tanz: Natalja Bestemjanowa/Andrej Bukin (UdSSR).

Die Favoriten: Damen: Katarina Witt („DDR"), Debbie Thomas und Tiffany Chin (beide USA) sowie Kira Iwanowa *(UdSSR); Herren: Jozef* Sabovcik, Alexander Fadejew, Brian Boitano (USA), Brian Orser (Kanada); Paare: Walowa/Wassiliew, Gordejewa/Grinkow (beide UdSSR), Watson/Oppegard (USA), Matousek/Eisler (Kanada); Tanz: Bestemjano*wa/Bukin (UdSSR).*



Die deutsche Mannschaft: Damen: Claudia Leistner (Mannheim); Her*ren: Heiko Fischer, Richard Zander;* Paare: Ocvirek/Maletz (Salzgitter), Kimminus/Pfrengle (Mannheim); Tanz: Antonia und Ferdinand Becherer (Konstanz).

Den Europameisterschafts-Siebenten von Kopenhagen, Marianne Ocvirek und Holger *Maletz*, wurde von den Ärzten gestern in Genf Startverbot erteilt. Wegen geschwollener Lymphknoten in der Leistengegend mußte Marianne Ocvirek bereits die Heimreise antreten.

Das Programm: Dienstag: 7 Uhr: Damen-Pflicht, 16 Uhr: Herren-Kurzkür, 20 Uhr: Kür der Paare; Mittwoch: *20 Uhr: Damen-Kurzkür;* Donnerstag: 16 Uhr: Eistanz (Spurenbildtanz), 20 Uhr: Kür der Herren; Freitag: 20 Uhr: Kür der Damen; Samstag: 14 Uhr: Kür der Eistänzer; Sonntag: 14 Uhr: Schaulaufen.

Fernsehen: Dienstag: 23 Uhr: Kurz*programm der Herren und Kür der* Paare (Erstes Programm/ARD); Mittwoch: *22.50 Uhr:* Kurzprogramm der Damen/Ausschnitte (Zweites Programm/ZDF); Donnerstag: 23.20 Uhr: Kür der Herren (ZDF); Freitag: 22.45 Uhr: Kür der Damen (ZDF); Samstag: 16 Uhr: Eistanz (ARD); Sonntag: 15.50 Uhr: Schaulaufen (ARD).

Debi Thomas großspurig wie Ali: Ihre Sätze kommen wie Faustschläge

DANIEL HAUSER, Genf

Es war wie beim Preisboxen. Sätze wie Faustschläge – mitten ins Gesicht. „Ich glaube schon, daß ich sie schlagen kann. Bei unseren Meister*schaften* habe ich fünf dreifache Sprünge gestanden und soviel hat die Witt wohl nicht drauf. Wenn ich all das bringe, was ich kann, dann schlägt mich keine." Ankündigungen der amerikanischen Meisterin Debi Thomas, gestern in Genf – 24 Stunden bevor heute das Pflichtprogramm der Damen um die Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft 1986 begann.

Debi Thomas kontra Katarina Witt aus Karl-Marx-Stadt in der „DDR"? Wenn *eine* Eiskunstlauf-Kür ausschließlich die Summe ihrer gelungenen technischen Schwierigkeiten ist, und sonst gar nichts, wird es zwangsläufig dazu kommen. Dann wird die dunkelhäutige Debi aus Kalifornien alles dransetzen können, um „Katarina die Große" vom Thron zu stürzen.

Hans Vogt, der Eiskunstlauf-*Experte des Ostberliner „Deutschen* Sport-Echo", stimmte die „DDR"-Fans denn auch entsprechend ein: „Debi Thomas", so schrieb er, „ist zweifellos die Läuferin mit der sportlichsten Note. Ihr Programm beeindruckt durch ihre Vielzahl der Sprünge (fünfmal dreifach, darunter Rittberger, Salchow und Toe-Loop) und deren Höhe sowie saubere Ausführung. Ihr Trainer Alex McGovern, ein Engländer, ist überzeugt, daß sie in Genf mit auf dem Treppchen stehen wird."

Das „Deutsche Sport-Echo" steht mit dieser Meinung nicht allein. *Jacqueline Itscher, die Chefin für* Elite-Sport im Schweizerischen Eislauf-Verband, beobachtete Debi Thomas bei den amerikanischen Meisterschaften in *Uniondale*. Jacqueline Itscher schwärmte danach förmlich: „Debi Thomas ist sehr musikalisch und sportlich mit Katarina Witt absolut vergleichbar. Ihre Sprünge sind hoch und weit. Sie hat großes Showtalent, so daß sie auch das Publikum zu Begeisterungsstürmen verführen kann."

Reicht das aus, um Katarina Witt, die dominierende *Persönlichkeit* des internationalen Eiskunstlaufs der letzten Jahre, zu besiegen? Debi Thomas, die erste farbige Eiskunstlaufmeisterin der USA, muß wohl gewinnen, will *sie ihre Zukunftspläne auch* exakt einhalten. Obwohl sie bereits 36 Stunden in der Woche trainiert, studiert sie obendrein an der Stanford-Universität Medizin, um später eine gute Orthopädie-Chirurgin zu werden. Ihr Auftritt in Genf soll deshalb zugleich Höhe- und Schlußpunkt ihrer Karriere als Eiskunstläuferin sein ...

Also mit fünf Dreifachsprüngen aufs Siegerpodest – oder? Vielleicht geht es auch so: Erster Satz: Feier*lichkeit, zweiter Satz:* Sanftmut, dritter Satz: Spiel, vierter Satz: Abwesenheit, fünfter Satz: Siegesfreude. Die 20jährige Anna Kondraschowa aus Moskau hat ihre Kür auf diese Weise *aufgebaut. Als sich die Internationale* Eislauf-Union im März 1984 in Ottawa Gedanken machte, wer dem Eiskunstlauf der Damen die im Wirbel der Dreifachsprünge abhanden gekommene Grazie zurückgeben könnte, fiel nur ihr Name. Damals war sie *Zweite der Weltmeisterschaft.*

Anna Kondraschowa sagt: „Wenn ich laufe, hat jede Stimmung ihre eigene Bewegung und ihre eigene Geschwindigkeit. *Und dann verwandele* ich mich darin." Uwe Prieser, der Eiskunstlauf-Experte der Deutschen Presseagentur (dpa), zog aus den Darbietungen der Kondraschowa deshalb das Fazit: „*Eine Eislaufkür* ist ja nicht die Summe ihrer technischen Schwierigkeiten. Sie ist noch nicht einmal die Summe der Augenblicke, in denen das Schwierige unsichtbar geworden ist in *Leichtigkeit*. Wenn die Technik nichts weiter ist als die notwendige Struktur, auf der sich das höhere Prinzip der Grazie aufbaut. In Wahrheit ist eine Eislaufkür die Sum*me unseres Vergessens angesichts* des Schönen."

Deshalb, so *heißt* es, sei die Kondraschowa für den ganz großen Erfolg ganz einfach zu sensibel.

Also gibt es doch den Zweikampf Debi Thomas gegen Katarina Witt? Die Amerikanerin Tiffany Chin (17), im vorigen Jahr bei der Weltmeister*schaft Bronzemedaillengewinnerin* und seit dem 1. Dezember 1985 bei Donald Laws trainierend, jenem Mann, der einst Scottie Hamilton zum Serien-Weltmeister machte, könnte mit ihrem Auftreten alles auf eine schiefe Ebene und somit ins Rutschen bringen. Das *ganze* schöne große Duell *Thomas gegen Witt.*

*Tiffany Chin gilt ebenso als Medail*lenanwärterin wie die Sowjetrussin Kira Iwanowa. Wobei die Amerikanerin, die als Mannequin arbeitet, den großen Eislauf-Erfolg als Startrampe für ihre nächste Karriere braucht: Tiffany Chin, deren Eltern Taiwan-Chi*nesen sind*, will *nämlich* Schauspielerin werden.

SKI ALPIN

Wasmeier und Kiehl – deutscher Triumph perfekt

sid, **Whistler Mountain/Vail**

Die Konkurrenz staunt über die deutschen Ski-Läufer, die am vorletzten Saison-Wochenende den größten Weltcup-Triumph der *deutschen* Alpinen seit Rosi Mittermaiers Sieg 1976 im Gesamt-Weltcup landeten. Drei der *zwölf* Weltcups befinden sich in deutscher Hand, nachdem Markus Wasmeier und Marina Kiehl in Amerika die Trophäen im Super-Riesenslalom gewannen.

„Mir ist völlig unerklärlich, daß Markus bei der Zwischenzeit nur zwei *Zehntelsekunden vor mir lag* und am Ende 1,71 Sekunden schneller sein konnte", wunderte sich Martin Hangl (Schweiz), der als Zweiter am Whistler Mountain in Kanada regelrecht deklassiert wurde. „Marina Kiehl ließ uns keine Chance, gar keine", *sagte Hauptrivalin Liisa Savijarvi* (Kanada), die im amerikanischen Vail ebenfalls das Rennen und das Weltcup-Duell gegen die Deutsche verlor.

Wasmeier fuhr die Konkurrenz in seinem Draufgänger-Stil geradezu in *Grund und Boden. Auf der 2462* Meter langen Strecke lag der 22jährige *Riesenslalom-Weltmeister, der zuvor* schon den Kombinations-Weltcup gewonnen hatte, in 1:43,23 Minuten vor Hangl. Den deutschen Triumph vervollständigten Peter Roth (Berchtesgaden) und Michael Eder (Strub) auf den Rängen drei und fünf. Weltcup-*Punkte gab es auch für Herbert* Renoth (Berchtesgaden) und Hans Stuffer (Samerberg) auf den *Plätzen* 14 und 15.

Marina Kiehl und Markus Wasmeier lieferten bei den deutschen Saisonsiegen Nummer acht und neun eine Dublette: Auch *Marina* Kiehl führte zuvor schon in der Disziplinwertung, sie *landete* auf der sehr schwierigen, 1671 m langen Strecke, die 27 der 83 Läuferinnen nicht bewältigen konnten, ebenfalls mit Startnummer sieben in 1:23,40 Minuten den zweiten Sieg des Winters.

Auch die deutschen Damen feierten einen Triumph auf voller Breite: Michaela Gerg (Lenggries) wurde in 1:23,95 Vierte und landete in der Saisonwertung des Super-G, die Marina Kiehl (75) vor Savijarvi (56) und der Italienerin Michaela Marzola (47) gewann, auf Rang fünf. Vor ihr lag Traudl Hächer (*40*), die inzwischen in München operiert wurde. Karin Dedler (Kempten) sammelte als Neunte ebenfalls noch sieben weitere Weltcup-Punkte.

Galopp-Kolumne: Saisondebüt von Lirung wurde verschoben

Wegen einer leichten Sprunggelenkverletzung mußte das Saisondebüt des Hengstes Lirung verschoben werden. Der Derby-Dritte des Vorjahres, Deutschlands internationale Hoffnung für Rennen bis zur 2000-Meter-Distanz, soll am 26. April in Köln im Luna-Rennen (34 000 Mark, 20 000 Mark dem Sieger, 1900 Meter) erstmals in dieser Saison starten.

*

Der Kölner Unternehmer Michael Blau (37) hat das der Familie Dohle gehörende Gestütsgelände in Bergheim-Zieverich für zunächst fünf Jahre fest gepachtet, für weitere fünf Jahre hat er sich eine Option gesichert. In Zieverich befand sich bis *vor* einigen Jahren das Gestüt von Ferdinand Leisten, es firmierte unter der Bezeichnung Charlottenhof. Später wurde es, allerdings nur kurzfristig, von Karl-Heinz Münchow unter dem Namen Gestüt Erfttal genutzt. Blau will sein Gestüt Erftland taufen. Langfristig plant Blau auch die Durchführung von Auktionen in der dafür durchaus geeignet erscheinenden großen Gestütshalle. Blaus sportliche Meriten: Er wurde 1969 im italienischen Jesolo hinter Ricardo Patrese Go-Kart-Vize-Weltmeister. Patrese und Blau entkamen als einzige einer *Massenkarambolage* kurz vor dem Ziel.

*

Einen neuen Vorsitzenden sucht der Rennverein in Gelsenkirchen-Horst. Der bisherige Amtsträger, Stadtdirektor Werner Nuth, ist schwer *erkrankt* und *wird* auf der Jahreshauptversammlung nicht wieder kandidieren. Es gibt Pläne, wieder einen „Mann der Stadt" an die Spitze des finanzschwachen Vereins zu stellen, der nach dem Weggang von Jobst-Michael Reithmann derzeit auch ohne Geschäftsführer auskommt. Sollte sich bei der Stadt kein *geeigneter Kandidat finden, ist das* bisherige Vorstandsmitglied Alfred Wolters erster Anwärter.

*

Umfangreiche Rettungsaktionen sind im Gange, um das Gelände des Gestüts Falkenstein in Hamburg-Sülldorf für die Vollblutzucht zu erhalten. Gestütsbesitzer Horst-Herbert Alsen (67) mußte nach Finanzamtsforderungen in Millionenhöhe aufgeben, sein Partner Addi Darboven hat einen Teil der Alsen-Pferde übernommen. Nun versucht die gesamte Hamburger Rennsportszene, das Gestüt möglicherweise in größerer Partner*schaft doch noch weiter aufrechtzuer*halten.

*

Am kommenden Sonntag beginnt die Rennsaison auch in Köln, Hannover und München-Riem. In Hannover ist das Rennpreisvolumen gleich um 200 000 Mark auf 1,3 Millionen Mark aufgestockt worden. Die Hälfte des Betrages hat der agile Präsident Frank Ritter durch Sponsoren auftreiben können.

KLAUS GÖNTZSCHE

EUROPAPOKAL

Kölner hoffen auf Uwe Bein

dpa, Köln

Mit einem Bein steht der 1. FC Köln schon im Halbfinale des UEFA-Pokals, mit Uwe Bein soll heute abend (20.00 Uhr) gegen Sporting Lissabon der Schritt vollzogen werden. „Mister Europacup", wie Bein wegen einiger entscheidender Tore im internationalen Geschäft genannt wird, kehrt nach mehrwöchiger Verletzungspause und gelungenem Halbzeittest (mit Tor) gegen Hannover in die Mannschaft zurück.

Nach dem glücklichen 1:1 zu nächtlicher Stunde in Lissabon genügt den Rheinländern vor eigenem Publikum ein 0:0. Eine gute, gleichwohl gefährliche Ausgangsposition, wie Trainer Georg Keßler vermutet: „Auf 0:0 zu spielen ist riskant. Unser Ziel kann nur ein Sieg sein, weil wir auch unsere Fans zufriedenstellen wollen."

Der Kölner Vorstand zahlt eine Erfolgsprämie von 5000 Mark.

SPORT-NACHRICHTEN

Heute: Fußball-Bundesliga

Bonn (DW.) – Heute stehen drei Nachholspiele der Fußball-Bundesliga auf dem Programm: Hannover 96 – Hamburger SV, Schalke 04 – 1. FC Saarbrücken, Mönchengladbach – Waldhof Mannheim.

Langer Siebter

Orlando (GAB) – Als Siebter beendete Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) die „Hertz Bay Hill Classic" in Orlando (Florida), die wegen Unwetters nur an zwei Tagen und auf 54 Löcher verkürzt ausgetragen wurde. Langer kassierte 15 580 Dollar für seine 72+66+68=206 Schläge (bei Par 71). Den Siegerscheck über 90 000 Dollar gewann Dan Forsman (USA) mit 68+67+67=202 Schlägen.

Wieder Spielausfall

Aachen (sid) – Die Grippewelle grassiert weiter beim FC Homburg. Der Spitzenreiter der Zweiten Fußball-Liga mußte das für heute angesetzte Nachholspiel bei Alemannia Aachen erneut absagen. Aachen holt heute statt dessen das Spiel gegen Braunschweig nach.

Sieg für Navratilova

Dallas (sid) – Martina Navratilova (USA) brauchte im Finale des Damen-Tennis-Turniers von Dallas nur 58 Minuten, um ihre Landsmännin Chris Evert-Lloyd mit 6:2, 6:1 zu besiegen. Die Siegprämie betrug 40 000 Dollar. Das Doppel gewann Claudia Kohde mit ihrer Partnerin Helena Sukova (USA).

Bevölkerung ist dagegen

Davos (dpa) – Mit einer überwältigenden Mehrheit entschieden sich die Einwohner von Davos und St. Moritz gegen eine Kandidatur der beiden Wintersportorte für die Olympischen Winterspiele 1996. Damit hat St. Moritz keine Chance, nach 1928 und 1948 zum dritten Mal Olympia-Ausrichter zu werden.

Madrid: Noch zwei Punkte

Madrid (dpa) – Nach dem 3:1-Erfolg in Cadiz fehlen Real Madrid aus den restlichen fünf Spielen noch zwei Punkte, um spanischer Fußballmeister zu werden. Verfolger Barcelona (ohne Bernd Schuster) kam beim Tabellenletzten Celta Vigo nicht über ein 1:1 hinaus.

Becker gelang Revanche

Stuttgart (sid) – Wimbledon-Sieger Boris Becker aus Leimen gewann in seinem ersten Auftritt nach dem Daviscup-Finale gegen Schweden im Dezember 1985 auf deutschem Boden den zweiten Schaukampf gegen den Franzosen Yannick Noah in Stuttgart mit 6:4, 6:2. Damit gelang Becker die Revanche für die Niederlage am Tag zuvor in Innsbruck.

Schockemöhle Fünfter

Paris (dpa) – Der dreimalige Springreiter Paul Schockemöhle *(Mühlen) verpaßte beim vorletzten Weltcup-Wettbewerb der Europazone* beim Pariser Reitturnier mit Deister das Stechen und mußte sich zusammen mit drei weiteren Reitern den fünften Platz teilen. Es gewann der Franzose Pierre Durand mit Jappeloup.

Florett: Platz drei

Paris (dpa) – Die Mannschaft des FC Tauberbischofsheim belegte beim Europapokal-Wettbewerb der Landesmeister im Herren-Florett in Paris den dritten Platz. Im Finale siegte Dynamo Minsk mit 9:6 über RCF Paris.

Gegen Öffnung der Spiele

Berlin (sid) – Gegen eine Öffnung der Olympischen Spiele für Profisportler und den „kommerziellen Mißbrauch des Sports" haben sich das Präsidium des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) der „DDR" und das Komitee für Körperkultur und Sport der UdSSR ausgesprochen.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

TENNIS

Turnier der Damen in Dallas, Finals: Navratilova – Evert-Lloyd (beide USA) 6:2, 6:1. – Doppel: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Mandlikova/Turnbull (CSSR/Australien) 4:6, 7:5, 6:4. – **Schaukampf in Stuttgart:** Becker (Deutschland) – Noah (Frankreich) 6:4, 6:2.

TISCHTENNIS

Bundesliga-Nachholspiel, **Herren:** TTC Heusenstamm – TTC Jülich 3:9.

GOLF

Turnier in Orlando (Florida), Endstand: 1. Forsman 202 Schläge (68+67+67), 2. Hubert (70+69+64) und Floyd (68+69+66) je 203, 4. Levi 204 (70+67+67), 5. Strange (70+70+65) und Pohl (alle USA) je 205 (68+70+67), 7. Langer (Deutschland) 206 (72+66+68) sowie Wiebe (70+70+66) und Pavin (beide USA) ebenfalls je 206 (69+70+67).

SKI ALPIN

Letzter Super-Riesenslalom der Herren in Whistler Mountain (Kanada): 1. Wasmeier (Deutschland) 1:43,23 Minuten, 2. Hangl (Schweiz) 1:44,94, 3. P. Renoth (Deutschland) 1:45,25, 4. Enn (Österreich) 1:45,35, 5. Eder 1:45,38 . . . 14. H. Renoth 1:45,90, 15. Stuffer (alle Deutschland) 1:46,13. – **Weltcup-Endstand im Super-Riesenslalom:** 1. Wasmeier 105 Punkte, 2. Zurbriggen (Schweiz) 67, 3. Girardelli (Luxemburg) 56, 4. Stock (Österreich) 52. – **Stand im Gesamt-Weltcup:** 1. Girardelli 294 Punkte, 2. Zurbriggen 255, 3. Müller (Schweiz) 204, 4. Wasmeier 202, 5. Stock 170, 6. Stenmark (Schweden) 167, 7. Petrovic (Jugoslawien) 165, 8. Wirnsberger 148, 9. Strolz (beide Österreich) 142, 10. Mair (Italien) 129 . . . 40. Stuffer 40.

Letzter Super-Riesenslalom der Damen in Vail (Colorado): 1. Kiehl (Deutschland) 1:23,40 Minuten, 2. Wachter (Österreich) 1:23,64, 3. Savijarvi (Kanada) 1:23,90, 4. Gerg (Deutschland) 1:23,95, 5. Graham (Kanada) 1:24,37 . . . 16. Wiesler 1:25,16 . . . 18. K. Stotz 1:25,27 . . . 28. Mösenlechner 1:26,34 . . . 31. Meier (alle Deutschland) 1:26,61. – **Weltcup-Endstand im Super-Riesenslalom:** 1. Kiehl 75 Punkte, 2. Savijarvi 56, 3. Marzola (Italien) 47, 4. Hächer (Deutschland) 40, 5. Gerg 37. – **Stand im Gesamt-Weltcup:** 1. Walliser 275 Punkte, 2. E. Hess 238, 3. Figini und Örtli (alle Schweiz) je 177 . . . 7. Hächer 153, 8. Kiehl 151, 9. Gutensohn (Österreich) 145, 10. Gerg 144.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 8, 9, 27, 30, 33, 38, Zusatzspiel: 24. – **Elferwette:** 2, 2, 1, 1, 1, 1, 2, 0, 0, 0, 1. – **Rennquintett: Rennen A:** 4, 15, 6. – **Rennen B:** 24, 22, 29.

(Ohne Gewähr)

„Ein zweites Libyen darf es nicht geben“

Reagan weist auf Rolle der Sowjets in Nicaragua hin

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Reagan hat gestern in einer Fernsehansprache an die Nation scharf die agressive Rolle verurteilt, die die Sowjetunion, Libyen und andere totalitäre Staaten in Nicaragua spielen. Er warf der Sowjetunion vor, seit 1979 insgesamt 600 Millionen Dollar an Militärhilfe für Nicaragua ausgegeben zu haben.

„Sollen wir es der Sowjetunion erlauben, ein zweites Kuba, ein zweites Libyen direkt vor der Haustür der Vereinigten Staaten aufzubauen?“ fragte Reagan und gab schließlich selbst die Antwort: „Aus Gründen unserer eigenen Sicherheit müssen wir der Sowjetunion einen Brückenkopf in Nordamerika verweigern.“

Die Rede des Präsidenten war der Höhepunkt seiner Kampagne, den Kongreß zur Freigabe einer Finanzhilfe von 100 Millionen Dollar an die „Contras“ zu bewegen, von denen 70 Millionen für militärische und der Rest für humanitäre Zwecke bestimmt ist. Der Kongreß hat seit 1984 jede Militärhilfe für die „Contras“ verweigert.

Reagan wies die Darstellung der Opposition zurück, daß er mit seiner Kampagne für die „Contras“ eine militärische Lösung des Nicaraguaproblems ansteuere. „Lassen Sie mich eines klar machen, ich spreche nicht über amerikanische Soldaten. Sie werden nicht benötigt und sie sind nicht angefordert worden. Der demokratische Widerstand in Nicaragua fragt uns nur um Mittel für seinen Kampf, das eigene Land vor dem Kommunismus zu retten.“

Die Demokraten erklärten in ihrer Antwort auf Reagans Rede, sie befänden sich in voller Übereinstimmung mit ihm, daß Nicaragua kein sowjetischer Stützpunkt werden dürfe. Differenzen bestünden lediglich über die politischen Mittel und Wege, dies zu verhindern.

Die entscheidende Abstimmung über die amerikanische Finanzhilfe für Nicaragua findet am Donnerstag statt. Nach weitgehend übereinstimmenden Schätzungen fehlen Reagan zum Sieg im Repräsentantenhaus, wo die Demokraten eine Mehrheit von 253 gegen 182 Sitzen haben, noch zwölf bis 15 Stimmen zum Sieg. Das Weiße Haus ist zuversichtlich, in den nächsten Tagen in persönlichen Gesprächen mindestens noch 15 Abgeordnete auf seine Seite ziehen zu können. Vizepräsident George Bush und Donald Regan, der Stabschef des Weißen Hauses, erklärten übereinstimmend im Fernsehen: „Wir sind sicher, daß wir gewinnen werden.“

Diepgen: Gespräch mit Honecker ein Anstoß zu intensiveren Kontakten

Treffen auf der Leipziger Frühjahrsmesse dauerte 40 Minuten länger als vorgesehen

DIETER DOSE, Leipzig

In großer Aufmachung feierte die „DDR“-Presse die Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse. Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ von gestern ist der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker 35mal (!) abgelichtet. Ein Foto zeigt ihn am runden Tisch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU). Dem Zusammentreffen der beiden Politiker wird in den SED-Zeitungen ein Spitzenplatz eingeräumt.

„Ruhig noch mehr tun“

Eine Stunde hatte das Protokoll für diese erste Begegnung zwischen Honecker und Diepgen vorgesehen. Fast eine Stunde und 40 Minuten dauerte das Zusammentreffen. „Ich werte das als Zeichen des Interesses, das auch Honecker an diesem Gespräch hatte“, erklärte Diepgen der WELT. Dem offiziellen Teil im Kreis der beiden Delegationen schloß sich zwischen Honecker und Diepgen ein Gespräch unter vier Augen an.

Ein Schwerpunkt des Dialogs waren die wirtschaftlichen Beziehungen Berlins zur „DDR“. Honecker äußerte sich positiv zum Umfang des Handels und ermunterte den mit am Verhandlungstisch sitzenden stellvertretenden Außenhandelsminister Gerhard Beil und den Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, auf diesem Gebiet „ruhig noch mehr zu tun“. Pieroth sieht nach dem Honecker-Gespräch und zahlreichen anderen Begegnungen mit „DDR“-Vertretern, darunter Generaldirektoren von Textilkombinaten, gute Chancen, mittlere und kleine Berliner Unternehmen stärker in den Handel mit der „DDR“ einzubeziehen. So sind von der „DDR“ West-Berliner Firmen eingeladen worden, am 29. April an einem Symposium über Umwelttechnologie in Ost-Berlin teilzunehmen.

Bei dem zunächst etwas steifen, später aber „lockerer“ werdenden Gespräch beeindruckte die Begleiter Diepgens, daß Honecker präzise auf alle angeschnittenen Fragen vorbereitet war – vom Problem der Umgestaltung des Berliner Bahnhofs Zoo (er untersteht der „DDR“-Reichsbahn) bis zu angestrebten, aber noch nicht vorhandenen Gemeinsamkeiten bei der 750-Jahr-Feier der Stadt im nächsten Jahr.

„Es war ein wichtiges Gespräch“, lautet für Diepgen das Fazit. Er und seine Begleiter, darunter auch der Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel, Franz Rösch, gewannen den Eindruck, daß das Treffen Anstöße gegeben hat, Kontakte auf anderen Ebenen zu verbessern und zu intensivieren. „Im Dialog zwischen Ost und West auf praktische Dinge konzentrieren“, nennt es Diepgen.

Ein Thema der Gesprächsrunde im Gästehaus des „DDR“-Ministerrates war auch das Berlin unter den Nägeln brennende Asylantenproblem. Diepgen erklärte dazu, er habe die Position des Senats und der Bundesregierung in dieser Frage vorgetragen.

Praktische Regelungen

Er erwarte, daß es entsprechend der Ankündigung der „DDR“ vor dem Hintergrund der Regelungen für die skandinavischen Länder und die Bürger Sri Lankas „eine Lösung geben wird“. Es gehe um praktische Regelungen, betonte Diepgen. Zwischen dem Senat und Ost-Berlin werde es keine Verhandlungen geben. Er gehe davon aus, daß die „DDR“ in Kenntnis der Gesamtprobleme ihre Entscheidung treffe.

Im vollgepackten Diepgen-Programm sorgten die „DDR“-Gastgeber auch für Abwechslung. Beim Besuch der Senatsdelegation bei der Außenhandelsorganisation der „DDR“-Textilindustrie wurde für Diepgen und seinen Troß eine Modenschau auf die Beine gestellt ...

Scholz widerspricht den 116-Thesen Biedenkopfs

„Allein der Regierungsentwurf ist verfassungsmäßig“

vl. Bonn

Ist die Kritik am Regierungsvorschlag für einen „Neutralitätsausschuß“ berechtigt? DIE WELT sprach darüber mit dem Verfassungsrechtler Professor Rupert Scholz, Berliner Senator für Justiz und für Bundesangelegenheiten.

WELT: Zur Neuregelung des Paragraphen 116 AFG gibt es in der CDU Streit um den von der Regierung vorgesehenen Neutralitätsausschuß bei der Bundesanstalt für Arbeit. Worauf zielt die vor allem von Biedenkopf erhobene Kritik?

Scholz: Der Gesetzentwurf errichtet einen Ausschuß bei der Bundesanstalt, der sich paritätisch aus den Tarifpartnern zuzüglich des Präsidenten der Bundesanstalt zusammensetzt und der im Einzelfall darüber entscheidet, ob die Voraussetzungen einer Zahlungspflicht im Arbeitskampf gegeben sind oder ob die Pflicht des Staates zur Neutralität solche Zahlungen ausschließt. Von Biedenkopf ist geltend gemacht worden, daß dieser Neutralitätsausschuß ausschließlich von den Tarifpartnern gestellt werden sollte, die Bundesanstalt also nicht beteiligt sein sollte.

WELT: Teilen Sie die Kritik Biedenkopfs? Ist vor allem rechtlich eine entsprechende Veränderung des Regierungsentwurfs geboten?

Scholz: Ich teile die Kritik Biedenkopfs nicht. Im Gegenteil, ich halte allein den Regierungsentwurf für verfassungsmäßig. Nachdem der Neutralitätsausschuß echte Entscheidungsbefugnisse erhält, wäre es nicht haltbar, die Bundesanstalt als die maßgebende Instanz für die gesamte Solidargemeinschaft aller Arbeitnehmer, der vom Arbeitskampf Betroffenen wie Nichtbetroffenen, der Organisierten wie der Nichtorganisierten, aus diesem Entscheidungsprozeß auszuschließen. Die Lösung, bei Parität der Tarifpartner dem Präsidenten der Bundesanstalt ein Stichentscheidungsrecht zu geben, halte ich für eine Minimallösung, die aber definitiv geboten ist.

WELT: Worin unterscheiden sich die Rechte der betroffenen Arbeitnehmer von denen der nichtbetroffenen Arbeitnehmer?

Scholz: Alle Mitglieder der Solidargemeinschaft verfügen über die gleichen Rechte auf Arbeitslosengeld und über die gleichen Anwartschaften am angesparten Kapital der Sozialversicherung. Nur die Bundesanstalt verfügt über den Status der allen gleich verpflichteten Entscheidungsinstanz. Es wäre rechtlich nicht zulässig, diese Entscheidungsbefugnis zugunsten der Gewerkschaften und der Arbeitgeber aufzugeben.

Opfer der Drei-Staaten-Theorie

West-Berliner bei Jugendaustausch mit „DDR“ weiter ausgegrenzt

KNA/hrk. Berlin

Die „DDR“-Führung weigert sich weiter, Jugendgruppen und Schulklassen aus West-Berlin in den vereinbarten deutsch-deutschen Jugendaustausch einzubeziehen. Dies gab jetzt der Vorsitzende des Landesjugendrings, Siegmund Pethke, als Vertreter des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in der geteilten Stadt in seinem Arbeitsbericht bekannt.

Auch der Bundesverband des Deutschen Jugendherbergswerks habe sich bemüht, in Gesprächen mit der staatlichen, von der FDJ gelenkten Reiseorganisation „Jugendtourist“ eine positive Lösung für die jungen West-Berliner zu erreichen. Nachdem die FDJ-Spitze mit Eberhard Aurich als Nachfolger von Egon Krenz in Gesprächen mit dem Bundesjugendring gewisse Andeutungen gemacht hatte, wonach das Jugendherbergswerk in West-Berlin als Partner für „Jugendtourist“ in Betracht käme, gingen entsprechende Schreiben nach Ost-Berlin. Doch diese blieben ohne Antwort.

Die „DDR“ hatte es von Anfang an abgelehnt, auch Jugendliche aus West-Berlin innerhalb dieses Programms reisen zu lassen, und damit unterstrichen, daß die SED stärker als bisher versucht, auf allen von ihr beeinflußbaren Gebieten die alte Drei-Staaten-Theorie mit der „besonderen politischen Einheit Westberlin“ durchzusetzen.

SED-Chef kommt doch nach Bonn

AP, Bonn

SED-Generalsekretär Erich Honecker will „im Laufe dieses Jahres“ zu Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Wie Regierungssprecher Ost gestern bestätigte, hat Honecker diese Absicht im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme in Stockholm „durchblicken lassen“ (WELT v. 17.3).

Kohl und Honecker hatten in Stockholm zweimal jeweils etwa 15 Minuten lang Gelegenheit zu Gesprächen, die, so der Regierungssprecher, in einer „sehr aufgeschlossenen und freundlichen Atmosphäre“ verliefen.

Abdou Diouf bei von Weizsäcker

AP, Bonn

Der Staatspräsident der afrikanischen Republik Senegal, Abdou Diouf, hat gestern seine politischen Gespräche in Bonn begonnen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker begrüßte, daß Diouf wie sein Amtsvorgänger Präsident Leopold Sedar Senghor die engen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland pflegt und weiter ausbaut.

Bei der Erörterung afrikanischer Probleme wurde die Apartheidpolitik in Südafrika verurteilt. Diouf besucht bereits zum zweiten Mal die Bundesrepublik. Mit dem Besuch würden die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Senegal verstärkt, erklärte Regierungssprecher Ost.

Tumulte in Wackersdorf

AP, München

Das bayerische Innenministerium hat die Zwischenfälle vom Sonntag auf dem Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstäbe bei Wackersdorf in der Oberpfalz als einen „neuen Höhepunkt der laufenden Gewalttätigkeiten seit Beginn der Rodungsarbeiten“ bezeichnet.

Nach Angaben von Staatssekretär Heinz Rosenbauer wurden bei Ausschreitungen nach einem ökumenischen Gottesdienst 22 Polizeibeamte verletzt. Die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vor, die die Beamten mit Leuchtkugeln angegriffen sowie mit Steinen, Knüppeln, Knallkörpern und anderen Gegenständen beworfen hatten.

Wirtschaftsrat zufrieden

„Neue Beweglichkeit“ der Gewerkschaften eingegrenzt

gba. Bonn

Der Wirtschaftsrat der CDU hat die geschlossene Zustimmung der Koalitionsfraktionen zu den Änderungen des ursprünglichen Entwurfs für den Neutralitäts-Paragraphen 116 begrüßt. Vor Wirtschaftsrat-Mitgliedern erklärte Bundesgeschäftsführer Rüdiger von Voss in Stuttgart, durch die Neuformulierung sei es „gelungen, eine sorgfältig vorbereitete Verabschiedung innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens zu ermöglichen. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat in dieser schwierigen Frage ihre Einigkeit bewiesen.“

Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Rechtszustand sieht von Voss in der Eingrenzung der „neuen Beweglichkeit“ über Schwerpunktstreiks, wie sie von den Gewerkschaften in den Arbeitskämpfen des Jahres 1984 unter Inanspruchnahme der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit praktiziert worden waren. „Diese Strategie hatte eine erhebliche Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens erreicht und durch erzwungene Betriebsstillegungen auch außerhalb des umkämpften Tarifbezirks eine Veränderung des Machtgleichgewichts derr Sozialpartner zu Lasten der Arbeitgeber zur Folge.“

Der Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Fassung „verhindert nunmehr die Finanzierung von derartigen Stellvertreterstreiks durch die für Arbeitslose eingerichtete Solidarkasse der Bundesanstalt für Arbeit“.

Wider die Vegetarier

Ha. (Brüssel) – Angst und bange wird manchen Agrarpolitikern, wenn sie die Entwicklung der Biochemie in den Vereinigten Staaten verfolgen. So haben Wissenschaftler über erfolgreiche Versuche mit einem natürlichen Hormon berichtet, das die Leistung von Milchkühen um 23 bis 41 Prozent steigert. In den USA wird noch über die Auswirkungen gestritten, die eine Hormonbehandlung auf die Preise für Milcherzeugnisse, die Milchproduktion und vor allem auf die Qualität der Milch hätte. Grünes Licht der Gesundheitsbehörden ist *frühestens* 1987 oder 1988 zu erwarten.

Die EG hat sich von 1988 an auf ein völliges Hormonverbot für Mastzwecke verständigt. Dabei wird kein *Unterschied* zwischen künstlichen und natürlichen Hormonen gemacht. *Zustande* gekommen ist dieser Beschluß durch ein glückliches Zusammentreffen von Erzeuger- und Verbraucherinteressen. Angesichts der hohen Rindfleischbestände graute auch den Bauern davor, das Kalbfleischangebot durch gewichtssteigernde Hormonbehandlungen auszuweiten.

Was aber geschieht, wenn sich *das neue Hormon als* für die Gesundheit von Mensch und Tier unbedenklich erweisen sollte? Dann wird es auf die Dauer kaum noch verboten werden können. Als Ausweg bliebe der EG ein Vorschlag der Londoner Metzgerinnung: Sie hat angeregt, aus der Brüsseler Kasse Geld zur Bekämpfung der Vegetarierlobby abzuzweigen.

Schwankend

J. Sch. (Paris) – Wenn die Rechte die Wahlen gewinnt, geht es mit der Börse nach oben. Diese Faustregel *wurde gestern in Paris auf den Kopf* gestellt. Um nicht weniger als sieben Prozent waren die französischen Aktienkurse gefallen, als das erste Klingelzeichen ertönte. Einen solchen Schock hatte es *hier selbst* nach dem spektakulären Wahlsieg der Sozialisten vor fünf Jahren nicht gegeben. Dann beruhigte sich zwar der Index auf minus vier und minus 2,5 Prozent. Hierdurch wurde die Hausse vom letzten Freitag genau ausgeglichen. Aber eine bloße Glattstellung ist das wohl nicht. Zwar hatte die Börse vor der Wahl deshalb so stark angezogen, weil man auf einen überragenden Sieg *der Rechten spekulierte*. Die sehr knappe Mehrheit, über welche die bürgerlichen Parteien in der neuen Nationalversammlung verfügen werden, mußte deshalb enttäuschen. *Viele Beobachter* sehen schon schwere Konflikte mit dem sozialistischen Staatspräsidenten heraufziehen. So ist die Prognose des Präsidenten der Maklerkammer durchaus nicht abwegig. Sie heißt: An der Pariser Börse wird es jetzt unter großen Schwankungen nach oben und unten gehen. Ausländischen Anlegern scheint damit Abwarten empfohlen.

FRANKREICH / Wirtschaft befürchtet begrenzte Aktionsfähigkeit der neuen Regierung

Enttäuschung an der Pariser Börse nach dem knappen Wahlausgang

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Stabilisierungspolitik der sozialistischen Regierung, die vor den Wahlen etwas aufgelockert worden war, dürfte jetzt expansionistischere Akzente erhalten. Das ergibt sich aus dem Programm der neuen bürgerlichen Parlamentsmehrheit. Sie ist aber so knapp ausgefallen, daß die *Aktionsfähigkeit der Regierung gegenüber dem (sozialistischen) Staatspräsidenten* begrenzt wird, heißt es in Pariser Wirtschaftskreisen. Die Börse reagierte nach den Vorschußlorbeeren der letzten Woche enttäuscht. Ihr Kursindex ging gestern um 2,5 Prozent zurück. Dagegen hat sich der Franc an den internationalen Devisenmärkten gut behauptet.

Im Unterschied zu der ursprünglichen sozialistischen Konsumbelebungspolitik, die nicht zuletzt daran scheiterte, weil sie gegen den internationalen Strom gerichtet war, findet die neue Regierung ein günstigeres Umfeld vor, um die Arbeitslosigkeit – mit Abstand die Hauptsorge der Franzosen – zu bekämpfen: Während *die Weltkonjunktur den französischen* Export beflügelt, verbilligt die Ölpreisbaisse den Import und stabilisiert die Lebenshaltungskosten. Seit langer Zeit wurde die Handelsbilanz *aktiv* und *die Preisentwicklung* negativ. In den letzten sechs Monaten sind die französischen Preise nicht stärker als die deutschen gestiegen.

Zu den Sofortmaßnahmen der neuen Regierung soll deshalb die unwiderrufliche Beseitigung der behördlichen Preisreglementierung gehören. Gegenwärtig sind noch zehn Prozent der Industriepreise und etwa die Hälfte der Lebenshaltungskosten kontrolliert. Die totale Freigabe würde *ohne* begleitende Konkurrenzmaßnahmen die Inflationsrate von zuletzt 3,4 Prozent mit etwa einem Prozentpunkt belasten. So erwartet die Rechte selbst für 1986 eine Teuerung von etwas über drei Prozent, während die Linke weniger als zwei Prozent vorausgesagt hat.

Allgemein rechnet man damit, daß nach drei Jahren stagnierender Reallöhne die Kaufkraft der Franzosen wieder zunimmt. Denn über die Teuerung *hinausgehende* Lohnerhöhungen können bei besserer Konjunktur von den Gewerkschaften leichter durchgesetzt werden, zumal diese der neuen Regierung ablehnender gegenüberstehen. Weitere Kaufkraftzuwächse sind aufgrund der angekündigten Steuersenkungen zu erwarten. Spezielle Konjunkturimpulse insbesondere für die Bauwirtschaft werden von der Beseitigung der Vermögenssteuer und des sozialistischen Mieterschutzgesetzes ausgehen.

Nicht zuletzt will die Regierung den Unternehmen *größere* Freiheiten gewähren, insbesondere durch die Aufhebung des Genehmigungszwangs für *Entlassungen* und durch den Abbau der fiskalischen Einstellungsschwellen. Dadurch und durch Zinssenkungen soll die industrielle Investitionstätigkeit belebt werden. Ob das neue Arbeitsplätze schafft, läßt sich aber schwer voraussagen.

Nach Schätzung der OECD kann Frankreich 1986 aber mit einer Verstärkung seines Wirtschaftswachstums *von zwei auf drei Prozent* rechnen. Die danach mögliche Stabilisierung der Arbeitslosigkeit will die Regierung durch ein umfassendes Beschäftigungsprogramm für jugendli*che Arbeitslose absichern, das unter* anderem verstärkte staatliche Ausbildungshilfen vorsieht. Während der fünfjährigen sozialistischen Regierungszeit hat sich die Zahl der Arbeitslosen offiziell um 650 000 auf 2,35 Millionen (zehn Prozent der aktiven Bevölkerung) erhöht.

Mit besonderer Spannung wartet *man* in internationalen Finanzkreisen auf die Beseitigung der Devisenkontrolle, die mit einer Generalamnestie für *Kapitalflüchtlinge* gekoppelt werden soll. Als erstes rechnet man mit der Aufhebung der Erwerbsbeschränkungen für ausländische Wertpapiere. Die Pariser Börse könnte dadurch sowie durch die Erweiterung der Steuergutschrift auf Dividenden und nicht zuletzt durch die Reprivatisierung der von den Sozialisten verstaatlichten Unternehmen Auftrieb erhalten. Jedoch ist noch völlig offen, wieweit sich Präsident *Mitterrand* der proklamierten Denationalisierung widersetzt.

Seite 12: An Boden verloren

INNERDEUTSCHER HANDEL

Dienstleistungs-Abkommen ist unterschriftsreif

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Der *Abschluß eines Dienstleistungsabkommens* zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" steht unmittelbar bevor. Der Text sei fertig, erklärte gestern Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in Leipzig, nachdem er zuvor mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen SED-Politbüromitglied Günther Mittag konferiert hatte.

Das neue Abkommen löst jenes aus dem Jahre 1951 ab. Eine Neufassung sei notwendig geworden, weil Tatbestände und Geschäfte wie Leasing, die es damals noch nicht gab und über die teilweise Einzelvereinbarungen getroffen wurden, inzwischen eine erhebliche Bedeutung erlangt hätten. Durch das Abkommen wird die Transparenz für die Firmen verbessert. Es wird darin auch die Möglichkeit gesehen, daß die „DDR" in diesem Bereich ihr traditionelles hohes Defizit etwas reduzieren kann.

Bangemann *äußerte sich zufrieden* über die jüngste Entwicklung des innerdeutschen Handels. Am Rande der Messe sagte er, er sehe Chancen für eine Ausweitung der „DDR"-Lieferungen, die notwendig sind, um den Umsatzrückgang im Ostbereich aufzufangen. *Er sieht diese Chancen vor* allem im Verbrauchsgüterbereich. Ein besseres Marketing der „DDR" würde sich hier sofort auszahlen. Textil-Einkäufer weisen darauf hin, daß *es nicht nur auf entsprechende Quali*täten ankommt, sondern auch auf modische Farben. Hier habe die „DDR" Schwierigkeiten, sich rasch genug umzustellen.

Nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) hat die „DDR" die Chance nicht genutzt, ihre Position auf den Konsumgütermärkten in der Bundesrepublik nachhaltig zu festigen. In Zeiten des hohen Dollarkurses hatte sie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den asiatischen Schwellenländern, die jetzt wieder stärker ins Geschäft kommen. Die Versuche der „DDR", jetzt höhere Preise *durchzusetzen*, hält der zuständige DIHT-Abteilungsleiter, Helmut Giesecke, für den falschen Weg.

Nach seinen Erfahrungen melden die Aussteller aus der Bundesrepublik einen freundlichen Auftakt der Frühjahrsmesse. Die ersten Gespräche und Kontakte ließen auf ein wiederum gutes Geschäft schließen. Dies hält Giesecke angesichts der voraussichtlich geringeren *Deviseneinnahmen* der „DDR" infolge des Ölpreisverfalls und der Dollarschwäche für bemerkenswert.

Neben den Großfirmen aus der Bundesrepublik würden gerade kleine und mittlere Lieferanten nach jahrelanger Auftragsflaute wieder besser ins Geschäft kommen. Denn die „DDR" wolle ihre auf den Export ausgerichtete Industrie modernisieren. Diese Programme würden offensichtlich ohne Abstriche weitergeführt. In den Gesprächen seien vor allem Chemie, *Textilindustrie*, *Textilveredelung*, Holzbearbeitung und Glasindustrie genannt worden.

Optimismus mit Fragezeichen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Statistiker werden es schwer haben, die Stimmung, die jetzt zu Beginn der Leipziger Frühjahrsmesse verbreitet wird, einzufangen. Der Optimismus wird sich kaum in Zahlen gießen lassen. Alles deutet *darauf hin, daß der innerdeutsche* Handel in diesem Jahr schrumpfen wird, jedenfalls nominal. Real könnte sich allerdings das erhoffte Plus von rund fünf Prozent ergeben. Die Preis-Eruptionen sind gewaltig.

Was früher mitentscheidend für das Wachstum des innerdeutschen Handels war, ist nun die Ursache für *den Rückgang, nämlich die längerfristigen* Verträge über die wechselseitigen Energielieferungen. Seit Ende der siebziger Jahre bezieht die „DDR" auf vertraglicher Basis Rohöl (und Kohle) aus der Bundesrepublik, verarbeitet es, wobei auch Öl aus der *Sowjetunion und anderen Ländern* eingesetzt wird, und verkauft die Produkte vor allem nach West-Berlin. Dieses verschaffte der „DDR" in den vergangenen Jahren erhebliche Luft im innerdeutschen *Handel*.

Und die wird nun dünner. Denn auch diese Transaktionen werden jetzt zu den erheblich gesunkenen Weltmarktpreisen abgerechnet. Mit 1,7 Milliarden Mark machten die Mineralölerzeugnisse immer noch mehr als 20 Prozent der Bezüge aus der „DDR" aus. Selbst wenn die Mengen gehalten würden, *so müßte die* „DDR" wegen des Preiseinbruchs mit rund einer halben Milliarde Mark weniger Einnahmen rechnen. Dem stehen allerdings für die Rohöl-Lieferungen aus der Bundesrepublik geringere Aufwendungen von knapp *200 Millionen Mark gegenüber*.

Im Sog des Öls dürften auch die Preise für chemische Produkte ins Rutschen kommen. Immerhin belie*fen* sich die Bezüge der „DDR" bei diesen Erzeugnissen auf 1,4 Milliarden Mark und ihre Lieferungen auf 917,5 Millionen Mark. *Bei landwirt*schaftlichen Produkten, die auf der Lieferseite der Bundesrepublik aber immer noch mit 868,2 Millionen und auf der Bezugsseite mit 677,3 Millionen Mark zu Buch stehen, ist ebenfalls ein Rückgang programmiert.

Stagnation wäre *also* bereits *ein* Erfolg. Realisten meinen, man sollte den Zuwachs des vergangenen Jahres von 1,2 auf 16,7 Milliarden Mark einfach vergessen und auf dieser reduzierten Basis mit einer neuen Rechnung beginnen.

Wenn die Preiseffekte negiert werden, dann sieht manches anders aus. Sicher, es gibt Fragezeichen. Welchen Preis berechnen die Sowjets für ihr *Öl? Immerhin hat die „DDR"* in den letzten Jahren trotz der auf 17,1 Millionen Tonnen reduzierten Lieferungen rund 50 Prozent mehr Öl aus der Sowjetunion bezogen, als sie selber verbraucht hat. Der Rest und andere zugekaufte Mengen wurden verarbeitet oder zum Teil *sogar direkt gegen* harte Devisen verkauft.

Wenn die Sowjets weiterhin auf der Vereinbarung bestehen, daß sich ihr Preis nach dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre richtet, dann zahlt die „DDR" drauf. Sie *nimmt im Export* wegen der gesunkenen Weltmarktpreise weniger Devisen ein. Ob sie ihre Käufe in anderen westlichen Industriestaaten streckt, ob sie sich stärker verschuldet oder ob sie mehr im innerdeutschen Handel ordert, wo sie keine Devisen einsetzen *muß*, ist offen. Das gilt auch für die vereinbarten zusätzlichen Lieferungen hochwertiger Produkte in die Sowjetunion, die im Westhandel fehlen würden.

Fest steht allerdings, daß die „DDR" ihre Wirtschaft modernisieren will und muß. Die Investitionen sollen nach Jahren der Zurückhaltung steigen. Dieses ist notwendig, um den Anschluß zum Weltstandard bei wichtigen Produkten nicht zu verlieren. Verbessert werden *soll* auch die Versorgung der Bevölkerung, der in den vergangenen Jahren einiges abverlangt wurde. Die Lieferchancen sind vorhanden und wenn jetzt – der neue Fünfjahresplan ist noch nicht veröffentlicht – zu Beginn einer *neuen Planperiode die Weichen* neu gestellt werden, dann läßt sich auch der Optimismus der Aussteller verstehen.

Die Einkäufer haben es schwerer, zumal *die Konkurrenz in den Schwel*lenländern durch den niedrigeren Dollar-Kurs begünstigt wird. Aber die „DDR" ist dabei, im Konsumbereich ihr Angebot aufzupolieren. Dieses dauert. Aber dies dürfte sich auszahlen. Und die Lieferungen der „DDR" *bestimmen* auf Dauer den Umfang des innerdeutschen Handels. Es besteht kein Grund zum Schwarzsehen, wenn die Zahlen einmal keinen Zuwachs hergeben.

AUF EIN WORT

»Technikfolgenabschätzung ermöglicht politische Entscheidungen, ersetzt sie jedoch nicht. Die politische Entscheidung selbst ist eine Güterabwägung innerhalb der rational aufbereiteten Strategien.«

Forschungsminister Heinz Riesenhuber. FOTO: SVEN SIMON

Schufa-Klausel ab Juli geändert

dpa/VWD, Düsseldorf

Bankkunden müssen ab 1. Juli darüber informiert werden, welche Da*ten zu welchem Zweck von* Kreditinstituten an die Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) weitergegeben worden sind. Dies sieht eine zwischen den Auf*sichtsbehörden für den Datenschutz* und dem Zentralen Kreditausschuß, einem gemeinsamen Gremium der Spitzenverbände des Kreditgewerbes, vereinbarte Änderung der Schufa-Klausel vor. Der Bankkunde muß vom Inkrafttreten der Änderung an *der* Übermittlung von Daten grundsätzlich schriftlich zustimmen. Die Schufa hat die Betroffenen zudem über den Zweck der Datenspeicherung zu informieren.

KONJUNKTUR

Konsum wird zur starken Triebfeder des Wachstums

A. G. Bonn

Das Wirtschaftswachstum in der *Bundesrepublik gewinnt* verstärkt an Breite und Dynamik. Zu dieser Feststellung gelangt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem gestern veröffentlichten neuesten Lagebericht. Das Ministerium sieht sich in dieser Einschätzung durch die Ergebnisse *einer Umfrage* des Deutschen Industrie- und Handelstages bestätigt, wonach die befragten Firmen die Aussichten für eine spannungsfreie Fortsetzung des Wirtschaftswachstums auch über *das laufende Jahr* hinaus als gut bewerten.

Hervorgehoben wird, daß sich die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung bei einem seit langem nicht mehr gekannten hohen Grad an Preisstabilität vollziehe. Stabile Preise bedeuteten Stärkung der Kaufkraft und erleichterten einen weiteren *Zinsrückgang. Beides begünstige* sowohl den privaten Verbrauch als auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen.

Sowohl der jüngste Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts als auch die aktuellen Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe lassen erkennen, daß die konsumnahen Be*reiche mehr und mehr zu einer* Haupttriebfeder der gesamtwirtschaftlichen Aktivität werden. Das stärkere Gewicht des privaten Verbrauchs im weiteren Verlauf des Jahres bestätigten auch die erneute deutliche Verbesserung des Konsumkli*mas sowie* die spürbare Belebung der Einzelhandelsumsätze am Jahresbeginn. Trotz der ungewöhnlich starken Frostperiode im Februar ist die Zahl der Arbeitslosen nur geringfügig angestiegen *und lag um rund 18 000 un*ter dem Stand vom Februar 1985.

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE

Schnellere Entscheidungen mit neuer Führungsstruktur

HEINZ HECK, Bonn

Ab 1. April hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine vierköpfige Hauptgeschäftsführung. Präsidium und Vorstand des Spitzenverbands haben die neue Führungsstruktur gestern bestätigt. Zusätzlich zum Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann (59), zugleich Mitglied des Präsidiums, und seinem Stellvertreter *Karl Peiffer (59)* werden die bisherigen Hauptabteilungsleiter Eckart John von Freyend (43) und Kurt Steves (56) in die Hauptgeschäftsführung aufrücken.

Die bisherigen Hauptabteilungsleiter Jens-Peter Petersen und Gottfried Walther übernehmen wichtige Sonderaufgaben in internationalen Wirtschaftsfragen. Der BDI will unter anderem seine Aktivitäten mit Blick auf die Europäischen Gemeinschaften verstärken.

Mit dieser neuen Führungsstruktur, die Mann nach gründlicher Vorbereitung den Spitzengremien des Verbands vorgeschlagen hat, verzichtet der BDI auf eine hierarchische Stufe und geht auf eine Dreigliederung über: *Unterhalb* der Hauptgeschäftsführung gibt es Abteilungsleiter und Referenten. Davon erhofft man sich raschere Entscheidungen und Abstimmungen in beiden Richtungen.

Mann behält weiterhin die Verantwortung für die Arbeit der gesamten Geschäftsführung gegenüber dem Präsidenten und den Beschlußgremien. Zugleich betreut er die Wirtschafts-, *Finanz-* und Steuerpolitik. Peiffer bleibt vor allem für die Rechts- und Mittelstandspolitik verantwortlich. Von John wird seine bisherigen Aufgabengebiete Infrastruktur und Forschung, Steves die Außenwirtschaft wahrnehmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Erzeugerpreise erstmals seit 19 Jahren gefallen

Wiesbaden **(AP)** – *Zum erstenmal* seit 19 Jahren sind die Erzeugerpreise in der Bundesrepublik rückläufig. Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes ermäßigte sich der Index der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte von Januar bis Februar 1986 um 0,5 Prozent. Er lag damit erstmals seit Dezember 1967 um 0,8 Prozent niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die günstige Entwicklung im Februar 1986 wurde dem Amt zufolge maßgeblich durch den Preisrückgang bei Mineralölerzeugnissen geprägt, die im Februar um 8,3 Prozent billiger als im Januar gewesen seien.

Auftrieb der Krankheitskosten

Die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung stiegen 1985 in % (je Mitglied)

Insgesamt +4,5; Zahnärzte +0,6; Krankengeld +0,8; Ärzte +3,7; Zahnersatz +3,8; Krankenhaus +5,1; Arzneimittel +5,9; Heil- und Hilfsmittel +7,1

© Globus

Als stärkste Kostentreiber im Gesundheitswesen erwiesen sich im vergangenen Jahr die Heil- und *Hilfsmittel. Die Ausgaben in der* gesetzlichen Krankenversicherung für Brillen, Einlagen, Bäder, Massagen und ähnliches mehr stiegen um 7,1 Prozent je Mitglied. Überdurchschnittlich stark wuchsen auch die Aufwendungen für Arzneimittel aus Apotheken (5,9 Prozent) und *fürs Krankenhaus* (5,1 Prozent). QUELLE: GLOBUS

404 000 Autos gebaut

Frankfurt (adh) – Mit 404 600 Einheiten lag die Automobilproduktion in der Bundesrepublik im Februar leicht über dem Stand vom Vorjahr; saisonbereingt sei damit in diesem Jahr bisher der hohe Stand der Fertigung *gehalten* worden, teilt der Verband der Automobilindustrie gestern in Frankfurt mit. Schwach ist nach wie vor die Produktion von schweren Nutzkraftwagen, während die Produktion der *leichteren Lkw (bis zu 6 t)* in diesem Jahr bisher um 5 Prozent anzog.

Konferenz unterbrochen

Genf (dpa/VWD) – Die Fachmini*ster der 13 Mitgliedsstaaten der* Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben ihre Sonderkonferenz in Genf gestern vorerst unterbrochen. Bis heute soll ein neu gebildeter Expertenausschuß, dem *alle 13* Länder angehören, eine Analyse der Marktlage erstellen. Anhand der Empfehlungen des Ausschusses soll die Konferenz über Maßnahmen beraten, die aus der derzeitigen Krise des Kartells führen sollen. Das teilte der *wiedergewählte* Opec-Präsident Arturo Hernandez gestern nach der Vormittagssitzung seiner Organisation in Genf mit.

Dollinger optimistisch

Bonn (A.G.) – Zufrieden äußerte sich gestern Bundesverkehrsminister Werner Dollinger über das Ergebnis des EG-Verkehrsministerrates. Insbesondere im Bereich der Seeschifffahrt in der Frage der Erhaltung des *Marktzuganges und der* Abwehr unlauterer Preispraktiken erschienen abschließende Entscheidungen noch in diesem Halbjahr möglich. Auch in der für den innereuropäischen Verkehr und für die Fahrzeughersteller wichtigen Frage der Antriebsachsgewichte sieht Dollinger eine Einigung näher kommen.

KOHLEPFENNIG

Koalition will noch die weitere Ölpreisentwicklung abwarten

A. G. Bonn

Auf der Tagesordnung der heutigen Koalitionsrunde steht wieder der Kohlepfennig. Daß diese Abgabe zur Stützung der Verstromung *heimischer* Steinkohle angesichts des Ölpreisverfalls heraufgesetzt werden muß, ist sicher. Wie gestern aus unterrichteten Kreisen in Bonn verlautete, ist auch unumstritten, daß dieser „Pfennig" von gegenwärtig 3,3 Prozent auf über 4,5 Prozent angehoben werden muß, womit die Zustimmung des Bundestages erforderlich wird.

Als zu hoch gegriffen gilt inzwischen eine Größenordnung von sieben Prozent, die noch vor wenigen Tagen Bundeswirt*schaftsminister* Bangemann zugeschrieben worden war. *Es wird erwartet*, daß sich die Koalitionsrunde heute noch nicht *festlegen*, sondern vielmehr die Ölpreisentwicklung im März und April abwarten möchte. Die Heraufsetzung um einen Prozentpunkt würde nach Expertenberechnungen 650 *Millionen* Mark kosten.

Inzwischen liegen die Heizölpreise, bezogen auf den Wärmeinhalt einer Tonne Steinkohle (t SKE) etwa um 100 Mark/t SKE niedriger als im dritten *Quartal* 1985 und *um etwa* 50 Mark/t SKE unter dem deutschen Steinkohlepreis. Damit werden Zuschüsse für den Einsatz von 22 Millionen Tonnen Steinkohle fällig. Die Senkung der Einsatzkosten für 22 Millionen Tonnen Steinkohle um 100 Mark je Tonne würde eine Brennstoffkostenentlastung für jede daraus erzeugte Kilowattstunde um 3,2 Pfennige bringen. Die ausgleichsabgabenbedingte Höherbelastung für den Stromverbraucher würde einem halben Pfennig/kWh entsprechen.

KOMMUNEN / Nach Planspiel leichte Kritik am Gesetzentwurf des Bauministeriums

Baugesetzbuch läßt Wünsche offen

ARNULF GOSCH, Bonn

Der von Bundesbauminister Oscar Schneider vorgelegte Entwurf eines Baugesetzbuches läßt bei den Kommunen als den unmittelbar Betroffenen noch viel zu wünschen übrig. Das förderte ein Planspiel in Essen zutage, bei dem sechs Städte die Auswirkungen des Entwurfs auf die Stadtplanung untersuchten. Nachdem Schneider in einer ersten Stellungnahme zu den Ergebnissen des Verwaltungsplanspiels die Schwer*punkte und Konzeption* seines Baugesetzbuches voll bestätigt sah und betonte, daß es den Forderungen der Praxis entspreche, dagegen Experten der SPD-Bundestagsfraktion ein vernichtendes Urteil fällten, äußerte sich gestern das Deutsche Institut für Urbanistik, das das Planspiel ausgerichtet hatte, gegenüber der WELT.

Dessen Beurteilung liegt sozusagen in der Mitte: Zahlreiche Korrekturen am bisherigen Städtebaurecht seien zwar sinnvoll und praxisgerecht formuliert, jedoch sei von den Fachleuten aus den *Planspiel-Gemeinden* skeptisch beurteilt worden, ob die im politischen Raum formulierten, zum Teil sehr weitgesteckten Erwartungen und Ansprüche vom Baugesetzbuch eingelöst werden könnten.

Das Baugesetzbuch dürfte zwar noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden, jedoch sei, wie der stellvertretende Institutsleiter Gerd Schmidt-Eichstaedt erklärte, noch sehr viel Feinarbeit erforderlich. Im übrigen hätten sich bei der Einschätzung durch die Gemeinden (Oberhaching, Westerland, Peine, Esslingen, Kassel und Essen) keinerlei Unterschiede feststellen lassen.

Im einzelnen wurden folgende Stellungnahmen abgegeben: Die Veränderungen bei den Verfahrensvorschriften für die Bauleitpläne werden weitgehend gebilligt, allerdings wird durch die Neufassung keine nennenswerte Beschleunigung erwartet. In bezug auf die Bestandskraft von Bebauungsplänen *fordern die Gemeinden* dringend eine Regelung zur Abschaffung von Formfehlern nach Ablauf eines Jahres. Die Gesetzesformulierung für eine Erleichterung der Genehmigung von Vorhaben während der Planaufstellung wird abgelehnt, weil sie in der *Praxis* eher Schwierigkeiten als Erleichterungen bringe.

Die Neufassung der Vorschriften über Stadterneuerung und Stadterhaltung wird insgesamt als praxisgerecht und praktikabel eingeschätzt, der Rückzug des Bundes aus der finanziellen Mitverantwortung für die Städtebauförderung aber negativ bewertet. Schließlich lehnen die Gemeinden jede rechtliche *Regelung*, die eine Aufweichung der Siedlungs*ränder und eine* weitergehende bauliche Nutzung des Außenbereichs ermöglicht, ab.

LATEINAMERIKA / Pro-Kopf-Einkommen gesunken

Deutsche importierten mehr

JAN BRECH, Hamburg

Die *wirtschaftlichen Probleme* der lateinamerikanischen Staaten sind nach wie vor gravierend. *Zwar* ist 1985 zum zweiten Mal in Folge das Bruttoinlandsprodukt stärker gewachsen als die Bevölkerung, eine, wie es im Geschäftsbericht der Deutsch-Südamerikanischen Bank heißt, zwingende Notwendigkeit zur Krisenbewältigung, doch liegt das Pro-Kopf-Einkommen noch immer um fast zehn Prozent unter dem des Jahres 1980.

Die *Entwicklung* war in den *einzelnen* Ländern sehr *unterschiedlich*. *Während Brasilien und Mexiko*, die zusammen fast drei Fünftel des *lateinamerikanischen Bruttosozialprodukts* erbringen, relativ hohe Wachs*tumsraten erzielten, erlitten Staaten* wie Bolivien, Argentinien und Vene*zuela schwere Einbußen. Allein* die Expansion der brasilianischen Wirt*schaft führte statistisch zu einer* Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens *in Südamerika um 1,1 Prozent; ohne* Brasilien hätte sich ein Rückgang um *fast* ein Prozent ergeben.

Hohe Inflationsraten

Das *größte Problem für die Volks*wirtschaften und für die soziale Stabi*lität bleibt nach Meinung* der Deutsch-Süd-Bank die Inflation, die trotz *verstärkter* Anstrengungen nicht unter Kontrolle gebracht wor*den ist. Hohe Defizite der öffentli*chen Haushalte und die zur Export*förderung vorgenommenen Abwer*tungen der Landeswährungen sind hierfür *in erster Linie verantwortlich*. Am unrühmlichen Ende der Skala be*finden sich Bolivien mit 8000 Prozent*, Argentinien (385 Prozent) und Brasi*lien (235 Prozent). Nur Honduras und* Panama haben mit Raten von unter vier Prozent die Geldwertentwicklung einigermaßen im Griff.

Ungelöst ist ferner die Schuldensituation *Lateinamerikas*. Die leichte Entspannung des Jahres 1984 hat sich 1985 nicht fortgesetzt, wenngleich der Schuldenanstieg sich mit vier Prozent nicht beschleunigt hat. Die gesamte Auslandsschuld der Region erreichte zum Jahresende 385 Mrd. Dollar, wobei Brasilien, Mexiko, Argentinien und Venezuela die größten Schuldnerländer sind.

Ölpreis-Verfall

Das Verschuldungsproblem könnte sich nach Meinung der Deutsch-Süd-Bank wieder merklich verschärfen. Sorge bereitet der Ölpreis-Verfall, der vor allem Mexiko und Venezuela hart trifft. Die Vorteile der Ölpreissenkungen werden nach Meinung der Bank in Lateinamerika durch Nachteile mehr als aufgewogen. So gefährdet der Preissturz auch die enormen Anstrengungen Brasiliens, aus Alkohol Treibstoff zu erzeugen. Schließlich verdüstert das Zinn-Desaster die Lage in Südamerika.

Rückschläge hat Lateinamerika 1985 auch im Außenhandel erlitten. Während die Exporte um 6,3 Prozent auf 93 Mrd. Dollar zurückgingen, nahmen die Importe um 3,8 Prozent auf 63 Mrd. Dollar zu.

Die *Lage im Deutsch-Lateinamerika-Handel hat sich aus Sicht Südamerikas dagegen verbessert*. Die Bundesrepublik hat zum vierten Mal hintereinander erheblich mehr Waren aus Südamerika bezogen als dorthin geliefert. *Mit den Passivsalden der* Jahre 1982 bis 1985 von insgesamt *fast 18 Mrd. Dollar leistet die Bundes*republik einen wesentlichen Beitrag *zur Verbesserung der Devisenlage* Lateinamerikas.

FRANKREICH / Vor allem die Industriegüter-Ausfuhren lassen zu wünschen übrig

Im Welthandel an Boden verloren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem die französische Leistungsbilanz im letzten Jahr dank verstärkter Deviseneinnahmen aus dem *Tourismus aktiv geworden ist*, brachte zu Jahresbeginn auch die Handelsbilanz erstmals seit 1978 Überschüsse. Sie sind aber hauptsächlich dem Verfall der Ölpreise zu verdanken, welcher einen erheblichen Teil der Importe schlagartig verbilligte. Der Export, insbesondere von Industrieerzeugnissen, läßt dagegen immer noch sehr zu wünschen übrig.

Trotz der weltweiten Konjunkturbelebung war die Ausfuhr der französischen Industrie im vergangenen Jahr wertmäßig nur um 4,9 Prozent gestiegen. Dem Volumen nach bedeutet das einen Rückgang. Nach einer Erhebung des Statistischen Amts Insee haben weiterhin viele Unternehmen ihre Exportpreise über die Inflationsrate (5,7 Prozent) hinaus erhöht, um sich für die Reglementierung ihrer Inlandspreise und für die schwache Binnennachfrage zu entschädigen.

Agrarerzeugnisse mit höherem Exportüberschuß

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der meisten französischen Industriezweige hat sich schon deshalb weiter verschlechtert. Das ergibt sich auch daraus, daß der Ausfuhrüberschuß im Industriegüterbereich gegenüber 1984 um zwölf auf 89 Milliarden Franc nachließ. Dagegen erhöhte sich der Aktivsaldo im Agraraußenhandel vor allem dank der guten Getreideernte um 15 Prozent auf 34 Milliarden Franc. Per Saldo verblieb bei einer Energierechnung von 181 (187) Milliarden Franc ein unverändertes Defizit von 24 Milliarden Franc.

Nach der international üblichen Fob-cif-Rechnung, also unter Hinzufügung der Transport- und Versicherungskosten bei den Einfuhren, ergab sich (ohne Rüstungsgüter) ein Defizit von wieder 91 Milliarden Franc. Gegenüber den anderen EG-Ländern insgesamt stieg es auf 61,5 (56,8) Milliarden Franc, gegenüber der Bundesrepublik auf 28,6 (27,8) Milliarden Franc. Das Defizit gegenüber Japan stieg auf 16,2 (14,9) Milliarden Franc, während im Außenhandel mit den USA zum ersten Mal seit 25 Jahren – dank der Dollar-Hausse – ein Ausfuhrüberschuß (2,1 Milliarden Franc) verbucht wurde.

Gleichwohl hat Frankreich im Welthandel weiter an Boden verloren. Bereits 1984 war es an den Exporten der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) nur noch mit 8,3 Prozent beteiligt gewesen, gegenüber 10,4 Prozent 1979. Von den Importen der OECD-Zone stellt Frankreich inzwischen weniger als sechs Prozent. Der Anteil an den EG-Importen schrumpfte innerhalb der letzten zehn Jahre von zwölf auf zehn Prozent und an den deutschen Importen von 17 auf 14 Prozent. Bei den Industrieerzeugnissen war der Rückgang noch stärker.

Nur in der Dritten Welt konnte Frankreich seine Position dank staatlich *ausgehandelter Großaufträge* (zum Beispiel Flughafenbau) und *dank der Rüstungsexporte gut* behaupten. Aber die hohe Verschul*dung vieler dieser Länder* und *ihre* geringeren Öleinnahmen lassen größere Auftragsrückgänge befürchten.

Zu dieser Strukturschwäche tritt eine unzulängliche Angebotsproduktpalette. Immer noch wird an den Exportbedürfnissen vorbeiproduziert. Die Qualitätsprobleme sind zwar geringer geworden. Dafür fehlt es aber nach wie vor an pünktlicher *Lieferung*, Service *und an einem* dynamischen Marketing.

Bekleidungsindustrie hat Marktanteile abgegeben

So mußte die französische Automobilindustrie letztes Jahr auf dem stark expandierten deutschen Markt erheblich zurückstecken, und die Bekleidungsindustrie wurde inzwischen von der italienischen in den Schatten gestellt. Vor allem mittlere Unternehmen sehen den Export immer noch *hauptsächlich* als reines Gelegenheitsgeschäft an.

Dagegen sind die in Frankreich ansässigen ausländischen Unterneh*men durchweg besonders export*stark. Das gilt vor allem für die Töch*ter der deutschen Chemie- und Phar*makonzerne. Bezeichnend ist auch, *daß der unter maßgeblicher deut*scher Beteiligung gebaute Airbus *zum größten „französischen“* Exportschlager geworden ist.

Als wesentliches *Handikap für die* weitere französische Exportentwick*lung gilt zur Zeit die unzureichende* Produktionskapazität der international wettbewerbsfähigen Industrieunternehmen. Während in der Bundesrepublik die *Investitionstätigkeit* schon längst wieder in Schwung gekommen ist, wird sie in Frankreich immer noch durch hohe Zinsen und soziale Beschränkungen gehemmt. Hier Abhilfe zu schaffen, hat sich die neue Regierung fest vorgenommen. Aber zu einer großen Exportnation kann man nicht von heute auf morgen aufsteigen.

BRITISCHER HAUSHALT / Auf Einnahmen-Suche

Spielraum ist extrem eng

WILHELM FURLER, London

Nie zuvor seit dem Amtsantritt von Margaret Thatcher als Premierministerin vor fast sieben Jahren war der Spielraum ihres Schatzkanzlers für fiskale Konzessionen so eng, wie er es diesmal bei der Haushalts-Vorlage ist. Wenn Nigel Lawson heute nachmittag seine Budget-Entscheidungen vor dem Unterhaus vortragen wird, muß er sich in erster Linie auf die Verbreitung von Konjunktur-Optimismus konzentrieren.

Der Finanz-Spielraum, der noch im Herbst 1985 allgemein mit rund 3,5 Mrd. Pfund (11,5 Mrd. DM) angegeben worden war und der ausschließlich für Steuererleichterungen ausgeschöpft werden sollte, ist inzwischen zerronnen. Schuld daran ist die Opec-Überangebotsstrategie, durch die sich die Weltmarktpreise für diese wichtige britische Einnahmequelle seit November mehr als halbiert haben.

Trotz des Einnahmeverlustes aus der Besteuerung von Nordseeöl ist die britische Regierung nicht bereit, den Verschuldungsrahmen in Höhe von rund 7,5 Mrd. Pfund wesentlich auszuweiten. Im Gespräch ist eine Erhöhung um bis zu einer Mrd. Pfund. Diese *Maßnahme* wäre nach Ansicht der meisten Konjunkturforscher zu vertreten. Denn eine staatliche Nettokreditaufnahme in Höhe von etwa *neun Mrd. Pfund im kommenden* Finanzjahr würde gerade 2,25 Prozent des *Bruttosozialprodukts* ausmachen – so wenig wie in keinem anderen westlichen Industrieland.

Doch mit einer Mrd. Pfund ließe sich nicht viel ausrichten, um der Bekämpfung der extrem hohen Arbeitslosigkeit mehr Nachdruck zu verleihen, je näher die nächsten Parlamentswahlen (Herbst 1987 oder Frühjahr 1988) rücken. Folglich spricht vieles dafür, *daß der Schatzkanzler* diesmal bei den indirekten Steuern stärker zulangen wird als bisher. Dies gilt insbesondere für die Anhebung der Benzinsteuer, zumal diese Maßnahme wegen der in letzter Zeit gefallenen Treibstoffpreise inflationsneutral sein würde.

In London wird inzwischen auch mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Schatzkanzler heute mit der Einführung einer Besteuerung finanzieller Dienstleistungen eine zusätzliche Einnahmequelle anzapfen könnte: Infrage käme eine Steuer auf Bank-Transaktionen, nachdem die Geschäftsbanken wieder einmal Rekordgewinne vorgelegt haben.

Mit diesen zusätzlichen Steuereinnahmen werden mit Sicherheit die Belastungen für die unteren Einkommenschichten über die Auswirkungen der Inflationsrate hinaus (gegenwärtig 5,5 Prozent) gesenkt – sei es durch eine Anhebung der Steuereintrittsschwellen und Freibeträge, sei es durch eine niedrigere Steuerrate für die niedrigen Einkommen. Darüber hinaus wird der Arbeitsminister im Zusammenhang mit der Budget-Vorlage ein neues Maßnahmen-Paket zur Unterstützung der Langzeit-Arbeitslosen bekanntgeben.

So gut wie fest steht bereits eine zum Budget-Tag aufgesparte Zinssenkung. Allgemein wird eine Reduzierung der extrem hohen Basis-Ausleihezinsen von 12,5 Prozent um mindestens einen halben Punkt erwartet. Nachdem der Ölpreisverfall und die *damit einhergehende Pfund-Abwer*tung die Wettbewerbs- und Exportlage *der britischen Wirtschaft erheblich* verbessert haben, rechnet das Schatzamt für 1986 mit einem anhaltenden Wirtschaftswachstum von drei Prozent bei einer Inflations-Abschwächung auf etwa den gleichen Satz.

INTERGLAS / Position bei Glasgeweben verbessern

Ausbau des Berliner Werks

nl. Stuttgart

Mit einer weiteren Ausbaustufe in ihrem Berliner Werk will die Interglas-Textil-Firmengruppe, Ulm, nach dem im November 1985 erfolgten Start dieser neuen Produktionsstätte ihre Position als Zulieferant von Basismaterial (Glasgewebe) für die Herstellung von Leiterplatten, einem Grundprodukt der Elektronikindustrie, verstärken. Investiert wurden dort bislang 50 Mill. DM, weitere 25 Mill. DM wird die Mitte nächsten Jahres in Betrieb gehende Ausbaustufe erfordern. Das Berliner Werk soll dann von derzeit 110 Beschäftigten auf 250 Beschäftigte aufgestockt werden.

Hinter der Berliner Interglas-Textil-GmbH & Co. steht über eine Verwaltungsgesellschaft als Komplementär die Interglas-Textil GmbH, Ulm, deren Stammkapital von 13 Mill. DM je zur Hälfte bei der Steiger & Deschler GmbH, Ulm, und bei der Basler Handelsbank liegt. Schwestergesellschaft ist die Interglas S. A. R. L., St. Amarin/Frankreich. Die Ulmer Interglas hat vor allem mit Glasgeweben, Sportartikeln und Produktionen für den Bausektor im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) den Umsatz um 21,4 Prozent auf 235 Mill. DM gesteigert. Für das laufende Jahr geht man freilich von einem zehnprozentigen Umsatzrückgang aus, da es in der Elektronikindustrie gewisse Lagerbereinigungen gegeben habe.

Die an Interglas hälftig beteiligte Steiger & Deschler GmbH, die im Besitz der beiden Gründerfamilien ist, zählt zu den namhaften Herstellern (Marke „Ulmia") von hochmodischen Stoffen für Damenoberbekleidung und Futterstoffen. Ihr Umsatz nahm im Geschäftsjahr 1985 um 14,7 Prozent auf 209 Mill. DM zu. Für das laufende Jahr wird ein zehnprozentiger Umsatzzuwachs erwartet. Stark ausgebaut wurden die Kapazitäten bei der Bleicherei Weissenau Textilveredelungs-GmbH & Co., Ravensburg, die gleichfalls zur Gruppe gehört. Der Umsatz der gesamten Gruppe Steiger & Deschler/Interglas beläuft sich, würde man konsolidieren, auf rund 400 Mill. DM. Die Exportquote beträgt 30 Prozent. Beschäftigt werden über 2000 Mitarbeiter.

BREMER LANDESBANK / Vorstand kündigt die Ausgabe von Genußscheinen an

Schiffbau-Kredite „mit hohem Risiko"

W. WESSENDORF, Bremen

Das größte Kreditinstitut des nordwestdeutschen Küstenraumes, die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg, rechnet auch 1986 mit Wachstum, „das die steigenden Kosten ausgleichen könnte". Schon 1985 weitete sie ihr Geschäftsvolumen um 9 Prozent auf rund 27 Mrd. DM aus. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 9,9 Prozent auf 25,3 Mrd. DM. Nach Angaben des Vorstands trugen neben dem Geldhandel die langfristige Finanzierung der Sparkassen des Geschäftsgebietes und Kommunalkreditgeschäft zum Wachstum bei.

Der Zinsüberschuß habe sich um 7 Prozent auf 218 Mill. DM erhöht. Die Zuwachsrate sei unter der des Geschäftsvolumens geblieben, weil sich vor allem die margenengen Kommunalkredite ausgeweitet hätten. Die Zinsspanne sei von 0,95 auf 0,94 Prozent zurückgegangen. Das Provisionsergebnis habe durch das Wertpapier- und Devisengeschäft um 9,8 Prozent auf 17 Mill. DM gesteigert werden können. Einschließlich des Handelsergebnisses von knapp 29 Mill. DM verbesserte sich das ordentliche Ergebnis um fünf Prozent auf 137 Mill. DM. Das außerordentliche Ergebnis wurde wieder durch die hohe Risikovorsorge im Schiffskreditgeschäft und für Wohnungsbaufinanzierungen geprägt.

So verblieb ein Jahresüberschuß (mit Bausparkasse) von 24,35 (23,1) Mill. DM. Davon werden 12 Mill. den Rücklagen zugeführt und 12,35 Mill. DM – das entspricht wie in den Vorjahren einer Dividende von fünf Prozent – an die Gewährsträger ausgeschüttet. Die haftenden Mittel belaufen sich auf 574,5 Mill. DM. Vorstand Manfred Schröder kündigte in „allernächster Zeit" die Ausgabe von Genußscheinen an. Vorgesehen ist ein Volumen von 100 Mill. DM.

Mit Sorge betrachtet der Vorstand die Zukunft im Schiffbau. Die Belebung der Schiffbautätigkeit führte zu höheren Neuausleihungen; sie beliefen sich auf 390 (327) Mill. DM. Der Gesamtbetrag der an Schiffbau und -fahrt aufgelegten Kredite betrug am Jahresende 1,5 Mrd. DM. Schröder: „Da stecken große Risiken drin."

Die jüngsten Verkäufe der Anteile an der Geestemünder Bank in Bremerhaven und der Neelmeyer AG in Bremen an die Hamburger Vereins- und Westbank seien lediglich aus strukturpolitischen Gründen erfolgt, versicherte der Vorstand. Mit der Norddeutschen Finanzierungs AG (NordFinanz) in Bremen, an der die Bremer Landesbank und die Sparkasse mit je 50 Prozent beteiligt sind, sei aktuell nichts vorgesehen. Man würde allerdings verkaufen, falls sich ein Partner oder Übernehmer für das Teilzahlungsinstitut fände, der diesem eine neue Zukunft eröffne.

Der Aufsichtsrat der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg hat seinerseits weitreichende personalpolitische Entscheidungen getroffen. Ab 1. Januar 1987 übernimmt Peter Haßkamp den Vorstandsvorsitz, Axel Weber wird sein Stellvertreter. Bereits am 1. Oktober kommt Fritz Lütke-Uhlenbrock in den Vorstand. Gebhard Dirksen scheidet nach dreijähriger Amtsperiode zum 31. Dezember 1986 aus und wird dann ausschließlich als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Landesbank in Hannover amtieren.

KOLB & SCHÜLE / Weniger Dynamik im Textilgeschäft

Die Dividende wird gekürzt

nl. Stuttgart

Auf steigenden Verbrauch im laufenden Jahr setzt die Kolb & Schüle AG, Kirchheim/Teck, namhafter Hersteller von Geweben für Bettwaren sowie von Haus- und Tischwäsche. Nur wenn es in der Konsumgüterkonjunktur einen Ruck gebe, dann hoffe das Unternehmen, die Stagnation in einem Teilbereich des Programms überwinden zu können. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) war der Konzernumsatz von Kolb & Schüle um 2,2 Prozent auf 118,2 Mill. DM angewachsen. Dabei vergrößerte sich der Umsatz des Stammhauses (ohne den der Tochtergesellschaft Carl Faber u. M. Becker GmbH, Kirchheim/Teck) um 2,7 Prozent auf 100,1 Mill. DM.

Nur dem Produktmix sei es zuzuschreiben gewesen, daß noch eine Umsatzsteigerung bewerkstelligt werden konnte. Während man nämlich in den Bereichen der Haus- und Tischwäsche wie auch bei Geweben für Berufskleidung, Mode und Sport die erwarteten Umsatzzahlen überschritten habe, sei der Umsatz in der Sparte der Gewebe für Bettwaren „nur mit allen Anstrengungen" gehalten worden. Hier habe sich die allgemein schwache Verbrauchernachfrage bemerkbar gemacht. Zwar erhöhte sich die Exportquote auf 29,2 (28,6) Prozent, doch ließ auch hier die Dynamik des Geschäfts nach.

Auf der Kostenseite mußte Kolb & Schüle erhebliche Verteuerungen der Einstandspreise für Baumwolle und Baumwollgarne aufgrund der Kursschwankungen des Dollar verkraften. Auch fielen nicht vermeidbare Ausgaben für bauliche Sanierungsmaßnahmen an. Dennoch schaffte man es, mit einem Jahresüberschuß von 0,64 (1983/84: 0,66) Mill. DM fast das Vorjahresresultat zu erreichen. Auf das Aktienkapital von 8 Mill. DM, an dem die Hofkammer des Hauses Württemberg mit mehr als 25 Prozent beteiligt ist, wird eine von zehn auf acht Prozent gekürzte Dividende ausgeschüttet. Investiert wurden im Berichtsjahr 4,5 (3,4) Mill. DM und abgeschrieben 3,6 (3,1) Mill. DM. Eigene Mittel von 21,5 Mill. DM, die ein gutes Drittel der Bilanzsumme ausmachen, überdekken das Anlagevermögen von 17,7 Mill. DM.

TETRA PAK / Führend bei Getränkeverpackungen

Molkereien bester Kunde

adh. Frankfurt

Mit nochmals 20 Mill. DM Investitionen in diesem Jahr nach 33 Mill. DM im Jahr zuvor will die deutsche Tetra Pak-Gruppe, Hochheim, mit Werken in Limburg und Berlin, ihre Rolle als Anbieter führender Technologie in Sachen Verpackung flüssiger Nahrungsmittel weiter festigen. Damit sei dann, so Gunther A. Luedekke, Vorsitzender der Geschäftsführung, bei der Vorlage des 1985er Ergebnisses das Programm zur Modernisierung und Rationalisierung der Anlagen vorerst „rund". Die forcierte Automatisierung hat übrigens bei Tetra Pak keine Arbeitsplätze gekostet. Am Jahresende beschäftigte das Unternehmen 830 (i.V. 800) Mitarbeiter.

Möglich war das, weil Tetra vom leichten Wachstum der Märkte für Milch und alkoholfreie Getränke profitierte und gegen harten Wettbewerb, wie Luedecke betont, auch neue Kunden dazu gewonnen habe. Dazu gehört auch die Verpackung von Apfelmus und Kondensmilch. Bereits ein Drittel des deutschen Apfelmus-Verbrauchs (34 Mill. kg) wurde im vergangenen Jahr im Karton verkauft.

Die Entwicklung sorgte bei Tetra Pak für einen um 10 Prozent auf 503 (457) Mill. DM gestiegenen Umsatz. Dazu kommen 50 (28) Mill. DM Exportumsatz mit europäischen Schwestergesellschaften, denen man bei Engpässen je nach Kapazitätsmöglichkeiten mit Lieferungen unter die Arme greift. Schwerpunkt des Geschäfts ist unverändert die Lieferung von Kartonverpackungen (Anteil 90 Prozent), Maschinen, Ersatzteile und Serviceleistungen erbringen die restlichen 10 Prozent. Insgesamt arbeiteten im vergangenen Jahr gut 400 Tetra Pak-Verpackungsstraßen in der Bundesrepublik, davon zwei Drittel in Molkereien. Insgesamt gingen rund 70 Prozent der auf gut vier Milliarden Verpackungen (plus 8,6 Prozent) gestiegenen Produktion an die Molkereiindustrie.

Das „stolze" Ergebnis befriedigt Luedecke freilich nur teilweise. Denn auch im vergangenen Jahr sei es nicht gelungen, Kostenerhöhungen auf der Rohstoffseite im Preis weiterzugeben. Der unbefriedigende Ertragstrend müsse gebrochen werden, betonte Luedecke, um die starke Position der Gruppe in Forschung und Entwicklung halten zu können. Zu Jahresbeginn hat Tetra Pak Preiserhöhungen bis zu 5 Prozent angekündigt.

Bei seinen Forschungsarbeiten profitiert das Unternehmen von der Einbindung in den weltweiten Unternehmensverbund, der im vergangenen Jahr 4,6 (4,3) Mrd. DM umsetzte.

Bonus soll feste Dividende werden

dos, Hannover

Als „außerordentlich erfolgreich" bezeichnet die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank AG das Geschäftsjahr 1985. Nach Angaben des Vorstands erhöhte sich der Rohertrag erneut auf 84,8 (78,9) Mill. DM. Das Betriebsergebnis erreichte 60,7 (55,5) Mill. DM. Auch der Jahresüberschuß liegt trotz der Stärkung der inneren Reserven mit 26,5 (16,7) Mill. DM deutlich über Vorjahresergebnis.

Aufgrund der guten Ertragslage sei vorgesehen, den im Vorjahr gewährten Bonus von zwei Prozent in eine feste Dividende umzuwandeln, so daß auf das Grundkapital von 30 Mill. DM eine Dividende von 22 Prozent ausgeschüttet wird. Außerdem sollen den offenen Rücklagen „zur Erweiterung künftiger Aktivitäten" 20 (10) Mill. DM zugewiesen werden.

Die Bilanzsumme erhöhte sich als Folge des starken Neugeschäfts auf 10,52 (9,36) Mrd. DM. Am Neugeschäft von 1,92 (1,87) Mrd. DM waren Kommunalkredite mit 1,2 (1,1) Mrd. DM beteiligt. Im Hypothekenbereich lagen Finanzierungen für Wohnbauten mit 458 (421) Mill. DM deutlich über den gewerblichen Beleihungen (250 nach 352 Mill. DM). Wegen des nunmehr erreichten niedrigen Zinsniveaus rechnet der Vorstand in der nächsten Zeit mit einem deutlichen Anstieg auch im Hypothekenbereich.

KAMPA-HAUS / Drei Werke mit 630 Mitarbeitern

Mehr Fertighäuser verkauft

dos, Minden

Die zu den führenden Fertighaus-Herstellern gehörende Kampa-Haus AG, Minden, hat 1985 im Gegensatz zur gesamten Branche den Auftragseingang um zwölf Prozent auf 143 Mill. DM steigern können. Nach Angaben des Unternehmens wurden Bestellungen für 951 (1984: 913) Häuser hereingenommen. Diese Entwicklung setze sich in den ersten Monaten des Jahres 1986 fort. Der Auftragseingang lag im Januar und Februar um 28 Prozent über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit.

Der Gruppenumsatz allerdings verringerte sich im Berichtsjahr um elf Prozent auf 164 (185) Mill. DM. Darin enthalten sind 43 (38) Mill. DM Innenumsätze. Umsatzwirksam wurde der Verkauf von 728 (892) Fertighäusern. Der Vorjahresvergleich sei allerdings nur bedingt gestattet, weil 1984 die staatlichen Förderungsmaßnahmen für den Wohnungsbau einen kurzfristigen Boom ausgelöst hatten. Konkrete Zahlen zum Ergebnis liegen nach Angaben eines Sprechers noch nicht vor. Kampa habe allerdings „wiederum ein gutes Ergebnis" erzielt, wenngleich der Umsatzrückgang nicht ohne Auswirkungen blieb. Ende 1985 habe der Auftragsbestand mit 135 Mill. DM um 23 Prozent über dem Vorjahreswert gelegen.

Die Kampa-Haus AG ist 1985 durch die Umwandlung der Kampa-Haus GmbH & Co. KG entstanden. Das Grundkapital von 20 Mill. DM wird von Wilfried und Eugen Kampa gehalten. Zur Gruppe gehören drei Werke in Minden, Kinding (Bayern) und Waldmohr (Rheinland-Pfalz) mit zusammen 630 Mitarbeitern.

ABD / Keine neuen US-Engagements in deutschen Aktien

Anleger blicken nach Japan

cd. Frankfurt

Pensionsfonds amerikanischer Unternehmen, die ihre Anlagen außerhalb der USA im letzten Jahr um 11 Milliarden Dollar auf etwa 27 Milliarden aufgestockt haben und die damit die bedeutendste amerikanische Investorengruppe an den internationalen Wertpapiermärkten sind, setzen jetzt nach längerer Enthaltsamkeit verstärkt auf japanische Aktien. Diese Beobachtung macht die ABD Securities Corporation, New York, eine gemeinsame Investmenttochter der Dresdner Bank (75 Prozent) und der Hypobank.

Die Experten der ABD und ihrer Tochter ABD International Management Corporation, die Ende letzten Jahres 1046 (388) Mill. Dollar von 16 (8) nordamerikanischen Kunden, vornehmlich Pensionsfonds, verwalteten, deren Mittel vor allem in Japan, England und Deutschland angelegt sind, rechnen in diesem Jahr nicht mehr mit neuen Engagements in deutschen Aktien, nachdem diese Positionen wegen der starken Kurssteigerungen ein überproportionales Gewicht erlangt haben; sie erwarten aber auch keine Abgaben. Kaufpotential für den deutschen Markt sieht die ABDI bei staatlichen US-Pensionsfonds.

Die beiden ABD-Gesellschaften berichten über ein erfolgreiches Geschäftsjahr 1985, in dem die ABD, die 1,8 Mrd. Dollar Vermögen verwaltet, davon fast 1 Millarde Neuzugänge, ein Betriebsergebnis von 7,6 Mill. Dollar erzielt hat. Damit sei es ebenso wie der Gewinn nach Steuern (2,9 Mill. Dollar) nahe an die 1983er Rekordergebnisse herankommen.

NAMEN

Günther Beckmann, seit 1968 Hauptschriftleiter der Fachzeitschrift „FLF" Finanzierung, Leasing, Factoring wird am 19. März 65 Jahre und beendet danach seine Zusammenarbeit mit FLF. Er wird jedoch weiter an dem vom Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels herausgegebenen „BTE-Marketing-Berater" mitarbeiten.

Dr. **Hans Singer** (57), Vorstandsvorsitzender der zum Gutehoffnungshütte-Konzern gehörenden Ferrostaal AG, Essen, ist neuer Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Essen. Er ist Nachfolger von Dr. **Curt Edeling**, der zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde.

Wolfgang Dinkelacker, bisher Vorstandsmitglied der Dinkelacker Brauerei AG, Stuttgart, wurde zum Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens ernannt.

Klaus A. Pinckernelle (42), früher Prokurist der Vereinigten Seidenwebereien AG, Krefeld, wurde zum Vorstandsmitglied der Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen, bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Fernsehmeister Baumgartner GmbH, Thedinghausen; **Bergheim:** Klinker-Handelsges. Hans Junkirchen KG, Elsdorf; **Berlin Charlottenburg:** ZBB im bbz Zentrale Bestell-Bearbeitung im Berliner Buchhandels-Zentrum GmbH; **Brilon:** Brigitte Wolgast geb. Niederhausen, Winterberg; Gunter Wolgast, Winterberg; **Bückeburg:** Internationales Freundschaftsheim; **Coesfeld:** Wilhelm Dieckmann, Mühle, Sägewerk, Holzhandlung KG, Gronau; Nachl. d. Regina Henriette Messing geb. Dieckmann, Gronau-Epe; **Dortmund:** Dieter Knysok, Malermeister; Manfred Born KG; **Düren:** Trafalgar Watch GmbH; **Frankfurt:** Karl Wolf, Inh. e. Metzgerei; Nachl. d. Erna Margarete Stahl geb. Hofmann; Nachl. d. Elfried I. Scheidweiler geb. Thabor; Nachl. d. Manfred Wotzka; **Gummersbach:** Detlef Seiferth, Radevormwald; **Leer:** Erika Behrends geb. Bennmann, Moormerland-Warsingsfehn; **Marburg:** Baugeschäft Sames GmbH; **Neuwied:** Johann Schneider; **Nürnberg:** Nachl. d. Wilhelm Jürgen Halbig; **Winsen/Luhe:** Karl-Heinz Glahn, Tankfahrzeugbau, Behälter u. Apparatebau GmbH & Co. KG; **Wolfratshausen:** Anna Drescher, Hockenheim.

Vergleich eröffnet: Düren: Reaktorwartungsdienst u. Apparatebau GmbH, Jülich.

Vergleich beantragt: Hof: Manfred Zollfrank, Selb-Erkersreuth; **Kassel:** Manfred Persch, Installateuer, Helsa.

Auch im Norden wurde mehr gespart

geo. Kiel

Trotz eines fast stagnierenden Bruttoinlandsproduktes im vergangenen Jahr konnte der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein sein Geschäftsvolumen 1985 gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent auf 55,5 Mrd. DM steigern. Wie der Präsident des Verbandes, Jürgen Miethke, in Kiel mitteilte, stieg das Spareinlagengeschäft (9,7 Mrd. DM) mit 4,7 Prozent deutlich an. Vor allem Privatpersonen, auf die 95 Prozent der Spareinlagen entfallen, hätten im vergangenen Jahr mehr Geld zur Seite gelegt.

Mit einem Zuwachs im Kreditgeschäft um 4,1 Prozent auf 18,2 Mrd. DM konnte das Plus des Vorjahres von 7,4 Prozent wegen sinkender Nachfrage bei Unternehmen und Selbständigen nicht wiederholt werden. Nach Branchen aufgeschlüsselt, verzeichneten nur der Handel, der Dienstleistungsbereich und die Landwirtschaft einen über dem Durchschnitt liegenden Kreditbedarf. Die Kreditnachfrage ist nach Miethkes Angaben allerdings als Konjunkturspiegel verzerrt, weil es zahlreiche gut verdienende Unternehmen gebe, die über eine ungewöhnlich hohe Selbstfinanzierungsquote verfügten.

DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK / Rahmendaten sorgen für lebhaftes Neugeschäft

„Bau- und Kaufpläne jetzt realisieren"

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Drang zum Eigenheim ist ungebrochen, konstatiert die Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen; die allgemeine Verbesserung der konjunkturellen Rahmendaten dürfte auch in diesem Jahr für ein lebhaftes Hypotheken-Neugeschäft sorgen, das allerdings zunehmend der Finanzierung von bereits stehenden Häusern sowie von Um- und Ausbauten dient. Angesichts der jährlich rund 7000 Darlehenszusagen gebe die auf 459 (i.V. 302) Verfahren am Jahresende gestiegene Zahl der Zwangsmaßnahmen keinen Anlaß zu einer besonderen Sorge, erinnerte Vorstandssprecher Paul-Ernst Penndorf.

Auch die Deutsche Hypo registriert, daß allein rund ein Drittel jener Fälle, in denen die Eigentümer das Haus nicht mehr halten können, auf das Konto einer gescheiterten Ehe geht. Erst danach folge als Grund die Arbeitslosigkeit. Die weitaus meisten Problemfälle entstehen jedoch, weil die Bauherren sich bei der Finanzierung übernehmen. Im übrigen bewerten die Hypothekenbanker „die Zeit günstig zur Realisierung von Bau- oder Kaufplänen", da die Finanzierung zur Zeit so preiswert wie schon lange nicht mehr darzustellen ist. Dabei empfehlen sie eine möglichst langfristige Zinsbindung.

Bei der Deutschen Hypo, die im vergangenen Jahr ihr Hypothekenneugeschäft fast verdoppelt hat (zu drei Vierteln mit Eigentumsmaßnahmen) überwogen 1985 die fünf- bis zehnjährigen Bindungsfristen (Anteil 55 Prozent). Neben den hohen Hypotheken-Neuzusagen standen bei dem Institut gut 1,2 Mrd. DM Hypotheken zur Konditionenanpassung an, von denen 82 Prozent im Hause gehalten wurden; eine ähnliche Quote wird für die in diesem notwendigen 900 Mill. DM Prolongationen erwartet.

Den Markterfolg führt das Institut vor allem auf die Präsenz vor Ort (an 11 Plätzen) zurück, daneben brachte die Konzernmutter Dresdner Bank rund 60 Prozent des Hypothekengeschäfts.

Das Institut, das im nächsten Jahr 125 Jahre alt wird, zeigt als Ergebnis des bisher höchsten Bilanzsummenwachstums für das vergangene Jahr 34,1 (32,9) Mill. DM Jahresüberschuß. Die Reserven werden mit 23,1 (21,9) Mill. DM dotiert, an die Aktionäre wiederum 10 DM plus 2,50 DM Bonus je 50 DM-Aktie ausgeschüttet.

Deutsche Hypo	1985	±%
Hypothekenzusagen (Mill. DM)	2042	+ 95,8
Kommunalkreditzusagen	1664	+ 1,6
Auszahlungen	3358	+ 28,6
Tilungsrückfluß	1360	− 13
langfristige Ausleihungen	17 981	+ 11,8
Bilanzsumme	19 523	+ 13,3
Zinsüberschuß (inkl. Einmalertrag)	144	+ 2,1

WESTFALENBANK / *Nach sechs Jahren wieder Dividende für den Mehrheitsaktionär*

Besseres Geschäft mit dem Mittelstand

HARALD POSNY, **Bochum**

Erstmals nach sechs Jahren wird die Westfalenbank AG, Bochum, die Geduld der Mutter Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG belohnen: Der Mehrheitsaktionär (99,6 Prozent von 75 Mill. DM Grundkapital) erhält 5 DM je 50-DM-Aktie. Im Vorjahr wurden nur die 50 freien Aktionäre mit zwei DM bedacht. In die seit 1978 nicht mehr dotierten Rücklagen fließen eine Mill. DM. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Hans H. Friedl ist dies zwar immer noch unzureichend, aber mehr sei in der Vergangenheit auch nicht nötig gewesen, weil die Bank nur sehr moderat gewachsen sei.

Für die Bayernhypo, die zuletzt 1979 sieben DM Ausschüttung gesehen hatte, „geht unser Ehrgeiz über die 85er-Dividende hinaus", meint Friedl. Nach dem Dividenden-Signal des Vorjahres stehen die Zeichen in diesem Jahr für die Rückkehr zum alten Ausschüttungssatz nicht schlecht. In den ersten beiden Monaten mit sehr lebhaftem Effektengeschäft liege das Betriebsergebnis (ohne Eigenhandel) acht Prozent über dem anteiligen Wert von 1985.

Der eigentliche Fortschritt des Instituts, in den letzten Jahren mehrfach durch Fehldispositionen gebeutelt, liegt im deutlich verbesserten Dienstleistungsgeschäft, in der Fortentwicklung zur „Beraterbank", für die erst die personellen Grundlagen geschaffen werden mußten.

Neben dem traditionellen Geschäft mit Großfirmen und institutionellen Anlegern wurde gleichrangig der Ausbau des Geschäfts mit konzernfreien mittelständischen Firmen und mit anspruchsvollen Privatkunden vorangetrieben. Eine Relation verdeutlicht dies: Während 1979 noch 75 Prozent des Kreditvolumens im Bereich über 10 Mill. DM je Einzelengagement waren, sind es 1985 nur noch 61 Prozent gewesen.

Im Geleitzug der Konzernmutter wurde die Risikovorsorge gut gepolstert, mehr als vielleicht nötig erscheint. Daß erstmals im Konzern für 40 Mill. DM Auslandsforderungen verkauft und die Wertberichtigungen dazu aufgelöst wurden, bedeutet nicht, daß das Institut über notleidende Kredite en masse verfügt. Vom Kreditvolumen des Konzerns (4,1 Mrd. DM) betreffen 500 Mill. DM das Auslandsgeschäft, davon liegen 200 Mill. DM in Risikoländern. Im Inland trägt die Bank am Stahl und an der Neuen Heimat, doch nicht da, wo Forderungsverzichte in der Diskussion sind.

Die Kreditnachfrage lief 1985 mäßig, vor allem bei Großkonzernen. Die Zinsentwicklung förderte längerfristige Kreditwünsche, kurzfristige Finanzierungen waren überwiegend nur bei exportorientierten Unternehmen gefragt. An die Bayernhypo wurden nur in zwei oder drei Fällen insgesamt 20 bis 30 Mill. DM abgegeben, wo man mit der eigenen Großkreditgrenze ins Gehege kam. (HV: 25. 4.)

Westfalenbank	1985	±%
Gelder v. Banken (Mill. DM)	2063	+ 3,3
Gelder v. Kunden	1932	+ 0,3
Forder. an Banken	1798	+ 1,1
Forder. an Kunden	2165	+ 5,0
Kreditvolumen	3409	+ 0,9
Bilanzsumme	4864	+ 3,0
Geschäftsvolumen	5612	+ 1,7
Zinsüberschuß	64,5	+ 2,5
in % d. Bil.-Summe	1,33	(1,33)
Provisionsüberschuß	29,0	+44,0
Betriebsergebnis	39,6	+23,8
Jahresüberschuß	8,5	(0,01)
dav. Ausschüttung	7,5	(0,01)
Eigenkapital	224	+ 0,4
in % d. Bil.-Summe	4,6	(4,7)
in % d. Verbindlk.	4,9	(5,0)
Liquide Mittel	1110	- 0,3
in % d. Verbindlk.	24,4	(25,1)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

BV erhöht Dividende

München (sz.) – Gut bedient werden die Aktionäre der Bayerischen Vereinsbank AG (BV), München, für das Geschäftsjahr 1985. Die Verwaltung wird der HV am 30. April vorschlagen, eine Dividende von 12,50 (11) DM je 50-DM-Stammaktie sowie 14 (12,50) DM je Vorzugsaktie aus dem Jahresüberschuß von 161,6 (120,9) Mill. DM auszuschütten. Den Rücklagen werden 30 (20) Mill. DM zugeführt. Die Bilanzsumme des Instituts erhöhte sich im vergangenen Jahr um 6,7 Prozent auf 77,3 Mrd. DM; im Konzern stieg sie um 6,6 Prozent auf 132,4 Mrd. DM.

Schadenquote gestiegen

Düsseldorf (Py.) – Die Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, berichtet in einer ersten Übersicht von einem „insgesamt erfreulich verlaufenen Geschäftsjahr 1985". Das Beitragsaufkommen erhöhte sich um 8,6 Prozent auf 352 Mill. DM, von denen gut zwei Drittel auf die Warenkreditversicherung entfielen. Die seit Jahren anhaltende Insolvenzflut (1985: knapp 19 000 Fälle, darunter fast 14 000 Unternehmenszusammenbrüche) hat sich auch in der von 55 auf 63 Prozent der Beiträge gestiegenen Schadenquote niedergeschlagen.

DSL-Bank sehr aktiv

Frankfurt (cd.) – Die DSL-Bank berichtet über eine Steigerung der Bilanzsumme um 7,8 Prozent auf 34,8 Mrd. DM, die ausschließlich auf der Zunahme des im Wettbewerbe betriebenen Eigengeschäfts um 10,9 Prozent auf 28,1 Mrd. DM beruht. Die Kreditzusagen erhöhten sich um 29 Prozent auf ein Rekordergebnis hat sich fast gehalten.

Höherer Sprudelabsatz

Gerolstein (VWD) – Die Gerolsteiner Sprudel GmbH + Co. hat im Geschäftsjahr 1985 den Umsatz um mehr als 11 Prozent auf knapp 157 Mill. DM erhöht. Das Unternehmen füllte 1985 rund 2,7 Mill. hl alkoholfreie Erfrischungsgetränke ab. Der Absatz an Mineral- und Heilwassern erhöhte sich um 10,6 Prozent.

Marktanteils-Gewinn

Horstmar (DW.) – 1985 erzielte die Schulte + Dieckhoff GmbH, Horstmar, einen Gesamtumsatz von rund 215 Mill. DM. Damit übertraf der Marktführer für Strumpfwaren im Lebensmitteleinzelhandel den Vorjahresumsatz um 5 Prozent. 1985 stand, wie das Vorjahr, im Zeichen der Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmens- und Absatzstruktur. Das Geschäft wurde auf den Lebensmitteleinzelhandel konzentriert. Die Produktpalette wurde bereinigt und die Vertriebsaktivitäten auf die Marken „Nur die" und „Opal" ausgerichtet.

Bakola ordnet die Beteiligungen neu

cd. **Frankfurt**

Die Badische Kommunale Landesbank (Bakola), die ihre Eigenmittel durch Ausgabe von den Sparkassen anzubietendem Genußrechtskapital erhöhen will, hat, wie sie berichtet, 1985 die Vorhaben und Ziele ihrer mittelfristigen Geschäftspolitik in weiteren Etappen verwirklicht. Dazu gehörte neben einer Neuordnung im inländischen Beteiligungsbereich der Ausbau der Präsenz in London, Luxemburg und Zürich.

Die konzernweiten Marktaktivitäten, so heißt es weiter in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1985, finden ihren Ausdruck in einer um 6 Prozent auf 25,8 Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme, deren Wachstum vor allem von dem um 3,9 Prozent auf 18,6 Mrd. DM ausgeweiteten Kreditgeschäft getragen wurde. Bei den Firmenkrediten gab es trotz guter Liquiditätslage größerer Unternehmen und trotz hoher Tilgungen sogar eine Bestandserhöhung um 7,7 Prozent auf 1,9 Mrd. DM. Im Auslandsgeschäft konzentrierte man sich auf Exportfinanzierungen. Im internationalen A-forfait-Geschäft wurde die führende Position gefestigt. Die Bakola-Gruppe hat rund 3 Mrd. Mark Auslandskredite in den Büchern. Zur Refinanzierung hat die Bank 1985 erstmals auch Floater und Zeros emittiert. Bei der Verwendung des Ergebnisses soll der inneren Stärkung Priorität beigemessen werden.

WELT-Korrespondenten berichten von der CeBIT

USA – Olympia – Casio – Frankotyp



Prozeßplanung für Experten
FOTO: MANFRED WIENHÖFER/NOVUM

Sichtbare Innovationskraft

Die ohnehin hochgesteckten Erwartungen, mit denen die zum AEG-Konzern gehörende Olympia AG ihre CeBIT-Beteiligung verbunden hatte, sind noch übertroffen worden. Zahlreiche Geschäftsabschlüsse unter anderem mit Bundesbehörden und Händlern und die Anbahnung interessanter neuer Kontakte prägten das Messegeschehen in den ersten Tagen, sagte der Vorstandsvorsitzende des Wilhelmshavener Unternehmens, Karlernst Kalkbrenner.

Nach den Worten Kalkbrenners wird die Innovationskraft der „neuen Olympia" nicht nur an der Weiterentwicklung vorhandener Produkte der Büro- und Informationstechnik deutlich, sondern auch in der Vorstellung neuer Maschinen und Systeme. Dazu gehöre das Bildschirmschreibsystem Olytext 20, der Mikrocomputer Olystar 60 (IBM-kompatibel) und ein neues Text- und Dateneingabesystem.

Zur Geschäftsentwicklung im Jahre 1985 wollte sich Kalkbrenner im Detail noch nicht äußern. Ohne Frage aber sei 1985 für Olympia nicht nur wegen der Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse (Rückkehr in den AEG-Verbund, Einstieg von Daimler-Benz) ein Jahr des Umbruchs. Im Rahmen einer neuen Strategie, die die innere Stärkung von Olympia zum Ziele hat, seien erhebliche Veränderungen wirksam geworden. Dies betreffe die Logistik ebenso wie die Produktionsabläufe und die Organisation.

Die Sicherung der Arbeitsplätze in Wilhelmshaven spiele bei allen Überlegungen eine entscheidende Rolle. Kalkbrenner: „Wir wollen Produkte und nicht Arbeitsplätze exportieren." So hat das Unternehmen inzwischen die japanischen Zulieferungen für elektronische Schreibmaschinen abgesetzt. Das „Made in Germany" für Olympia-Erzeugnisse habe realistische Bedeutung.

Nach den Worten des Olympia-Chefs wurde 1985 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gesundung getan. Gegenüber dem Vorjahr sei bereits eine deutliche Ergebnisverbesserung eingetreten. Die Umsatzstruktur wird von dem starken Auslandsgeschäft geprägt: Rund drei Viertel des Umsatzes kommt aus dem Export. Neben den USA kommt Ländern wie Mexiko und Fernost ein beachtlicher Stellenwert zu. Insgesamt liefere Olympia texturientierte Arbeitsplatzeinrichtungen nach über 150 Ländern. (dos)

Stereo-Radio in Scheckkartenformat

Die 1957 in Japan als damals einziger Spezialist für die Herstellung von Taschenrechnern gegründete Casio-Gruppe konnte im Vorjahr ihren Umsatz um einen zweistelligen Prozentsatz auf rund 3 Mrd. DM erhöhen. Bei etwa 3000 Beschäftigten bedeutet das eine überdurchschnittliche hohe Pro-Kopf-Produktion. Zum Programm gehören heute neben Taschenrechnern, Pocket-Computern, Uhren, Kassensystemen und Musikinstrumenten auch Schreibmaschinen und technisch hochentwickelte Radios und Fernsehgeräte. Letztere wurden 1985 in der Bundesrepublik eingeführt und über die in Hamburg ansässige deutsche Tochtergesellschaft angeboten, deren Umsatzziel für 1986 bei 200 Mill. DM liegt.

Am Ursprungsprodukt Taschenrechner demonstriert Casio seine Innovationskraft. Das Unternehmen bietet solche Kleinrechner für technisch-wissenschaftliche Zwecke an, die programmierbar sind und deren Speicherkapazität auf bis zu 40 KB aufgerüstet werden kann. Außerdem lassen sich auf ihnen Daten graphisch darstellen. Nicht größer und kaum dicker als solche Rechner sind auch die neuesten Radios im Stereo-Sound und im Scheckkarten-Format, kombiniert mit vollwertigen Taschenrechnern, Preis bei rund 150 DM. Neu ist schließlich der Taschenfarbfernseher mit einer flachen Bildplatte im Format 9,2 x 12,3 cm, zwar vorerst wohl mehr noch ein Spielzeug, aber ein deutlicher Hinweis auf zukünftige Entwicklungstrends.

Auch bei Scannerkassensystemen gedenkt Casio in Zukunft kräftig mitzumischen. Der Kassenplatz mit Lesestift und einem Speicher für 4000 Artikel liegt im Preis unter 10 000 DM. (hdt.)

Laserdrucker setzen sich durch

Überaus differenziert beurteilt die US-amerikanische Computerindustrie die Entwicklung der Branche in den einzelnen Bereichen. Wie die Sprecherin der auf der CeBIT-Messe ausstellenden US-Firmen, Donna Peterson Hyland, erklärte, kann in den nächsten Jahren vor allem auf dem Gebiet der Peripheriegeräte mit kräftigen Zuwachsraten gerechnet werden. So sei bei der Datenspeicherung deutlich ein Trend zu immer höheren Kapazitäten bei gleichzeitig fortschreitender Miniaturisierung erkennbar.

Noch 1983 habe der Umsatz mit Personalcomputer-Speichereinheiten weltweit bei 5,2 Mrd. Dollar gelegen. Dieser Wert werde bis 1990 auf über 14 Mrd. Dollar steigen. Zunehmende Bedeutung komme dabei optischen Speichern zu. Gute Chancen werden in den USA ferner bei Druckern gesehen. In diesem Bereich, der immer stärker von Laserdruckern dominiert wird, gehen die Schätzungen von einem Weltmarktvolumen von 10 Mrd. DM aus.

Ungünstiger wird die Situation der Anbieter hochwertiger EDV-Anlagen beurteilt. Die Akzeptanz der Geräte bei den Anwendern, so die Sprecherin, habe sich deutlich abgeschwächt. Dieser Trend sei weltweit zu beobachten. Eine in den USA erstellte Marktanalyse sage aus, daß die Nachfrage nach Personalcomputern allenfalls nur noch leicht wächst. Die Anwender seien vielmehr bestrebt, die Kapazitäten vorhandener Anlagen intensiver zu nutzen.

Die USA sind in Hannover mit 136 Ausstellern direkt vertreten, 30 Prozent mehr als 1985. Rund 90 Firmen stellen ihre Erzeugnisse in einer Gemeinschaftsschau im US-Pavillon aus. (HB)

Elektronisch frankieren

Francotyp und Postalia, mit 80 Prozent Marktanteil die führenden Anbieter auf dem deutschen Postbearbeitungsmarkt, konnten 1985 das Expansionstempo des Vorjahres beibehalten. Klaus Döring, Geschäftsführer der mittelbar zu Siemens gehörenden Firmen, bezifferte den Umsatz im Berichtsjahr auf 105 Mill. DM; das entspricht einer Zunahme von acht Prozent. Am Wachstum war das Inland mit sieben Prozent und der Export mit elf Prozent beteiligt. Auch mit dem Ergebnis zeigte sich Döring zufrieden. Beide Firmen hätten eine „achtbare Umsatzrendite" erzielt. Der Gewinn pro Aktien errechne sich mit 25 DM.

Döring bezeichnete den Postbearbeitungsmarkt als ausgesprochenen Wachstumsmarkt. Im besonderen Maße gelte diese Aussage für das Ausland. Francotyp und Postalia lieferten bereits jetzt 48 Prozent der Frankiermaschinen und 45 Prozent der Kuvertiermaschinen ins Ausland. Wertmäßig allerdins liege der Exportanteil erst bei 29 Prozent.

Besonders positiv habe sich im Berichsjahr das Geschäft mit Japan und den Comecon-Ländern entwickelt. Die auf Wachstum ausgerichtete Auslandsstrategie soll konsequent fortgesetzt werden. Langfristig strebten die Unternehmen einen Exportanteil von 50 Prozent an.

Zuversichtlich beurteilt Döring die Ausichten im neuen Jahr. Der in den ersten Monaten zweistellig gestiegene Umsatz werde sich aber über das gesamte Jahr hinweg nicht halten lassen. Gerechnet wird wieder mit einem Umsatzplus von rund acht Prozent. Francotyp und Postalia investieren alljährlich gut sechs Prozent in Sachanlagen; die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung erreichten sieben Prozent.

Nachdem beide Unternehmen 1984 die Postfreigabe für ein elektronisches Frankiersystem erhielten, seien die ersten Installationen noch im gleichen Jahr vorgenommen worden. Derzeit würden die Lieferzeiten für dieses Frankiersystem bei sechs Monaten liegen. Dies spiegele die positive Resonanz und die starke Nachfrage wider. Die beiden Unternehmen beschäftigen in Berlin und Offenbach 820 Mitarbeiter.

Auf der CeBIT-Messe neu vorgestellt wurde das Kuvertiersystem Okafold 4000. Dem Okafold-programm widme die Geschäftsführung besondere Aufmerksamkeit. Immerhin sei der Bereich Kuvertiermaschinen 1985 am Wachstum der Unternehmen mit 25 Prozent beteiligt gewesen. (dos)

In den Morgenstunden des 13. März 1986 fand bei einem Flugzeugabsturz der Vorsitzende unserer Geschäftsführung,

Dipl.-Kfm. Horst Rosenbaum

im Alter von 52 Jahren den Tod. Mit seiner starken Persönlichkeit, seinem Durchsetzungsvermögen und seiner reichen Erfahrung hat der Verstorbene in den 2½ Jahren, in denen er an der Spitze unseres Unternehmens gestanden hat, diesem eine Prägung gegeben, die weit in die Zukunft wirken wird.

Wir werden die Verdienste, die er sich erworben hat, dankbar in Erinnerung behalten.

KIENZLE UHRENFABRIKEN GMBH
Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter

7730 VS-Schwenningen, 17. März 1986

ARBEITSMARKT / Ratschläge für Pädagogen

Junglehrer sollten sich nicht auf den Staatsdienst fixieren

SABINE SCHUCHART, Bonn

Hat der Lehrerberuf für Berufsanfänger überhaupt noch Perspektiven? Und welche Möglichkeiten bietet der allgemeine Arbeitsmarkt dieser Generation junger qualifizierter Arbeitskräfte? Diese Fragen beschäftigen heute Tausende von stellungslosen Lehramtskandidaten. Eine Hilfestellung will der von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebene Leitfaden „Der Arbeitsmarkt für Lehrer" geben.

Da sich in den kommenden Jahren die Einstellungschancen für Lehrer eher noch vermindern werden, gilt es zu überlegen, in welchen anderen Berufsfeldern die im Lehramtsstudium erworbenen Kenntnisse besonders gut anwendbar sind. Eine unmittelbare berufliche Verwertung ist – sieht man von Lehrern mit naturwissenschaftlichen und kaufmännischen Schwerpunktfächern ab – zunächst einmal nur in der Wissensvermittlung möglich, schreibt der Autor der Studie, Karl Maly. Innerhalb des außerschulischen Bildungswesens kommen vor allem die Volkshochschulen in Betracht. Maly rät den Lehramtskandidaten, zu versuchen, sich über mehrere freiberufliche Kursleitungen Zugang zu einer hauptamtlichen Tätigkeit zu verschaffen.

Chancen bei der Presse

Fundierte Kenntnisse auf einem Spezialgebiet wie auch sozialwissenschaftliche oder volkswirtschaftliche Grundkenntnisse verbesserten die Einstellungschancen. Dies gelte auch für Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung von Kirchen, Parteien und Gewerkschaften.

Die Aussichten für Junglehrer, als Verlagslektoren, in Bibliotheken, im Archivdienst oder im Buchhandel beschäftigt zu werden, werden in der Untersuchung als relativ schlecht eingestuft. Dagegen biete der Arbeitsmarkt im Bereich Presse, Hörfunk und Fernsehen noch recht gute Möglichkeiten. Im höheren Verwaltungsdienst stünden der Einstellung von Lehrern immmer noch beamtenrechtliche Bestimmungen entgegen.

Überhaupt sollten die Lehramtskanditaten davon abkommen, allzusehr auf eine Übernahme in den Staatsdienst fixiert zu sein und sich verstärkt der privaten Wirtschaft zuwenden, heißt es weiter. Firmen und Verbände stünden nach entsprechenden Umschulungsmaßnahmen der Einstellung von Junglehrern für mittlere Führungspositionen zunehmend positiver gegenüber.

Geringer Ersatzbedarf

Der berufliche Einstieg könne auch über Aushilfstätigkeiten beginnen, die darüberhinaus oft zu einer realistischeren Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt führten, meint der Autor. Jeder müsse seine individuellen Chancen nutzen, eine globale Lösung des Berufsproblems für alle Betroffenen sei nicht möglich angesichts der Größenornung derer, die nicht in den staatlichen Schuldienst übernommen werden könnten.

Bereits 1984 wurden nur noch 8900 Lehrer eingestellt. Die Zahl der abgewiesenen Bewerber erreichte 34 800 und dürfte sich, heißt es in der Studie, angesichts sinkender Schülerzahlen in Zukunft noch weiter erhöhen. So errechne sich für den Zeitraum 1985 bis 1995 für alle Schularten zusammen ein maximaler Ersatzbedarf von 10 000 Lehrern, wahrscheinlich seien aber noch geringere Einstellungsquoten.

BERUFSRECHT / WELT-Gespräch mit Verbandspräsident Professor Deneke

„Wenn Freiberufler werben dürften, würden nur die Gebühren steigen"

THOMAS LINKE, Bonn

„Ganze Arbeitsbereiche sind der Anwaltschaft weggeschwommen, weil sie sich zu spät spezialisiert hat." Diese Auffassung vertrat der Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, Professor Volrad Deneke, in einem Gespräch mit der WELT. Deshalb sei es ein richtiger Schritt, daß neben dem Notar, dem Anwalt für Patentfragen und dem Fachanwalt für Steuerrecht demnächst drei weitere Fachgebietsbezeichnungen auf Praxisschildern und Visitenkarten erlaubt sein sollen. Ein Gesetzentwurf, der den Bundesrat passiert hat, sieht vor, daß sich Advokaten demnächst auch Anwalt für Verwaltungsrecht, Sozialrecht oder Arbeitsrecht nennen dürfen.

Das sei ein notwendiger Vollzug rechtlicher und ökonomischer Dynamik, meint Deneke zu den anstehenden Veränderungen, die „allerdings schon früher hätten kommen müssen." Als abschreckende Erfahrung für die Anwälte nennt der Verbandspräsident der Freiberufler das Steuerrecht. Rechtsberatung und Rechtsvertretung seien früher voll in den Berufsstand der Anwälte integriert gewesen. Heute hat der Steuerberater sie verdrängt. Ähnliches gilt für das Mietrecht. Hier hätten sich die Mieter- und Hausbesitzervereine Spezialisten herangebildet, die der Klientel die Beratung bieten würden, die sie bei den Anwälten nicht gefunden hätten, analysiert Deneke.


„Die Freien Berufe sollen nicht mit Vernissagen bei der Praxiseröffnung, sondern mit ihrer Leistung werben" FOTO: VOGT

Eine Erklärung sieht der Verbandspräsident in dem „konservierenden Charakter" des Berufsrechts – den Begriff Standesrecht lehnt Deneke ab –, das allerdings auch viel gutes habe. So könne der Kunde sicher sein, daß er, wenn er einen Arzt, Anwalt, Architekten oder Steuerberater aufsuche, qualitativ gute Leistungen erhalte. Als weiteren gewichtigen Vorteil nennt er die durch die Selbstverwaltung garantierte Unabhängigkeit der genannten Freien Berufe gegenüber dem Staat: „Stellen sie sich vor, die Berufsaufsicht über ihren Steuerberater hätte dasselbe Finanzamt, das auch ihren Steuerbescheid bearbeitet." Als dritte Säule des Berufsrechts sieht Deneke die Risikovorsorge für die Freiberufler selbst. Erst danach komme die Frage der Honorierung. Gebührenordnungen hätten vor allem den Sinn, daß die Preisneutralität den sachlichen Leistungswettbewerb garantiere.

In diesem Zusammenhang sieht Deneke auch die Tatsache, daß Ärzten, Anwälten und anderen Freiberuflern die Werbung weitestgehend untersagt ist: „Was hätten wir davon, wenn wir die Anzeigenseiten für Freiberufler öffnen würden, das würde nur die Gebühren steigern und somit wieder zu Lasten des Kunden gehen." Der Berufsstand solle mit seiner Leistung werben „und nicht dadurch, daß sie bei Praxiseröffnung Vernissagen machen". Werbung der Freien Berufe würde laut Deneke insbesondere wegen der mangelnden Beurteilungsfähigkeit der Klientel zu Verzerrungen des Leistungswettbewerbs führen.

Daß die aufsichtsführenden Kammern bei der Kontrolle ihrer Mitglieder manchmal über das Ziel hinausschießen, gesteht Deneke ein. Ein Problemgebiet besonderer Art ist dabei die Werbung durch Dritte in Form von Berichten und Interviews in den Medien. So bekam zum Beispiel ein Tierarzt Ärger mit der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, weil er sich unter Nennung seines Namens und seiner Klinik zum Thema „tierärztlicher Nachtdienst" im „Hamburger Abendblatt" äußerte. Erst der Europäische Gerichtshof gab dem Tierarzt das Recht, zu öffentlich interessierenden Fragen in den Medien Stellung zu nehmen.

Auch unterschiedliche Regelungen von Kammer zu Kammer sind laut Deneke „sicher problematisch". Da jedoch bei den Heilberufen Gesetze über die Berufsausübung Ländersache seien, müßten sich Kammern dem unterordnen. Diese Art von Föderalismus hält Deneke für überflüssig, doch komme es dadurch noch nicht zu Behinderungen der Freizügigkeit: „Daß in Rheinland-Pfalz das Praxisschild zehn Zentimeter größer sein muß als in Nordrhein-Westfalen, läßt sich sicher noch verkraften."

JUGENDVERTRETUNG / Rechtslage nach der Ausbildung

Mitglieder und ihre Vertreter können Übernahme verlangen

S. L. Kassel

Nicht nur ein Mitglied, auch ein Ersatzmitglied der Jugendvertretung, das in einem Betrieb als Auszubildender beschäftigt ist, kann innerhalb von drei Monaten vor der Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses nach Paragraph 78a des Betriebsverfassungsgesetzes beziehungsweise Paragraph 9 des Bundespersonalvertretungsgesetzes die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis verlangen.

Voraussetzung ist, daß das Ersatzmitglied vorübergehend ein verhindertes ordentliches Mitglied vertreten hat, daß es vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung seiner Amtszeit das Ausbidungsverhältnis erfolgreich beendet und innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses schriftlich vom Arbeitgeber seine Weiterbeschäftigung verlangt. Mit den Entscheidungen 6 AZR 207/85 und 6 AZR 381/85 vom 13. 3. 1986 hat der Sechste Senat des Bundesarbeitsgerichts eine sechs Jahre alte Grundsatzentscheidung (6 AZR 726/79 vom 15. 1. 1980) bestätigt und damit an seiner Rechtsprechung zu dieser Rechtsfrage festgehalten.

In einem Fall war ein Banklehrling in Berlin, in einem anderen Rechtsstreit eine Schwesternschülerin in Hannover zu stellvertretenden Jugendvertretern gewählt worden. Beide hatten vorübergehend ein ordentliches Mitglied vertreten. Deshalb konnten sie sich nach der Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts mit Erfolg auf die den ordentlichen Mitgliedern zustehenden Rechte berufen.

BETRIEBSWIRTE/ Chancen im Rechnungswesen

Controller sind gesucht

Stü. Köln

Betriebswirte mit Spezialkenntnissen im Controlling haben gute Arbeitsmarktchancen. Nach Feststellung von Professor Elmar Mayer (Fachhochschule Köln) übersteigt die Nachfrage das Angebot an Hochschulabsolventen derzeit um rund ein Drittel.

Der Controller hat als betriebswirtschaftlicher Begleiter des Managements wichtige Aufgaben in Unternehmensplanung und -steuerung. Er muß Soll-Ist-Abweichungen erkennen, frühzeitig warnen, anregen, Engpässe und Schwachstellen suchen und beseitigen. Die organisatorische Ansiedlung des Controllers in deutschen Unternehmen reicht von der Nebenbei-Erledigung bis zur Controlling-Abteilung. In einigen Firmen ist das Controlling eine Stabsstelle, in anderen wird es von der Linie erledigt.

Für das kurzfristig ausgerichtete operative Controlling ist die Dekkungsbeitragsrechnung das wichtigste Instrument. Das operative Controlling ist, wie ein Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis (AWW) in Köln zeigte, vor allem in Großunternehmen betriebliche Praxis. Nachholbedarf gibt es dagegen im strategischen Controlling, das darauf abzielt, über den Tag hinaus Stärken und Schwächen des Unternehmens zu ermitteln.

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Wettbewerbsverbot

Ein Arbeitnehmer, der durch ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot gebunden und während der Karenzzeit arbeitslos ist, muß sich das Arbeitslosengeld auf die Karenzentschädigung anrechnen lassen. Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts 3 AZR 305/83 vom 25. 6. 1985 wird Arbeitslosengeld nur gewährt, wenn der Arbeitslose sich der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stellt. Deshalb wird das Arbeitslosengeld „durch Verwertung der Arbeitskraft" erworben, was die Anrechnung des Arbeitslosengeldes auf die Karenzentschädigung zur Folge hat.

Feier im Betrieb

Das gemütliche Beisammensein nur der Abteilungsleiter eines Betriebes kann nach dem Urteil des Bundessozialgerichts 2 RU 42/84 vom 27. 2. 1985 nicht als unfallversicherungsrechtlich geschützte betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung angesehen werden. Denn für eine solche Veranstaltung ist wesentlich, daß sie geeignet ist, die Verbundenheit zwischen Betriebsangehörigen und Betriebsleitung allgemein zu fördern.

Befristeter Arbeitsvertrag

Arbeitsverträge dürfen nicht unbegrenzt befristet werden; der Arbeitnehmer soll nach einer zumutbaren Zeit wissen, woran er ist. Nach dem Urteil 7 AZR 192/83 vom 3. 10. 1984 liegt allerdings eine „Dauervertretung" oder „Dauerausbilfe", die die Befristung eines Arbeitsvertrages nicht rechtfertigt, nur dann vor, wenn bei Abschluß des Arbeitsvertrages eine über den Endtermin der Befristung hinausgehende Beschäftigung bereits vorgesehen war.

Unfall beim Hausbau

Wer beim Errichten eines Mehrfamilienhauses in Eigenleistung Bauarbeiten ausführt, die deshalb vom Bauunternehmer nicht berechnet werden und bei diesen Arbeiten verunglückt, steht dabei nach dem Urteil 2 RU 5/85 vom 30. 1. 1986 des Bundessozialgerichts nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Hier liegt der Unfall eines Bauherrn und nicht der eines Arbeitnehmers vor, weil die zum Unfall führende Tätigkeit vom Auftrag an den Bauunternehmer ausgenommen wurde.

Versicherungen: Gute Managereinkommen

DW. Bonn

Führungskräfte in Versicherungsgesellschaften mit etwa 100 Mitarbeitern verdienen 90 000 bis 100 000 DM im Jahr. Hat das Unternehmen 3000 Beschäftigte, liegen die Jahresgesamtbezüge bereits bei 110 000 bis 130 000 DM.

Zu diesen Ergebnissen kommt die Kienbaum Vergütungsberatung, Gummersbach, in ihrer neuesten Untersuchung zur Vergütung der „Führungskräfte in Versicherungen 1985". An der Studie beteiligten sich 86 Versicherungsgesellschaften aller Größen mit der Abgabe von Vergütungsinformationen für fast 2000 leitende Mitarbeiter der ersten und zweiten Ebene unter dem Vorstand.

Nach Angaben der Personalberatungsgesellschaft bewegen sich die Gehälter der Manager im Durchschnitt zwischen 90 000 und circa 110 000 DM, ein Drittel verdient weniger, der Rest liegt im Gehalt darüber, wobei sechs Prozent der Führungskräfte ein Salär von über 140 000 DM pro Jahr erzielen. Gehaltsunterschiede von 20 Prozent zwischen der ersten und zweiten Führungsebene sind keine Seltenheit.

MESSEN / Verkaufstrainer Wolfgang Denz bietet Schulungen für das Standpersonal

Die Begrüßung ist die größte Hürde

H. LANGHOFF, Hagen

Die meisten Unternehmen, die Messen beschicken, geben viel Geld für einen Messestand aus – und finden sich mit mageren Verkaufsergebnissen ab. „Unsere Kunden kaufen eben nicht auf Messen", machen sie sich selbst vor.

Daß sie damit ungeahnte Verkaufschancen vergeben, ja geradezu Geld zum Fenster hinauswerfen, behauptet Wolfgang Denz, Verkaufstrainer aus Hagen. Als erster seiner Branche hat er sich auf Messen spezialisiert und behauptet kühn: Jedes Unternehmen kann mehr machen aus seiner Messebeteiligung! Firmen, die auf ihn setzen, verspricht er Umsatzsteigerungen, von denen sie vorher nicht zu träumen gewagt hätten. Ist Wolfgang Denz – Jahrgang 1946, Kennzeichen: Nadelstreifenanzug – ein Sprücheklopfer?

Einfache Botschaft

Zumindest kann er auf Klienten verweisen, die ihm höchstes Lob zollen. Rainer Maurer, Geschäftsführer der Franke GmbH im südbadischen Bad Säckingen: „Franke als größter europäischer Edelstahlverbraucher und größter Spülenhersteller der Welt schult seit einigen Jahren den gesamten Außendienst im Spülenbereich mit Wolfgang Denz. Seitdem verzeichnen wir Steigerungen zwischen 20 und 30 Prozent – in einer Branche, die bekanntlich sehr stark zurückgeht. Schlüsselerlebnis für uns war ein dreitägiges Messetraining: 100 000 Mark Umsatz vorher, nach der Schulung 875 000 Mark."

Das klingt ziemlich dick aufgetragen. Was, so fragt man sich, machen Denz-trainierte Verkäufer anders als ihre Kollegen?

Sein Ziel ist, das von vielen Messen wohlbekannte Bild zu ändern: Die Verkäufer stehen herum, als müßten sie ihre schönen Stände bewachen, und wenn einer sich die Mühe macht, einen möglichen Interessenten anzusprechen – mit der üblichen Floskel „Kann ich Ihnen helfen?" – erntet er gewöhnlich ein „Ach danke, ich sehe mich nur um."

Allein schon die Begrüßung stellt offensichtlich eine Hürde dar, an der viele Verkäufer scheitern. Wolfgang Denz bringt Standmitarbeitern bei, wie man Messebesuchern entgegentritt (freundlich und kompetent, weder anbiedernd noch überheblich!), wie man durch gezielte Such- und Testfragen den Bedarf ermittelt und die Entscheidungskompetenz auslotet. Erst dann kann man gezielt anbieten, durch Druck der richtigen „Motivationstasten" Begeisterung und letztendlich Besitzwunsch wecken. Zum Training gehört auch eine spezielle Messeabschlußtechnik.

Wie man den Preis (und notorische Preisdrücker) behandelt, steht natürlich auch auf dem Programm. Oft ist es dann nur noch eine Frage der Lieferzeit, und der Auftrag ist perfekt. Die Botschaften, mit denen Wolfgang Denz Verkäufer trainiert, sind simpel.

Zum Beispiel:

- Verkaufen macht Spaß!
- Verkäufer ohne Produkt- und Marktkenntnisse sind wie Krüppel.
- Das Problem ist nie der Kunde, sondern die innere Einstellung des Verkäufers.
- Verkäufer leisten Lebenshilfe, indem sie dem Kunden die Entscheidungsangst nehmen. Er ist ja nur zu bereit zu kaufen, wenn er nur überzeugt ist, daß das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt.
- Ein höherer Preis ist nicht das Problem. Im Gegenteil: Der Kunde ist stolz auf das, was er sich leisten kann.

Hat man solches nicht schon tausendmal gehört und gelesen – und sofort wieder vergessen? Es muß wohl am Trainer und seiner Art, mit Menschen umzugehen, liegen, daß seine Seminare so erfolgreich sind. Die haptische Lehrmethode (begreifen durch be-greifen, mit Händen fassen) bringt Spaß ins Seminar und hilft, den Stoff sofort ins Langzeitgedächtnis zu transportieren. Denz macht den Teilnehmern Mut.

Für Denz entscheiden sich hauptsächlich kleinere und mittlere Unternehmen, in denen es noch einen Chef gibt, der das Sagen hat. Denz: „Bei über tausend Mitarbeitern wird's kompliziert. Da traut sich keiner, eine Entscheidung zu treffen." Vor allem nicht für einen, der so „unakademisch" auftritt wie Wolfgang Denz.

Kontaktpflege reicht nicht

Denz ist ein Mann der Praxis. Die „höheren Weihen" seines Berufes holte er sich nicht etwa an einer Universität, sondern bei den Ausgebufftesten und Teuersten ihres Fachs. Goldmann und Geilich waren seine Lehrmeister, auch bei Edwards in den USA hat er die Schulbank gedrückt und bei Samy Molcho Körpersprache studiert. Der berühmte Pantomime wirkte übrigens schon als Gastdozent in einem Denz-Seminar mit. Was ihm bei den Kollegen gefiel, hat er übernommen, anderes nach seiner Fasson abgewandelt. Das Messetraining MegiT („Die Messe vergolden") ist seine ureigene Erfindung.

Daß so viele Unternehmen noch nicht erkannt haben, wie wesentlich gerade das Messegeschäft ist, wundert ihn. „Nirgendwo sonst sind doch die Bedingungen für das Verkaufen so günstig wie auf Messen. Die Produkte sind hervorragend präsentiert, die Besucher durch die besondere Atmosphäre animiert. Warum sich dann auf Kontaktepflegen beschränken? Nur schwache Verkäufer scheuen den direkten Vergleich mit dem Mitbewerber."

Aktien überwiegend freundlich

Lebhafte Nachfrage nach Banken

DW. – Von den Bankaktien ausgehend setzte sich am Wochenbeginn eine überwiegend freundliche Tendenz durch. Der sensationelle Kursanstieg an der New Yorker Börse am vergangenen Freitag regte das Geschäft kaum an. Das Geschäft an den deutschen Börsen wird immer stärker von inländischen institutionellen Investoren getragen, die sehr behutsam operieren, besonders im Hinblick auf die Aktienindizes, die ihrem historischen Höchststand wieder sehr nahegekommen. Auf dieser Basis häufen sich Glattstellungen.

Die lebhafte Nachfrage nach Bankaktien wird in erster Linie mit der Zinssenkung begründet, die nach den jüngsten Einschätzungen vorerst weitergehen wird. Die jungen Commerzbank-Aktien aus der letzten Kapitalerhöhung liegen mit 318 DM inzwischen deutlich über ihrem Emissionspreis von 300 DM. Als empfindlich erweisen sich immer noch Siemens-Aktien. Für sie sind die Gewinnschätzungen etwas reduziert worden. Unter Druck lagen Autoaktien. Bei Daimler hielten die Verkäufe an, veränderten den Kurs jedoch kaum. Partielles Interesse bestand für Maschinenbauwerte. Anregungen erwartet man sowohl von der Leipziger als auch von der Hannover Messe. Unter diesen Umständen wirft die Mannesmann-Kapitalerhöhung nach wie vor keinerlei Probleme auf. Mannesmann-Aktien zogen deutlich an, das Bezugsrecht stellte sich auf 5,95 (plus 0,50). Deutlich verbessert auch Thyssen. Weiterhin vorsichtige Käufe bei den Bauaktien, von denen Holzmann um rund 20 DM heraufgesetzt wurden. Fester auch DLW.

Frankfurt: Altana verteuerten sich um 11 DM, während Enka 14,50 DM einbüßten. Flachglas zogen um 8,90 DM an und Bilfinger gewannen 5 DM. Leifheit sanken um 20 DM, Adler büßten 5 DM ein.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten sich um 13,50 DM, Dahlbusch zogen um 15 DM an und Dyckerhoff St. verbesserten sich um 8 DM. Keramag sanken um 2 DM und Leffers gaben um 8 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf und Hapag befestigten sich jeweils um 2 DM. Bremer Vulkan erhöhten sich um 1 DM. Vereins- und Westbank erhöhten sich um 4 DM. Haller Meurer sanken um 4 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 40 DM höher taxiert, Schering zogen um 16 DM und Kempinski um 12 DM an. Springer legten 6 DM zu. Detewe ermäßigten sich um 6 DM.

München: Aigner erhöhten sich um 1 DM, AKS legten 1,50 DM zu und Wanderer zogen um 5 DM an. Audi AG verloren 23 DM, Dywidag ermäßigten sich um 2,50 DM und Hutschenreuther verloren 4 DM.

Stuttgart: Boss setzen ihre Aufwärtsbewegung um 15 DM fort, Kolbenschmidt stiegen um 6,50 DM und Zeag Zement waren um 10 DM ansteigend. DLW legten 5 DM zu. Progress sanken um 8 DM.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 294,39 (295,08)
WELT-Umsatzindex: 5775 (6452)
Advance-decline-Zahl: 125 (111)

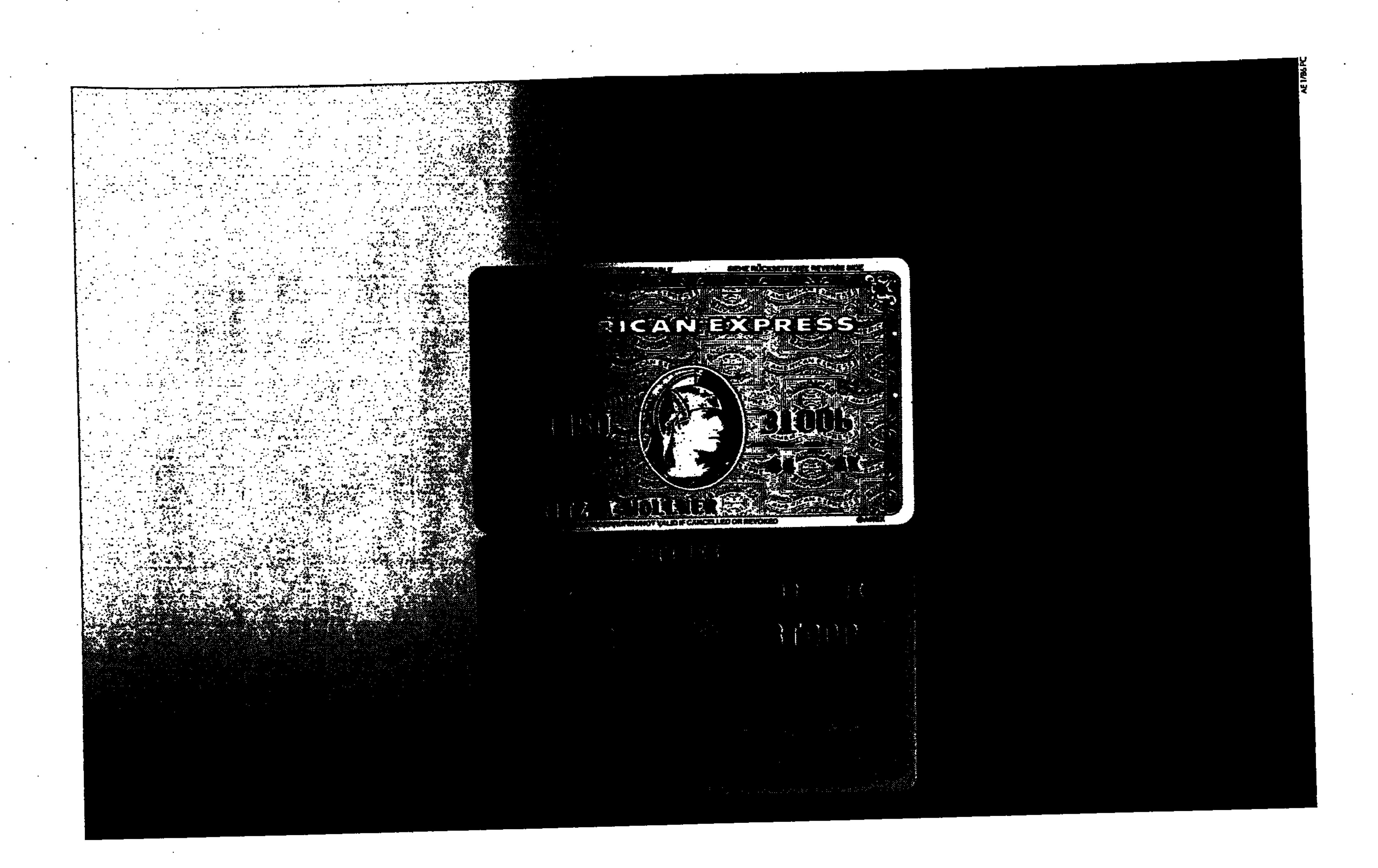
Inland

		17.3.	14.3.
H	Aach M Beil. 10	2490	2490
H	Aach. M. Vers. 7	1545	1525
D	Aach. Rück. 9	3150	3300
D	Aseag *4	400T	390T
M	Act-Gögg. 6	164	160
H	Adca 3	184,5	185
D	Adler 9	320G	320G
F	AEG 0	332	333
D	AEG KABEL 9	460T	475
S	Aesculap 9	483	480
F	AGAB 5	121	119
D	Agrippina *0	3400	3400
M	Agrob *0	177bB	177bB
M	dgl. Vz.* 0	140	137
M	Aigner 9	171	170bB
M	Akt. Kaufb.*18	1100bG	1130G
H	Agiv 10	390bB	381
H	Albingia 8	1550G	1550G
D	Alexanderw. 0	106,5bG	106,5bG
Hn	Allerthal*0	140	138G
S	Allg.Re.**6,5	4387B	4387G
S	dgl.NA**6,5	3550	3550
S	dgl.35%E.6,5	5600bB	5700rB
D	Allianz Leb. 9	7250	7020
D	Allianz V. 11	2395	2400
S	Allweiler St. 8	307	300G
S	dgl. Vz. 9	216G	216
F	Altana 10	443bG	432
F	Andreae-N.Z. 0	215	210
F	Asko 10	1251	1300
F	dgl. Vz. 11,5	1251	1250
H	Audi NSU 2	6558	6908
M	Augsb. Kg. 1,5	120	118,5bG
S	Badenwerk 6	177,5	179
F	Bd.Würt.Bk. 11	574G	572
D	Balcke-Dürr 3	424	426
F	Bankg.v.1899 *14	645	640,5
D	Banning ** 20	1050bG	1070bB
H	BASF 9	525	523
H	Bavaria 3	194	189
D	Bayer 9	343,5	342
F	B.Br.Sch.-J. 0	226	225
M	Bayer. Hdlb. 11	466	469
M	Bayer. Hartst. 6	630TG	630TG
M	Bayer Hypo10 +2,5	614bG	601bG
M	Bayer. Lloyd 5	425bB	420bG
H	BMW 12,5	535	553
M	Bayer. Vbk. 11	571bG	559
H	Beiersdorf 9,5	652	650
F	BHF-Bank 10,5	540	519
F	Berl. Bank 3	185	184,5
B	Berl. Kindl 4,5	132,5	136bB
D	Bertelsmann Gen.	300bG	–
B	Bekula 5	125,5	125,5
B	Berthold 0	212,5	207,5
S	Bilf.+ Berg. 10	238bG	234
F	Binding 7+1	221	280
M	Blattmetall 6	830	835TB
D	Boch Gels. Str. 0	246G	246G
S	Boss	1550bG	1485bG
F	Brau AG 0	565T	590bB
M	Brau. Amb. *5	720G	720G
F	Braun Vz. 15,2	925B	975B
H	Br.H.Hypo 10+1	515G	515G
Hn	Brsch.Jute *0	1525	1538
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. * 0,5	430B	400B
H	Br. Vulkan 0	149	150
H	Br. Wollk. 7	266	264
F	BBC 6	293	290
S	BSU Textil 0	1300G	1300G
D	Buckau-W. 4,1	129	130,5
D	Buderus *12,6	540	545
M	Egl.Br.Ing. *12+1	900G	900G
S	Bgl.Brh.Rev. *0	375TB	375TB
S	Calw D. **18	711bG	700G
F	Cassella *15	955	975
F	Ceag 0	250	240
D	Colonia Vers. 5	805	810
D	Commerzb 6	327	321
D	Cobl.Reste*0 RM	17,1G	17,5T
F	Cobl.Genußsch.	117,95	118bB
D	Conc. Chem. 4,5+3	300	299
B	Conc. Spinne * 0	395G	395G
D	Contigas 7,5	420	405
D	Conti Gummi 3	229,7	230,3
D	Dahlb. St. 7,65	266	265,5
D	dgl. Vz. 14,55	425G	410
S	Daimler 10,5	1332	1340
M	Deckel AG 0	233bG	232
D	Dt. Atl. Tel.10+1	801	790
H	Doag 5	426	400rG
D	Dt. Babcock St. 5	222	218
D	dgl. Vz. 3,5	205	203
F	Dt. Bank 12	840	835
D	Dt. Centralboden 12	828	828G
D	Dt. Conti Rück 0	3850G	3850G
D	dgl. NA 0	1050B	1050
F	Dt. Eff.+Wbk. 10	640T	620bG
F	Degussa 9,5	455	460
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	374	372
H	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	680	695
S	DLW 11	475	470
Hn	Dt. Spezialgl. 9	488	480
F	Dt. Steinz. *6	305	309
H	DeTeWe 9	500T	500bG
F	Dt. Texaco 2,7	184,9T	184,9
D	Didier 7	272	271
F	D.bl. Quellen 7,5	440B	440B
D	Dierig Holding 4	202	196
D	Dittm. & N **60	8100G	8100G
D	DAB 0	101	101
D	Dm. Ritter 7,7	355G	355G
D	DUB-Schulth. 7	302	302
D	Duewag 4	225	225
D	Dresdn. Bank 7,5	438,5	434
D	Dyckerh. Z 6	218T	211
D	dgl. Vz. 6	213	211
F	Dywidag 7	197	196
D	Edelst. Witten *0	335G	335G
F	Eichbaum-Br. 5	172G	172G
D	Eisb. Verk. 10	260G	255G
H	Elbschloß 0	318G	315bG
M	ELECTRO. 2000 25	588	590
M	En. Oberfr. 6	289B	289bB
M	En. Ostb. 6	224G	224
B	Engelhardt 7	250bG	250B
D	Enka 7,5	414	405
M	Erlus 10	360bB	360B
M	Erste Kulmb. 9	1765bG	1761
S	Essl. Masch. *6	430G	430G
M	Esterer **10	540G	540G
D	Farb. Liqu.*RM 0	9,85	9,4
F	FAG Kugelfischer	452bG	452
F	Flachglas 9	329,9	321T
D	Ford *0	900T	900T
B	Forst. Ebn. *4 %	4600G	4800T
M	Fr. Oberl. Wk. 5	240G	240
F	Frankf. Hypo 12	945	950
F	Frankona R. 6	1302	1270
F	dgl. NA 6	818	809
F	dgl.50 % E. 3	818	809
F	Fuchs Petrol Vz. 0	194,9	194,9
H	Geestm. Bk. 3	229	234
M	Gehe *5	220	220bB
D	Gels.wasser 6,5	190	188
D	Gerresh. Gl. 5	193,5	190
F	Gestra 7	206,5	213
D	Gildem. 0	130	128,5
D	Girmes 0	174,8	171
D	Glas & Sp. *11	270G	270G
D	Goldschm. 8	278	277
M	Glsw. Frk. *9	261	265bB
F	Gränzw. H. 0	132	128,5
H	Guano *8	450B	450bB
D	GHH St. 3	241,5	239
D	GHH Vz. 3	220,8	219
M	Hacker-Pschr. 23,3	1360	1370G
H	Hageda 0	130T	130T
D	Hagen Batt. 5+1	181	177,5
H	Hall.-Meurer *0	179,8	178
D	Hamb. Berg 7+1	255	250G

Ausland

Kopenhagen

	17.3.	14.3.
Den Danske Bank	381	379
Jyske Bank	795	785
Kopenh. Handelsbk.	320	320
Novo Industri	–	262
Privatbanken	286	299
Ostasiat. Komp.	277	279
Dan. Sukkerfabr.	305	405
For. Bryggerier St.	–	1160
Kgl. Porc. Fabr.	385	385



Bevor etwas Statussymbol wird, ist es das beste Mittel zum Zweck.

EINE perfekte Kamera wird nicht schlechter, nur weil sie gelegentlich die falsche Hand berührt.

Eine American Express Karte *ist keine Angabe,* nur weil sie gelegentlich jemand zum Angeben benutzt.

Wie alle wirklich guten Dinge ist sie entstanden, um einen alltäglichen, häufigen Vorgang so *einfach und wirtschaftlich* wie möglich zu machen.

In der Tat, kennen Sie einen simpleren Umgang mit Geld, *als mit Ihrem guten Namen* zu bezahlen? So hat es früher Ihre Mutter beim Kaufmann um die Ecke gemacht. Für Sie ist die Welt etwas weiter geworden. Damit Ihnen die Kaufleute *überall sofort* vertrauen, gibt es die Karte.

Sie können sich damit *nicht* die Welt kaufen. Aber Sie können sich damit an *vielen* Ecken und Enden dieser Erde viele Umstände sparen.

Wenn Sie diese Funktion brauchen, wird Sie die schöne Form nicht stören.

American Express. Die Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.

Inlandszertifikate

	Ausg. 17.3.	Rückn. 17.3.	Rückn. 14.3.
AAR-UNIV.F.I	169,99	160,37	160,37
Adifonds	70,56	67,20	66,87
Adirenta	24,86	24,14	24,15
Adirewa	100,05	97,12	96,92
Adisec	100,55	95,76	95,78
Adiverba	177,83	169,36	168,98
Aegis Gek.-Fds.	39,66	37,76	37,64
Aegis Wachst.-Fds.	62,71	59,71	59,61
AGI Fonds	177,01	168,58	168,14
Akkumula	199,80	190,25	190,18
Albingia Rendite Fds.	51,70	49,61	49,55
Alta Kapital Fds.	38,41	35,71	35,49
Allianz-Rentenfonds	123,37	120,30	120,24
Analytik Fonds	35,61	33,10	32,89
Aro-Rendit.	58,49	56,44	56,44
AriDeka	56,44	54,18	unerh.
Ascecura I	90,41	89,96	89,41
Austr. Pazifik	50,85	49,37	49,06
Berenberg-U-Fonds	431,45	418,88	415,26
Berenberg-U-Renten	123,67	120,65	120,49
BW-Renta-Univ.	53,92	52,60	52,68
BW-Wartberg-Univ.	134,95	130,05	130,85
Colonia Rentenfonds	51,51	49,66	49,80
Concentra	39,65	38,48	38,48
dbi-Fonds V I	58,18	58,18	unerh.
DekaFonds	55,53	52,47	52,11
DekaRent	53,35	52,38	unerh.
DekaSpezial	246,97	234,43	unerh.
DekaTresor	61,12	59,65	unerh.
DespaFonds	83,27	79,11	unerh.
DEVIF-Invest	104,90	99,88	99,29
DEVIF-Rent	56,10	54,41	54,37
DIFA-Fonds	185,50	176,20	175,80
DIFA GRUND	105,72	98,53	98,51
DIT Fonds f. Verm.	71,14	69,40	68,67
DIT Rohstoffonds	74,49	72,32	72,36
DIT Pazifikfonds	99,44	96,54	95,85
DIT Technologiefonds	81,65	79,27	79,27
DIT Fds.f Wdlz.Opt.A	130,37	127,19	126,93
Dt. Rentenfonds	84,12	82,47	82,42
Dt. Vermögensb. Fds. A	41,52	39,54	39,25
dgl. I	53,91	51,34	51,11
dgl. R	27,74	26,95	26,92
DWS Bayern Spezial	100,90	96,05	96,89
DWS Energiefonds	86,70	84,55	84,84
DWS Provesta	79,95	76,11	75,86
DWS Rohstoff Fds.	80,75	78,76	78,56
DWS Technologie Fds.	90,95	88,71	88,70
Fondak	74,72	71,16	70,85
Fondirent	86,84	84,31	84,65
Fondis	60,18	57,31	57,20
Fondra	118,56	112,91	112,45
FT Accuzins	141,55	137,45	137,80
FT Am Dynamik	24,70	23,60	22,58
FT Frankf. Eff. F	142,37	135,25	134,85
FT Interspezial I	29,16	26,68	26,65
FT Interspezial II	33,79	30,92	30,85
FT Interzins	45,28	43,96	43,89
FT Nippon Dynamik	80,60	75,95	72,81
FT Re-Spezial	190,20	180,69	180,49
Gerling Dynamik	69,94	66,95	66,48
Gerling Rendite	55,86	54,24	54,25
GKD-Fonds	75,60	72,69	72,44
Gothaest	100,05	96,57	96,54
Grundbesitz-Invest.	72,70	69,17	69,17
Grundwert-Fonds	131,85	124,22	124,22
Hbg.-M. Rentenfonds	58,54	56,29	56,22
Hansainternational	54,59	52,74	52,97
Hansaprofit	–	28,62	28,44
Hansarenta	48,65	47,00	46,94
Hansasecur	69,51	66,20	66,06
Hansazins	49,53	47,66	47,63
Haus-Invest	70,90	67,45	67,45
IB-Fonds Nr. 1	119,40	113,60	113,60
dgl Nr. 2	77,40	75,80	75,80
Industria	60,77	59,00	59,35
INKA-Global	87,58	83,20	82,70
INKA-Rent	54,90	53,20	53,20
INKA-Re-Invest	134,80	131,90	131,90
Inrenta	72,90	71,12	71,86
Interglobal	143,44	139,26	138,41
Inter-Renta	39,40	38,21	38,47
Intervest	100,85	96,91	95,66
Interkapital	28,80	27,80	26,90
Int. Rentenfonds	84,26	82,20	82,46
Investa	73,40	69,90	69,48
Investors Fds.	16,64	15,47	15,45
Iverafonds	62,75	57,40	56,94
Japan-Pazifik-Fds.	74,70	72,82	72,28
Kapitalf. Spezial	140,12	129,61	129,84
Magdeb. W.-Fd.DIT	84,82	80,78	81,10
Medico-Invest	125,75	117,53	116,90
Marlor I	30,55	30,85	30,35
NB Rent	54,95	85,36	85,34
Nordcumula	76,22	74,00	73,95
Nordrenta Int.	59,66	57,92	58,09
Nordstern-F. RK	51,77	50,01	50,82
Nürnberger Rentenfds.	49,65	47,39	47,44
Oppenh. Int. Rent.	101,39	98,43	98,30
Oppenh. Priva-Rent	115,14	109,84	109,78
Oppenheim-Privat	57,16	54,65	54,56
Oppenheim-Spez. I	129,53	125,55	125,39
Oppenheim-Spez. II	97,07	92,44	92,65
Plusfonds	77,50	73,81	73,58
Privatfonds	72,10	68,65	68,14
Re-Inrenta	164,80	140,76	140,97
Renditdeka	35,15	34,13	unerh.
Rentak	162,55	154,47	154,26
Rentex	109,59	106,30	106,20
Rentensparfonds	57,12	55,46	55,36
Ring Aktien-Fds. DWS	50,00	47,72	47,44
Ring Renten-Fds. DWS	47,55	45,40	45,41
Sküder-U-Fonds	152,86	148,41	146,41
SMH-Rentenfonds	53,98	51,44	51,45
Südinvest I	73,02	69,54	69,26
dgl. II	84,12	80,11	79,84
dgl. III	26,91	26,15	26,10
dgl. IV	90,75	87,26	87,02
Thesaurent	69,55	67,85	68,14
Thesaurus	243,62	237,68	236,85
Transatlanta	32,54	31,59	31,41
Unifonds	34,30	32,60	32,36
Uniglobal	99,30	94,49	94,82
Unirak	91,80	86,65	86,57
Unirenta	42,30	41,85	41,22
Unispezial I	–	64,80	64,77
Universal-Eff.-F.	90,77	88,99	88,99
Unizins	113,25	109,91	109,86
Verm.-Aufbau-F.	125,06	119,18	119,12
Verm.-Ertrag-F.	101,74	97,85	98,04
VICTORIA Rent-Adig	75,65	71,16	71,10

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,30	31,65	31,25
Bond Valor DM	110,59	108,57	108,05
Convert Fund A DM	33,68	31,90	31,60
Convert Fund B DM	94,90	92,30	91,30
CS Money Market DM	1076,00	1075,80	1075,00
Eurinvest DM	88,10	84,50	84,40
Euronion DM	185,62	171,09	168,47
Formular Sel. DM	80,32	75,90	75,10
GT Inv. Fund DM	62,10	58,80	57,68
Intasper DM	29,14	27,68	unerh.
Japan Sel. DM	357,10	333,90	333,90
Unico DM	unerh.	unerh.	75,30
Amerika-Valor sfr.	529,25	501,25	507,25
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	121,50	113,00	113,00
Bond-Invest sfr.	64,75	63,50	63,75
Bond Valor Yen	10697,00	10457,00	10460,00
Bond Valor $	119,27	117,06	117,27
Bond Valor sfr.	106,95	104,95	104,99
Bond Valor Ster.	106,11	105,14	102,95
Canasec	662,00	638,00	637,00
CSF-Bonds sfr.	77,75	75,00	75,25
CS Money Market $	1127,00	1126,00	1126,00
CS Money Market Ster.	1079,00	1078,00	1076,00
CS Money Market Yen	102016,0	102015,0	102001,0
Convert Valor sfr.	132,00	130,40	130,40
Convert Valor $	142,17	139,52	139,10
Dreyfus $*	14,57	13,35	13,21
Dreyfus Internat. $*	unerh.	unerh.	46,44
Dreyfus Intercontl. $*	48,07	45,21	unerh.
Dreyfus Leverage $*	unerh.	unerh.	20,11
Energie-Valor DM	149,26	148,62	148,42
Europa Valor sfr.	202,25	192,50	192,50
Fonsa sfr.	195,50	189,00	189,50
Founders Growth $*	9,75	9,75	9,60
Founders Mutual $*	11,11	11,11	10,92
Goldmines Ml.	–	218,00	225,00
Intercont. Tr. sfr.	–	358,25	361,25
Interswiss sfr.	171,00	–	170,50
Intervalor sfr.	91,75	88,50	89,00
Japan Portfolio sfr.	1070,50	1007,25	1001,50
Kemper Growth $*	14,72	13,47	13,35
Pacific-Valor sfr.	172,50	162,00	161,25
Pharmafonds sfr.	320,50	297,50	293,50
Pioneer Fund $*	25,67	25,49	25,31
dgl. II $*	21,26	19,45	19,27
Schweizeraktien sfr.	515,25	488,50	489,00
Siat-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1750,00G
Siat 63 sfr.	1375,00B	1365,00G	1370,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2670,00	2550,00	2550,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1375,00	1310,00	1310,00
Swissvalor sfr.	411,75	399,75	402,00
Technology $*	unerh.	unerh.	13,51
Technogrowth Fd.	109,20	105,11	105,11
Templeton Growth $*	21,26	19,46	12,72
Universal B.S sfr.	79,75	76,75	77,25
Universal Fund sfr.	126,42	121,95	122,32
Ussec	838,00	798,00	798,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 17. 03. 86

5521 Optionen = 292 200 (228 550) Aktien,

davon 634 Verkaufsoptionen = 36 050 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-260/71; 270/67G; 280/59; 290/43B; 300/39G; 320/19,1G; 7-260/90B; 270/80G; 280/70; 300/50; 320/42G; 10-300/66,75G; 320/55G; 340/45G; 350/35G; 360/31; 370/28G; Agiv 7-340/78B; BASF 4-217/119B; 220/104G; 227/96G; 230/96G; 240/86G; 247/78; 250/76G; 257/68; 260/66; 267/58; 270/56; 7-280/53; 290/48; 300/40; 310/35; 330/25,8; 10-260/85B; 280/70; 290/61,25B; 300/56; 310/50G; 330/40; 340/34; Bayer 4-267,45/78; 280/66; 287,45/57; 290/55; 297,45/46,6; 300/45,5; 307,45/34,6; 7-290/70; 300/61,25; 310/48; 320/38; 330/35; 340/30; 350/25; 360/1,5; 10-300/74; 330/46; 340/45G; 350/34; 380/28; BBC 10-270/24B; BHF 7-480/80G; Bay.Hypo 4-600/25; 7-550/170; 580/90; 600/50; 620/40; 650/26; 10-600/70G; 650/45; 670/28G; Babcock 4-110/14B; 115/11,6G; 120/9,5G; 7-110/14,5; 10-110/22; 120/18G; 130/10,4; BMW 4-530/50; 570/10B; 7-560/65; 680/50; 650/50; 700/12; 10-700/50B; 720/21G; 750/19B; Bay.Vereinsbk. 4-500/90B; 520/62; 570/10B; 7-600/51; 620/24; 630/15G; 10-600/65G; 630/25G; Commerzbk. 4-290/40; 299,9/35; 7-280/70G; 290/60G; 300/90; 310/44; 320/41; 330/36; 340/29; 350/26; 380/15,4; 390/15; 10-300/60; 350/50,5; 350/39; 380/27,5; Conti 4-140/70G; 170/48; 180/50; 190/40; 7-170/65G; 180/55; 190/45G; [illegible]

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 188,52 (187,65); Elektrowerte: 337,40 (337,71); Autowerte: 770,01 (775,96); Maschinenbau: 179,95 (175,30); Versorgungsaktien: 179,40 (177,58); Banken: 421,84 (415,65); Warenhäuser: 156,92 (156,35); Bauwirtschaft: 468,04 (463,97); Konsumgüterindustrie: 166,33 (165,84); Versicherung: 1517,27 (1509,05); Stahlpapiere: 187,24 (183,15)

Kursgewinner (Frankfurt):

Seilwolff	50,00	+4,90	+10,8%
Farb. Liqu.	9,90	+0,70	+7,6%
Strabag	198,00	+10,00	+5,3%
Dierig	205,00	+10,00	+5,1%
Maingasw.	210,00	+9,00	+4,4%
Ceag	250,00	+10,00	+4,1%
KSB St.	200,00	+8,00	+4,1%
Metallges.	364,50	+14,50	+4,1%
BHF-Bank	540,00	+21,00	+4,0%
Essl. Masch.	416,00	+16,00	+4,0%

Kursverlierer (Frankfurt):

Westafr. Vict.	72,00	-8,00	-10,0%
Gerling NA Gr.	5900,00	-400,0	-6,3%
Dt. Atl. Tel.	810,00	-40,00	-4,7%
Koepp	210,00	-10,00	-4,5%
Rieb. Mont.	220,00	-10,00	-4,3%
Brau AG	565,00	-25,00	-4,2%
Ford	920,00	-40,00	-4,1%
Asko	1251,00	-49,00	-3,7%
Enka	395,50	-14,50	-3,5%
BMW	534,00	-19,00	-3,5%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kölitzer 1900B, VAB 3000T, Düsseldorf: BASF 315, Bayer 330, BHF 508G, Contigas 400, Hoechst 314G, IWK 315,5, Metallges. 345T, Nixdorf 555, Rütgers 430G, Salamander 301bG, Schering 560, VEW 175. Frankfurt: Adt. 51,1, Allweiler St. 280G, Allweiler Vz. 204G, BASF 316, Bayer 333, BHF 523T, Commerzbk. 321, Contigas 380T, Contigummi 224T, Dresdner Bk. 451, Hoechst 315, IWK 307T, KSB 195T, KSB Vz. 185G, Linde 626, Magdeburger Feuer 690B, Magdeburger Feuer NA 1220G, Mainkraft 500T, Metallges. 340T, Moto Meter 250, Nixdorf 555, Pfaff 227T, Salamander 299, Schering 555, VEW 178,5, Wella 804, Ymos Vz. 179,5 Hamburg: Doag 415, Schering 560, München: BASF 319,8, Bayer 333, Bay. Hdlbk. 455G, Br. Wolik. 259B, Contigas 385G, IWK 315, Linde 605bG, Metallges. 330G, Nixdorf 550bG, Rütgers 420B; Salamander 295bG, Schering 570, Stumpf 136TG, VAB 3200TG, VEW 174bG, Wanderer 541TG.

Bezugsrechte: Frankfurt: Vereins-Westbk. 37, Kolbenschm. 18,5, Olivetti 0,05, Düsseldorf: Mannesm. 5,95, München: Vbk. Nürnbg. 45,5, Hamburg: Norddt. Hypo 14

Devisenmärkte

Schwächere Dollar-Kurse aufgrund eines nicht versiegenden Mißtrauens in die US-Wirtschaft und Zweifel am US-Finanzsystem waren für viele Marktteilnehmer am 17. März nicht überraschend. Der Dollar fiel bis zum Nachmittag von 2,255 auf 2,242. Zur Notiz wurde 2,2468 erzielt. Eine Beteiligung der Bundesbank war nicht vorhanden. Der Yen war dagegen knapp behauptet und notierte mit 1,272. Eine weitere Diskontsenkung wurde von der Japanischen Notenbankspitze heute verneint. Noch nichts Greifbares verlautet von der Opec-Konferenz. Das Britische Pfund gab um 3,5 Pfennig auf 3,278 nach. Im EWS verlor die D-Mark an Boden. Der Sieg der Rechten bei den französischen Parlamentswahlen stärkte den Französischen Franc. Ein Realignment wird kurzfristig ausgeschlossen. US-Dollar in: Amsterdam 2,535; Brüssel 45,9825; Paris 6,903; Mailand 1527,00; Wien 15,768; Zürich 1,8835; Ir. Pfund/DM 3,022; Pfund/Dollar 1,459; Pfund/DM 3,278.

Devisen und Sorten

17.3.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Woch.-Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten Ankauf	Frankf. Sorten Verkauf
New York[1]	2,2428	2,2508	2,2367	2,21	2,31
London[2]	3,271	3,285	3,236	3,22	3,37
Dublin[2]	3,015	3,029	2,953	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6155	1,6235	1,5972	1,58	1,68
Amsterd.	88,475	88,695	88,335	87,50	89,25
Zürich	119,19	119,39	119,19	117,75	120,50
Brüssel	4,875	4,895	4,807	4,74	4,94
Paris	32,455	32,615	31,805	31,25	33,50
Kopenh.	26,98	27,10	26,845	26,25	28,00
Oslo	31,62	31,74	31,015	30,75	32,50
Stockh.**	31,14	31,30	30,765	30,50	32,25
Mailand[3]**	1,4655	1,4755	1,4245	1,41	1,51
Wien	14,258	14,278	14,205	14,14	14,36
Madrid**	1,581	1,591	1,549	1,53	1,65
Lissabon**	1,508	1,528	1,434	1,25	1,90
Tokio	1,2775	1,2805	–	1,25	1,31
Helsinki	43,96	44,16	43,53	43,00	45,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,571	1,625	–	1,19	1,89
Frankl.	–	–	–	1,71	1,85
Sydney*	1,5865	1,6055	–	1,51	1,56
Johannbg.*	1,108	1,142	–	1,00	1,25
Hongkong *	28,65	28,93	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert ** Einfuhr begrenzt gestattet.

FINANZANZEIGEN



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Ausländer kaufen Anleihen

Währungsgesichtspunkte und die Aussicht auf weitere Zinssenkungen sind Gründe für die anhaltende Nachfrage nach deutschen öffentlichen Anleihen aus dem Ausland. Gesucht waren vor allem die längeren Laufzeiten. So stieg die letzte sechsprozentige Bundesanleihe mit 12jähriger Laufzeit auf 102,78 Prozent. Der Emissionskurs hatte 100,50 betragen. Bundesobligationen befestigten sich dagegen nur bis zu 0,20 Prozentpunkte. Wenig Interesse auch für DM-Auslandsanleihen, deren Kurse nur leicht schwankten.

F	3% Fuji 84 m. O.	136	138G
F	3% dgl. 84 o. O.	91,75	91,75
F	3% Hanwa 84 m. O.	130G	140G
F	3% dgl. 84 o. O.	94,75	95,05
F	7% Jap. Synth. 82 m.O.	215G	215G
F	7% dgl. 82 o. O.	101,5G	101,5G
F	3% Jusco 83 m. O.	254G	253G
F	5% dgl. 83 o. O.	100G	100bG
F	3% Kansai Paint 84 m.O.	146	148
F	3% dgl. 84 o. O.	94T	94
F	3% Kaufhof 84 m. O.	185T	183T
F	3% dgl. 84 o. O.	80,5	80,75
F	3% dgl. 85 m. O.	154T	154
F	3% dgl. 85 o. O.	80,9	80,9
F	3% Kobe S. 85 m. O.	136G	136G
F	3% dgl. 85 o. O	91,85G	91,75bG
F	3% Linde Int. m. O.	174G	174G
F	3% dgl. o. O.	79,5	80,9

8% dgl. 84/91	100G	100
8 Arab.Banking 85/88	105,6G	105,5G
10% Arab.Bunnd. 81/89	104,9	105,1
6% Argentinien 78/88	98,6	99,1G
7% dgl. 79/89	100,5bB	100,75
5% Asian Entwbk. 78/88	100,4G	100,4G
7% dgl. 79/89	102,4G	102,4G
10 dgl. 80/90	104,5	104,5G
8% dgl. 80/90	105,1	104,75
10 dgl. 81/91	107,75	107,5G
10% dgl. 81/89	112,5G	112,5G
9% dgl. 82/92	112,75	113,25T
9% dgl. 82/92 II	112,75G	112,75
8% dgl. 82/92	108,25	108,15
7% dgl. 83/91	107,5	107,4
8% dgl. 83/95	109,55	109,55
7% dgl. 84/94	107,7	107,5
8 dgl. 84/94	108,25G	108,25G

7% Emel 75/88	101,25	100,5
5% EurATOM 77/87	100,75G	100,85
7% dgl. 83/95	104,75	104,5
6% Eurofima 72/87	100,3	100,25G
6% dgl. 73/88	102,5T	103,1
5% dgl. 78/88	100,4G	100,35G
6% dgl. 79/89	102,6T	102,5G
10% dgl. 81/91	110	110
9 dgl. 82/92	107,25G	107,25
8% dgl. 82/90	111,1	111,1
7% dgl. 83/91	106	106,2
7% dgl. 83/90	105,75G	105,75G
7% dgl. 84/94	106,75	106,9
7% dgl. 84/92	106,5G	106,5G
6% dgl. 85/97	101,8	101,65
7 Europarat 73/88	100,75	101
6% dgl. 77/87	100,35G	100,25bG
6% dgl. 78/88	100,25	100,1G

Bundesbahn (Auszug)

F	8 dgl. 79 I	7/89	107,9G	107,9
F	6 dgl. 78 I	2/90	102,3	102,3
F	8 dgl. 80 II	7/90	108,65bG	108,65
F	9 dgl. 81	3/91	113,65	113,65G
F	10% dgl. 81	9/91	120,55	120,45G
F	10% dgl.81	11/1	120bG	120,15
F	8 dgl. 80 I	2/92	110,5	110,55
F	10 dgl. 82	2/92	119,5	119,45
F	9% dgl. 82	7/92	117,6	117,75
F	8 dgl. 82	11/92	110,1bG	110,2
F	7% dgl. 85	1/95	109,05	109,05
F	8% dgl. 83	10/95	113,3G	113,2
F	8% dgl. 84	6/94	113,7bG	113,6G

Sonderinstitute (Auszug)

F	6% dgl. 85/95	102,6bG	102,6G
F	6% dgl. 86/96	99G	99G
F	6 Lowe.Rent.Br.RS15	100,45G	100,45G
F	6 dgl. RS 16	100,65G	100,65
F	6% dgl. RS 60	101,7G	101,7G
F	7 dgl. 94	104G	104G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,95G	105,95
F	7% dgl. 102	105,75G	105,75G
F	9% dgl. 126	105,55G	105,55G
D	6% LAG 75 77	102,5	102,25G
D	5% LAG 78	101,2	101,2
D	7 dgl. 79	102,25G	102,25G

Optionsanleihen (Auszug)

F	5% Cap. Habk. 85 m. O.	121,25bG	–
F	5% dgl. 85 o. O.	96bG	–
F	4% Dt.Bk.Lux 78 mO. S	305G	305G
F	4% dgl. 78 o. O. S	97,5G	97,5G
F	6% dgl. 83 m. O.	260T	258T
F	6% dgl. 83 o. O.	94,5G	94,5G
F	3% dgl. 83 m. O.	254G	252
F	3% dgl. 83 o. O.	94,15	94G
F	3% Didier 85 m. O.	145	144G
F	3% Didier 85 o. O.	81,1G	81,5G
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	207G	204
F	4 dgl. o. O.	94,5	94
F	8 dgl. 84 m. O.	226G	225G
F	8 dgl. 84 o. O.	107,25	107,95

Frankfurt – DM-Auslandsanleihen (Auszug)

	17.3.	14.3.
7% Afr. Entwbk. 79/86	100,25G	100,25G
8 dgl. 79/87	101,75G	101,75
10 dgl. 82/89	111,25G	111,25G
8 dgl. 84/91	107,5G	107,25
9 Air Canada 82/92	114	114,4G
7% dgl. 85/95	108G	108
9% Akzo 82/89	105,5G	105,5
7% Allied Chem. 84/94	108,25	108,75G
8% AMCA Ltd. 83/91	103,5G	103,5G
5% Am. Express 79/87	100,15	100,25
8% A.N.A.S. 83/88	104,4	104,4G

6% dgl. 78/86	–	99,75T
7 dgl. 79/87	100	100
5% ELF Aquit. 78/88	99,85G	99,85
6% Emhart Corp. 85/95	101,5	101,3
9% Emhart Overs. 82/89	ausg.	ausg.
6% Ericsson LM 72/87	101	101,25T
6% dgl. 72/87	98,5	98,5
7 dgl. 73/88	100	100bG
9% dgl. 80/87	103,05	102,5
9% dgl. 82/90	104,6	104,1
8% dgl. 83/90	102,7	102,75
8 dgl. 84/92	99,75	100bG
8% dgl. 84/92	101	100,6

9 Fuerzas El. 83/90	110	110G
9% G.D.F. 82/92	111,8G	111,8
6 G. Zbk. Wien 77/87	100G	100G
8% GMAC Ov. 82/87	103,5	103,5G
8% Gould Int. 82/89	102,5G	102,9G
7% dgl. 84/91	104,5G	104,5G
8% GKN Finance 82/89	103,4G	103,4G
8 Haindl 84/91	105,65	105,75
7 dgl. 85/97	104,75	104,85
6% Hamersley 72/87	101,25T	101,25T
8% Heinkel 82/92	105,65G	105,65G
7 Hoesch L. NL 85/95	103,1	103,25
8% Honeywell 80/90	103,8T	103,8T

8 Nederl. Gas 79/86	101bG	101bG
8% dgl. 80/87	102,5bG	102,5G
8 Neufundland 71/86	100,6T	100,6
6% dgl. 72/87	100,75T	101,35T
6% dgl. 73/88	100,5G	100,5
7% Neuseeland 71/86	100,25G	100,25G
7 dgl. 72/87	101,15	101,4T
7% dgl. 76/86	101G	101G
6% dgl. 79/87	100,85G	100,85bG
7% dgl. 79/87	101,4	101,25T
7% dgl. 80/88	102,5	102,5
9% dgl. 81/89	111,5G	111,5

7% Sterling Dr.84/94	103,75	103,75
7% Südafrika 71/86	99,5G	99,5G
7 dgl. 72/87	101,5G	101,5
9 dgl. 80/87	102,4T	102,5
8% dgl. 83/91	102,5bB	102,5
7% dgl. 84/92	97,9bB	97,9
8 Sumitomo 85/91	107,1T	106,85
6% Sveriginvbk 72/87	101	100,75T
7 dgl. 73/88	101,5T	101,25G
9 Tenneco Int. 82/92	105,4	105G
8 TENP 75/95	102,5T	102,5T
6% Thyssen Carib. 85/95	101,25	101,1
6% Traf. House 72/87	100,5	100G

9% dgl. 82/87	105,25bG	[illegible]
5% Tauernaut. 78/93	98,75	[illegible]
9% dgl. 82/94	115,75G	[illegible]
6 TVO-Kraftw. 78/88	108,1G	[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Leicht abgeschwächt schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Mit deutlichen Gewinnen ging Kupfer aus dem Markt. Deutlich schwächer notierten Kaffee und Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	14.3.	13.3.
März	350,25	347,75
Mai	300,50	296,00
Juli	258,25	256,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cl.		
St.L. 1 CW	279,05	277,70
Am. Durum	275,99	274,64

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	99,50	100,70
Mai	102,80	103,90
Juli	105,80	106,90

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	95,80	95,00
Mai	89,50	87,90
Juli	89,00	87,70

HAFER Chicago (c/bush)		
März	125,75	126,00
Mai	118,75	118,25
Juli	116,00	114,75

MAIS Chicago (c/bush)		
März	236,00	233,00
Mai	235,75	231,25
Juli	232,00	230,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	97,30	96,50
Mai	100,00	99,40
Juli	101,60	100,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	14.3.	13.3.
März	247,50	249,00
Mai	248,50	251,50
Juli	253,10	255,90

KAKAO New York ($/t)	14.3.	13.3.
März	2011	2030
Mai	2037	2060
Juli	2075	2095
Umsatz	1779	4127

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	7,30	7,08
Juli	7,53	7,40
Sept.	7,62	7,50
Okt.	7,69	7,60
Jan.	7,70	7,85
Umsatz	18002	10052

[illegible]sa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	6,79	unerh.

KAFFEE London (£/t) Robusta	14.3.	13.3.
März	2500-2515	2500-2509
Mai	2561-2564	2560-2560
Juli	2615-2620	2621-2625
Umsatz	2247	2680

KAKAO London (£/t)		
März	1542-1548	1549-1552
Mai	1536-1537	1545-1546
Juli	1560-1562	1576-1577
Umsatz	2842	5590

ZUCKER London (£/t) Nr.6	14.3.	13.3.
Mai	181,00-181,60	179,80-180,00
Aug.	188,00-189,20	185,00-187,00
Okt.	191,00-191,60	190,00-191,00
Umsatz	848	769

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	17.3.	14.3.
schw.	890,00	890,00
Saraw.spez.	1380,00	1380,00
weiß.Saraw.	1390,00	1390,00
weiß.Munt.	[illegible]	[illegible]

ORANGENSAFT New York (c/lb)	14.3.	13.3.
März	87,90	86,85
Mai	88,00	88,10
Juli	83,15	88,20
Sept.	86,60	86,50
Nov.	87,00	87,25
Umsatz—300	1100	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	14.3.	13.3.
	19,00	19,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,75	17,62

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	17,10	17,65
Mai	17,40	17,88
Juli	17,73	18,20
Aug.	17,90	18,35
Sept.	17,95	18,40
Okt.	18,10	18,50
Dez.	18,50	18,90

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	15,00	15,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	12,00	12,50
Choise white hog 4 % fr. F.	9,50	9,00

TALG New York (c/lb)		
top white	11,75	11,75
fancy	11,25	11,25
bleicht.	11,00	11,00
yellow max. 10% fr.F	10,50	10,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	41,00	40,90
Juni	45,25	45,30
Juli	45,55	45,35

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
März	57,57	57,45
Mai	58,95	59,00
Juli	59,80	60,00

HÄUTE Chicago (c/lb)	14.3.	13.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	537,50	537,50
Mai	537,75	537,50
Juli	540,50	540,35
Aug.	538,00	539,50
Sept.	525,00	526,00
Nov.	521,50	522,00
Jan.	531,50	532,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	162,00	158,80
Mai	162,00	160,00
Juli	151,50	160,20
Aug.	161,00	160,20
Sept.	156,50	155,80
Okt.	154,00	152,70
Dez.	154,00	153,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	14.3.	13.3.
März	287,50	291,10
Mai	295,10	296,00
Juli	303,00	303,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	14.3.	13.3.
	–	12,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	17.3.	14.3.
jegl. Herk. cif	575,00	550,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	455,00	460,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	240,00	237,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) rob Niederl. fob Werk		
	92,00	100,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	280,00	290,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	230,50	225,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	14.3.	13.3.
Mai	63,00	63,30
Juli	63,55	63,99
Okt.	43,80	43,85
Dez.	43,75	43,80
März	44,30	44,50
Mai	45,15	45,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,50	42,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	17.3.	14.3.
März	495-505	495-507
Mai	505-515	503-520
Aug.	522-524	523-524
Umsatz	14	17

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	17.3.	14.3.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	17.3.	14.3.
März	605,00-615,00	592,00-615,00
Mai	613,00-615,00	614,00-615,00
Juli	618,00-620,00	–
Umsatz	21	9

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17.3.	14.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	17.3.	14.3.
März	12439	12436
April	12400	12407

KAUTSCHUK London (p/kg)	14.3.	13.3.
RSS 1 April	58,00-59,50	59,00-60,00
RSS 1 Mai	59,00-60,00	59,50-60,50
RSS 2 April	57,50-58,50	58,00-59,00
RSS 3 April	56,25-57,25	56,75-57,75
Tendenz: leichter		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	17.3.	14.3.
April	192,00-194,00	194,00-196,00
Mai	193,00-195,00	195,00-197,00
Nr. 2 April	192,50-193,50	194,00-195,00
Nr. 3 April	191,00-192,00	192,50-193,50
Nr. 4 April	185,00-186,00	186,50-187,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	17.3.	14.3.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17.3.	14.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	263,62-263,79	262,28-262,21
dritt. M.	270,19-270,36	269,92-270,25
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	82,95-83,11	81,51-81,67
dritt. M.	84,75-85,08	84,33-84,49
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	947,72-949,37	949,52-952,84
dritt. M.	975,32-975,65	976,08-979,40
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	129,76-133,04	129,48-132,80
Prod.-Pr.	150,80	151,67
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	17.3.	14.3.
	17,00	17,00

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17.3.	14.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	334,41-336,71	333,17-335,47
BLEI in Kabeln	90,75-91,75	89,25-90,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher

Messingnotierungen

	17.3.	14.3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	296-302	296-302
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	336-339	336-338
MS 63	319-323	318-322

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	17.3.	14.3.
Leg. 225	335-345	337-345
Leg. 226	337-347	339-347
Leg. 231	372-380	374-380
Leg. 233	384-390	384-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	17.3.	14.3.
PLATIN (DM/g)	31,65	31,15
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	30130	30130
Rückn.-Pr.	29430	29430
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25690	25800
Rückn.-Pr.	25010	25120
verarbeitet	26950	27060
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25200	25350
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	419,80	425,70
Rückn.-Pr.	407,00	412,80
verarbeitet	438,20	444,40

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	17.3.	14.3.
10.30	348,20	347,60
15.00	349,90	348,00
Zürich mit.	348,00-348,50	347,80-348,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	77800	78400
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	387,50	388,80
3 Mon.	398,60	399,60
6 Mon.	408,65	410,05
12 Mon.	428,75	429,85
PLATIN (£/Feinunze) London	14.3.	13.3.
fr. Markt	279,60	282,10
PALLADIUM (£/Feinunze) London	14.3.	13.3.
f. Händl.-Pr.	75,35	76,40

New Yorker Metallbörse

	14.3.	13.3.
GOLD H & H Ankauf	348,00	349,85
SILBER H & H Ankauf	567,50	575,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	402,50-406,00	402,50-406,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	110,00-111,00	112,00-113,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
März	567,50	568,00
April	569,30	571,30
Mai	572,50	574,00
Juli	579,00	580,50
Sept.	587,50	588,00
Dez.	598,50	600,50
Jan.	602,10	604,40
Umsatz	10000	15000

KUPFER (c/lb)	14.3.	13.3.
März	66,35	65,25
Mai	66,60	65,50
Juli	67,00	65,90
Sept.	67,45	66,40
Dez.	67,75	66,70
Jan.	68,10	67,10
März	68,30	67,25
Umsatz	8000	8000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	17.3.	14.3.
mitt. Kasse	802,50-803,00	788,00-789,00
3 Mon.	822,50-823,00	810,50-811,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	252,50-253,00	246,00-247,00
3 Mon.	258,00-259,00	255,00-255,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	999,00-1000,00	984,50-985,50
3 Monate	1014,50-1015,50	1002,50-1003,50
ab. Kasse	–	990,00-991,00
3 Monate	–	1004,00-1005,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	995,00-995,00	980,00-982,00
3 Monate	1010,00-1012,00	1000,00-1002,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	425,00-426,00	420,50-421,50
3 Monate	437,00-437,50	433,00-434,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	225-235
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	53-58

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	14.3.	13.3.
April	46,00-46,30	45,60-46,30
Mai	40,50-41,10	41,62
Juni	38,80-38,30	40,00
Juli	38,70-39,30	39,26

GASÖL – London ($/t)	14.3.	13.3.
März	150,00-150,25	159,00-159,50
April	136,25-136,50	145,50-146,00
Mai	130,50-131,25	140,00-140,25
Juni	129,50-130,00	138,50-139,50
Juli	132,00-133,00	139,50-140,75
Aug.	134,50-137,00	141,50-143,00
Sept.	135,00-138,00	142,00-148,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	14.3.	13.3.
April	40,75-40,90	39,75-39,80
Mai	40,80-41,10	39,50-40,00
Juni	41,10-41,40	39,68-40,00
Juli	41,30	40,00
Aug.	41,30	40,20

ROHÖL – New York ($/Barrel)	14.3.	13.3.
April	12,70-12,78	12,56-12,80
Mai	12,90-13,00	13,34
Juni	13,15-13,25	13,54
Juli	13,35-13,40	13,64
Aug.	13,70	13,80

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	14.3.	13.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	13,75N	14,10N
N. Sea Brent	–	15,00B
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	14.3.	13.3.
April	101,90	102,20
Mai	113,90	114,80
Nov.	81,80	82,00
Febr.	90,00	88,00

New York (c/lb)	14.3.	13.3.
März	1,80-1,82	1,81-1,83
April	1,85	1,85
Mai	2,05	2,04-2,08
Nov.	3,36-3,38	3,35-3,36

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	14.3.	13.3.
März	201,00	188,90
Mai	190,80-190,50	189,20
Juli	186,50-186,00	186,60
Sept.	179,00	180,40-180,10

Devisenterminmarkt

Am 17. 3. kam es zu nachgebenden FF-Euro-Depots, die Abschläge für FF gegen D-Mark notierten verringert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,63-0,53	1,73-1,65	3,35-3,15
Pfund/Dollar	0,59-0,57	1,54-1,51	2,65-2,60
Pfund/DM	2,80-1,40	6,50-5,10	11,2-9,80
FF/DM	32-16	75-57	115-99

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17.3.: Tagesgeld 4,65-4,75 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,55 Prozent, 6 Mon. 4,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17.3.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17.3.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17.3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅝-7¾	4½-4¾	4-4¼
3 Monate	7¼-7½	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
6 Monate	7¼-7½	4¼-4½	3⅞-4⅛
12 Monate	7¼-7½	4¼-4½	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 17.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1040,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	750,00	959,00
5 US-Dollar (Liberty)	400,00	535,00
1 £ Sovereign alt	193,75	243,68
1 £ Sovereign Elizabeth II.	181,75	230,00
20 belgische Franken	149,25	198,65
10 Rubel Tscherwonez	195,75	248,24
2 südafrikanische Rand	173,75	219,74
Krüger Rand, neu	778,75	927,68
Maple Leaf	794,50	945,63
Platin Noble Man	949,00	1121,76
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	220,75	280,16
20 schweiz. Franken „Vreneli"	163,75	215,18
20 franz. Franken „Napoléon"	174,25	227,15
100 österr. Kronen (Neuprägung)	734,50	901,17
20 österr. Kronen (Neuprägung)	147,75	191,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	76,50	104,31
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	345,75	428,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	81,75	114,00

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Dollar-Anleihen

	14.3.	13.3.
9% EEC 90	104,5	104,75
11% dgl. 90	110,5	110
10% EIB 95	108,75	109,125
11 dgl. 91	112,5	110,5
11% dgl. 90	112,375	111,75
11% dgl. 95	118	117,75
12 dgl. 95	120,5	121
12% dgl. 90	114,625	115,125
12% dgl. 93	123,625	123,5
13 dgl. 96	119,625	120
10% Wld Bk 95	112,625	113
10% dgl. 88	105	104,5
10% dgl. 90	109,25	109,75
10% dgl. 93	113,125	112,75
11 dgl. 92	112,875	113,375
11% dgl. 88	107	106,875
11% dgl. 90	111,875	111,25
11% dgl. 89	109,25	109,75
11% dgl. 90	112,25	111,75
12 dgl. 95	118,875	119
12% dgl. 94	121,875	122
12% dgl. 94	124,75	125,125
6% Sears 91	104	104,125
6% Swed.Ex.91	102,375	102,375
7 TRW 94	102,25	102,25
6% Un.Tech.92	102,375	102,375
6% World Bk90	103,5	103,625
6% dgl. 94	104,75	104,875
7 dgl. 94	106,625	106,75
7% dgl. 95	109	109,125
8 dgl. 95	109,875	109,875

Euro-Yen

	14.3.	13.3.
6% ALCorp 91	102	102
6% Allied 95	99,375	99,375
7% ADB 94	107,875	108,375
7 Austria 95	106	106,25
7 BP 92	104	104,375
6% Denmark 92	102,75	103,25
7 Denm.Bk. 92	104,125	104,5
7 Dow Chem.94	101,875	101,875
6% EDF 95	105,875	106,25
6% Eurofima86	99,75	99,75
6% dgl. 92	102,875	103,5
6% dgl. 95	102,75	103
7% dgl. 94	105,875	106
6% Fennia 92	103,875	103,875
6% Finl.Rep90	102,75	103
6% GMAC 90	101,625	102
7% Goodyear95	102,5	102,625
6% dgl. 94	102	102,875
6% ITT 92	101,625	101,625
6% McDonal.92	101,5	101,875
6% Montreal95	102,75	103
7% N.Braun.95	104,5	104,375
7% N.Zeald.90	104,875	105
7% dgl. 89	105,5	105,625
7 Pac.Gas 94	102,625	102,75
6% Penney 92	100,5	100,5
6% Procter 92	102,75	102,875
6% Rallie 92	102,75	103,375

Lux. Franc Bonds

	14.3.	13.3.
9% Akzo 87	100	100
9% Aosa 89	101	101
6% Asian Dv87	97,5	97,5
10% BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 90	101	101
9 dgl. 95	101	101
10% Ceca 94	104,5	104,5
11 dgl. 92	104,5	104,5
13 dgl. 91	101	103
12% Conseil92	104,5	104,5
8 Coptel 88	97,75	97,75
8% dgl. 89	98	98
11 Cr.Lyon.88	101,75	101,75
13 dgl. 89	104	105
7% Den.Mag 88	96,75	96,75
10% Eurocom96	105	106
11 dgl. 93	105	105
12% dgl. 88	100,75	100,75
12% dgl. 92	101	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103,5	103,5
10 dgl. 94	104	104
11% dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9% dgl. 95	102,25	102,25
9% dgl. 88	102,5	102
9% dgl. 93	105,25	103,25
10% dgl. 94	105,5	105
11% dgl. 88	102	102
12% dgl. 90	100,5	103,5
9% Hypo Bk.88	101,25	101,25
9% Ind.B.F.95	101,75	101
11 Kredie.95	104,5	104,5
7% dgl. 87	98	98
10 dgl. 90	102	102
11% dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8% dgl. 87	98,75	98,75
10% Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chim 95	101,25	101,25
10% N.Lx.A92	105	103
12% Nord L.89	101	101
8 Norges 86	99,5	98,75
8 Oslo 89	98	98
8% dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
10% Paribas89	102	102
8 Philips 89	97,75	97,75
7% Renault 88	96,75	96,75
9% Sogenal 92	101	101
10% Solvay 87	101	101
10% Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98	98
9% Volvo 87	100	100
9% WorldBk.90	100,75	100,75
10% dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

ECU

	14.3.	13.3.
9% CCF 95	105,375	105,375
9% CrdNord 91	104,625	104,75
11% CrdFonc90	107,125	107,375
11% dgl. 90	107,125	107,375
8% CrdNat 95	105,375	106,125
10% dgl. 94	111,25	112
8% CrdAgr.94	104,125	105,875
9% Credito 92	104,125	104,25
9% Denmark 90	–	–
10% Denmark91	106,375	107
9% Dresd.bk95	105,125	105,625
9 EDF 97	106	106,75
8% EEC 95	107	107
8% ELFAqu. 88	100,625	100,5
9 Petrof.95	99,875	100,25
9% Peugeot 90	104,375	105,25
10% dgl. 90	106	107,25
9 Philips 93	106,75	107,5
9% Piba 92	106,25	106
10 Prvbk. 92	104,875	106,25
11% Queb.Pr89	107,25	107,25
10% RATP 92	108,375	108,75
9% Rabobk. 95	107,75	108,25
8% Reynolds91	104,125	104,5
10% Roybk.Cd89	104	–
9 SAS 95	105,25	105,625
9 Sanwa 95	102,375	102,625
8% Secpac 90	100,5	101
11% SNCF 94	110,75	110,75
9 SNCI 95	104	104,5
10% Spartkas91	104	104
9% Sumitcorp95	106,75	107,5
9 Sumitfin 95	106,75	107,5
9 Unibk.Nor.95	103,25	103,5
9% WestLB 90	103,75	104,5
9% Westpac92	105,75	106
8% Worldbk 95	105,75	105,875
9% dgl. 95	–	–
9% dgl. 72	107,75	108,625
10% dgl. 89	108,625	109
10% dgl. 88	105,25	106,125
10% dgl. 94	109,5	110,5
11 dgl. 93	108,75	109,75

ECU-Tageswerte

	14.3.	13.3.
Dollar	0,935689	0,946482
Bfr	44,2365	44,2741
DM	2,15986	2,16177
Hfl	2,43768	2,44027
£	0,652795	0,649588
Dkr	7,98478	7,99873
FF	6,64491	6,64998
Lire	1470,09	1471,07
Ir£	0,714534	0,715136
Sfr	1,81606	1,82434
öS	15,1381	15,1426
Peseta	136,157	unerh.
Skr	6,89912	unerh.
Nkr	6,80451	unerh.
Kan-$	1,3329	unerh.
Esc	142,398	141,97
Fmk	4,88262	4,88811
Yen	168,584	169,894
Drachme	134,255	134,050

SZR-Wert

	14.3.	13.3.
Dollar	1,15220	1,14471
DM	2,60574	2,61029

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/3 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/4 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,85, 2 Jahre 4,55. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,30, Rendite 5,68.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 17.3.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,198	6,40
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	107,994	6,40
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	56,21	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,86	6,65
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,50	6,41
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,75	4,63
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	134,50	8,96
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	107,29	5,82
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	78,81	5,82
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,31	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,20	6,60
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,40
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,58	6,18
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,37	6,41
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,08	6,28
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,73	6,49
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,65	6,39
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	56,39	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,30	6,30
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,20	6,48
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,50	6,47
WestLB 602	100,00	3.10.05	29,50	6,45
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,00	4,71
WestLB 501	137,01	16.2.90	112,55	5,17
WestLB 505	115,76	3.10.88	103,65	4,46
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,70	5,47
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,34
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,50	8,02
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,50	10,83
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,25	8,86
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,125	8,91
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,25	8,12
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,75	9,23
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,125	9,11
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,125	8,53
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,59
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,50	8,16

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45	(4,45)	100,6	101,4	102,4	103,3	104,3	[illegible]
2	4,75	(4,75)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	[illegible]
3	5,18	(5,18)	99,50	102,0	104,7	107,4	110,1	[illegible]
4	5,55	(5,55)	97,75	101,2	104,7	108,2	111,7	[illegible]
5	5,80	(5,80)	96,20	100,9	104,7	108,9	113,1	[illegible]
6	5,98	(5,97)	94,70	100,1	104,5	109,4	114,3	[illegible]
7	6,26	(6,25)	92,50	98,55	103,6	109,1	114,6	[illegible]
8	6,44	(6,46)	90,50	96,60	102,7	108,8	114,8	[illegible]
9	6,57	(6,55)	88,95	95,55	102,2	108,8	115,4	[illegible]
10	6,62	(6,62)	87,75	94,90	102,0	109,1	116,2	[illegible]
15	6,88	(6,88)	81,95	91,05	101,1	109,5	118,4	[illegible]

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,020 (113,032)
Performance-Rentenindex: 239,479 (239,010)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	14. März	7,125-7,625
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	[illegible]
	60–270 Tage	[illegible]
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	[illegible]
	60 Tage	[illegible]
	90 Tage	[illegible]
Certificates of Deposit	1 Monat	[illegible]
	2 Monate	[illegible]
	3 Monate	[illegible]
	6 Monate	[illegible]
	12 Monate	[illegible]
US-Schatzwechsel	13 Wochen	[illegible]
	26 Wochen	[illegible]
US-Staatsanleihe	10 Jahre	[illegible]
	30 Jahre	[illegible]
US-Diskontsatz		[illegible]
US-Primerate		[illegible]
Geldmenge M1	7. März	631,8 Mrd. $ (- 2,2 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
März	135,80	[illegible]
Juni	137,85	[illegible]

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Die größten Finanzpleiten des 20. Jahrhunderts

Rette sich, wer kann!

Armer Mann, was nun? Niedergeschlagen hockt er an seinem leergeräumten Schreibtisch, beide Ellbogen *aufgestützt*. Der Anzugträger zeigt sein Gesicht nicht. Die Hände *hat er davor zusammengeschlagen*. Sieht so ein Unternehmer aus, für den die Welt zusammengebrochen ist?

Die Titelzeichnung von Pierre Letan besitzt unzweifelhaft Symbolcharakter, auch wenn der Pleitegeier nicht sichtbar über dem Kopf des mutmaßlichen Geschäftsmannes kreist. „Famous Financial Fiascos" nannte Autor John Train, Anlageberater in New York und Mitarbeiter *des Wall Street Journal*, die Orginalausgabe dieses Buches. Sie wurde übersetzt und durch eigene Beiträge ergänzt von dem deutschen Wirtschaftsjournalisten Fritz von Globig.

Die Lektüre, so heißt es nett gemeint im Vorwort, richte sich unter anderem an „Leute, die anfällig für



finanzielle Katastrophen sind". Das erweckt vielleicht den Eindruck, als handele sich da um einen Ratgeber, etwa für Jung-Unternehmer, mit neuen Erkenntnissen zur Insolvenz-Ursachenforschung. Dem ist allerdings nicht so, obwohl leicht verständlich in kurzer Form allgemeine Gründe für finanzielle Desaster angeführt werden.

Train – und auch von Globig – beschreiben vielmehr, oft witzig-pointiert, wie verschwenderisch etwa Unternehmen und Geschäftsleute mit Geld umgehen. Die 22 kurzen Beiträge sind alle wild durcheinander gewürfelt. Es geht beispielsweise um die Superinflation zur Zeit der französichen Revolution, den Zusammenbruch der Kölner Herstatt-Bank, einen Börsenspekulanten, der im Gefängnis landet, sowie einen spanischen Heiratsschwindler; alles hübsch und unkompliziert wiedergegebene Fälle.

Etwas schwierig mag für Wirtschaftslaien die Story „I.O.S. oder Cornfelds Narrenstück" zu lesen sein (was der amüsante Schluß allerdings wieder wettmacht). Herrlich und ärgerlich, für australische Steuerzahler, ist die Geschichte von Sydneys sagenhaft teurem Opernhaus. Trockensarkastisch wird erzählt, wie aus sechs Millionen Dollar veranschlagten Kosten im Handumdrehen fast eine halbe Milliarde werden. „Die Akustik ist schlecht, keine wünschenswerte Eigenheit für ein Opernhaus. Die Sitze sind zu eng; die Sicht ist recht unterschiedlich. Die Betriebskosten sind so hoch, daß die Oper rund 10 Millionen Dollar im Jahr minus macht. Der Premierminister von New South Wales, wo Sydney liegt, schlägt jetzt vor, das Innere in den ursprünglichen Entwurf zurückzuverwandeln. Dieser Job, so schätzt man, wird zu heutigen Preisen 400 Millionen Dollar kosten".

Nun haben Pleiten freilich vor allem für jene etwas Faszinierendes und Unterhaltendes an sich, die nicht davon betroffen sind. Doch was passiert mit den Opfern, die an ihrer Risikolust oder ihren Fehlplanungen gescheitert sind? Da in dem Buch auch deutsche Pleiten erwähnt werden, wäre es hilfreich und informativ gewesen, ein paar Anmerkungen für die Situation der Betroffenen nach der *Pleite zu bringen*. Wer in der Bundesrepublik Deutschland nämlich *Konkurs anmelden muß*, der wird – wenn er ohne Haftungsbeschränkung *seinen Betrieb geführt hat – mit der* Beendigung des üblichen Verfahrens *seine Schulden entgegen* einer weitverbreiteten Überzeugung nicht los. Im Gegenteil: Das Elend fängt erst richtig an.

Aber *auch der Unternehmer*, der Chef einer GmbH war, ist nach dem *Exitus des* Betriebes häufig keinesfalls aus dem Schneider. Er haftet meist noch für nicht abgeführte Sozialabgaben und die Steuern „seiner" Gesellschaft. Wesentlich angenehmer dagegen die Situation in den angeblich so kapitalistisch harten USA. Wenn einem dort die Schulden über den Kopf wachsen, dann kann man seinem Gläubiger entweder sein gegenwärtiges Vermögen opfern, ist dafür aber die restlichen Schulden los. Oder man gibt einen Teil seines zukünftigen Einkommens ab, um sein gegenwärtiges Vermögen zu retten.

ANDREAS ENGEL

John Train u. Fritz von Globig: „Berühmte Pleiten. Die schönsten Finanzskandale der Welt", Horst Poller Verlag, Landsberg, im Verlag Bonn Aktuell, 177 Seiten, 34 Mark.



Wie ein Stück Prosa gemalt: „Gloucester Harbour" von Winslow Homer (1875) FOTO: G.C.RUMP

Sein Nachruhm wird immer strahlender: Washington ehrt Winslow Homer

Ein Säulenheiliger des Naturalismus

Als Winslow Homer *1867* nach Paris kam, ließ er sich mit seinem Freund Albert W. Kelsey *zusammen* ablichten. Das Foto ist typisch für die Position, die Homer in der Geschichte der amerikanischen Malerei einnimmt. *Homer sitzt nämlich*, gezwungen leger, auf einer Säule. Und *das ist er auch geworden* – der Säulenheilige des amerikanischen Naturalismus.

Stärker noch als Frederick Remington, Thomas Eakins oder gar Norman Rockwell, der spätere Banalisierer, steht Winslow Homer für eine Kunst, die modern war in dem Sinne, daß sie sich dem zeitgenössischen Leben vorbehaltlos zuwandte. Der Naturalismus des 19. Jahrhunderts ist ihm eine Selbstverständlichkeit. Deshalb urteilten so empfindsame Seelen wie sein Zeitgenosse Henry James: „Homer ist fast barbarisch simpel. Er hat sich die am wenigsten malerischen Regionen der Landschaft wie der Zivilisation ausgesucht, und er hat sie mit derselben Hingabe bearbeitet, als seien sie mit Tanger oder Capri gleichwertig. Und, zum Lohn seiner Kühnheit hat er auch noch Erfolg damit."

Homers artistisches Credo war schlicht: „Wenn ich den Gegenstand sorgfältig ausgesucht habe, male ich ihn genau so, wie er erscheint." Das mußte natürlich Ästheten abstoßen und hat dem Nachruhm Homers zuerst geschadet. *Aber man billigte ihm* stets zu, daß er eine integre Persönlichkeit war. *Das galt für die Kunst* wie für sein Leben, auch wenn er sich *im Alltagsgehabe eher abweisend gab* und häufig dem Alltag entfloh, um *Angeln zu gehen.*

Es waren diese Angelausflüge, die ihn zur Malerei in Wasserfarben führten. Mit 48 Jahren zog sich der Junggeselle in ein gottverlassenes Dörfchen in Maine zurück, Prout's Neck. Seine „klassischen" Bilder wie „Gulf Stream" (1899) oder „Eight Bells" (1904) sind in ihrer unprätentiösen Nüchternheit einem perfekten Stück Prosa nicht unähnlich. Es sind Produkte eines grenzenlos aufnahmefähigen Auges, das den Gegenstand nicht nur Stunden oder Tage betrachtet hat, sondern Jahre. So haben in Homers besten Werken die Dinge kontemplativen Charakter, eine nachdenkliche Pose gegenüber der Natur, deren allumfassende Überlegenheit das durchgehende Thema seiner Kunst ist.

In den technisch brillianten Aquarellen hat Winslow Homer treu dokumentiert, was er auf seinen Ausflügen erlebt hat: Orangen am Ast, Reiher am Weiher, Boote mit Angeln. Sein auf die Dinge des Alltags gerichteter Blick, der ihn auf eine fast unheimliche Weise mit der holländischen *Kunst des 17. Jahrhundert* verband, machte es seinem Publikum leicht, *ihre eigenen Erlebnisse in den Bildern wiederzufinden.*

Einflüsse auf sein Werk kamen von Manet ebenso wie aus den japanischen Farbholzschnitten. *Nie jedoch* wird man da Details auf die kritische *Nadel aufspießen können, zumal* es nicht die dekorativen Äußerlichkeiten waren, die etwa die grandiose Malerei eines James McNeill Whistler so *kulinarisch machen.* Es war der Blick für die Bildgestaltung bei Manet als auch bei den Japanern, der ihm und damit seiner Kunst eine innere Kraft verliehen, die ihm heute einen Nachruhm garantiert, der in den letzten Jahren immer strahlender geworden ist.

Seit seinem Tod 1910 konnte man praktisch alle zehn Jahre eine große Ausstellung mit seinen Arbeiten sehen. Da Homer 1836 geboren wurde, richtete ihm jetzt die National Gallery in Washington zu seinem 150. Geburtstag eine Aquarell-Ausstellung ein. Das ist nicht nur eine Pflichtübung, es ist ein lebendiger Beweis für die Aktualität seiner Kunst, die hinter der physischen Existenz der Natur und ihrer bildlichen Wiedergabe auch eine metaphysische Dimension anerkennt.

GERHARD CHARLES RUMP

Washington: bis 11. Mai; Fort Worth: 6. Juni bis 27. Juli; New Haven/Connecticut: 11. Sept. bis 2. Nov.; Katalog ca. 30 Mark.

Essen: Hansgünther Heyme inszeniert Euripides

Hier ruft man „Aaaaiii"

Einen Vorhang gibt es nicht, deshalb sieht man sogleich das mächtige Wohnzimmerbuffet mit Dampfermodell hinter Glas und den ausladenden runden Tisch mit acht Stühlen. Die stehen vor dem rosa bemalten eisernen Vorhang und sind – *hätten Sie's gewußt?* – das Bühnenbild zur „Iphigenie in Aulis" des Euripides in der Übersetzung von Friedrich Schiller.

Bühnenbildner Wolf Münzner ist darauf gekommen; Hansgünther Heyme führt Regie, auch bei des Euripides „Troierinnen" nach der Pause. Nachdem der neue Hausherr in Essen zuvor zwei seiner Produktionen aus Stuttgart zeigte, führt er jetzt zum ersten Mal zweimal zwei Stunden lang hausgemacht vor, was er sich unter Theater vorstellt.

Da gibt es zunächst einmal ein großes Verwundern. Agamemnon nämlich, im dunklen Anzug mit dem göttlichen Auftrag hadernd, seine Tochter auf dem Altar schlachten zu sollen, sieht sich in seiner Stube plötzlich sieben attraktiven Damen in aparten Cocktailkleidern gegenüber. Das ist – hätten Sie's gewußt? – der Chor der Frauen von Kolchis.

Der skandiert hier keine Verse, sondern verfährt wie Adele in der „Fledermaus": Er fängt „auf d'Letzt zu singen an", den ganzen Abend über, also auch nach der Zerstörung Trojas, beim Warten *auf* den Abtransport in die Sklaverei. Mehrstim*mig sogar*, nicht allerdings in den packenden Rhythmen aus Orffs antiken Opern, sondern immer schön in einer Tonart zwischen „Schlaf, Kindchen, schlaf" und der „Vogelhochzeit".

Das Programm des Abends leuchtet am ehesten ein: Vor der Beschreibung des Desasters nach dem Krieg zeigt man die Lage davor – in einem Stück, mit dem es das deutsche Theater nie besonders gut gemeint hat. Allzu schwankend hat Euripides in der „Iphigenie" die Charaktere gezeichnet: Agamemnon, Menelaos, selbst Achilles.

Heyme hat diese Rollen übrigens mit Karl-Heinz Pelser, Wolfgang Robert und Volker Lippmann vorzüglich besetzt. Bei den Protagonistinnen hat er weniger Glück: Inge Andersen als Iphigenie, die nicht sprechen kann und „Mutta" sagt und „Vataland" oder auch „Heea", und Elke Petri als Clytemnaistra, der am Ende Artemis (Peter Kaghanovitch) in Gestalt des gutbürgerlichen Dienstbolzens erscheint und die Rettung der Geopferten verkündet.

Erst danach also *sieht man in Essen* das schlimme Ende Trojas: Die Ermordung eines Kindes, die Klage der Frauen, die zwar keinen Grabschmuck mehr besitzen, wohl aber äußerst prächtig gekleidet sind wie die Polowetzer Mädchen bei Borodin und aus Plastiksäcken eine Stehlampe sowie Töpfe und einen elektrischen Kocher zu Tage fördern.

Die Sprache der Übersetzung von Ernst Buschor dagegen ist archaisch: Man ruft nicht „Weh!", sondern auf gut Altgriechisch „Aaaaiii!". Zwangsläufig kann da Betroffenheit – und darauf käme es ja an – schwerlich aufkommen, um so weniger, als es bei den Auftritten der Protagonistinnen – Kassandra (Andersen), Andromache (hervorragend: Brigitte Horn) und Helena (Elke Petri) – keine Entwicklung, keine Steigerung gibt, so daß sie den Eindruck des Beliebigen und Austauschbaren machen.

Die Katastrophe der Inszenierung ist indes Margit Carstensen, die mit rauchiger Stimme und *völlig outriert* den ständig durch verstümmelnde Pausen *und sinnwidrige Betonungen* gefährdeten Text der Hekabe abzuliefern versucht. Aber das geht wohl nicht allein zu ihren Lasten, sondern vor allem auf das Konto des Regisseurs.

Dessen Inszenierung, in die sich die Darstellerin nicht hineinfindet, ist ja keineswegs nur ein weiteres exaltiertes Zeugnis des inzwischen veralteten Regietheaters der 70er *Jahre*. Zugleich läßt sie wie kaum eine andere seit Heymes Wiesbadener Zeit den Irrtum seiner Klassiker-Interpretationen insgesamt ablesen. Einerseits bietet er zwar genau den Inhalt, andererseits dressiert er seinen regiefrommen Schauspieler eine derart outrierte, gewissermaßen auf Hochglanz polierte Form an, daß er sie – *und* den Klassiker! – am Ende vorführt wie Lipizzaner.

Daß erst aus dem stimmigen Miteinander, dem integralen Ineinander von Inhalt und Form Sinn entsteht, des einzelnen Satzes und des Ganzen, diese Einsicht fehlt ihm ganz und gar. Seine intellektuell überfrachteten Inszenierungen sind allzu manieristisch. Die Tragödien des Euripides kommen darin um.

HORST ZIERMANN

Nächste Aufführungen: Beide Stücke 29. 3., Iphigenie 18., 27. 3., Troierinnen 22. 3.; Theaterkasse: 0201/1812828.

Prominenz am frühen Abend: G. Baumanns ZDF-Sendung „Mein Gästebuch"

„Zum Ketzern muß man sich zwingen"

Margret Dünsers legendäre V.I.P.-Schaukel liegt heute *noch allen Fernsehredakteuren, die* mit dem schönen, aber schwierigen Geschäft des „*Prominenteninterviews*" betraut sind, wie Blei im Magen. Die Dünser hatte in ihrer bisher einmaligen Art die Gespräche zu einer Perfektion gebracht und es geschafft, wirkliche Stars vor die Kamera zu bekommen, die sich nicht scheuten, dank Frau Dünsers einfühlsamer Fragekunst auch sehr persönliche Dinge preiszugeben.

Doch wie schwer ihr TV-Vermächtnis zu erfüllen, geschweige zu ersetzen ist, haben bereits einige weniger talentierte Erbinnen der großen Dünser schmerzhaft erfahren. Alle sind sie bisher von der V.I.P.-Schaukel gestürzt und haben sich schwere Prellungen zugezogen. Jüngstes Beispiel ist Sabine Sauer und ihr „ZDF-Showfenster", das sich als bunt-banaler Fernsehsalat entpuppte.

Diese *Mißstände* auf dem TV-Gesprächssektor werden bleiben, so *lange es hierzulande Brauch ist*, erst ein Konzept zu konstruieren und da*nach irgendein telegenes Gesicht zur* Präsentation auszuwählen, egal, ob Sach*kenntnis vorhanden ist oder* nicht – ein in England oder den USA unvorstellbarer *Vorgang. Dort würde* eine – an sich talentierte – Sabine Sauer nicht ins Wasser gestoßen und verheizt, so daß beim Showfensterln die Scheiben zu Bruch gingen.

Auch wenn es beim ZDF keiner wahrhaben will: die Schlappe mit dem „Showfenster" versucht man, im Vorabendprogramm wettzumachen. Zwölfmal bittet zunächst Ratefuchs *Guido Baumann deutsche und internationale* Prominenz ins Studio und *plaudert mit ihnen 25 Minuten lang* über dieses und jenes in seiner neuen *ZDF-Reihe „Mein Gästebuch"*. Mit dem Gesprächsleiter ist den Mainzern ein guter Griff gelungen. Denn seit 35 Jahren macht der Schweizer Fernseh- und Zeitungsjournalist nichts anderes, als Prominenten und solchen, die sich dafür halten, auf den Zahn zu fühlen.

Wie ein *roter Faden läuft der Smalltalk* durch sein Leben. Schon mit 23 *Jahren wurde der Studiosus der* Germanistik, Anglistik und Theaterwissenschaft Leiter der Unterhaltungsabteilung bei Radio Zürich. Doch

Mein Gästebuch – ZDF, 18.20 Uhr

schon mit 28 hatte er von den administrativen *Aufgaben genug und* machte sich für einige Jahre frei als *Autor und Ideenlieferant für* Unterhaltungssendungen. Einer breiten Öffentlichkeit ist Baumann aber erst bekannt geworden, als er im Team von Robert Lembkes Dauerbrenner „Was bin ich?" mitmachte. Durch diese Serie hat er das mitbekommen, was er „Kontinuität" nennt: andauernd mit Menschen in Berührung zu kommen, diese auszufragen und möglichst hinter deren Fassade zu blicken.

Angefangen hatte alles mit der Talkrunde „Lili Palmer ganz persönlich im Gespräch mit Guido Baumann". Später folgten Gespräche für das ZDF mit Stars aus dem Musikleben. „Schöne Stimmen" lautete der Titel. *1977* begann er *mit der* Talkshow „Gefragte Gäste" beim SFB, einer *Fortführung seiner Züricher* Erfolgssendung „Gefragte Leute". Daß Bau*mann ebenfalls für die Schweizer* Illustrierte „Exklusiv" seit Jahren seine gefragten Gäste löchert, sei nur am Rande vermerkt. Außerdem können nach der Frankfurter Buchmesse Baumann-Fans in gebundener Form die 30 interessantesten Gespräche halbleinen nach Hause tragen.

„Im April werde ich der Ehefrau von Mitterrand einen Besuch abstatten und für die Printmedien interviewen. Kein Mensch weiß, wer sie eigentlich ist, was sie macht und denkt." Er hofft, es herauszubekommen. „Ich bin gut vorbereitet. Bin neugierig auf den Gesprächspartner und oft selber erstaunt über das Ergebnis der Gespräche. Natürlich gibt es einen aktuellen Aufhänger, aber am Schluß der Sendung sollte dieser in den Hintergrund getreten sein und der Gast mit all seinen Stärken und Schwächen dem Zuschauer transparent erscheinen. Jeder Mensch hat eine Biographie. Deren Höhepunkte sind dann irgendwann einmal erzählt. Aber ich versuche, mit ihm darüber *zu plaudern, worüber er jetzt nach*denkt, was ihn beschäftigt, um neue Seiten von ihm aufzutun, ohne dabei den Gast aufs Kreuz zu legen und durch Fragen zu kompromittieren."

Maria Schell, deren 60. Geburtstag, vor kurzem gefeiert, der aktuelle Aufhänger für die erste Seite des Gästebuches ist, führt den Reigen der Künstler an, die Baumann portraitiert. Laut Wolfgang Tauber, dem Verantwortlichen ZDF-Redakteur,



Smalltalk als Lebensaufgabe: Guido Baumann FOTO: DPA

haben ferner Günter Strack, die Kessler-Zwillinge, Heidelinde Weis, Iwan Rebroff, Lilo Pulver, Gitte Haenning und Siegfried Wischnewski zugesagt. Weitere Gesprächspartner konnten sich mit dem ZDF noch nicht auf ein Aufnahmedatum einigen. Das ist allerdings nichts Ungewöhnliches beim termingestreßten Künstlervölkchen.

Einer Gefahr muß Baumann allerdings in seinen Gesprächen begegnen. Da er mit vielen seiner Gäste befreundet ist, wird es ihm schwerfallen, auch mal ketzerische Fragen zu stellen. „Man muß sich halt dazu zwingen", meint er. „Außerdem *hat* eine Sendung um 18.20 Uhr eine an*dere Dramaturgie als eine um 23.00* Uhr. Meistens essen die Leute mit ihren Kindern zu diesem Zeitpunkt und wollen vor den Nachrichten entspannen. Zur späten Stunde kann man so einem Programm einen ganz anderen Biß geben."

ROLF PETERS

ARD / ZDF / SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Liebling – Kreuzberg
11.10 Jonas
11.40 Umschau
11.55 denkmal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen
Haushalt, Kinder und politische Karriere – wie bekommen Politikerinnen das alles unter einen Hut? Michael Böttcher zeigt in seiner Dokumentation, wie Frauen mit dieser Dreifachbelastung fertig werden.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Mit Robert Lembke
21.00 Kontraste
„Sich wehren um jeden Preis" – Totalverweigerer in Deutschland-Ost und Deutschland-West / Die Ost-West-Krankheit – Bericht über psychische Schäden bei „DDR"-Aussiedlern / Berlins Asylanten-Problem – Die Rolle der „DDR" und die Pläne Innensenator Lummers / „Kuli", Carell und Konsorten – „DDR" attackiert westliche Fernsehunterhaltung
Moderation: Joachim Braun
21.45 Dallas
Das Urteil
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra – aus Genf
Eiskunstlauf-WM: Kurzprogramm der Herren, Kür der Paare
23.45 Chanson Spéciale
Yves Duteil
Film von Georg Bense
Seit Jahren sind seine Konzerte in Frankreich ausverkauft, das Publikum liebt den Chansonsänger, dessen Lieder von hübschen, angenehmen Dingen handeln.
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Francis Best und Axel Becher
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Gästebuch
Zwölfmal stellt Guido Baumann ab heute Prominente von Bühne, Film und Fernsehen vor. Den Anfang macht Maria Schell, deren *frühe Filmerfolge* mit O. W. Fischer erst kürzlich wieder einmal zu sehen waren.
Die Sendung wird vierzehntägig ausgestrahlt.
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Berliner Filz
Über eine unendliche Geschichte berichten Michael Hasskerl und Horst Günter Kessler
20.15 Alles was Recht ist
Geschichten zwischen Amor und Justitia
Eine Unterhaltungsreihe in drei Folgen
1. *Folge: Von Boxern und Bürgern*
Mit Thekla Carola Wied, Christian Quadflieg, Heli Finkenzeller u. a.
21.15 Personenbeschreibung
Tayeb Saddiki – ein Mime aus Marokko
Film von Georg Stefan Troller
21.45 heute-journal
22.05 Fußball-UEFA-Pokal
1. FC Köln – Sporting Lissabon
Viertelfinale, Rückspiele (*Ausschnitte*)
22.45 Polnische Schule
Eine Auswahl von Examensfilmen der polnischen Filmhochschule in Lodz
0.25 heute

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Taxi
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Glücksteffer
19.45 Love Boat
Anschließend: APF Wetterblick
Danach: Ihr Wochenhoroskop
20.45 ... geheimcode: rebecca ...
Spionageaffäre in Nordafrika (2)
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 S. T. E. P. IN
23.35 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Direkt
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Der alte Richter
10. Die Versteigerung
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal Spezial
Aus Budapest anläßlich der Eröffnung des Franz-Liszt-Festivals
21.50 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karlchen
19.30 Sierra
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Mann aus Marseille
Franz.-ital. Spielfilm (1972)
22.09 RTL-Spiel
22.15 Rund ums Osterei
22.40 Porträt einer Legende: Beach Boys
23.05 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
17.30 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Aus Kalifornien: Silicon Valley – vergiftetes Tal
20.45 Rückblende
Vor 40 Jahren gestorben:
Clemens August Graf von Galen
21.00 Formel Eins
21.45 Gezeichnet fürs Leben – Das Stigma der Folter
22.15 Deutschlandbilder
Die Lust zu kämpfen – die Kraft zu lieben
M. v. Trottas Film über Rosa Luxemburg
22.45 Auslandsmagazin
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – Die Baltus (9)
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Der kleine Riese
Fernsehspiel von Herbert Reinecker

22.40 Dialog
Fritz J. Raddatz im Gespräch mit Peter Zadek
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Frauen-Fragen
Türkinnen bei uns
19.05 Formel Eins
20.00 Mord im Dorf
Rumänischer Fernsehfilm
Regie: Iosif Demian
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
Erste Durchsicht der Frühjahrs-Neuerscheinungen
22.45 James Ensor
Ein Film von Jürgen Wilcke über den belgischen Maler
23.30 Soap – Trautes Heim

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
„Früher in den Ruhestand?"
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Stadt der Illusionen
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Kirk Douglas, Lana Turner, Walter Pidgeon u. a.
Regie: Vincente Minnelli
23.10 Englischkurs (11)
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 BR unterwegs
20.00 Familie Puma in Cochas, Peru
20.45 Die Sprechstunde
Wildbret, das gesündeste Fleisch
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ein Verbrechen aus wahrer Liebe
Ital.-franz. Spielfilm (1974)
Mit Giuliano Gemma, Stefania Sandrelli u. a.
Regie: Luigi Comencini
23.30 Rundschau

KRITIK

Auf der Suche nach einem neuen Anfang

Was macht man mit einem gelangweilten Siebenjährigen an seinem schulfreien Tag? Am besten loswerden. **Besuch Mama, Papa muß arbeiten**, schlägt Regisseur François Leterrier in seinem *1977* entstandenen Spielfilm vor, den das ZDF in deutscher Erstaufführung zeigte. Ein etwas verwirrender Titel, wie sich bald herausstellt, denn schließlich lebt der Knirps bei den Eltern.

Da Vater Serge allerdings als Plattenproduzent und vielbeschäftigter Liebhaber dauernd unterwegs ist, bleibt die Freizeitgestaltung des Nachwuchses der Mutter überlassen. Die jedoch hat ihre eigenen Vorstellungen von Familie und Beruf, in *dem sie als Designerin* bis in die Nacht hinein arbeiten muß, weil am Tage Sohn Jerôme seine Forderungen stellt, von denen Märchenerzählen und Zoobesuche noch die geringsten Probleme mit sich bringen.

Das ist die Ausgangssituation in diesem Film, der Konfliktreiches in humorvoller Form zur Sprache bringt. Denn Agnès, dargestellt von der herb-aparten Marlène Jobert, steht mit dem Problem, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten, nicht alleine. Auch ihre Freundinnen haben Schwierigkeiten, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Die eine will sich in schriftstellernder Weise emanzipieren und gleichzeitig einer kaputten Ehe entfliehen, die andere vernachlässigt als erfolgreiche Geschäftsfrau (seltsam blaß: Micheline Presle) ihre Tochter, die am Rauschgift zugrunde geht.

Fast zuviel Stoff für einen knapp hundertminütigen Film hat Leterrier zusammengetragen, der mehrere Geschichten gleichzeitig erzählt und die meisten aus dem Blickwinkel verliert. Diese Episoden sind locker um die Beziehung zwischen Agnès und dem Bauunternehmer Vincent (Philippe Léotard) gruppiert, den Agnès bei einem Zoobesuch kennenlernt und die eine tiefe Liebe füreinander empfinden. Doch ihr Zusammenleben scheitert an Jerôme. Er lehnt Vincent ab, und Serge will bei einer Scheidung nicht auf den Sohn verzichten. Agnès bleibt bei ihrer Familie, Vincent geht nach Kanada. Sieben Jahre später treffen sie sich auf dem Flughafen Orly – die Chance für einen neuen Anfang?

Ohne in schwermütige Tiefe zu verfallen, gelingt es Leterrier in dieser heiteren Liebesgeschichte, den Konflikt einer Frau zu schildern, die – zwischen der Zuneigung zu ihrem Sohn und dem Wunsch, ihr eigenes Leben zu gestalten hin- und hergerissen – sich schließlich der liebenswerten Tyrannei der Kinder im Leben der Erwachsenen unterordnet.

Vor allem aber der schauspielerischen Leistung von Marlène Jobert und Philippe Léotard ist es zu verdanken, daß diese an sich traurige Geschichte in erfrischender Leichtigkeit, ohne oberflächlich zu werden, den Zuschauer in ihren Bann zieht.

HANNE-LORE HEILMANN

Madonna der Grünen

H. B. – Auch Spanien hat seine Grünen. Nein, nicht diese, es sind andere Grüne. Obgleich kein Land einen ökologischen Stoßtrupp nötiger hätte als dieses, das schon unter Philipp II. seine Wälder für den unersättlichen Flottenbedarf des Weltreiches ratzekahl abholzte, greift den Caballeros der Fehlbedarf an *Chlorophyll weniger ans Herz.* Was sie bewegt, ist ein anderes Grün, mit dem jetzt in manchen *Dorfkirchen* Andalusiens die frommen Statuen für die Prozessionen der Karwoche in schwerem Brokat und teurem Damast dekoriert werden.

In Alhaurin de la Torre etwa, einem sonst friedfertigen Ort bei Malaga, kocht wieder die Volksseele. Sie tut das immer vor dem Osterfest, das als das versöhnlichste Fest des christlichen Kalenders geplant ist. *Ein Zwist zwischen den Bruder*schaften ist entbrannt, den „Violetten", die „unserem Vater Jesus von Nazareth" anhängen, und eben den „Grünen", die den „Christus vom wahren Kreuz" verehren. Die Rivalität reicht weit zurück in eine Vergangenheit, als die Grünen sich – man weiß nicht mehr, warum – von der einzigen Bruderschaft absplitterten, die es dazumal im Ort gab.

In einem Dorf leben auch die frommen Statuen enger als in Sevilla mit seinen *Dutzenden* von luxuriösen Osterprozessionen, bei denen die reichsten der *Madonnen* mit mehr Juwelen prunken als eine griechische Reedersgattin. Es gibt in Alhaurin nur eine *Pfarrkirche,* in der sich beide Bruderschaften scharf beobachten können, während sie ihre Figuren schmücken. Ein ideales Feld für die Spionage der Eiferer. Die eine Hälfte des Ortes pilgert von Tür zu Tür, um Geld für den Schmuck der Prozession zu sammeln, denn die Konkurrenz schläft nie. Schon hat diese sich die besten *Musikkapellen* der Gegend rechtzeitig gesichert.

Die Nachrichtendienste sind darauf angewiesen, mit konspirativer Täuschung zu operieren. Wie sollte es auch anders sein, wo doch die *feindlichen Linien mitten durch die* Familien schneiden. Die Señora des Chefs der Violetten, so weiß die Provinzpresse, trägt dieses Jahr wieder ein grünes Halstuch. Wie trostreich, daß auf das Drama der Karwoche immer die Auferstehung folgt.

Pop-Farben statt Patina: Die Restaurierung der Fresken von Michelangelo in der Sixtinischen Kapelle von Rom schreitet voran

Osram und Siemens kümmern sich um Noah

Der erste Eindruck ist überwältigend: Fast grelle Pop- und Bonbonfarben leuchten da, wo bisher eine dunkle Patina die Fresken des Mi*chelangelo in einem stumpfen Braun* erscheinen ließ. Ursache dafür waren Schichten von Ruß, Staub und Leim. Sie wurden inzwischen von einem Sechstel des Deckengewölbes entfernt. Viele Experten meinen, die Betrachter hätten in der Sixtinischen Kapelle jahrhundertelang Michelangelos ursprüngliche Farbenpracht gar nicht erleben können. Es gab sogar die Ansicht, die in Jahrhunderten *entstandene Patina sei bereits* Absicht des Künstlers gewesen.

In den jetzt gesäuberten und restaurierten Teilen der Decke, die *auch jedem normalen* Besucher der Vatikanischen Museen zugänglich sind, erstrahlen die Flächen in hellem Blau und Rosa, Gelb und Grün: die Delphische Sibylle, der Prophet Joel, die Trunkenheit Noahs mit vier diese Szene umgebenden nackten Figuren, David und Goliath, Judith und Holofernes.

Dieser zweite Zyklus der Restaurierung begann Ende 1984. Er wird bis 1988 dauern. Es handelt sich um die Deckenfresken, die der große *Meister* der Renaissance, beginnend im Alter von 33 Jahren, auf dem Rükken liegend malte. Augen, Rücken und Arme taten ihm bald so weh, daß er sich bitter über eine solche Galeerenarbeit beklagte. Die bemalte Fläche umfaßt 750 Quadratmeter.

Das Gesamtprojekt der Restaurie*rung* aller Fresken der *Sixtinischen* Kapelle hatte bereits im Frühjahr 1980 mit den 28 Papstporträts an den oberen Seitenwänden begonnen, die vom Ende des 15. Jahrhunderts stammen, und den 14 Lünetten mit den Vorfahren Christi, die Michelangelo zwischen 1508 und 1512 malte, außerdem den Lebensläufen von Jesus und Moses, die 1571–1572 Endrik van den Broeck und Matteo da Lecce gemalt hatten. Diese Arbeiten hatten mehr als vier Jahre gedauert und umfaßten rund *600 Quadratmeter.* Ihr Ergebnis war Ende 1984 Kunstkritikern aus aller Welt und der *Öffentlichkeit* vorgestellt worden. Erst wenn in einigen Jahren das gesamte Deckengewölbe in neuem Glanz erstrahlt, kommt das Hauptwerk Michelangelos an die Reihe. Von 1989 bis 1992 soll das „Jüngste Gericht" an der Altarwand der Kapelle mit seinen rund 200 Quadratmetern restauriert werden.



Von Ruß, Staub und Leim befreit: „Trunkenheit Noahs", eines der Gewölbefelder der Sixtinischen Kappele von Michelangelo Buonarroti FOTO: JÜRGEN VORDEMANN

In Rom nennt man das Riesenunternehmen gern die „Restaurierung des Jahrhunderts". Die Kosten übernimmt die japanische Fernsehgesellschaft NTV, die dafür die Weltexklusivrechte für alle Fotos und Filme von dieser Arbeit erworben hat. Dem Vatikan müssen jedoch eine vollständige filmische Dokumentation und komplettes Bildmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Bereits heute existiert ein halbstündiger Dokumentarfilm über die Arbeitstechnik und den technisch-wissenschaftlichen Hintergrund, wie etwa die in Laboratorien durchge*führten* Analysen von Farbe, Staub und Untergrund der Fresken. Eine kleine Sensation am Rande war der Fund eines Pinselhaares – wohl von einem Pinsel, den Michelangelo selbst benutzt hatte.

Außer NTV (Nippon Television Network Corporation in Tokio) helfen vatikanferne Mäzene mit kräftigen finanziellen Spritzen oder mit technischer Ausrüstung. Der Sammler und Kunstexperte Baron Heinrich von Thyssen-Bornemisza gehört in erster Linie dazu und wurde von der Direktion der Vatikanischen Museen ausdrücklich als Gönner genannt. Osram und Siemens stiften die komplizierte Beleuchtungsanlage, die nach dem Ende der Arbeiten für ein gut abgestimmtes Licht sorgen soll. Die Firma Delchi-Carrier installiert eine eigens entwickelte Klimaanlage, die für eine gleichbleibende Luftfeuchtigkeit und Temperatur sorgen soll, und zwar unter den schwierigen Bedingungen, *die sich durch einen ständigen, riesigen* Besucherstrom in diesem Raum ergeben.

Ein positives Ergebnis neben der wiedergewonnenen *Leuchtkraft* der Farben ist die Feststellung, daß die Fresken selbst samt *Untergrund in* ausgezeichnetem Zustand sind. Dazu hat entscheidend die Maltechnik Michelangelos selbst beigetragen, dessen Genie sich u. a. auch darin zeigte, daß er genau die richtigen Materialien und Farben verwendete, und immer in allerbester Qualität.

Im Laufe der Zeit hat es immer wieder Restaurierungen, Reparaturen, Säuberungen und Nachmalungen an dem gigantischen Werk gegeben. Doch hat sich als tiefgreifendster Eingriff das Auftragen einer dicken Schicht von tierischem Leim und von Gummi (Kautschuk) erwiesen. Man tat das, um die schon gedunkelten Farben wiederzubeleben. Aber wenn das auch zu Anfang teilweise erreicht wurde, so legte sich bald wieder ein Schleier aus Kerzenruß und Rauchpartikeln (von den im Winter verwendeten Holzöfchen) darüber.

Die heute angewendete Methode der Säuberung und eventuell nötigen Ausbesserung besteht zuerst aus der Festigung labiler Farbpigmente mit Acrylharzen und anderen chemischen Komponenten, dann der Beseitigung von Ruß, Fett und Leim mit einer eigens entwickelten Lösung aus Ammoniakbicarbonat, Sodiumbicarbonat, einem pilzabtötenden Mittel (*Fungizid*) u. a., vermischt *mit* doppelt destilliertem Wasser. Diese Lösung wird von Hand mit einem Schwamm aufgetragen und wirkt beim Kontakt. Die Ablagerungen werden aufgeweicht und in etwa drei Minuten abgewischt. Die behandelte Fläche ruht dann 24 Stunden bis zum zweiten Eingriff, der aus der Beseitigung eventueller Schmutzreste und einer Waschung besteht. Gleichzeitig werden Schäden ausgebessert, größere Risse stuckiert und, wo nötig, mit Acrylharzspritzen der Untergrund gefestigt.

Keine Restaurierung eines bedeutenden Kunstwerkes kann ohne Zweifel, Diskussionen, kritisches Hinterfragen erfolgen. Wir wissen *zum Beispiel nicht,* wie die Farben Michelangelos nach „Ablieferung" seiner Arbeit, also im 16. Jahrhundert, wirklich waren und auf den Beschauer wirkten. Waren sie so grell und bunt, wie wir heute die restaurierten Flächen sehen? Das ist durchaus möglich.

Aber sofort drängt sich eine zweite Frage auf: Sicher hat ein Genie wie Michelangelo zum Schluß seiner Arbeit einen Festiger, eine Art Lasur, eine Schutzschicht über die vollendeten Fresken gestrichen. Wäre es denkbar, daß starkes Wischen und Waschen diesen dünnen Film schädigt oder abträgt? Die Mannschaft *hervorragender Experten, die hier am* Werk ist, hat keine Bedenken. Dr. Fabrizio Mancinelli, der wissenschaftliche Leiter der Equipe, einer der Kunstexperten der Vatikanischen Museen, arbeitet zusammen mit Professor Gianluigi Colalucci, Chefrestaurator des Labors für Gemälderestaurierung im Vatikan. Dr. Nazzareno Gabrielli von der Abteilung für Forschung und Wissenschaft in den *Vatikanischen Museen betreut* die Analysen und Recherchen im Labor. *Ein prominenter* Berater ist Professor Pasquale Rotondi, Exdirektor des Zentralinstitutes für Restaurierung. Die Gesamtleitung aller Arbeiten hat der Generaldirektor der Vatikanischen Museen, Professor Carlo Pietrangeli.

Sie alle stellten mit berechtigtem Stolz vor Kardinälen und Ministern, vor Kritikern und Künstlern die bisherigen Ergebnisse vor. Der Papst selbst hatte sich die restaurierten Fresken vorher extra zeigen lassen und sich voller Lob geäußert. Die Sixtinische Kapelle (in Wahrheit eine ziemlich große Kirche von den Ausmaßen her) ist ja mehr als nur ein Museum. Nicht selten werden hier Messen zelebriert, und im Konklave wird hier der neue Papst gewählt.

JÜRGEN VORDEMANN

JOURNAL

Hoffmann eröffnete Leipziger Buchmesse

dpa, Leipzig

Als ein wichtiges Element des Dialogs zur Erhaltung des Friedens und zum besseren Verstehen der Völker hat „DDR"-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann die Inter*nationale Leipziger Buchmesse* 1986 auf einem Festvortrag gewürdigt, die parallel zur Frühjahrsmesse eröffnet wurde. Insgesamt beteiligen sich 1000 Verlage aus 22 Ländern, darunter erstmals auch Griechenland, an der Bücherschau. (Ein ausführlicher Bericht folgt.)

Neues Komitee für Gerhart Hauptmann

AP, Bonn

Ein „Gerhart-Hauptmann-Komitee" hat sich in Bonn mit dem Ziel konstituiert, des Dichters und Nobelpreisträgers für Literatur Gerhart Hauptmann zu gedenken. Dazu sind der 40. Todestag in diesem Jahr und Hauptmanns 125. Geburtstag im Jahr *1987* besondere Anlässe. Das Bonner Komitee (Postfach 120518) will Veranstaltungen in der Bundesrepublik und im Ausland koordinieren sowie Ausstellungen organisieren.

Cello-Wettbewerb mit zwei deutschen Preisen

dpa, Paris

Den 3. *internationalen Rostropo*witsch-Wettbewerb in Paris gewann der amerikanische Cellist Gary Hoffman vor den beiden Deutschen Gustav Rivinius (20) und Christoph Richter (28). Hoffman erhielt den mit 50 000 Franc (rund 17 000 Mark) dotierten Großen Preis der Stadt Paris zuerkannt. Der Musiker spielte auf einem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Amati-Cello.

Kirow-Ballett gastiert wieder in den USA

AP, Washington

Das Leningrader Kirow-Ballett wird erstmals seit 1964 wieder in den USA auftreten. Die Vereinbarung ist ein erstes Ergebnis des beim amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Genf unterzeichneten Kulturabkommens.

Woody Allen erhält zwei britische Filmpreise

AP, London

Woody Allens Film „The Purple Rose of Cairo" ist von der Britischen Film- und Fernsehakademie (BAFTA) als bester Film des Jahres 1985 ausgezeichnet worden. Allen erhielt auch den Preis für das beste Originaldrehbuch zu diesem Film. Als bester Auslandsfilm wurde „Oberst Redl" des ungarischen Regisseurs *István Szábo* ausgezeichnet. Der amerikanische Regisseur *Steven Spielberg wurde zum* Mitglied der BAFTA ernannt, eine Ehre, die nur außergewöhnlichen Filmgrößen wie Hitchcock, Chaplin oder David Lean zuteil wurde.

Erster Lehrgang für Maurer als Restauratoren

dpa, Würzburg

Zu „Restauratoren im Maurerhandwerk" werden *zur Zeit 18* Maurermeister in Würzburg ausgebildet. Diesen 400 Stunden umfassenden Lehrgang – der erste in der Bundesrepublik – veranstalten die Handwerkskammer für Unterfranken und die Würzburger Städtische Meisterschule für Bauhandwerker. Es sollen Befürchtungen der freien Restauratorenverbände entkräftet werden, daß nicht akademisch ausgebildete „Restauratoren" mehr „kaputtsanieren" als retten.

Frankreich ehrt Samuel Beckett zum 80. Geburtstag

dpa, Paris

Zahlreiche Veranstaltungen und Theateraufführungen sind in diesem Jahr zum 80. Geburtstag des irischen Schriftstellers Samuel Beckett („Warten auf *Godot*") am 13. April in Frankreich geplant. Im *Pompidou-Zentrum* in Paris haben sich für ein internationales Kolloquium Ende April Fachleute aus acht Ländern angesagt. Dabei sollen auch Videos über die Bundesrepublik gezeigt werden.

Bilder und Zeichnungen von Klaudia Schifferle

Min. Bonn

Zeichnungen, Lackbilder und Plastiken von Klaudia Schifferle (30), documenta-Teilnehmerin von 1982, werden nach München nun im Bonner Kunstverein gezeigt. Die Welt der Züricher Künstlerin ist eine Welt der hintergründigen, mehr noch heiteren Phantastik. Sie ist am besten dort, wo sie ungeniert drauf los erzählt: über Tod, Leben und Erotik. So wird eine „Reise mit dem Tod" (1984) zu einer lustvollen Fahrt mit dem Gondoliere in ein Reich voller Erwartungen. „Bellevue Zürich" (1985) ist ein Totentanz der Begierden, eine Pandämonium der Fratzen und Gelüste mit einem geschlechtsbereiten Völkchen, das das Grinsen nicht lassen kann, das aus *1000* Augen äugt und sich beäugen läßt. (Bis 27. April, Aarau: 9. 5. bis 15. 6., Kat. 25 Mark)

München: Dieter Dorn inszeniert Shakespeares „Troilus und Cressida"

Japanisches Ritual vor Trojas Mauern

Mit einer fünfstündigen Aufführung von Shakespeares „Troilus und Cressida" hat der Münchner Kammerspiel-Intendant Dieter Dorn alles niedergewalzt, was zur Zeit in der Stadt Theater macht. *Doch das* Publikum hielt durch und feierte die *von Krankheit und langen Proben* ziemlich mitgenommenen, jetzt um *so* glücklicher strahlenden Griechen und Trojer als gemeinsame Sieger.

Die unhomerische Lovestory hat schon viele Regisseure gereizt und dann doch wieder verzagen lassen. Schwer faßbar zwischen Parodie à la Offenbach, immerhin Shakespeareschen Ausmaßen und den Effekten einer Lach- und Schießgesellschaft, brauche das Problemstück, wie einst Heinrich Heine feststellte, zu seiner Beurteilung eine „*Ästhetik, die noch* nicht geschrieben ist".

Fast sieht es so aus, als habe Dorn jetzt eine ästhetische Einheit erarbeitet von Sprache, Bild, Bewegung und Musik. Ein wie von Vedova inspirierter Spielraum (*Jürgen Rose*), gleichsam dramatisiert und aus den Fugen wie Shakespeares Krieg, seine Krieger und das Herz der verliebten, nach ihrem Zwangsaustausch verhurten Cressida. Sunnyi Melles zeigt diesen Sinnes- und Szenenwandel in martialischer Umgebung mit den zartesten Mitteln, Troilus (Tobias Moretti) sein Inneres eher sportlich.

Die Trojaner wirken barfuß, mit Zopf und bemaltem Oberkörper wie Ureinwohner eines noch zu erforschenden Erdteils. Ihr Auftreten ist nach Mnouchkines japanischer Art streng stilisiert. Rasanter Spurt, *plötzliches Erstarren zum antiken* Relief. Das erinnert manchmal an eine Mischung aus Karl May und Parthenon-Fries. Die griechischen Heerführer sind reicher gewandet. Einige könnten Weise vom Morgenland sein.

Die Kampfszenen hat Heinz Wanitschek hervorragend choreographiert. Noch das Umbauen sieht aus wie ein Angriff im Morgengrauen. Trotz der kalkulierten Künstlichkeit hat jeder Schauspieler *Zeit,* die Gestalt hinter den Worten sichtbar zu machen. So braucht Gisela Stein als Helena – sie wird wie eine verhüllte Statue auf *dem Tablett hereingetragen – nur* wenige Sätze, um sich anzüglich lächelnd als sehr entführenswertes Luder in der männlichen Weltgeschichte zu etablieren. Elegantester Trojer ist der Hector von Manfred Zapatka. Bei den Griechen dominiert Agamemnon (Thomas Holtzmann), ebenso verschmitzt wie verdrossen – stets ein Anhaltspunkt für die mal ernst, mal parodistisch gemeinte Lage vor Troja. Den schlauen Durchblick als Ulysses markiert *Rolf* Boysen ziemlich stimmführend. Sein äu*ßerster Gegensatz:* die zur Pantomime des Abends triumphal erweiterte Dummheit des Ajax (Lambert Hamel). Nach Art eines Horror-Catchers vorgeführt, daß vor Lachen die Mauern Trojas erzittern.

Den kuppelnden Pandarus spielt Peter Lühr kapriziös, also nicht den schandbaren Kuppler. Er ist mehr eine toll gewordene Nächstenliebe und leidenschaftliche Sucht nach Selbstunterhaltung. Als Theresitis mit gelähmten Beinen hetzt Helmut Griem mit unflätigen Anfällen über die Szene, er bringt in vielfacher Ausfertigung den *verkommenen Kampf um* Troja auf die Formel „Hure und Hahnrei".

Dorn hat diesem ausgezeichneten Ensemble viel abverlangt und ein verteufeltes Stück wie neu über die Runden gebracht, ohne es zu entschärfen. Er hat kein Antikriegsstück daraus gemacht, sondern in denkbarer Präzision das gezeigt, was Äneas über den drôle de guerre vor Troja gemeint hat: es sei „good sport out of the town".

ARMIN EICHHOLZ

Nationalitätenfrage: Bricht der Schriftstellerverband Jugoslawiens auseinander?

Bulatović auf dem Rücken des Esels

Der Schriftstellerverband Jugoslawiens, Dachorganisation der Schriftstellerverbände der einzelnen Teilrepubliken des Landes, steht vor einer Zerreißprobe. Wenn seine Mit*glieder am 10. April in Marburg an der* Drau (Maribor) in Slowenien zu ihrer Jahresversammlung zusammentreten, wird der serbische Verband turnusmäßig den Vorsitzenden für das nächste Jahr bestimmen. Die Serben in Belgrad haben mehrheitlich einen der bekanntesten, allerdings auch umstrittensten Literaten des Landes für diesen Posten nominiert: Miodrag Bulatović, der seinerzeit auch in der Bundesrepublik bekannt wurde – vor allem durch den entmythologisieren*den Partisanen-Roman „Der Held auf* dem Rücken des Esels".

In Slowenien allerdings hat die Nominierung von Bulatović unter den *dortigen Schriftstellern zu heftigen* Protesten geführt. Der bekannte slowenische Autor Janez Menart erklärte, Bulatović – ein gebürtiger Montenegriner – habe sich während der Zeit, als er in der slowenischen Landeshauptstadt Laibach (Ljubljana) lebte, mehrfach herabwürdigend über Sprache und Kultur Sloweniens geäußert. Daher, so heißt es, werde der slowenische Schriftstellerverband die Wahl von Bulatović auf keinen Fall akzeptieren. Es heißt sogar, die Slowenen könnten den gemeinsamen Dachverband wegen der Person des neuen Vorsitzenden verlassen.

Die kroatischen Autoren haben inzwischen ihre Solidarität mit den Slo*wenen angekündigt. In Kroatien ist* man Bulatović wegen seines Romans „Die Daumenlosen" und „Der fünfte Daumen" ernsthaft böse. In diesen Büchern zeichnete der Verfasser, der sich früher sehr oft in der Bundesrepublik aufhielt, ein außergewöhnlich negatives Bild nicht nur der radikalen kroatischen Emigration im Westen, sondern der kroatischen Nation insgesamt. In seiner Darstellung er*scheinen die Kroaten als ein von Fa*schismus, Extremismus und Terroris*mus infiziertes Volk.*

Aber auch in anderen Teilrepubliken Jugoslawiens bleibt Bulatović nicht ungeschoren. So nehmen es ihm die Schriftsteller albanischer Nationalität in der unruhigen Provinz Kosovo übel, daß er vor einiger Zeit erklärte, ins Kosovo fahre er nur in der Begleitung von jugoslawischen Panzern.

In Belgrad protestierte der prominente Literaturkritiker Nikola Milošević – der unlängst auf einer öffentlichen Veranstaltung in der jugoslawischen Hauptstadt Lenin als einen „gewöhnlichen Terroristen und Bankräuber" bezeichnete – gegen die Nominierung. Milošević warf Bulato*vić vor allem vor, daß letzterer an* einem von der Jaruzelski-Regierung in Warschau veranstalteten internationalen Kongreß teilgenommen habe. Bulatović rechtfertigte sich mit der Behauptung, er sei nicht als Repräsentant der Schriftsteller Serbiens – deren Vorsitzender er zur Zeit ist –, sondern nur als Privatmann nach Polen gefahren, da viele seiner Bücher ins Polnische übersetzt wurden. Dem *Literaturkritiker Milošević* genügte diese Erklärung nicht. Er trat aus *dem serbischen Autorenverband aus.*

Warum die serbischen Autoren ei*ne so schillernde und umstrittene* Figur auf den Schild hoben, hat seine psychologischen Gründe. Die Serben – und besonders die serbischen Intellektuellen – fühlen sich in der Kosovo-Frage von den anderen Nationen Jugoslawiens im Stich gelassen. Deshalb zahlen sie es den anderen Teilrepubliken mit gleicher Münze heim, indem sie einen Mann nominieren, der bei Slowenen und Kroaten gleichermaßen verhaßt ist.

CARL GUSTAF STRÖHM

Die erste deutsche Großmeisterin des Balletts: Tatjana Gsovsky wird heute 85

Ein Leben für die jungen Begabungen

Sie hat nie aufgegeben. Bis heute *nicht. Tagtäglich* geht sie in ihre Berliner Ballettschule zur Arbeit: zum Unterrichten der Jüngsten. Die Kinder interessieren Tatjana Gsovsky am meisten. In ihnen sieht sie weiterleben, wofür sie selbst ihr eigenwilliges Leben mit nicht nachlassender Energie lebte: das Ballett.

Die Gsovsky war zur Stelle, als der Tanz sie am dringendsten brauchte. 1945 übernahm sie im Trümmer-Berlin, dem schon geteilten, aber nicht getrennten, das Ballett an der wiedereröffneten Staatsoper, die im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße untergekrochen war. Sie *öffnete* die Pforten ihrer Ballettschule, und heraus quoll ein Strom von Begabung, aufgezogen fast insgeheim unter dem Bombenhagel.

Alles schien zerstört, nur eines intakt: das Ballett der Gsovsky. Sie hat sich stets als unirritierbar erwiesen. Für sie gab es nur eine Doktrin, und die war ästhetischer Art: ein Regelwerk, unverrückbar, wie sonst nur noch Schach. Tatjana Gsovsky wurde seine erste deutsche Großmeisterin.

Sie stammt aus Moskau. Sie besuchte erstaunlicherweise ausgerechnet die Duncan-Schule in Petrograd, wie sie später auch – sie kam 1928 nach Deutschland – die freitänzerische Bewegung in Hellerau bei Dresden studierte. Sie wußte um Themen, Thesen, Technik und Versuchungen des Freien Tanzes sehr gründlich und früh. Sie entschied *sich für die* überpersönliche Formstrenge des Balletts.

Noch bevor der Krieg zu Ende ging, *hatte sie in Leipzig und Dresden* schon als Choreographin auf sich aufmerksam *gemacht.* Orff, Egk, von Einem, Blacher hatte sie durchzusetzen *geholfen.* Der Nachkrieg sah ihren Einsatz für Henze, Fortner, Klebe, *Nono.* Sie verschraubte das stürmisch Vorandrängende der Neuen *Musik mit der stählernen* Schraube der akademisch-klassischen Regel.

Sie war eine Vorläuferin, eine Wegbereiterin von Béjart, der denn auch im Gsovsky-geschulten Berlin *seine* Durchbruchserfolge erzielte. Nur drängte das Werk der *Gsovsky nicht* in die Breite. Sie kondensierte ihre Visionen und *hagerte sie ab zu* Kammerballetten, in denen die choreographischen Visionen blitzlichthaft aufflammten.

Sie war gegen das Ballettfett der Drei- und Vierakter, dieser Windjammer im Tütü, die majestätisch über die Bühne kreuzten. Die Gsovsky hielt nichts von Majestät – nicht einmal von der eigenen. Sie wollte das *Ballett schlank* und straff, energisch, formklar, ausdrucksstark auf geschliffene Weise. Sie verstand sich auf Eleganz – auch als Lebenshaltung. Als Hauptingredienz jeder Eleganz erkannte sie die Askese. Das gab ihren Arbeiten Stil. Sie waren zuchtvoll auf beinahe schon preußische Art. Sie waren eine stete Herausforderung. Es war anstrengend, mit den Arbeiten der Gsovsky zu leben.

Die Gsovsky hat nie nach rechts *oder links* geschaut. Sie stand auf dem Kriegsfuß mit jedem Opportu*nismus. Damit* macht man in Deutschland nicht Schule. Ihr Lebenswerk ist fast spurlos von den Bühnen verschwunden. Es lebt je*doch* unverlierbar weiter in den Kindern, denen sie tagein, tagaus geduldig, doch unnachsichtig ihren weisen Unterricht gibt.

KLAUS GEITEL



Die Kinder interessieren sie am meisten: *Tatjana Gsovsky,* die schon 1945 in Berlin eine Ballettschule eröffnet hat, beim Unterricht FOTO: ULLSTEIN

Was das Schleswig-Holstein Musikfestival bietet

Geburtstag im Freien

Justus Frantz, Pianist und nun auch Intendant des Schleswig-Holstein Musikfestivals, geriet ins Schwärmen: „Noch nie hat es im Sommer ein solches musikalisches Angebot gegeben, aber auch noch nie hat es in Deutschland über ein ganzes Bundesland verteilt ein solches Festival gegeben". Nach vielen *Vorankündigun*gen und Versprechen konnte Frantz jetzt in Kiel das Programm für 1986, das rund 80 Konzerten umfaßt, vorstellen. Es wird am 29. Juni von Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Lübecker Dom eröffnet. Bis zum 16. August sind dann Konzerte mit Yehudi Menuhin, Swjatoslaw Richter, Leonard Bernstein, dem Royal Philharmonic Orchestra, der Academy of St. Martin in the Fields und dem Wiener Kammerorchester zu hören. Bernstein hat sich außerdem bereiterklärt, einen Kurs für junge Dirigenten als Auftakt und Anstoß für den Aufbau einer Internationalen Sommerakademie abzuhalten.

Veranstaltungsorte werden u. a. die historischen Schlösser in Glücksburg, Gottorf und Hasselburg sein. Die Academy of St.Martin wird mit zehn verschiedenen Programmen in Westerland ebenso wie in Ratzeburg gastieren. Das Royal Philharmonic Orchestra, u.a. unter der Leitung von Edward Heath, feiert auf der Freilichtbühne in Eutin den 200. Geburtstag von Carl Maria von Weber und gibt in der Ostseehalle in Kiel ein *Brahms-Konzert. Unter Christoph* Eschenbach werde Anne-Sophie Mutter und Mstislaw Rostropowitsch als Solisten auftreten.

Frantz verwies auch auf die zahlreichen Unwägbarkeiten bei der Planung. Ein Problem sei vor allem die Akustik gewesen, etwa in Eutin oder der Kieler Ostseehalle. Deshalb würden alle Säle und Freilichtbühnen noch einmal überprüft.

Kopfzerbrechen bereitet den Veranstaltern auch die finanzielle Seite des musikalischen Spektakels, das von zahlreichen privaten Geldgebern mitgetragen wird. Da man es als eine Art musikalisches Volksfest versteht, sollen sich die Preise für die Karten im Schnitt um 35 Mark bewegen. Nur wenn dieses Konzept aufgeht, hat das Festival eine Zukunft.

GEORG BAUER

Nächster Guru steht schon vor der Tür

AP, Stuttgart

Während sich der indische Sektenführer Bhagwan Shree Rajneesh mit einigen seiner Anhänger in Irland aufhalte und seine Sekte „langsam aber sicher" eingehe, werfe der nächste Guru bereits seinen Schatten voraus, erklärte jetzt die „Aktion für geistige und psychische Freiheit" (AGPF). Der indische Wunderheiler Satya Oaba, der in Indien bereits Millionen von Anhängern um sich sammelte, habe in letzter Zeit auch in der Bundesrepublik Deutschland „schon kräftig abgesahnt".

Auf annähernd eine Million Menschen schätzt die AGFP die Gesamtzahl der Anhänger von Sekten hierzulande. Allein die „Scientology Kirche" zähle rund 300 000 Geldgeber und Kursabsolventen, sagte Ingo Heinemann, ein Sprecher dieses Dachverbandes von Elterninitiativen, gestern in Stuttgart. Der Verband wolle sich der Opfer „destruktiver Kulte" annehmen. In Baden-Württemberg, wo jetzt eine entsprechende Initiative ins Leben gerufen wurde, gebe es 200 solcher Sekten und pseudo-religiöser Gruppen. Als Kennzeichen dieser Gruppierungen bezeichnete Heinemann das „Zusammentreffen der drei G", nämlich den Absolutheitsanspruch des Guru, die Gehirnwäsche der Mitglieder und Geld.

Im Verhalten der betroffenen jungen Menschen seien Parallelen zu Drogenabhängigen festzustellen, sagte Heinemann. Oft brächen sie sehr schnell alle Brücken hinter sich ab, verließen Schule oder Arbeitsplatz, verkauften ihren Besitz und tauchten unter. Viele Eltern wagten es aus Scham gegenüber Verwandten und Nachbarn nicht, über das Schicksal ihrer Kinder offen zu reden.

Und wenn Kinder mit den Eltern in Verbindung bleiben, wissen diese oft nicht, ob sie deren Bitten um Geld nachgeben sollten. Auch wenn es „furchtbar hart sein kann", raten die Initiativen davon ab, weil dadurch „nur die Sekten finanziert" würden. Man solle sich auch nicht dazu überreden lassen, klärende Gespräche mit den Kindern „im Tempel" der jeweiligen Sekte zu führen.

Heinemann beklagte, daß es zu wenig Anlaufstellen und hauptberufliche Berater für dieses Problem gebe. In dieser Situation seien Elterninitiativen wichtig, in denen die betroffenen Angehörigen miteinander sprechen, sich Tips geben und auch Rechtsanwälte nennen können, die sich damit befassen.



FOTO: JEFF DIVINE

Von der North Shore auf Oahu träumen die Surfer der Welt

HELMUT VOSS, Waimea

Auch an diesem Märztag ist rund ein Dutzend Surfer im Wasser. Wie Korken bewegen sich ihre Köpfe in der Dünung vor der Waimea Bay an der Nordküste der hawaiianischen Hauptinsel Oahu auf und ab. Wenn eine Riesenwelle heranrauscht, klettern sie blitzschnell auf ihre Bretter, gleiten schräg über den schäumenden Kamm hinweg und tauchen dann mit rasender Geschwindigkeit in den hellgrünen Wasserwall hinein, stürzen fünf, sechs Meter tief.

Am Strand johlt ein buntgemischtes Publikum bei jedem tollkühnen „Wellenritt" auf: Fotografen mit 1000-Millimeter-Teleobjektiven, Bikinimädchen mit Ferngläsern, der braungebrannte Rettungsschwimmer in seinem stählernen Hochsitz mit der Nummer 29, dicke Hawaiianer mit roten „Coors Beer"-Mützen. „Kane's Kau Kau Wagon", ein klappriger blauer Imbißwagen, versorgt sie mit dampfendem „Saimin" und anderen orientalischen Spezialitäten.

Was Wimbledon für Tennisfans und Wembley für Fußballanhänger – das ist die berühmte „North Shore" von Oahu um diese Jahreszeit für die Surf-Welt. Wenn sich während der Wintermonate die von den Stürmen im Nordpazifik aufgeworfene Dünung an dieser Küste bricht, die durch keine vorgelagerten Korallenriffe geschützt ist, wird der vier Kilometer lange Abschnitt zwischen Waimea Bay und Sunset Beach zum Mekka der Surfer.

Allein vom amerikanischen Festland kommen pro Saison bis zu 2000 Surfer angereist, verbringen mitunter Wochen in den verschlafenen kleinen Ortschaften der „North Shore" – 50 Kilometer und ganze Welten von dem Touristenrummel von Waikiki an der Südküste entfernt. Ihr Ziel sind „Banzai Beach" und die legendäre „Pipeline", der meistfotografierte Surfstrand der Welt, wo die Brecher eine riesige Wasserröhre bilden, durch die geschickte Surfer fahren.



Mittlerweile finden in jedem Winter ein halbes Dutzend Profi-Turniere statt, bei denen bis zu 60 000 Dollar Preisgelder gezahlt werden. Bei einem ist sechs Meter hoher Surf Bedingung – an der „North Shore", wo bis zu 18 Meter hohe Brecher gemessen worden sind, keine Seltenheit. „Du kannst in dem Land, in dem Du aufgewachsen bist, jeden nur denkbaren Surfing-Titel gewonnen haben", schreibt das Fachblatt „Surfing", „aber solange Du nicht in Hawaii auf die Probe gestellt worden bist, sind all Trophäen und Preisgelder nicht die Bohne wert."

Hawaii ist nicht von ungefähr das „Heilige Land des Surfing". Die Hawaiianer betreiben den von ihnen erfundenen „Sport der Könige" seit vielen Jahren – verblüfften mit ihrer Geschicklichkeit bereits im 18. Jahrhundert ihren „Entdecker" James Cook.

Die „North Shore" ist allerdings erst seit Anfang der 60er Jahre das Zentrum: Nach Aufkommen der kürzeren, leichteren und damit wendigeren Schaumstoff-Bretter trauten sich die ersten Spitzen-Surfer in die haushohen „North Shore"-Wellen. Der berühmte Surfer Phil Edwards war der erste, der die „Pipeline" bezwang. Surfer, die erfolgreich die Wellen an Oahus Nordküste „geritten" sind, beschreiben das Abenteuer häufig als magisches Erlebnis.

„Es ist etwas, das man nirgendwo sonst erleben kann", sagt der hawaiianische Surfer Dave Rochlen. Und „Surfing" schrieb: „Das nächste Mal, wenn Du auf die Straße gehst, stell Dich neben ein zweistöckiges Gebäude und stelle Dir vor, daß es über Dir zusammenfällt. So ungefähr ist es, wenn man an der ‚North Shore' in einer Welle drinsteckt." (SAD)

Fernsehverbot für Kinder im Vorschulalter

AP, Bremen

Ein Fernsehverbot für Kinder im Vorschulalter hat gestern der Bremer Bildungssenator und Vorsitzende der Kultusministerkonferenz der Länder, Horst Werner Franke, gefordert. Franke begründete seine Forderung an die Eltern mit der ständig zunehmenden Zahl von Analphabeten in der Bundesrepublik. Gegenwärtig gebe es rund 2,5 Millionen Bundesbürger, die weder lesen noch schreiben könnten. Wenn die Förderung des Lesens nicht entscheidend verstärkt werde, drohe ein neuer Analphabetismus, sagte Franke. Vorwürfe an die Adresse der Schulen und Lehrer seien unberechtigt. Franke bedauerte, daß die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten „kein Problembewußtsein in dieser Hinsicht" zeigten. Der Senator kündigte eine öffentliche Kampagne an, in der Eltern aufgefordert werden sollen, ihre Kinder unter sechs Jahren nicht vor den Fernseher zu lassen.

Noch Lebenszeichen

AP/rtr, Singapur

Unter tonnenschweren Betonbrocken, Schutt und Trümmern des am Samstag eingestürzten Hotels „New World" in Singapur (WELT vom 17. 3.) sind gestern weitere Überlebende geborgen worden. Die Rettungsmannschaften gehen davon aus, daß noch immer 40 Personen unter den Trümmern verschüttet sind. Bisher wurden 10 Tote und 15 Überlebende gefunden.

Naturhöhle gesperrt

AP, Berchtesgaden

Die Salzgrabenhöhle im Naturpark Berchtesgaden, die größte Naturhöhle der Bundesrepublik, ist nach Angaben des Deutschen Alpenvereins für die Öffentlichkeit gesperrt worden, nachdem tonnenweise Müll aus den insgesamt acht Kilometer langen Gängen dieses Naturdenkmals entfernt werden mußte.

Rückgabe von Gemälden

SAD, Pueblo/Colorado

Etwa die Hälfte einer Sammlung von 252 Gemälden aus der Zeit des Dritten Reiches, die die Amerikaner nach dem Krieg beschlagnahmt hatten, wird den Künstlern oder deren Erben in Deutschland zurückgegeben. Werke für Propagandazwecke oder Darstellungen von Kriegsverbrechern sind von der Rückgabe ausgenommen.

12jähriger Autofahrer

AP, Aargau

Ein zwölfjähriger Junge und seine siebenjährige Schwester aus dem Ort Freiamt im Schweizer Kanton Aargau fuhren am Sonntag den Personenwagen ihrer Eltern unfallfrei 50 Kilometer weit und trafen wohlbehalten bei ihrer Großmutter ein, der sie einen Überraschungsbesuch abstatten wollten. Der Knabe erzählte der Polizei, daß er zum ersten Mal allein am Steuer eines Autos gesessen habe. Allerdings habe er seine Eltern beim Fahren immer gut beobachtet.

Bundesbahn haftet

dpa, Frankfurt

Wenn ein Kind bei einer Eisenbahnreise in einem unbeaufsichtigten Moment aus dem fahrenden Zug fällt, haftet die Bundesbahn nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt auch dann für den Schaden, wenn kein technischer Defekt an der Zugtür festgestellt wurde und die Bahn somit kein eigenes Verschulden trifft. Aus dem ordnungsgemäßen Zustand der Türschlösser folge noch nicht zwingend ein Mitverschulden des Verletzten. (Az.: 1 U 156/84).

WETTER: Weiterhin mild

Lage: Eine schwache Kaltfront überquert in abgeschwächter Form Norddeutschland.

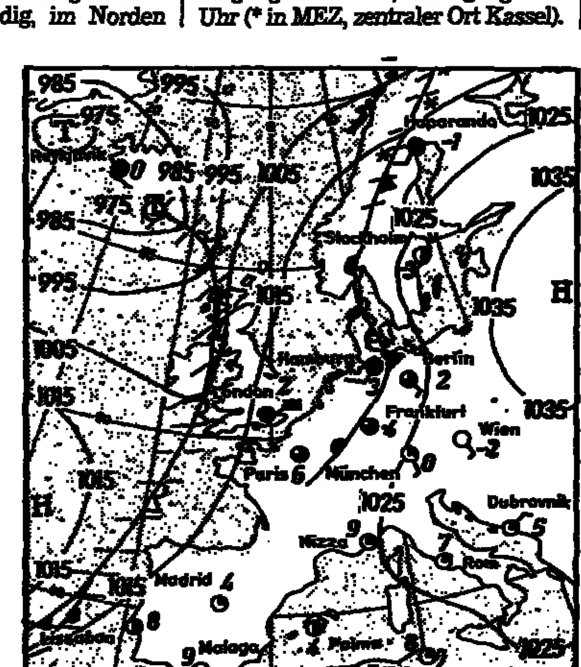
Vorhersage für Dienstag: In Norddeutschland meist stark bewölkt und vereinzelt etwas Regen, im Süden weiterhin heiter bis wolkig. Höchsttemperaturen in Norddeutschland 8 bis 13, im Süden 13 bis 18 Grad. Temperaturrückgang nachts je nach Bewölkung 7 bis 1 Grad. Schwachwindig, im Norden vorübergehend auffrischend und auf Südwest drehend.

Weitere Aussichten: Im Süden zunächst noch sonnig und mild, im Norden erneut Bewölkungsaufzug und nachfolgend etwas Regen, insgesamt weiterhin mild.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.28 Uhr*, Untergang: 18.33 Uhr; **Mondaufgang:** 10.17 Uhr, Untergang: 3.35 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 18. März, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	9	he
Bielefeld	12	bw
Braunlage	8	he
Bremen	10	he
Dortmund	11	bw
Dresden	8	wl
Düsseldorf	11	bw
Erfurt	11	he
Essen	11	R
Feldberg/S.	4	bw
Flensburg	8	bw
Frankfurt/M.	12	he
Freiburg	14	he
Garmisch	12	he
Greifswald	8	wl
Hamburg	8	he
Hannover	13	bw
Kahler Asten	8	bw
Kassel	10	he
Kempten	11	he
Kiel	8	he
Koblenz	11	bw
Köln-Bonn	11	bw
Konstanz	11	he
Leipzig	10	wl
List/Sylt	4	he
Lübeck	9	he
Mannheim	14	he
München	9	he
Münster	11	bw
Norderney	6	bd
Nürnberg	9	he
Oberstdorf	10	he
Passau	8	wl
Saarbrücken	13	wl
Stuttgart	12	he
Trier	13	he
Zugspitze	-9	he

Ausland:		
Algier	22	he
Amsterdam	6	Ne
Athen	11	bw
Barcelona	15	he
Belgrad	6	he
Bordeaux	10	bw
Bozen	14	wl
Brüssel	9	R
Budapest	6	wl
Bukarest	3	bd
Casablanca	18	he
Dublin	8	he
Dubrovnik	10	bd
Edinburgh	7	he
Faro	16	bw
Florenz	13	wl
Genf	11	he
Helsinki	3	wl
Hongkong	20	R
Innsbruck	11	he
Istanbul	5	bd
Kairo	23	wl
Klagenfurt	7	he
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	4	he
Korfu	12	bd
Las Palmas	19	bw
Leningrad	5	wl
Lissabon	15	he
Locarno	11	he
London	7	bw
Los Angeles	8	wl
Luxemburg	10	he
Madrid	12	wl
Mailand	10	he
Malaga	16	he
Mallorca	17	he
Moskau	5	wl
Neapel	16	he
New York	4	wl
Nizza	15	he
Oslo	-1	S
Ostende	6	bw
Palermo	16	he
Paris	11	bd
Peking	5	bd
Prag	7	wl
Rhodos	16	bw
Rom	13	he
Salzburg	10	he
Singapur	29	bw
Split	13	bd
Stockholm	4	wl
Straßburg	14	he
Tel Aviv	21	he
Tokio	12	bw
Tunis	18	he
Valencia	15	bw
Varna	4	bw
Venedig	10	he
Warschau	8	wl
Wien	6	wl
Zürich	12	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

In festen Händen

Nun ist auch der begehrteste und attraktivste Junggeselle der Welt, will man der britischen Presse glauben, nicht mehr zu haben. Was die Hofexperten schon seit spätestens Ende vergangenen Jahres „ganz sicher" wußten, war gestern morgen Gesprächsthema Nummer eins am Frühstückstisch der Briten: **Prinz Andrew**, der zweite Sohn der Queen, und **Sarah Ferguson** sollen sich nun endlich verlobt haben und wollen im September heiraten. Daß „Randy Andy" (der „scharfe Andy"), der am 19. Februar 26 Jahre alt wurde, nun endlich in „feste Hände" kommt, dürfte die königliche Familie, vor allem seine Eltern, Königin **Elizabeth**, die den Feiern zu ihrem 60. Geburtstag entgegensieht, und Prinz **Philip**, ungemein beruhigen. Seine zahlreichen Affären, etwa mit dem amerikanischen Filmsternchen **Koo Stark** und dem englischen Fotomodell **Katie Rabett**, hatten jahrelang für unliebsame Schlagzeilen gesorgt.

Ganz anders ist das bei „Fergie". Das blauäugige, 1,70 m große Mädchen mit den rotblonden Haaren, das im Oktober 27 Jahre alt wird, ist, was man in höheren Kreisen eine „poo", eine person of ours, nennt. Sarah Ferguson zählt König Karl II. zu ihren Vorfahren und ist „mit allen großen Familien des Landes verwandt", auch mit denen der Königin und ihrer künftigen Schwägerin, **Lady Diana**.

Singvögel vor der Flinte

Neue Gesetze sollen Schießwut italienischer Jäger bremsen

KLAUS RÜHLE, Rom

In Italien gibt es anderthalb Millionen Jäger, die auf alles schießen, was kreucht und fleucht. Trotzdem kommt ihnen nicht mehr allzuviel vor die Flinte, weil der Wildbestand geschrumpft ist. Übriggeblieben sind die Vögel. Und so machen Italiens Waidmänner leider nicht nur auf Wildenten, Wachteln und Rebhühner Jagd, sie schießen auch auf Klein-, Zug- und Singvögel. Seit längerer Zeit bemühen sich die hiesige Vogelschutzliga, die italienische Sektion des „World Wildlife Fund" und andere Naturschutzverbände darum, diesem Vernichtungsfeldzug ein Ende zu bereiten – bisher vergebens.

Vor sechs Jahren hatte die Radikale Partei ein Referendum zur Abschaffung der Jagd beantragt und zu diesem Zweck 830 000 Unterschriften gesammelt. Doch der Gerichtshof in Rom, der über die Zulässigkeit von Volksbegehren entscheidet, lehnte das Referendum unter fadenscheinigen Begründungen ab. Angeblich war die Fragestellung unklar. Das Heer der italienischen Nimrods konnte weiter ungehemmt auf die Vogeljagd gehen.

Die Umweltschutz-Organisationen hoffen nun, daß ihnen beim zweiten Anlauf mehr Erfolg beschieden sein wird. Dabei kommt ihnen zugute, daß diesmal ein erheblicher Teil der sozialistischen Partei des Regierungschefs Bettino Craxi Hilfestellung leisten will, um dem Volksbegehren, für das laut Verfassung eine Unterschriftensammlung von mindestens 500 000 Bürgern Voraussetzung ist, zum Erfolg zu verhelfen. Man will diesmal auf die Forderung verzichten, die Jagd schlechthin zu verbieten. Statt dessen sollen Gesetzesvorschriften durchgesetzt werden, die einen wirksamen Schutz der Vogelwelt und der vom Aussterben bedrohten Tierarten sichern.

Zu diesen Tierarten gehören unter anderem der Adler sowie die wenigen noch übriggebliebenen Braunbären und Wölfe in den Abruzzen. Zwar bestehen solche Schutzbestimmungen schon. Sie werden jedoch von Wilderern und anderen, die sich „Jäger" schimpfen, nicht beachtet. Sogar die raren Störche werden Opfer gewissenloser Schützen.

Die neue Initiative hat die italienischen Jagdverbände alarmiert. Sie sehen sich jetzt ihrerseits veranlaßt, ein neues Jagdgesetz vorzuschlagen. Danach sollen die gültigen EG-Normen auch in Italien Anwendung finden. Das bedeutet unter anderem: kürzere Jagdsaison, Zulassung von Gewehren mit maximal zwei Schüssen, Schutz von bestimmten Wild- und Vogelarten sowie der bestehenden jagdfreien Naturparks. Sollte die Einsicht dieser Jagdverteidiger in einem neuen Gesetz seinen Niederschlag finden, würde sich das Volksbegehren erübrigen.

ZU GUTER LETZT

„Die Ehe noch immer beliebt in Norwegen – zumindest theoretisch". Schlagzeile einer Meldung des Norwegischen Nachrichtendienstes Norinform. Ihr Inhalt: Die Anzahl der Scheidungen hat sich in den 70er Jahren verdoppelt, ein Drittel aller Haushalte besteht aus Alleinstehenden.